This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

BUHR B
[redacted]
a39015 00026349 4b

Digitized by Google

PROPERTY OF
The University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Quellen und Darstellungen

zur

Geschichte Niedersachsens.

Herausgegeben

vom

Historischen Verein für Niedersachsen.

Band XVIII.

Die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg in den Jahren 1640 und 1641.

Von

Wilhelm Langenbeck.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1904.

Digitized by Google

Die Politik

des

Hauses Braunschweig-Lüneburg

in den Jahren 1640 und 1641.

Von

Wilhelm Langenbeck.

Hannover und Leipzig.
Hahn'sche Buchhandlung.
1904.

Digitized by Google

DD
491
.H265
L27

Druck von Aug. Eberlein & Co., Hannover.

Digitized by Google

181831-170

Dem Andenken

Ludwig Weilands.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorwort.

Der Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg in den Jahren 1640 und 1641 eine besondere Abhandlung zu widmen, rechtfertigt sich von zwei Gesichtspunkten aus. Einmal vollziehen sich in dieser Zeit die Wandlungen, die zu dem verhängnisvollen Sonderfrieden von Goslar geführt haben. Die Darstellung mündet daher in die vorbereitenden Verhandlungen zu diesem ein.

Sodann aber ist der Anteil Braunschweig-Lüneburgs an den wichtigen kriegerischen und politischen Aktionen des Reichs gerade in dieser Zeit so bedeutend, daß die Darstellung der Wege, die die Politik dieser Macht eingeschlagen hat, auch vom Standpunkte der Reichsgeschichte Interesse beanspruchen darf.

Außer den Akten des Königlichen Staatsarchivs Hannover auch die des Herzoglichen zu Wolfenbüttel heranzuziehen, erschien für diese Arbeit nicht nötig, da die Politik Herzog Augusts aus seiner teils in Originalen, teils abschriftlich im Königlichen Staatsarchiv Hannover vorliegenden Korrespondenz mit seinen fürstlichen Vettern wie mit dem Kaiser und seinen Bevollmächtigten sich zur Genüge erkennen ließ.

Den Beamten des Königlichen Staatsarchivs zu Hannover, namentlich dessen Vorstande, Herrn Geheimen Archivrat Dr. Doebner, fühle ich mich zu aufrichtigem Danke verpflichtet für die liebenswürdige und bereitwillige Förderung meiner archivalischen Forschungen.

Wenn ich diese Arbeit dem Andenken meines zu früh heimgegangenen akademischen Lehrers Ludwig Weiland widme, so möchte

---

Anmerkung. Die Zeitangaben sind durchweg in doppelter Datierung nach dem alten und neuen Kalender gegeben. Wo es darauf ankam, nur das Datum der Urkunde wiederzugeben, ist hinzugefügt, ob es alten oder neuen Stils ist. Allgemeine Zeitangaben (z. B. Mitte Oktober u. a.) beziehen sich stets auf die neue Datierung.

Digitized by Google

ich dadurch zum Ausdruck bringen, daß ich auch jetzt nach fast zwei Jahrzehnten es ebenso lebhaft wie damals empfinde, wieviel ich der Anregung, die von seiner geistvollen Persönlichkeit auf alle seine Schüler überging, verdanke weit über die eng begrenzte Zeit des akademischen Studiums hinaus. Denn mit warmem Interesse verfolgte er die Entwicklung aller derer, die ihm näher getreten waren, selbst wenn, wie es bei mir der Fall war, deren engeres Studiengebiet ihm ferner lag.

Breslau, im April 1904.

W. Langenbeck.

Digitized by Google

Inhalt.

Kapitel	I.	Die braunschweigischen Lande während des dreißigjährigen Krieges	1
Kapitel	II.	Der Kurfürstentag zu Nürnberg	12
Kapitel	III.	Verhandlungen mit Schweden	40
Kapitel	IV.	Der Feldzug des Jahres 1640	73
Kapitel	V.	Das Ende des Nürnberger Kurfürstentages. Der Reichstag zu Regensburg bis zur Abreise des Lampadius	120
Kapitel	VI.	Innere Zustände und auswärtige Beziehungen während des Winters 1640/41	186
Kapitel	VII.	Wandlungen der braunschweig-lüneburgischen Politik nach dem Tode Herzog Georgs (April bis September 1641)	216

Digitized by Google

Digitized by Google

Kapitel I.

Die braunschweigischen Lande während des dreißigjährigen Krieges bis zum Jahre 1639.[1]

Das Haus der Welfen trat in das 17. Jahrhundert mit einem Besitz ein, der etwa dem heutigen Herzogtum Braunschweig und den Regierungsbezirken Hannover und Lüneburg sowie dem südlichen Teile des Regierungsbezirks Hildesheim entspricht. Daneben aber durfte man das große Stift Hildesheim — d. h. den größten Teil des Bistums mit Ausnahme der Stadt selbst und einiger kleiner Ämter in seiner Umgebung — seit der großen Stiftsfehde des 16. Jahrhunderts als einen durch verschiedentliche kaiserliche Bestätigungen begründeten und gesicherten Besitz betrachten. Rechnet man hinzu, daß das Bistum Halberstadt seit den Tagen des Herzogs Heinrich Julius in den Händen braunschweigischer Fürsten sich befand, daß mit den meisten niederdeutschen Stiften an der Weser aussichtsreiche Verbindungen angeknüpft waren, so schien es nur eine Frage der Zeit, daß vom Südrande des Harzes und dem Zusammenfluß der Werra und Fulda bis zur Nordsee, von der Elbe bis über die Weser hinaus das Haus Braunschweig-Lüneburg gebieten und damit ebenbürtig neben die andere in der Bildung begriffene niederdeutsche Macht des brandenburgischen Staates treten würde.

Diese Aussichten hat der dreißigjährige Krieg zum Teil völlig vernichtet, zum Teil um mehr als ein Jahrhundert hinausgeschoben.

Daß dem so war, ist weniger als ein notwendiges Ergebnis des Verlaufes des Krieges anzusehen, sondern vielmehr als die Folge der durch die inneren Verhältnisse bedingten Politik der braunschweigischen Fürstentümer. Daß die Lande Heinrichs des Löwen durch wiederholte Erbteilungen in willkürliche Stücke zerrissen wurden, daß die so entstehenden verschiedenen Linien Sonderinteressen verfolgten, die sich bis

[1] Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg II, 582—750, Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover III, 51—96.

Digitized by Google

zu ausgesprochener gegenseitiger Feindseligkeit steigerten, das hat mehr noch als die klägliche Haltung des niedersächsischen Kreises, zu dem die Gebiete des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg gehörten, die Mißerfolge dieses Hauses während des großen Krieges verschuldet. Zwar hatte man das Verhängnisvolle einer solchen Zersplitterung schließlich wohl erkannt und ihr von seiten der wolfenbüttelschen Linie schon in der ersten Hälfte des 16., in der lüneburgischen kurz vor Ausbruch des Krieges vorzubeugen gesucht. Aber immerhin treten uns während der ersten Hälfte des Krieges noch vier verschiedene Linien entgegen: Wolfenbüttel, Celle, Harburg, Dannenberg, und erst gegen Ende des Krieges führte die veränderte Hauspolitik zu einem etwas engeren Zusammenschlusse der zerstückelten Lande. Es war ein weiteres Unglück, daß den braunschweigischen Landen in dieser schweren Zeit keine bedeutenden Fürsten gegeben wurden, die es verstanden hätten, ein Ziel unverrückt im Auge zu behalten und die richtigen Mittel zu wählen, um es zu erreichen. Zwar waren nicht alle so gänzlich unfähig und haltlos wie Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, aber auch von den andern hat fast keiner begriffen, daß in diesem gewaltigen Ringen es nicht mit dem trägen und bequemen Festhalten überkommener Grundsätze getan sei, daß selbst vom Standpunkte einer vernünftigen Territorialpolitik, die das feste Ziel des Handelns hätte sein können, eine klare Entscheidung notwendig war, ob die eigenen Kräfte ausreichten, das politische und religiöse Erbe der Väter zwischen den kämpfenden Parteien zu wahren oder, wenn das nicht möglich war, wem man sich anschließen müsse. Selbst der bedeutendste von den Fürsten des Hauses Braunschweig-Lüneburg in dieser Zeit, Herzog Georg, hat erst allmählich bestimmte und klare Anschauungen in dieser Hinsicht gewonnen — doch ist es ihm dann nicht mehr gelungen, das Ziel zu erreichen. So war denn auch keine dieser Persönlichkeiten fähig oder auch nur willens, eine wirklich führende Stellung in dem niedersächsischen Kreise einzunehmen, die diesen zu einem ausschlaggebenden Faktor in dem Gange des Krieges hätte machen können, während er so, fast immer uneinig und schwankend, entweder überhaupt nicht zu festen Entschlüssen oder mit den gefaßten zu spät kam. Es ist nichts Großes, nichts Erhebendes in der Anteilnahme dieses Kreises an dem Kriege — kaum, daß selbst in den schwersten Zeiten drohender katholischer Reaktion der eine oder der andere begreift, welche Güter auf dem Spiele stehen.

Gleich in den ersten Jahren, als durch Christian von Halberstadt auch Niederdeutschland in den Krieg hineingezogen wird, beginnt diese klägliche Unentschlossenheit des niedersächsischen Kreises — man möchte

Digitized by Google

neutral bleiben, bedenkt aber nicht, daß nur mit den Waffen in der Hand eine solche Neutralität überhaupt denkbar ist. Während es so der niedersächsische Kreis nur zu halben Maßregeln bringt, spaltet sich das Haus Braunschweig-Lüneburg. Friedrich Ulrich wird halb widerwillig durch seinen energischen Bruder Christian von Halberstadt in dessen Bahnen mit fortgerissen, während die Lüneburger Linie neutral zu bleiben sucht. Als dann der niedersächsische Kreis durch Christian von Dänemark sich in den Krieg hineinziehen läßt, schwenkt die Lüneburger Linie direkt zum Kaiser ab; Herzog Georg kämpft nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien in des Kaisers Diensten. Erst der größeste Fehler der kaiserlichen Politik, das Restitutionsedikt, bringt einen Umschwung hervor. Denn es droht dem Hause Braunschweig-Lüneburg mit der Restitution aller geistlichen Güter die politischen und finanziellen Grundlagen seiner Macht zu entziehen, ihm das Stift Hildesheim zu nehmen und die Aussichten auf künftige Machterweiterung zu rauben. Daneben zielen noch andere Pläne des kaiserlichen Hofes auf eine Verkleinerung der braunschweigischen Fürstentümer: Tilly und Pappenheim sollen mit Teilen desselben belohnt werden. Aber diese Erkenntnis geht zunächst nur Herzog Georg persönlich auf; gegen den Willen seiner Familie vollzieht er den Anschluß an Gustav Adolf, sucht er die braunschweigischen Lande nicht ohne Erfolg von den Kaiserlichen zu säubern. Es gelingt ihm dadurch zeitweilig seine Verwandten, selbst den inzwischen der kaiserlichen Seite zuneigenden Friedrich Ulrich, in dessen Interesse er eine vergebliche Belagerung Wolfenbüttels unternimmt, auf schwedische Seite zu ziehen.

Aber während er selbst nach Gustav Adolfs Tode den Schweden treu bleibt, die Befreiung der braunschweigischen Fürstentümer fortsetzt, durch den Sieg bei Hessisch-Oldendorf (1633) die Weserlinie wiedergewinnt, bald auch Hildesheim (1634) und Minden erobert, neigen seine Verwandten immer stärker zur kaiserlichen Seite hinüber. Da bringt der Tod Friedrich Ulrichs auch einen Wechsel in Herzog Georgs Politik hervor. Gerade dieser Umstand zeigt am deutlichsten, daß auch er, selbst zu der Zeit, da er noch keinen Anteil an der Regierung der braunschweigischen Lande hatte, in erster Linie Territorialpolitik getrieben hat.

Nur von diesem Gesichtspunkte aus wird diese und werden die folgenden Wandlungen in seiner Politik verständlich, und man legt einen verkehrten Maßstab an, wenn man ihn deswegen tadelt oder verdächtigt. Wenn Geschichtsschreiber wie Barthold in seiner Geschichte des großen deutschen Krieges vom Tode Gustav Adolfs oder M. Koch in der Geschichte des Deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III. sich

Digitized by Google

eine deutsch-patriotische Politik konstruieren, die darin hätte bestehen sollen, daß die deutschen Fürsten um den Kaiser geschart gegen die auswärtigen Feinde gekämpft und ihre „religiösen Händel und politischen Beschwerden wie früher auf den Reichs-, Kollegial- und Deputationstagen“[1]) abgemacht hätten, so beweisen sie dadurch ihre Unfähigkeit oder ihren Mangel an gutem Willen, eine Zeit aus sich heraus zu verstehen. Wir mögen es von unserm Standpunkte aus beklagen, daß das heilige römische Reich deutscher Nation tatsächlich nichts anderes mehr war als ein Konglomerat mehr oder minder selbständiger Gewalten, die in den verschiedenen Arten der Reichsversammlungen weder einen genügenden Zusammenhalt noch auch ein zulängliches Mittel hatten, ihren Willen und ihre Rechte dem Reichsoberhaupte gegenüber geltend zu machen. Namentlich seit der religiösen Spaltung konnte nur die Ehrfurcht vor dem Überlieferten diesen Bau überhaupt noch zusammen halten — aber etwas, wofür man Gut und Blut unter Hintenansetzung der Territorialinteressen in die Schanze geschlagen hätte, war dieses Reich für niemanden mehr; halberloschen lebte in einigen der Kaiser noch das Gefühl, daß ihnen nicht nur die Gewalt, sondern auch der Schutz des Reiches übertragen sei, und nur gelegentlich entsann man sich hier und da, daß im Verhältnisse zum Auslande des Reiches Würde und Ansehen betont und gewahrt werden müsse. Muß es schon an und für sich bezweifelt werden, ob dem Deutschen der Begriff des Vaterlandes jemals mit dem des römischen Reiches deutscher Nation zusammengefallen ist, so kann es keine Frage sein, daß im 17. Jahrhundert dieser Begriff, wo er überhaupt lebendig war, aufging in dem des Territoriums — für Herrscher wie Beherrschte. Die, die wir zu den besten von jenen rechnen, sind bestrebt gewesen, ihrem Lande oder Ländchen gute Fürsten zu sein und — denn auch das liegt im Wesen dynastischer Politik — ihren Besitz abzurunden und einheitlich zu gestalten. Nur wenn wir das erwägen, können wir einer Politik gerecht werden, der meist weitere, über das eigene Territorium hinausgehende Gesichtspunkte fehlen. Allenfalls ist es noch das religiöse Moment, das bestimmend auf die Politik mit einwirkt, und zwar bei katholischen Fürsten stärker als bei protestantischen, selten aber doch in solcher Stärke, daß darüber das dynastische Interesse vergessen würde.

Von dem Standpunkte Bartholds und Kochs aus gesehen, erscheinen dann alle auf des Kaisers Seite stehenden Fürsten als die guten, treuen

[1]) Koch I. 23.

Digitized by Google

Patrioten; daß Männer wie Georg Wilhelm von Brandenburg, Johann Georg von Sachsen sich auch in erster Linie durch dynastische Interessen haben leiten lassen, wird dabei übersehen. Auf der anderen Seite werden dann alle, die gegen den Kaiser gekämpft haben, in der schlimmsten Weise verdächtigt. „Unter den bis zum Ausgange des dreißigjährigen Krieges in der Bundesgenossenschaft von Schweden und Frankreich oder richtiger in ihrem Solddienst gestandenen deutschen Fürsten ist keiner, der einer minderen Schuld geziehen werden könnte, den schändlichsten Verrat an der Nation begangen und aus anderen als den unlautersten Antrieben gehandelt zu haben", ruft Koch emphatisch aus.[1]) Von diesem Gesichtspunkte aus wird dann auch die Politik Herzog Georgs als ein Gemisch von Heuchelei, Selbstsucht und unedlen Begierden verurteilt.[2]) So parteiisch und ungerecht dieses Urteil ist, so heißt es doch auch nach der anderen Seite übers Ziel hinausschießen, wenn man Herzog Georg „eine im besten Sinne deutsche, echt vaterländische Politik, welche darauf hinauslief, die deutsche und die evangelische Freiheit aus dem Wirrsal widerstrebender und begehrlicher Gewalten zu erretten, die zudringliche Einmischung des Auslandes in die deutschen Angelegenheiten zurückzuweisen" zuschreibt.[3]) Verfolgt man die Entwicklung Herzog Georgs,[4]) so erkennt man, daß seine nicht unbedeutenden militärischen Talente anfangs großen Einfluß auf seine Handlungsweise ausüben — wie ihm die Regentenpflichten erst noch in weiter Ferne stehen, so nimmt man zunächst eine ausgesprochene politische Richtung noch nicht wahr — er fügt sich der Politik seiner älteren Brüder, indem er in kaiserliche Dienste tritt, wo er zugleich Befriedigung seines militärischen Ehrgeizes hofft. Erst seit seinem Ausscheiden aus diesem Verhältnis beginnt er auch politisch mehr hervorzutreten, bis er schließlich zu der leitenden Persönlichkeit des Hauses Braunschweig-Lüneburg wird. Wie er militärisch alle seine Verwandten überragt, so weiß er auch energisch, oft leidenschaftlich seine politischen Ideen dem Gesamthause allmählich als Richtschnur hinzustellen und es durch Jahre hindurch in dieser Bahn festzuhalten, obwohl der Widerstand der anderen Linien, bald offener, bald versteckter, immer wieder hervorgetreten ist. Daß ihm

---

[1]) I. Einleitung S. VIII, vgl. auch S. XIII.

[2]) Koch a. a. O., Einleitung, S. XI f., und verschiedentlich; vgl. z. B. I, 263, das Urteil bei Georgs Tode.

[3]) Heinemann III, 81.

[4]) v. d. Decken, Herzog Georg v. Braunschweig-Lüneburg. 4 Bde. 1834. Zur Kritik dieses Werkes vgl. Kapitel III, Anm. 1.

Digitized by Google

hier die nötige Unterstützung fehlte, hat mehrfach seine Pläne zum Scheitern gebracht und ihn auch nicht die Stellung im niedersächsischen Kreise gewinnen lassen, die er zur Durchführung seiner Politik anstrebte. Als solche aber tritt allmählich immer deutlicher die rein territoriale hervor, namentlich seit der Zeit, wo er als regierender Fürst mit der größeren Selbständigkeit auch eine wachsende Verantwortung empfand. Daß er dabei das Bestreben gehabt habe, seinen Besitz wesentlich zu vergrößern, läßt sich doch nicht nachweisen; was er als überkommenes Erbe seines Hauses ansehen durfte — auch das große Stift Hildesheim gehört dazu — zu wahren, war sein Hauptstreben; das kleine Stift Hildesheim, das durch Kriegsglück ihm zugefallen war, hätte er gern zur Abrundung dieses Gebietes behalten. Es wäre der natürliche Abschluß der im 16. Jahrhundert eingeleiteten Entwicklung gewesen und hätte auch das große Stift erst zu einem gesicherten Besitz des Hauses gemacht, da von dem Inhaber des kleinen Stiftes stets die Blicke auf jenes gerichtet waren. Daneben lag ihm der Erwerb Mindens, auf das seine Familie von früher her Anwartschaft hatte, am Herzen — die Sicherung der braunschweigischen Lande nach der Weser zu hätte dadurch einen Abschluß bekommen.

Zunächst aber war es die Frage nach dem Erbe des 1634 kinderlos gestorbenen Friedrich Ulrich, die in der entscheidenden Zeit vor dem Prager Frieden nicht nur die Politik Herzog Georgs, sondern die des Gesamthauses in erster Linie geleitet hat. Während in dem Kampfe um dieses Erbe die beiden älteren Herzöge von Lüneburg, August der Ältere und Friedrich — die Harburger Linie spielt hier wie auch sonst überhaupt keine Rolle —, beide schon in vorgerückten Jahren, beide ohne höheren Ehrgeiz und von geringer Tatkraft, von Anfang an zurücktraten, führte er zwischen den beiden andern Bewerbern, August dem Jüngeren von Dannenberg und Herzog Georg, zu einer bis an Feindschaft grenzenden Abneigung, namentlich bei jenem, die auch nie völlig überwunden wurde. Zuerst nun schwenkte August, schon vorher nach dieser Richtung neigend, zum Kaiser hinüber in der Hoffnung, dadurch das ganze Erbe sich allein sichern zu können. Der Wiener Hof, der in seiner dem Hause Braunschweig-Lüneburg gegenüber befolgten Politik überhaupt keine glückliche Hand gehabt hat, beging nun den großen Fehler, sich, auf das Recht der kaiserlichen Lehnshoheit pochend, in diese Erbfrage einzumischen und dadurch eine vorläufige Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen. (Vertrag zu Meinersen; September 1634.) Da indessen August durch seine rasche und unbedingte Annahme des

Digitized by Google

Prager Friedens seinem Vetter von neuem einen Vorsprung hinsichtlich des Erbes abzugewinnen hoffte, so entschloß sich nun auch Herzog Georg zu der Wandlung in seiner Politik, die ihm innerlich von Anfang an unsympathisch gewesen und aus der herauszukommen dann sehr bald wieder sein Streben gewesen ist. Die Entscheidung, ob er den Prager Friedensbestimmungen sich fügen sollte, lag für ihn doch nicht so einfach. Nicht nur, daß er vom politischen wie religiösen Standpunkte in der Anlehnung an Schweden eine sicherere Garantie für die braunschweigischen Lande erblickte, kommt in Frage, für ihn fiel vor allen Dingen auch ins Gewicht, welche Konsequenzen die Annahme des Prager Friedens für den Besitz des Bistums Hildesheim haben würde. Nun wurde in den Friedensbestimmungen dieses Bistum nicht ausdrücklich erwähnt; es konnte fraglich erscheinen, ob es unter die allgemeinen Bestimmungen fiel — in diesem Falle hätte er das kleine Stift ohne weiteres herausgeben müssen, während die Entscheidung über das große auf vierzig Jahre hinausgeschoben worden wäre. Da die Frage wegen Hildesheim aber jedenfalls erst durch weitere Verhandlungen zu regeln war, so überwog der Gedanke, sich den Anteil an dem Wolfenbütteler Erbe zu sichern, die anderen Bedenklichkeiten, und auch er trat dem Prager Frieden bei.[1])

Der Teilungsvertrag zu Braunschweig vom 4/14. Dezember 1635 und die darauf folgende Einigung der Celler Herzöge vom 17/27. Januar 1636 setzte denn auch Herzog Georg in den Besitz des Calenberger Landes, während August d. J. das Wolfenbütteler Gebiet — etwa dem heutigen Herzogtum Braunschweig entsprechend — erhielt; die Frage nach Hildesheim blieb unerwähnt. Von Herzog Georg ging dann der Gedanke eines festeren politischen und militärischen Zusammenschlusses der verschiedenen Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg aus, der in dem Rezeß von Peine des Jahres 1636 seinen Ausdruck fand.

Sofort aber nach dieser friedlichen Auseinandersetzung trat ein neuer Gegensatz hervor, der für die Politik der nächsten Jahre von Bedeutung

[1]) Man kann die Annahme des Prager Friedens durch Herzog Georg nicht mit Spittler, Geschichte des Fürstentums Hannover II, S. 18 f., dem Decken III, 5 folgt, als eine bedingte bezeichnen. Denn die in diesem Revers ausgesprochene Erwartung, daß der Kaiser ihn und das fürstliche Haus bei allen ihnen zustehenden Rechten und Gerechtigkeiten schützen werde, ist eine bei derartigen Verträgen so formelhaft gebrauchte Wendung, daß sie eine Einschränkung der Annahme nicht begründet. Den Herzog gar, wie Decken IV, 171 will, wegen dieser s. g. bedingten Annahme als „Politiker erster Größe" hinzustellen, liegt keine Veranlassung vor.

Digitized by Google

geworben ist: während Herzog Georg das Bistum Hildesheim in seiner Gesamtheit zu halten und diesem Gedanken die Politik des Hauses dienstbar zu machen suchte, war es das Hauptbestreben Herzog Augusts, das seit 1627 von den liguistischen Truppen besetzte Wolfenbüttel wieder in seinen Besitz zu bekommen. Da man nun aber auf kaiserlicher Seite Wolfenbüttel als Tauschobjekt für Hildesheim ansah, so lag hier die Quelle weiterer Gegensätze in der Politik der beiden Fürsten.

Wenn dieser Gegensatz zeitweise weniger hervortrat, so lag das vor allem daran, daß bei Herzog Georg neben seinen hildesheimischen Interessen doch auch die neu übernommenen Regentenpflichten seine Politik beeinflußten in der Richtung eines Zusammenschlusses des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg. In dem Bestreben, ihren Landen die Kriegslasten fernzuhalten, trafen sich die fürstlichen Verwandten. Allein der von Georg zunächst geplante Weg einer Neutralität des gesamten niedersächsischen Kreises, der man durch eine starke militärische Macht Anerkennung erzwingen könne, scheiterte an der unentschlossenen Haltung der Kreisstände, auf die die durchaus widerspruchsvolle Politik Dänemarks großen Einfluß ausübte. Unter solchen Umständen machten denn auch die schwächlichen Neutralitätsbeschlüsse der Kreistage weder auf den Kaiser noch auf die Schweden Eindruck, beide versuchten den Kreis und namentlich die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg auf ihre Seite zu ziehen. Ob eine solche Neutralitätspolitik Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, läßt sich schwer entscheiden; wie Georg sie sich dachte, auf starker militärischer Basis ruhend, war sie jedenfalls nicht von vornherein aussichtslos. Man kann dagegen nicht als Beweis das Mißlingen der von dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm v. Brandenburg durchgesetzten Neutralität anführen, denn dieser hatte ja eben in Unkenntnis der Sachlage von Königsberg aus durch seine Befehle sein Land den Schweden erst geöffnet und besaß, nachdem er dem Kaiser seine Reiterei vertragsmäßig überlassen hatte, zunächst keine nennenswerte Kriegsmacht.

Wenn nun wesentlich unter der Leitung Herzog Georgs die braunschweigisch-lüneburgische Politik von 1638 an sich merklich den Schweden zuneigte und es gelang, dafür auch den Herzog August zu gewinnen, so ist das abgesehen von der seit Baners Siege bei Wittstock zu Gunsten der Schweden verschobenen Kriegslage in erster Linie wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß nicht nur Georg, sondern auch August an der Ehrlichkeit der Absichten des kaiserlichen Hofes irre zu werden allen Grund hatte. Die offenbare Begünstigung der Unabhängigkeitsgelüste der Stadt Braunschweig war in der Reihe der feindseligen Äußerungen von jener Seite

Digitized by Google

noch das geringste, hat aber zweifellos gerade Herzog August stark beeinflußt;[1]) andere Gerüchte aber, von denen wir schwer kontrollieren können, ob ihnen mehr Drohungen als wahre Absichten zu Grunde lagen, gelangten zu Ohren der braunschweiger Herzöge; sie liefen auf nichts weniger hinaus als eine völlige Vernichtung der braunschweigisch-lüneburgischen Hausmacht. Unter diesen Umständen schien Anlehnung an Schweden das Gebotene, und schon bald nach der ganz im Sinne seiner bisherigen Territorialpolitik durchgesetzten Eroberung Lüneburgs aus der Hand der Schweden durch Herzog Georg wurden die Beziehungen zu Baner wieder angeknüpft; dem Übergange des Feldmarschalls über die Elbe im Jahre 1639 und dem Durchzug durch die lüneburgischen Lande wurde ernstlicher Widerstand nicht entgegengesetzt, und obwohl die Herzöge Friedrich und August noch widerstrebten,[2]) scheint doch Georg auch schon im Jahre 1639 wieder Verhandlungen mit Salvius in Hamburg angeknüpft zu haben.[3]) Daß Baner schon 1639 auf eine entscheidende Wendung der braunschweigisch-lüneburgischen Politik zu Gunsten der Schweden gehofft hat, geht aus seinen zahlreichen Schreiben an die Herzöge hervor; brieflich wie durch Gesandtschaften wurde gerade gegen Ende des Jahres 1639 eifrig über diese Fragen verhandelt. Während das Verhältnis zu Kurbrandenburg nach vorübergehendem Anlehnungsversuche von seiten des Kurfürsten[4]) kühl blieb und sich in der Folge bis zu feindseliger Haltung steigerte, suchte und gewann das Haus Braunschweig-Lüneburg das durch die verschiedenartige Haltung gegenüber dem Prager Frieden zeitweise getrübte[5]) freundschaftliche Verhältnis zu Hessen-Kassel von neuem. Die Landgräfin Amalia Elisabeth war, nachdem sie kurze Zeit auf Herzog Georgs Rat Frieden mit dem Kaiser im Interesse ihres schwer heimgesuchten Landes zu gewinnen gesucht hatte, entschlossen wieder in die Bahnen der französisch-schwedischen Politik eingelenkt. Zweifellos ist diese entschiedene Haltung auch auf die braunschweigisch-lüneburgische Politik von Einfluß gewesen, zumal sie der schon vorhandenen Absicht

[1]) Pufendorf, de rebus Suecicis. Buch XII, S. 395 (Utrechter Ausgabe von 1696).

[2]) Decken III, 180.

[3]) Darauf weisen die anscheinend von Herzog Georg entworfenen „Punkte darüber mit Salvius zu sprechen" 1639 Juni 5/15 hin. Calenb.-Br. Arch. Des. 11. Nr. 144. Pufendorf weiß aus diesem Jahre nur von Verhandlungen mit Baner.

[4]) Decken III, 112.

[5]) Nach Rommel, Geschichte von Hessen VIII, S. 426 ff. 440 ist die bis zu direkt feindschaftlichen Handlungen sich steigernde Trübung doch höher anzuschlagen als dies Decken III, 150 tut.

Digitized by Google

Herzog Georgs entgegenkam.[1]) So wurde am 30. Oktober/9. November 1639 zu Münden der Vertrag zwischen den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg und der Landgräfin von Hessen-Kassel geschlossen,[2]) in dem man sich bei vorfallender Gefahr gegenseitige Unterstützung durch Truppen versprach, und als dessen Zweck man im 7. Punkte in erster Linie „Herstellung des Friedens und Versicherung der beiden fürstlichen Häuser" hinstellte. Herzog August hatte man diesem Vertrage durch einen Nebenrezeß[3]) geneigt gemacht, durch den ihm die Unterstützung Hessens bei der Wiedergewinnung Wolfenbüttels in Aussicht gestellt wurde. Denn seitdem Herzog August begonnen hatte, der kaiserlichen Politik zu mißtrauen, zeigte er sich dem Gedanken, seine Residenz durch Waffengewalt wiederzugewinnen, geneigter. Indessen ist dieses Bündnis von seiten Braunschweig-Lüneburgs doch zunächst nur als ein Schutzbündnis aufzufassen, wie es denn die Bestimmung enthielt, daß die Kündigung des Waffenstillstands durch die Landgräfin gegenüber der kaiserlichen und liguistischen Armee für Braunschweig-Lüneburg keinerlei Verpflichtungen herbeiführen solle. Wenn bei der Landgräfin sich gegen Ende des Jahres auch mehr und mehr die Überzeugung Bahn brechen mochte, daß ein militärisches Eingreifen zu Gunsten der Schweden notwendig sei, wenn es auch zweifellos schon bei dem endgültigen Abschlusse des Bündnisses mit Braunschweig-Lüneburg ihre Absicht war, diese Macht denselben Plänen zugänglich zu machen, so scheint doch auch in diesem Augenblicke[4]) selbst Herzog Georg die Notwendigkeit eines militärischen Anschlusses an Schweden nicht unbedingt empfunden zu haben. Dazu war die Abneigung der Herzöge Friedrich und August gegen einen solchen entscheidenden Schritt zu groß; auch die Landstände empfahlen immer wieder Hinzögern der Verhandlungen mit Schweden — wie denn ihre ganze kurzsichtige Politik darin bestand, es

---

[1]) Über die Frage, ob der Einfluß der braunschweigischen Politik auf die hessische maßgebend gewesen sei oder umgekehrt, gehen die Ansichten Deckens III, 179 und Rommels VIII, 544 auseinander. Daß die hessische Politik weniger Schwankungen unterworfen war als die braunschweigische ist richtig; immerhin ist das Urteil von Le Laboureur, histoire du maréchal Guébriant S. 326, auf das Rommel S. 606 sich beruft, bei der durchaus parteiischen Darstellung Laboureurs nur von geringem Werte.

[2]) Gedruckt bei Londorp, Acta publica VI, 709—711.

[3]) Rommel VIII, 546.

[4]) Decken III, 189 schreibt sie ihm schon für die erste Hälfte des Jahres 1639 zu. Indessen die kostspielige Gesandtschaft nach Nürnberg, die im Gegensatze zu Hessen unternommen wurde, läßt sich nur unter dem Gesichtspunkte beabsichtigter Täuschung des kaiserlichen Hofes oder der Unentschlossenheit erklären. Mir scheint nach der ganzen Sachlage das letztere wahrscheinlicher.

Digitized by Google

möglichst mit keinem verderben zu wollen. Baners Erfolge in Sachsen und Böhmen hatten zwar nur für kurze Zeit die Gefahr eines Einfalles des kaiserlichen Heeres von der Weser her beseitigt — mit Besorgnis verfolgte man um die Wende des Jahres 1639/40 seinen Rückzug, aber es scheint nicht, als ob Herzog Georg damals schon die Notwendigkeit eines militärischen Anschlusses an Schweden zum Schutze seines Landes für nötig gehalten habe. Als Ziel seiner Politik können wir für diesen Zeitpunkt das Bestreben annehmen, zwischen den kämpfenden Parteien wenigstens seinem Hause möglichst die Unabhängigkeit zu wahren, dadurch seinem Lande die Kriegslast fernzuhalten. Seine Politik war also ihrem Grunde nach eine auf Herstellung eines friedlichen Zustandes zunächst für die Lande Braunschweig-Lüneburg gerichtete; demgemäß erstrebte er natürlich auch den allgemeinen Reichsfrieden. Es ist eine Entstellung, wenn Koch seine Tätigkeit als auf Verlängerung des Krieges zielend hinstellt.

Daher richtete sich das Interesse des Hauses Braunschweig-Lüneburg um die Wende des Jahres auch auf den in Nürnberg zusammentretenden Kurfürstentag. Vielleicht eröffnete sich hier doch die Möglichkeit, den Privatinteressen des fürstlichen Hauses Geltung zu verschaffen, dem ersehnten allgemeinen Frieden die Wege zu ebnen und so vielleicht mit besserem Erfolge als auf dem Kurfürstentage von 1636/37 [1]) für das Haus wie für das Reich zu wirken.

[1]) Decken III, 162 macht daraus einen Reichstag, und dieser Irrtum ist dann auch auf Havemann II, 723 und auf Heinemann III, 93 übergegangen.

Digitized by Google

Kapitel II.

Der Kurfürstentag zu Nürnberg.[1]

In dem an raschem Wechsel des Kriegsglücks und an diplomatischen Kombinationen so reichen letzten Drittel des dreißigjährigen Krieges bildet das Jahr 1640 insofern einen wichtigen Einschnitt, als in ihm zum erstenmal während dieses ganzen Krieges die ständische Vertretung des Reiches Einfluß auf die Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen zu gewinnen suchte. Es geschah dies durch den Reichstag zu Regensburg, der durch den Kurfürstentag zu Nürnberg vorbereitet wurde. Beide haben ihre Bedeutung weniger wegen ihrer positiven Ergebnisse, als weil sie die ersten Etappen auf dem mühseligen Wege sind, der schließlich zu dem Frieden von Münster und Osnabrück führte. Der Kaiser freilich durfte sich nach dem Abschluß des Prager Friedens (20/30. Mai 1635) eine kurze Zeit der Hoffnung hingeben, dieses Ziel schneller und in einer für ihn und den Katholizismus günstigeren Weise zu erreichen. Schien es ihm doch zu gelingen, diesen Privatvertrag mit Kursachsen dem ganzen Reiche als Gesetz aufzudrängen und mit den so geeinten Ständen die Schweden vom Reichsboden zu vertreiben.

Aber wie diese Hoffnung durch den zähen Widerstand Bernhards von Weimar und Wilhelms von Hessen-Kassel, dann aber durch das Eingreifen Frankreichs zu nichte wurde, so brachte auch der Tod dieser beiden deutschen Fürsten und die diplomatische Schwenkung der kaiserlichen Politik, durch Sonderverhandlungen mit Hessen und Schweden die Hände gegen Frankreich frei zu bekommen, dem neuen Kaiser Ferdinand III. keinen dauernden Erfolg. Es gelang trotz der auf

[1] Brockhaus, Der Kurfürstentag zu Nürnberg 1640. Leipzig 1883. Für die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg wurden für diesen Abschnitt von Akten des Königl. Staatsarchivs Hannover hauptsächlich benutzt: Reichsakten Des. 41, 42, 43A, Hildesheim VII, 1 Nr. 43 und Calenb. Brief Arch. 16A und 23.

Digitized by Google

Kosten Kurbrandenburgs erfolgten Versprechungen nicht, Schweden von Frankreich zu trennen, und auch die entschlossene und beherzte Witwe des Landgrafen von Hessen-Kassel, Amalia Elisabeth, fügte sich schließlich dem Prager Frieden nicht, sei es nun, daß ihr die Garantien für ihre Glaubensgenossen zu gering waren oder daß die militärische Lage und das diplomatische Geschick Schwedens sie dazu bestimmten.[1]) Auch militärisch gestaltete sich die Lage für den Kaiser nach dem Tode Bernhards von Weimar (8/18. Juli 1639) nicht wesentlich günstiger. Wohl mochte man auf kaiserlicher Seite das Fehlen der kraftvollen Persönlichkeit Bernhards angenehm empfinden, die Stellung am Rhein wurde doch nicht wiedergewonnen; mit den weimarischen Truppen ging sie auf Frankreich über. Der für Spanien so wichtige Zusammenhang zwischen Italien und den Niederlanden war dadurch endgiltig vernichtet. Und gelang es auch Baner nicht, die durch den Sieg bei Chemnitz gewonnene Besetzung Böhmens festzuhalten, so war es doch mehr als zweifelhaft, ob das kaiserliche Heer imstande sein würde, die kaiserlichen Erblande auch gegenüber der drohenden Vereinigung der schwedischen Truppen mit den französisch-weimarischen zu schützen. Und als nach den Niederlagen der Spanier auch die Aussichten auf tatkräftige militärische und finanzielle Unterstützung von seiten dieser Macht zusammenschmolzen, mochten wohl nur wenige am kaiserlichen Hofe das unerschütterliche Vertrauen[2]) von dessen bedeutendstem Staatsmanne, dem Grafen von Trautmansdorf, teilen. Und dies um so weniger, da man der sichersten Stütze des Katholizismus unter den Reichsfürsten, Maximilians von Bayern, doch nicht so unbedingt sicher war. Denn diesen erfüllte in wachsendem Maße ein tiefes Mißbehagen über die Abhängigkeit der kaiserlichen Politik von der spanischen, Und wie einst auf dem Regensburger Kurfürstentage Maximilians Einfluß ausschlaggebend gewesen war, so scheint[3]) auch jetzt von ihm die Anregung zu dem Kurfürstentage ausgegangen zu sein, der den Ständen des Reiches wieder größeren Einfluß auf den Gang der Dinge sichern sollte. Ursprünglich für das Jahr 1639 nach Frankfurt geplant, wurde er wegen der kriegerischen Ereignisse verschoben und nach Nürnberg verlegt, wo sich auf das von Kurmainz erfolgte Ausschreiben die kurfürstlichen Gesandten am Anfange des Jahres 1640 zusammenfanden. Und hier ging nun wiederum gleich in einer der

[1]) Jenes ist die Ansicht von Rommel VIII, S. 528, diese vertritt Brockhaus a. a. O., S. 22. Vgl. Koch I, Einl., S. XI.

[2]) Brockhaus S. 46.

[3]) Brockhaus S. 92, 172 f.

Digitized by Google

ersten Sitzungen von Bayern die Anregung aus, die acht ausschreibenden Fürsten der Kreise des Reiches mit Ausnahme des österreichischen und burgundischen und außerdem den Kurfürsten von Brandenburg und den Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg zu den Verhandlungen der Tagung zuzuziehen. Es muß dahingestellt bleiben, ob Bayern vor der Stellung dieses Antrages die in Frage kommenden Fürsten auf ihre Neigung, sich an dem Kurfürstentage zu beteiligen und ihm dadurch die Bedeutung eines Deputationstages ohne dessen Form[1]) zu geben, sondiert hat, sicher ist, daß ungefähr um dieselbe Zeit die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg beschlossen, den Kurfürstentag durch Gesandte zu beschicken. Es wurden dafür bestimmt von seiten der als führend geltenden Celler Linie der Kriegsrat Behr und Dr. Heinrich Langenbeck, für die Wolfenbütteler Linie Dr. Johann Philipp Bohn und für Calenberg-Grubenhagen[2]) endlich Dr. Jakob Lampadius. Indessen nicht der Rang und die Größe der einzelnen Linien waren bei der Tätigkeit der Gesandten ausschlaggebend, sondern die Bedeutung der Persönlichkeiten. Auch hier wieder übernahm die kleine Linie Calenberg-Grubenhagen in der Person des Lampadius die Führung.

Schwerlich hätte sich auch unter den Staatsmännern des Hauses Braunschweig-Lüneburg eine geeignetere Persönlichkeit für diese wichtige Sendung finden lassen.[3]) Seit fast einem Vierteljahrhundert stand der damals 47jährige im Dienste des fürstlichen Hauses und war durch seine Tätigkeit für dessen verschiedene Linien auf das genaueste vertraut mit den Wandlungen und Zielen der Politik der braunschweigischen Fürsten, die er nicht immer — namentlich zu Zeiten des Anschlusses an Schweden — gebilligt hatte. Seine eindringende Kenntnis der politischen Verhältnisse

[1]) Einen förmlichen Deputationstag wünschte Bayern nicht, weil dort der Kaiser die Leitung gehabt hätte. Vgl. Brockhaus S. 175.

[2]) Nicht für Hildesheim, wie Brockhaus S. 206 angibt. Lampadius war für Hildesheim, wie weiter unten ausgeführt werden wird, ursprünglich garnicht instruiert; er bat mehrfach, daß dafür eigene Gesandte geschickt würden.

[3]) Vgl. über ihn den Artikel von Köcher in der Allgemeinen deutschen Biographie Bd. 17, 574—578; über seine staatsrechtlichen Theorien Köcher, J. L. Sybels Hist. Zeitschr. Bd. 53, 403—429. Das warmherzige Urteil Spittlers (II, 139: „So ein Mann findet sich kaum alle Jahrhunderte einmal") schießt aber doch wohl über das Ziel hinaus. Eine abschließende Beurteilung ist indessen noch nicht möglich, da es an einer genauern Kenntnis seiner Tätigkeit in wichtigen Abschnitten seines Lebens noch fehlt. Das einseitige Urteil, das Koch Bd. II im Vorworte auf Grund seines Tagebuches über ihn fällt — er nennt ihn den schädlichsten Söldling und Parteigänger der Schweden — zeigt, auf welche Abwege den Verfasser seine Geschichtsauffassung führt.

Digitized by Google

seines engeren Vaterlandes sowohl wie im Reiche, seine Fähigkeit, sich rasch zurechtzufinden auch in verwickelteren Lagen, die Unabhängigkeit seines Urteils hatten ihn schon zu wiederholten Malen zu wichtigen diplomatischen Sendungen empfohlen. Wie er hier seine Rührigkeit und sein Geschick bewies, so erweiterte er dadurch seine Kenntnisse der Persönlichkeiten und der Verhältnisse. Obwohl strenggläubiger und eifriger Protestant, war er doch kein unbedingter Gegner der kaiserlichen Gewalt; in seiner staatsrechtlichen Schrift, durch die er sich als Vorläufer des Hippolithus a Lapide und Samuels von Pufendorf erweist, hatte er[1]) Teilung der Reichsgewalt zwischen Kaiser und Reichstag vorgeschlagen; weniger radikal als seine Nachfolger glaubte er noch durch eine derartige Herstellung des Gleichgewichts das Bestehende retten zu können. Wagt er es hier nicht, die letzten Konsequenzen zu ziehen, sondern versucht er einen Mittelweg einzuschlagen, so hatte sich seine praktische Politik auf einer ähnlichen Mittellinie bewegt, wenn er schon 1631 den Gedanken einer bewaffneten Neutralität aussprach, die damals vielleicht noch durchführbar gewesen wäre. Auch als dann der Anschluß an Schweden erfolgte, war er doch bestrebt, der braunschweigischen Politik möglichst die Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit zu bewahren, in diesem Sinne wirkte er noch unmittelbar vor dem Prager Frieden für einen Zusammenschluß der evangelischen Stände des Reiches. Gerade dieser letztere Umstand wie anderseits sein eifriges und energisches Eintreten für seine protestantische Überzeugung, das Ansehen, das er durch seine staatsrechtlichen Schriften erworben, gaben ihm sehr bald in Nürnberg wie später in Regensburg eine die Bedeutung des Fürstentums, das er vertrat, weit überragende Stellung.[2]) Die Unabhängigkeit seines Urteils, sein unerschrockenes Auftreten, das sich bis zur Leidenschaftlichkeit steigern konnte, waren geeignet, auch andere mit fortzureißen, und errangen ihm hohe Achtung auch bei seinen Gegnern. Auffallend ist jedoch während seiner Tätigkeit in Nürnberg und Regensburg eine zeitweise eintretende Müdigkeit oder Verdrossenheit, von der schwer zu sagen ist, ob sie in erster Linie auf körperliche Zu-

[1]) J. Lampadius, de republica Romano-Germanica tractatus (der Titel stammt von Conring) Bd. III, Kap. VIII.

[2]) Charakteristisch dafür sind u. a. auch einige Äußerungen aus der Zeit, wo es sich um Zulassung der braunschweigischen Gesandten zum Regensburger Reichstage handelte. In einem anonymen Schreiben aus Regensburg vom 4./14. 8. 1640 heißt es: das größte Hindernis dafür sei die Furcht, daß Lampadius sich einen zu großen Anhang gewinnen könne, und dieser selbst schreibt mehrfach (3./13. und 8./18. 10. 1640), daß die evangelischen Abgesandten nach seiner Ankunft eifriges Verlangen trügen.

Digitized by Google

stände und Familienverhältnisse oder auf Unzufriedenheit mit der Entwicklung der braunschweigischen Politik zurückzuführen ist. Denn sein Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in der Heimat war trotz seiner regelmäßigen wöchentlichen Relationen gering; es hatte dies einmal seinen Grund in der Schwerfälligkeit des Verkehrs,[1]) mehr aber noch darin, daß die braunschweigischen Gesandten über die Vorgänge in der Heimat nur ungenügend unterrichtet wurden.[2])

Neben Lampadius spielen die anderen Gesandten nur eine nebensächliche Rolle, nur Kanzler Bohn trat im Interesse des Herzogs August zuweilen auch persönlich hervor; eine selbständige Tätigkeit entwickelte der bedeutendste von den andern Gesandten, Heinrich Langenbeck, erst späterhin nach der Abreise des Lampadius auf dem Regensburger Reichstage.

Die am 18/28. Januar 1640 entworfene Instruktion der Herzöge Friedrich, August und Georg für die Gesandten zum Kollegialtage in Nürnberg geht in üblicher Weise von dem durch den Krieg verschuldeten elenden Zustande des Reiches aus. Auf diesen sei hinzuweisen und die Hoffnung auszusprechen, daß das Kurfürstenkolleg mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg darin übereinstimme, daß diesem Zustande nur durch gütliche Traktaten abgeholfen werden könne. Da nun daran alle Stände des Reiches gleichmäßig interessiert sind, auch den alten Reichssatzungen gemäß ohne ihr Zutun und ihre Einwilligung nicht über Krieg und Frieden befunden werden kann, so müssen sie sämtlich zu diesen Verhandlungen zugezogen werden. Die bisherigen Partikulartraktaten mögen vom besten Willen eingegeben gewesen sein, weil aber nicht alle dabei interessierten Stände dazu aufgefordert, sind dadurch nur Uneinigkeit und Mißtrauen entstanden. Die besonderen Beschwerden des Hauses Braunschweig-Lüneburg deutet die Instruktion nur an, weist aber unter Bezugnahme auf die dem fürstlichen Hause zu Ohren gekommenen „Diskurse und Bedrohungen" auf dessen friedliebende Intentionen hin.

[1]) Die Schreiben brauchten gegen 14 Tage, um von Hildesheim nach Nürnberg zu kommen. Schlimmer wurde es, als infolge der kriegerischen Ereignisse vom Mai ab die Wege noch unsicherer wurden. Man wählte nun den Weg über Frankfurt nach Kassel, bis Frankfurt brauchte die Post von Nürnberg nur zwei Tage (Lampadius an Herzog Georg 1./11. Mai 1640). Wiederholt kamen die Boten nicht durch oder die Schreiben wurden interzipiert von Freunden (namentlich Baner) wie von Feinden.

[2]) Die Korrespondenz Herzog Georgs mit Lampadius ist gerade während der kritischen Zeit auffallend gering; am 15./25. Mai klagt dieser, daß er seit einem Monate keinen Brief des Herzogs empfangen habe.

Digitized by Google

Während die Gesandten dem kaiserlichen Bevollmächtigten den Zweck ihrer Gesandtschaft zunächst nur ganz allgemein andeuten sollen, haben sie sich dem Kurfürstenkolleg gegenüber eingehender zu äußern, auf dieses namentlich in der Richtung der baldigen Eröffnung allgemeiner Friedenstraktaten unter Zuziehung aller Stände zu wirken. Über diesen Punkt sollen sie möglichst eine bestimmte Resolution des Kurfürstenkollegs herbeizuführen suchen. Gelingt das nicht, so sollen sie wenigstens den Versuch machen, die persönliche Ansicht der Kurfürsten über diese Angelegenheit in Erfahrung zu bringen. Wenn das Kurfürstenkolleg sie überhaupt nicht hören will, so sollen sie dem kurmainzischen Direktorium schriftliche Verwahrung einreichen.

Großer Wert wird auf gute Beziehungen und gemeinsames Handeln mit den anwesenden Gesandten anderer Stände gelegt.[1])

Wenn das Kurfürstenkolleg über die Zulassung anderer Stände zu den Verhandlungen berät, soll man es dahin zu bestimmen suchen, bei dem Kaiser dafür zu wirken, daß wegen Erteilung der Pässe keine weiteren Schwierigkeiten gemacht würden. Wenn das Kurfürstenkolleg glaubt, wie es auch die Ansicht des fürstlichen Hauses ist, daß der Berufung einer allgemeinen Reichsversammlung unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu große Schwierigkeiten entgegenständen, so ist unter Bezugnahme auf die jüngst wegen Fortsetzung des Krieges erfolgten Kreisberatungen in Vorschlag zu bringen, jetzt auch in ähnlicher Weise zu verfahren. Alsdann könnten Deputierte der einzelnen Kreise zusammentreten und über das Friedenswerk beraten.

Als Grundlage für die Friedensverhandlungen soll als Normaljahr 1612 angenommen werden. Würde dagegen der Prager Friede als dem hinderlich und als das Fundament des Friedens hingestellt, so sei darauf hinzuweisen, daß daraufhin schwerlich ein allgemeiner Friede im Reiche zustande kommen würde. Auf weitere Einzelheiten ist jedoch zunächst nicht einzugehen; zu erwägen wäre jedoch, ob für die Kreisberatungen nicht die 1634 zu Frankfurt und schon vorher von Kursachsen und Brandenburg entworfenen media pacis wieder aufzunehmen seien. Schließlich wurde den Gesandten an die Hand gegeben, wie sie etwaigen

[1]) In einem ersten Entwurf der in die Instruktion aufzunehmenden Punkte werden Kursachsen, Brandenburg, Hessen-Kassel, Pfalz-Neuburg, der Bischof von Würzburg, die Stadt Nürnberg aufgeführt, an die Erinnerung geschehen solle, daß sie „pro publico statu et tranquillitate vigilieren"; auch Sachsen-Weimar, Altenburg, Anhalt und Kulmbach sollen aufgefordert werden, „pro libertate publica zu cooperieren".

Digitized by Google

Verdächtigungen wegen des Verhaltens des fürstlichen Hauses gegen die Schweden oder wegen der Verhandlungen mit Hessen-Kassel begegnen könnten unter Betonung der nur auf Schutz der eigenen Lande gerichteten Absichten der Herzöge.

Wie man sieht, beschäftigt sich diese Instruktion hauptsächlich nur mit einem Punkt: den allgemeinen Friedenstraktaten, ohne auch hier zu wesentlich neuen Gesichtspunkten zu kommen. Auffallen muß aber, daß dabei des Verhältnisses der fremden Kronen zu diesen Verhandlungen gar nicht gedacht wird, denn daß die Frage danach bei den Beratungen über diesen Punkt eine bedeutende Rolle spielen würde, mußte man sich sagen.[1]) Hier war also ein Gebiet selbständiger Tätigkeit für die Gesandten offen gelassen. Hinsichtlich der Wiederherstellung des Zustandes von 1612 ist dagegen wohl anzunehmen, daß man nach dem diplomatischen Gebrauch jener Zeit eine möglichst extreme Forderung stellte, um auch nach einigem Nachgeben doch noch verhältnismäßig vorteilhafte Bedingungen zu erlangen. Denn daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge eine derartige Forderung nicht ernstlich in Frage kommen konnte, lag ja auf der Hand. Sehr auffallend dagegen ist es, daß die Instruktion auf die wichtigen Privatangelegenheiten des Hauses Braunschweig-Lüneburg, namentlich auf Hildesheim und Wolfenbüttel, gar nicht eingeht. Liest man die Instruktion durch, so gewinnt man überhaupt den Eindruck einer gewissen Oberflächlichkeit; die Fragen werden mehr leicht gestreift als gründlich erörtert. Es ist das um so auffallender, da es im allgemeinen nicht die Art der braunschweigischen Herzöge und namentlich Herzog Georgs war, seinen Gesandten zuviel eigene Bewegungsfreiheit zu lassen. Zweifellos spiegelt sich auch hierin die augenblickliche Unsicherheit der braunschweigischen Politik wider: man befand sich an einem Scheidewege und war noch unschlüssig über die einzuschlagende Richtung. Daneben mochte man vorläufig erst einmal abwarten, welchen Gang die Verhandlungen des Kurfürstentages nehmen würden, und ob es den eigenen und den Gesandten anderer Stände überhaupt gelingen würde, auf sie Einfluß zu gewinnen. Jedenfalls hing unter diesen Umständen mehr noch als sonst der Erfolg der Gesandtschaft von der Geschicklichkeit, Einsicht und Entschlußfähigkeit der Gesandten ab.

[1]) Es ist dies um so auffallender, da Punkt 7 des Bundesvertrages mit Hessen-Kassel vom 30. Oktober/9. November 1639 als Zweck der Vereinigung Begütigung Schwedens durch genügende Satisfaktion angab; auch die dort geforderte Generalamnestie wird in der Instruktion nicht erwähnt, doch liegt die ja in der Forderung des Jahres 1612 als Normaljahr eingeschlossen.

Digitized by Google

Lampadius und Bohn trafen zuerst in Nürnberg ein — am 15./25. Februar — und nahmen bei Jeremias von Hoff Quartier.[1]) Sehr viel kam natürlich darauf an, wie sich die kurfürstlichen Gesandten, der kaiserliche Bevollmächtigte und die Vertreter anderer Stände des Reiches, die im Laufe der Zeit in Nürnberg eintrafen, zu den braunschweigischen Gesandten stellen würden. War es nun sehr erfreulich, daß die Abgesandten nicht nur evangelischer Stände, wie der Städte Nürnberg, Frankfurt, Augsburg, dann auch von Kulmbach — mit dessen Kanzler Feilitzsch sich bald engere Beziehungen anbahnten — von Württemberg, sondern auch katholischer, wie der Bischof von Bamberg und Würzburg, eine durchaus freundliche Haltung zeigten, während einige von den evangelischen — wie Augsburg — direkte Anlehnung an die braunschweigischen Gesandten suchten, so war es doch wichtiger, daß auch die kurfürstlichen Gesandten ihnen sehr bereitwillig entgegenkamen. „Ich habe gestern vertraulicherweise gehört, daß unsere Ankunft hier ganz gern gesehen wird", konnte Lampadius unter Bezugnahme auf ein kurmainzisches Schreiben an Herzog Georg schon in seiner ersten Relation vom 15./25. Februar berichten, und dieser Eindruck wurde durch die ersten Konferenzen mit den vom Kurfürstenkolleg deputierten kurmainzischen und bayrischen Gesandten noch verstärkt.[2]) Ganz besonders angenehm berührt aber zeigte sich Lampadius durch das Entgegenkommen und die offene Sprache des kaiserlichen Bevollmächtigten Freiherrn v. Haubitz. Gleich die erste Unterredung am 22. Februar/3. März spielte sich auf den allgemeinen Zustand des Reiches hinüber. „Er ist gewiß ein qualifizierter Herr", so äußerte sich Lampadius nach diesem Gespräch (Relation vom gleichen Tage), „und in rebus politicis Imperii sehr hohen Verstandes", und nach einer späteren Unterredung am 7./17. März berichtete er, es lasse sich der Feder nicht anvertrauen, „was dieser fürnehme Herr weislich und offenherzig angeführet". „Wenn dieses fürnehmen, rechtskundigen, verständigen Herrn consilia nicht gehindert werden", schreibt Lampadius noch am 25. April/5. Mai an Herzog Georg, „so habe ich gute Hoffnung zu einem ehrlichen, christlichen

[1]) Langenbeck wird zuerst in den Verhandlungen vom 14./24. März erwähnt, doch waren die cellischen Gesandten damals anscheinend schon längere Zeit dort.

[2]) Lampadius an Herzog Georg 7./17. März 1640 über die Konferenz des vorhergehenden Tages. Daß der Gedanke, daß man durch abweisende Haltung die braunschweigischen Herzöge zum Anschluß an Schweden und Frankreich treibe, auf dieses freundliche Entgegenkommen von großem Einfluß gewesen ist, läßt sich aus der kurmainzischen Instruktion schließen. Vergl. Brockhaus S. 81 ff.

Digitized by Google

Frieden". Doch war es ihm damals allerdings nicht mehr sicher, ob Haubitz Einfluß am kaiserlichen Hofe dazu ausreiche, so hoch er auch jetzt noch dessen klare und freimütige Anschauungen schätzte.[1]) Haubitz hat also auch Lampadius gegenüber dieselbe eigentümliche Haltung eingenommen, wie in den Unterredungen mit dem kurbrandenburgischen Gesandten v. Löben,[2]) den er geradezu zum Widerstande gegen Kaiser und Katholiken anzutreiben suchte. Hat er[3]) damit nur eine Rolle gespielt, um die Gegner sicher zu machen, so ist es ihm jedenfalls gelungen, Lampadius gründlich zu täuschen. Wie sich im einzelnen das Verhältnis zu den Gesandten der verschiedenen Kurfürsten gestaltete, wird der Verlauf der Verhandlungen zeigen. Jedenfalls durften nach den Anfängen die braunschweigischen Gesandten mit Vertrauen an ihr Werk gehen.

Das Ausschreiben von Kurmainz für den Kurfürstentag vom 22. April/2. Mai 1639 hatte als Gegenstände der Beratung hauptsächlich drei Punkte aufgestellt[4]): 1) Wie der Friede zu erlangen? 2) Wie der Krieg fortzusetzen? 3) Was zu tun, wenn weder friedliche noch kriegerische Mittel zum Frieden führten? Maximilian von Bayern, über die spanische Politik des kaiserlichen Hofes erbittert, war nun der Ansicht, daß zur Herstellung des Friedens vor allen Dingen ein besseres Einvernehmen der Stände des Reiches wiedergewonnen werden müsse. Diesem Zwecke sollte zunächst die Zuziehung anderer Stände dienen; Bayern hoffte so den ihm unter den augenblicklichen Umständen unangenehmen Einfluß, den der Kaiser auf eine offizielle Reichsversammlung — einen Deputationstag sowohl wie einen Reichstag — durch die ihm gebührende Leitung ausgeübt haben würde, zu umgehen. Der Gedanke der braunschweigischen Instruktion, über den Frieden kreisweise zu beraten und dann die endgültige Entscheidung durch Deputierte dieser Kreise herbeizuführen, kam dieser Auffassung jedenfalls nahe — denn auch eine solche Versammlung fügte sich nicht in das Schema der üblichen Reichsversammlungen, und auch hier hätte sich also wohl die

[1]) „Er kann", heißt es in demselben Schreiben, „den Zustand und naturam des deutschen Reiches, den genium und intentionem aller Fürsten und Stände dergestalt describiren, daß sich einer verwundern muß. Die vitia und Unordnung des kaiserlichen Hofes depingiert er solcher Gestalt, daß keiner exactius et verius davon reden und schreiben kann."

[2]) Vergl. Brockhaus S. 99 ff.

[3]) Wie Brockhaus annimmt; mir scheint aber, als ob die spätere Sendung Gebhards aus Wien darauf hindeutet, daß man mit Haubitz Tätigkeit nicht ganz zufrieden war.

[4]) Brockhaus S. 78 und 104.

Digitized by Google

Leitung von Seiten des Kaisers umgehen lassen. Kurbrandenburg war dagegen für einen offiziellen Deputationstag.

Das erste Memorial, das die braunschweigischen Abgeordneten den kurfürstlichen wie dem kaiserlichen Gesandten am 25. Februar / 6. März auf Grund einer mündlichen Unterredung mit den kurfürstlichen Gesandten bei der ersten Audienz (20. Februar / 1. März) einreichten, bewegte sich durchaus in den durch die Instruktion vorgeschriebenen Bahnen und machte den oben angegebenen Vorschlag für die Friedensberatungen. In der an demselben Tage stattfindenden Besprechung mit dem Kurfürstenkolleg, das zu der braunschweigischen Gesandten Befremden dazu nur die Kurmainzischen und Bayrischen deputiert hatte,[1]) betonten diese, daß eine Zuziehung aller Stände, wenn sie auch den Reichskonstitutionen entspräche, unter den augenblicklichen Umständen unmöglich sei; sobald man wirklich zum Frieden gelange, müsse natürlich eine Reichsversammlung berufen werden. Um die Reichsstände bei diesen Verhandlungen aber nicht ganz zu umgehen, wollten die Kurfürsten dem Kaiser vorschlagen, die bedeutendsten Fürsten des Reiches nach Nürnberg zu beschreiben und mit ihnen wegen der Friedensverhandlungen zu beraten. Lampadius wies dem gegenüber auf das Mißliche hin, wenn nur einzelne Stände berufen würden; Mißtrauen und Unzufriedenheit würden die Folgen sein. Er schlug noch einmal die Beratungen nach Kreisen vor; die Deputierten könnten sich ja auch in Nürnberg versammeln, die Berufung hervorragender Stände des Reiches außerdem erfolgen. Trotzdem beharrten bei der nächsten Konferenz am 2./12. März[2]) die kurfürstlichen Deputierten bei ihrer ablehnenden Haltung, denn zu den Kreistagen sei des Kaisers Zustimmung nötig, der dann dabei auch durch einen Kommissar würde vertreten sein wollen — eine Äußerung, die auf Bayerns bekannte Abneigung zurückzuführen ist. Die braunschweigischen Gesandten berieten daraufhin in den nächsten Tagen, welche Stellung sie dem Plane des Kurfürstenkollegs gegenüber einnehmen sollten. Zwar die Behauptung, daß zu den Kreistagen kaiserliche

[1]) Der kursächsische Gesandte beruhigte später die braunschweigischen Gesandten damit, daß dies die allgemein übliche Form und die genannten die bestimmten Deputierten seien. Über die Verhandlungen mit dem Deputierten Lampadius an Herzog Georg Febr. 28 / März 9. Kurzer Überblick auch bei Brockhaus 176 f. wo aber die hier angeführte Unterredung auf den 26. Febr. / 7. März datiert wird; auch stimmt die Entwicklung dort nicht völlig mit der Darstellung von Lampadius in seinen Relationen.

[2]) Lampadius an Herzog Georg 7./17. März 1640.

Digitized by Google

Zustimmung nötig sei, ließ sich leicht zurückweisen, und auf die von den kurfürstlichen Deputierten hingewiesene Schwierigkeit, die verschiedenen Ansichten der Abgeordneten zu einigen, ließ sich mit vollem Recht erwidern, daß das bei keiner Versammlung zu vermeiden sei. Indessen wurde es Lampadius bei reiflicher Erwägung zweifelhaft, ob bei der geplanten Versammlung der Kreisdeputierten etwas Gedeihliches herauskommen würde. Er fürchtete vor allen Dingen, daß es schwer fallen möchte, die Deputierten genügend für alle Fälle zu instruieren, was ja namentlich bei widersprechenden Interessen einzelner Mitglieder desselben Kreises eintreten konnte. Unter diesen Umständen würden schleppender Geschäftsgang und geringe Ergebnisse von vornherein zu befürchten sein. Lampadius dachte nun daran, einen Mittelweg einzuschlagen. Nach dem Willen des Kurfürstenkollegs konnten ja die kreisausschreibenden Fürsten zur Teilnahme an den Beratungen des Kurfürstentages aufgefordert werden. Wenn nun diese wiederum den Ständen ihres Kreises von diesem Ausschreiben Mitteilung machten und ihnen anheimstellten, gleichfalls Gesandte nach Nürnberg zu schicken, so konnte sich niemand zurückgesetzt fühlen. Auf diese Weise, meinte Lampadius, bekomme man gewissermaßen „den Extrakt eines Reichstages". Er hatte also sofort erkannt, worauf es Bayern ankomme — sein Gedanke war nur noch etwas kühner: hätten die Stände der Aufforderung der kreisausschreibenden Fürsten Folge geleistet, so hätte man tatsächlich einen Reichstag ohne Reichsoberhaupt gehabt. Bevor indessen Lampadius diesen Plan, der die Billigung der andern braunschweigischen Gesandten fand, dem Kurfürstenkolleg unterbreiten konnte, hatte dieses schon beim Kaiser die Zuziehung der kreisausschreibenden Fürsten beantragt (29. Febr. / 10. März). Am kaiserlichen Hofe sah man jedoch sofort, worauf dieser Plan hinauslaufe, und in der schon nach zehn Tagen erfolgenden Antwort des Kaisers an Kurmainz schlug er statt dessen die Berufung eines Reichstages vor und lenkte dadurch die Verhandlungen in ganz neue Bahnen. Merkwürdig ist es nun aber, daß der Kaiser sich dabei auf das Memorial der braunschweigisch-lüneburgischen Gesandten berief. Denn dieses wies ja zwar darauf hin, daß gemäß den Reichssatzungen über Krieg und Frieden alle Stände des Reiches gehört werden müßten, und führte auch als Beispiel den Reichstag von 1555 an, des weiteren aber wurde in diesem Memorial ja gerade ein Reichstag unter den augenblicklichen Verhältnissen für unmöglich erklärt und die kreisweise Beratung, wie wir sahen, empfohlen. Am kaiserlichen Hofe hat man also aus diesem Memorial nur das herausgelesen, was man wollte, das, wodurch man

Digitized by Google

die Politik des Kurfürstenkollegs durchkreuzen konnte.[1]) Lampadius war jedoch mit dieser unerwarteten Wendung durchaus zufrieden. Er erfuhr sie zuerst als eine vom Kurfürstenkolleg ausgehende Entschließung[2]) und zwar zunächst noch in der allgemeineren Form, die Kurfürsten würden für Zulassung aller Stände zu den Verhandlungen stimmen. Erst am 3./13. April erklärte bei einer Besprechung der kursächsische Gesandte Friedrich v. Friesen Lampadius,[3]) man sei zu der Überzeugung gekommen, daß man ohne einen allgemeinen Reichstag eigentlich nicht gut verhandeln könne, hoffentlich werde es zu einem solchen kommen. Von dem, was sich inzwischen innerhalb des Kurfürstenkollegs abgespielt hatte, daß man sich trotz des kaiserlichen Schreibens erst nach wochenlangem Zögern mit der Idee eines Reichstages einverstanden erklärte, so daß es einen Augenblick sogar einmal scheinen konnte, als würde der Kaiser auf die Reichskreisversammlung, allerdings unter seiner Leitung, eingehen,[4]) erfuhr Lampadius nichts. Man erwarte noch die kaiserliche Erklärung, teilte ihm Friesen mit, ob alle Stände zu den Verhandlungen zugelassen werden sollten; das Kurfürstenkolleg werde jedenfalls darauf bestehen. Das Haus Braunschweig-Lüneburg, das die Reichsverfassung so rühmlich hochgehalten, habe einen wesentlichen Anteil an dem Erfolge, denn des Kurfürstenkollegs Gutachten und Pläne würden am kaiserlichen Hofe wenig geachtet; dort sei man spanisch gesinnt. Der kurmainzische Gesandte Dr. Krebs versicherte wenige Tage darauf[5]) den braun-

[1]) Es scheint mir danach doch zweifelhaft, ob Brockhaus S. 178 mit seiner Ansicht recht hat, daß durch das braunschweigische Memorial der Reichstagsgedanke in Wien erst angeregt sei — wenn es der Fall ist, so war diese Wirkung von Braunschweig-Lüneburg unbeabsichtigt.

[2]) Lampadius an Herzog Georg 21./31. März 1640. Er wußte damals noch nicht, ob der Kaiser ihren Vorschlag betreffs der Kreisdeputierten annehmen würde. Am 27. März/6. April (Relation vom 28. III./7. IV.) kamen ihm sehr schmeichelhafte Äußerungen des kaiserlichen Bevollmächtigten über die Pläne und das Auftreten der braunschweigischen Gesandten zu Ohren.

[3]) Lampadius an Herzog Georg 4./14. April.

[4]) Brockhaus 180 ff. Die bestimmte Erklärung des Kurfürstenkollegs wegen des Reichstages erfolgte am 16./26. April. Die Behauptung von Erdmannsdörffer (Urk. u. Akt. z. Gesch. d. Kurf. Friedrich Wilhelm v. Brandenburg I. 691), daß Ferdinand III. erst durch den Kurfürstentag zu Nürnberg zum Reichstage, der gegen seine Neigungen gewesen, gezwungen sei, wird hierdurch auch widerlegt. Indessen liegt darin wohl das Richtige, daß man an und für sich am kaiserlichen Hofe einen Reichstag in diesem Zeitpunkte nicht gewünscht hatte, ihn aber gegenüber den Plänen Bayerns als das kleinere Übel ansah. Erdmannsdörffers Darstellung beruht wohl auf den kurbrandenb. Relationen. Vergl. S. 24, Anm. 2.

[5]) Am 9./19. April. Lampadius an Herzog Georg 11./21. April.

Digitized by Google

schweigischen Gesandten, daß man die kaiserliche Resolution mit Ungeduld erwarte, die Kurbrandenburgischen erklärten ihnen, daß sie auf einen allgemeinen Reichstag drängten. Am 16./26. April[1]) erfuhr dann Lampadius durch den kurbrandenburgischen Gesandten, daß der Kaiser entschlossen sei, einen Reichstag zu berufen. Lampadius war gewandt genug zu erwidern, daß das auch des Hauses Braunschweig-Lüneburg ursprünglicher Gedanke gewesen sei — wie ja nach der Instruktion auch nicht daran zu zweifeln ist, daß eine allgemeine Reichsversammlung ihm als das verfassungsmäßig Richtige und daher Wünschenswerte erschien. Auch daß man von der sechsmonatlichen Einberufungsfrist für den Reichstag absehen wolle, erfuhr Lampadius vom kurmainzischen Gesandten schon am nächsten Tage. Über den weiteren Beschluß des Kurfürstenkollegs und des Kaisers, den Reichstag innerhalb von 14 Tagen auf zwei Monate auszuschreiben, wurden die braunschweigischen Gesandten offiziell gleichfalls schon am 22. April / 2. Mai unterrichtet.[2]) Als dann etwa Mitte Mai Gebhard dem Kurfürstenkolleg die Bereitwilligkeit des Kaisers zum Reichstage übermittelte, der aber als dessen Ort Regensburg vorschlug, waren die braunschweigischen Gesandten mit der Mehrheit des Kurfürstenkollegs darin einig, daß dieses den Vorschriften der Goldenen Bulle widerspräche, und entschlossen, den Widerstand gegen die Absicht des Kaisers zu unterstützen.[3]) Später, als Lampadius erkannte, daß der Widerstand des Kurfürstenkollegs gegen den Willen des Kaisers allmählich erlahme, machte er in einer Audienz bei den kurfürstlichen Gesandten am 12./22. Mai[4]) darauf aufmerksam, daß falls der Goldenen Bulle

[1]) Lampadius an Herzog Georg 18./28. April.

[2]) Das Kurfürstenkolleg teilte diesen Beschluß dem kaiserlichen Hofrat Gebhard am 1./11. Mai mit. Brockhaus S. 185. Zu der Darstellung von Brockhaus stimmt es nicht, wenn nach den Relationen des Lampadius das Kurfürstenkolleg als das zum Reichstag treibende Element erscheint, während der Kaiser zögert, so auch wieder in der Relation vom 1./11. Mai. Hier wird von der erwarteten Ankunft Gebhards, des kaiserl. Reichshofrats, gesprochen und bemerkt, man habe Nachricht, daß er sich bemühen würde, den Reichstag zu verhindern und womöglich den Nürnberger Konvent aufzulösen. In Nürnberg schob man diese Abneigung auf Einwirkung der Spanier. Sollte unter diesem Einfluß ein Umschwung der Stimmung in Wien erfolgt sein, oder war es mit dem Reichstagsgedanken dort nicht wirklicher Ernst gewesen? Brockhaus Darstellung gibt dafür keinen Anhalt. Wurde die endliche Zustimmung des Kaisers dann vielleicht durch die Vorgänge bei Casale, die dort erfolgte Niederlage der Spanier herbeigeführt?

[3]) Lampadius an Herzog Georg 8./18. Mai und mündliche Erklärung der braunschw.-lüneburg. Gesandten an das Kurfürstenkolleg vom 12./22. Mai.

[4]) Relation vom 15./25. Mai.

Digitized by Google

zuwider der Reichstag zu Regensburg gehalten werden solle, die kaiserliche Garnison die Stadt verlassen müsse, damit die Unabhängigkeit der Reichsversammlung gewahrt bleibe. 1548 habe man zu Augsburg comitia armata gehalten; dabei sei das Interim herausgekommen. Der Körper des römischen Reiches sei bis ins Innerste verwundet, da müsse jeder Reichsstand die volle Freiheit haben, über die Heilmittel zu reden.

Daß gerade die Politik, die die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg inzwischen eingeschlagen hatten und die dadurch veränderte kriegerische Lage den endgültigen Ausschlag für Regensburg als Ort des Reichstages gaben, machte jede weitere Tätigkeit der braunschweigischen Gesandten auf diesem Gebiete überflüssig und unmöglich. Herzog Georg hatte sich übrigens nur zweimal[1]) ganz kurz zustimmend zu dem Reichstagsprojekt im allgemeinen geäußert.

Eine weitere wichtige Frage, die den Kurfürstentag beschäftigte, war die nach den allgemeinen Friedenstraktaten und nach den Friedensmitteln, d. h. in erster Linie der Entschädigung für Schweden und Frankreich.[2]) In Frage kam die Stellung des Kurfürstenkollegs zu den mit Frankreich in Köln, mit Schweden in Hamburg oder Lübeck geplanten Friedensverhandlungen, daneben aber zu den von dem Kaiser mit Schweden angeknüpften privaten Verhandlungen, bei denen es sich wesentlich darum handelte, ob man betreffs Pommern unter Umständen auch gegen Brandenburgs Willen entscheiden solle. Im übrigen war es weder mit Frankreich noch mit Schweden bislang zu ernsthaften Beratungen gekommen, an der Frage wegen der Päße wie wegen der von Schweden geforderten Teilnahme seiner Verbündeten war bislang noch alles haften geblieben. Bei den nahen Beziehungen, die zwischen Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel bestanden, bei der seit einiger Zeit wieder deutlicher zu Tage tretenden Hinneigung jener Macht zu Schweden durfte man von seiten des Kurfürstenkollegs erwarten, daß deren Gesandte auch zu diesen wichtigen Fragen Stellung nehmen, vielleicht gar wertvolle Aufschlüsse geben würden. Demgemäß forderten denn auch in der Besprechung vom 25. Februar/6. März die kurfürstlichen Deputierten die braunschweigischen Gesandten auf, ihnen mitzuteilen, welches die Vorschläge des Hauses Braunschweig-Lüneburg über den Frieden seien. Diese Aufforderung setzte die Gesandten einigermaßen in Verlegenheit: ihre Instruktion überging die Entschädigungsfrage völlig; Lampadius aber erkannte, daß man dies nicht zugestehen dürfe, weil man dadurch von

[1]) Am 5./15. und 11./21. Mai an Lampadius.

[2]) Darüber Brockhaus S. 125—148.

Digitized by Google

vornherein sich von der Teilnahme an diesen Verhandlungen ausschließen und jeden Einflusses darauf sich begeben würde. Deshalb half man sich mit der Ausflucht, das Haus Braunschweig-Lüneburg wolle erst die Vorschläge der Kurfürsten hören. Dabei blieb man, auch als die kurfürstlichen Deputierten sie aufforderten, Vertrauen zu haben und der bayrische Kanzler Richel ziemlich spitz bemerkte, das Haus Braunschweig-Lüneburg würde wohl diese Abschickung nicht nur wegen solcher allgemeinen Ausführungen gemacht haben. Indessen bat nun Lampadius[1]) doch um schleunige Instruktion über diesen Punkt, indem er zugleich daran erinnerte, daß man in den 1634 zu Frankfurt von dem niedersächsischen Kreise aufgesetzten, vom obersächsischen Kreis gebilligten und dann den Oberkreisen übergebenen Friedensvorschlägen sowie in der von ihm damals verfaßten „deductio gravaminum der evangelischen Stände im Reich" eine Unterlage habe. Er erlangte jedoch damit zunächst nichts anderes, als daß Herzog Georg ihn anwies, auf dem einmal eingenommenen Standpunkte zu beharren, d. h. zuerst Mitteilung der Kurfürsten über diesen Punkt zu verlangen, sich selbst aber nicht weiter zu äußern.[2]) Das war aber ein Standpunkt, der auf die Dauer gar nicht haltbar war, und schon ehe die erste Antwort des Herzogs eintraf, sahen sich die braunschweigischen Gesandten auf wiederholtes Drängen der Kurfürstlichen veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.[3]) Es geschah dies zunächst nur in der sehr allgemeinen Form, daß man auf innere wie äußere Ursachen der Krankheit des Reiches hinwies. Jene — die Beschwerden der Stände — müßten zuerst beseitigt, dann aber diese durch Verhandlungen mit den fremden Kronen aus dem Wege geschafft werden. Das grenzte so an einen Gemeinplatz, daß Lampadius selbst empfand,[4]) daß daraufhin die Kurfürstlichen mit ihnen über die Friedensangelegenheit nicht verhandeln würden. Eine Zeitlang hoffte er noch auf Instruktion, als solche aber nicht erfolgte und inzwischen die Beratungen des Kurfürstenkollegs fortschritten,[5]) richteten die braunschweigischen Gesandten in einem Memorial vom 15./25. April an jenes die Auf-

[1]) In der Relation vom 28. Februar/9. März.

[2]) Schreiben vom 13./23. März, 17./27. März, 31. März/10. April. In diesem wurde wenigstens Instruktion in Aussicht gestellt, erfolgte aber, so lange die Beratungen des Kurfürstentages über diesen Punkt dauerten, nicht mehr.

[3]) Relation vom 7./17. März.

[4]) Relation vom 21./31. März.

[5]) Am 15./25. April endeten dessen Beratungen über die Friedensprojekte mit Beschluß der Vertagung der Entscheidung in der pommerschen Frage; am 9./19. April erfolgte Beschluß wegen der Forderungen Schwedens hinsichtlich der Geleitsbriefe.

Digitized by Google

forderung, beim Kaiser dahin zu wirken, daß die Friedenstraktaten baldigst in die Wege geleitet und die Paßbriefe erteilt würden, um so wenigstens der Form nach auch etwas an den Verhandlungen über diesen Punkt sich beteiligt zu haben. Da auch weiterhin Herzog Georg auf diese Angelegenheit nicht einging, so sah sich Lampadius darauf angewiesen, selbständige Entschlüsse zu fassen. Wiederholt schon hatte er es für nötig erklärt, daß auch andere evangelische Stände, namentlich Hessen-Kassel, aber auch Mecklenburg u. a. ihre Gesandten nach Nürnberg sendeten, um den Einfluß des Protestantismus dort zu verstärken. Es war ein weiterer Schritt in dieser Richtung, wenn er nach einem Gespräche mit den Kurbrandenburgern und Kursachsen[1]) zu der Überzeugung kam, daß es nicht nur für die Sache der Evangelischen, sondern für das ganze Reich das Dienlichste wäre, wenn Schweden bewogen werden könnte, seine Gesandten nach Nürnberg zu schicken. Die kurfürstlichen Gesandten gingen auf diesen Gedanken bereitwillig ein und legten es Lampadius nahe,[2]) daß Herzog Georg die geeignete Persönlichkeit sei, entweder direkt oder durch den König von Dänemark auf Schweden in diesem Sinne zu wirken. Sie meinten versichern zu können, daß die nötigen Päße ausgestellt werden würden. Es war also hier von Lampadius zweifellos eine wichtige Anregung ausgegangen. Die Ansicht, daß durch eine Vertretung Schwedens bei dem künftigen Reichstage nicht nur der evangelischen Sache wesentlich genützt werde, sondern daß auch Schweden dadurch am leichtesten zu einem guten Frieden gelangen könne, befestigte sich in ihm immer mehr; fast in jeder Relation kam er in der Folge auf diesen Punkt zurück. Merkwürdig für seine Auffassung der politischen Lage ist es jedenfalls, daß er Frankreichs dabei keine Erwähnung tut; die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Schweden, wie sie ja auch den Kurfürstentag beschäftigt hatte, hielt auch er vielleicht damals noch nicht für ausgeschlossen. Und es schien Lampadius um so erwünschter, daß Schweden bei dem Reichstage durch Gesandte vertreten sei, als Kursachsens Politik nach seiner Überzeugung sich doch wesentlich auf der Richtungslinie des Prager Friedens bewegte;[3]) was von seiten dieses Staates gegen das Interesse der Evangelischen geschehe, könne durch Schweden gut gemacht werden.

Die Stellung der braunschweigischen Herzöge und namentlich Herzog Georgs zu diesem Vorschlage des Lampadius erscheint widerspruchsvoll.

[1]) Am 22. April/2. Mai; Relation vom 24. April/4. Mai.
[2]) Relation vom 25. April/5. Mai.
[3]) Relation vom 1./11. Mai.

Digitized by Google

Denn wenn etwa Mitte Mai Lampadius dem kurbrandenburgischen Gesandten mitteilte,[1]) sein Herzog habe ihn benachrichtigt, daß die Kronen Frankreich und Schweden nicht abgeneigt seien zu Friedenstraktaten und ihre Gesandten nach Nürnberg senden würden, wenn sie von den Kurfürsten dazu ersucht würden, so steht die kühle Art, mit der Herzog Georg die Relationen des Lampadius von Ende April und vom 1. Mai erwiderte, dazu in merkwürdigem Gegensatz.[2]) Es sei ihm unklar, schrieb er damals, wie Schweden dazu gebracht werden könne, den geplanten Reichstag zu beschicken; würden die Hindernisse, die sich bei den früheren Verhandlungen gezeigt, nicht beseitigt, so sei doch wieder alles vergebens. Äußerungen, die beweisen, daß er in diesem Punkte klarer sah als Lampadius. Die inzwischen eingetretene Entwicklung der militärischen Lage mag auf diese Auffassung eingewirkt haben. Die braunschweigischen Gesandten hielten sich jedenfalls auf Grund jener Notifikation[3]) zu einem etwas freieren Vorgehen berechtigt, zumal die letzten Äußerungen des Herzogs erst sehr viel später in ihre Hände gelangten.[4]) Abweichend von ihren früheren Ausführungen erklärten sie am 12./22 Mai den kurfürstlichen Gesandten, man dürfe nicht erst die inneren Schäden heilen wollen und dann an die Verhandlungen mit den fremden Kronen denken. Das Reich werde durch die fremden Waffen am meisten geschädigt, und daher müsse man beide Angelegenheiten zu gleicher Zeit in Angriff nehmen. Gerade wenn das Reich in seiner Gesamtheit mit den Kronen verhandle, könne das mit viel mehr Nachdruck geschehen, und diese würden mit billigeren Bedingungen zufrieden sein. Die Kronen hätten bisher alle ihre Handlungen darauf begründet, daß sie im Interesse der Freiheit der Stände geschähen; dieser Vorwand aber würde bei deren einmütigen Vor-

[1]) Bei Londorp Acta publica IV, 811 ohne Datum zwischen zwei Schreiben vom 12. und 25. Mai (alten Stils). Die in diesem Schreiben erwähnte Notifikation an das Kurfürstenkolleg scheint identisch mit der unten angeführten mündlichen Besprechung vom 12./22. Mai. Danach wäre das Schreiben also auch etwa in diese Tage zu setzen.

[2]) Herzog Georg an Lampadius vom 5./15. Mai. Er teilt eingangs den Empfang der Relationen vom 18. April bis 1. Mai mit.

[3]) Wann diese erfolgt, ist aus den Akten nicht zu ersehen, Lampadius erwähnt in seinem Schreiben vom 1./11. Mai eine „letzte Instruktion" Herzog Georgs. Vielleicht enthielt diese — sie ist gleichfalls in den Akten nicht vorhanden — die betreffende Anweisung.

[4]) Am 15./25. Mai schreibt Lampadius, daß er seit dem 15./25. April keinen Brief des Herzogs erhalten habe; erst am 21./31. Mai traf das Schreiben vom 5./15. Mai ein.

Digitized by Google

stellungen und Verhandlungen hinfällig werden. Anderseits würde man aber auch die Kronen verletzen, wenn die Stände in ihrer Abwesenheit über die ihnen zu stellenden Bedingungen berieten. Namentlich müsse es unbedingt deren Mißtrauen erregen, wenn auf dem Reichstage die Frage zur Verhandlung käme, wie nötigenfalls der Krieg fortgesetzt werden solle. Wie freilich die Kronen berufen werden sollten, darüber wußten die braunschweigischen Gesandten keine bestimmten Vorschläge zu machen; doch erinnerten sie daran, daß schon 1634 zu Frankfurt Dänemarks Vermittlung von einigen Ständen vorgeschlagen sei. Kursachsen und Brandenburg äußerten Lampadius ihre Zustimmung zu diesen Vorschlägen. Nach der Mitteilung des kursächsischen Gesandten Friesen hätten auch die Katholischen, wenngleich sie dadurch nachdenklich gestimmt worden seien, nichts gegen die braunschweigischen Ansichten vorbringen können,[1]) am kaiserlichen Hofe würde man dagegen wohl anderer Ansicht sein. Lampadius, der aus seinem Verkehr mit den kursächsischen Gesandten schon länger die Überzeugung geschöpft hatte, daß diese wie auch andere Räte am kursächsischen Hofe die Politik ihres Kurfürsten nicht billigten, versuchte bei dieser Gelegenheit ein Zusammengehen Kursachsens mit Brandenburg auf dem künftigen Reichstage in die Wege zu leiten; Friesen ging auch, wenigstens äußerlich, darauf ein. Weitere Einwirkungen der braunschweigischen Gesandten auf diese Angelegenheit wurden auch hier durch die Entwicklung der Verhältnisse in der Heimat unterbrochen — kurz nachher während einer Audienz am 22. Mai/1. Juni wurden ihnen darüber zum ersten Male Vorhaltungen gemacht. Indessen, wenn dadurch die Betätigung an den allgemeinen Verhandlungen den braunschweigischen Abgesandten auch abgeschnitten wurde — das ließ sich allenfalls verschmerzen, denn es gab schließlich Mittel, indirekt seine Ansicht zur Geltung zu bringen; schlimmer war, daß dadurch auch die Verhandlungen über die privaten Angelegenheiten des Hauses Braunschweig-Lüneburg bedroht wurden.

Drei Angelegenheiten[2]) des Hauses Braunschweig gab es dem Kaiser und dem Reiche gegenüber zu regeln: Die hildesheimische, die wolfenbüttelsche und die mit den Erben Tillys. Hinsichtlich des Stiftes Hildesheim ist zu unterscheiden zwischen dem großen und dem kleinen Stift;[3])

[1]) Relation vom 15./25. Mai.

[2]) Über die Verhandlungen betr. die Privatanliegen des Hauses Braunschweig-Lüneburg auch Brockhaus S. 206—211, wo aber nur die beiden ersten Punkte berücksichtigt werden.

[3]) Die Aufzählung der dazu gehörigen Ämter bei Havemann II, S. 61—62.

Digitized by Google

jenes war seit 1523 in den Händen des Hauses Braunschweig, das in dessen Besitz von seiten des Reiches zu wiederholten Malen bestätigt war. Das kleine Stift hatte Herzog Georg seit 1634 besetzt. Wolfenbüttel war 1627 von Pappenheim erobert, und alle Versuche, es auf kriegerischem Wege wieder zu erlangen, waren bisher vergeblich gewesen. Die Ansprüche der Tillyschen Erben endlich beruhten auf dem Lübecker Frieden, in dem König Christian von Dänemark eine Schuldforderung, die er an Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel hatte, dem Kaiser abtrat, der sie wiederum Tilly als Belohnung für geleistete Dienste überwies. Diese Forderung hatte der Prager Friede als zu Recht bestehend anerkannt, während in ihm die Rückgabe Wolfenbüttels zugesichert wurde, jedoch nur, wenn man mit vereinten Kräften „das fremde Kriegsvolk" vom Weserstrom und aus dem niedersächsischen Kreise vertrieben und das Haus Braunschweig-Lüneburg seine Kräfte zur Vollstreckung des Prager Friedens mit der kaiserlichen Reichsarmee vereinigt habe.[1])

Hinsichtlich des großen Stifts Hildesheim hatte das Reichskammergericht 1629 den ungeheuerlichen Spruch gefällt, daß das Haus Braunschweig es zurückzugeben habe mit allen seit 1523 daraus bezogenen Einkünften. Im Prager Friedensschlusse war des Bistums Hildesheim nicht ausdrücklich Erwähnung getan, der Kaiser hatte aber 1636 die Behauptung aufgestellt, daß es mit unter die nach den Bestimmungen dieses Friedens herauszugebenden Bistümer falle, und demgemäß immer wieder zur Restitution gemahnt.[2]) Über die Behandlung dieser Angelegenheit war man im Hause Braunschweig-Lüneburg nicht einig; während Herzog Georg anfangs selbst das kleine Stift als nach Recht des Krieges ihm gebührend festhalten wollte, eine Herausgabe des großen aber unter allen Umständen zurückwies, stellten sich die andern Linien

[1]) Nach dem Abdruck des Friedensinstrumentes bei Londorp IV, 458 ff.

[2]) u. a. kaiserliches Schreiben an sämtliche Herzöge des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit Ausnahme Herzog Georgs. 21. Sept./1. Okt. 1636. Darin wird auch ausgeführt, daß nach dem Tode Friedrich Ulrichs das Recht, das diese Linie etwa auf Hildesheim gehabt haben könnte, erloschen sei. Diese Deduktion eignet sich Brockhaus an, wenn er (S. 25) sagt, Herzog Georg habe kein Recht gehabt, Hildesheimer Gebiet zu fordern. Wenn gar F. W. Barthold (Geschichte des großen deutschen Krieges vom Tode Gustav Adolfs) II, 254 behauptet, Herzog Georg habe den billigen Rechtsspruch wegen Hildesheim zuversichtlich erwarten können, so erklärt sich das aus der einseitig antischwedischen Tendenz dieses kritiklosen Werkes.

Digitized by Google

auf den Standpunkt,[1]) daß man das kleine Stift unter allen Umständen zurückgeben müsse, da nur so auf Wiedereinräumung Wolfenbüttels zu hoffen sei. Aber selbst die Behauptung des großen Stiftes, etwa mit Ausnahme der einst von Braunschweig an Hildesheim verpfändeten homburg-ebersteinschen Gebiete, erschien ihnen zweifelhaft. Diese verschiedenartige Auffassung war, wie schon aus dem Schreiben vom 21. Sept./1. Okt. 1636 hervorgeht, dem Kaiser nicht unbekannt, und er hatte sie auszunutzen versucht. Auch Herzog Georg hatte schließlich eingesehen, daß er auf seinem schroffen Standpunkte nicht beharren könne, und erklärt,[2]) daß er mit gütlichen Verhandlungen einverstanden sei unter der Bedingung, daß zunächst alle Erb- und Stammstücke zurückgegeben würden. Dann sei er bereit, das kleine Stift zu räumen, allerdings unter weitgehenden Forderungen auf religiösem Gebiet und unter der Voraussetzung der dagegen erfolgenden Rückgabe von Wolfenbüttel. Es waren dann auch Vorbereitungen zu friedlichen Verhandlungen mit dem Erzbischof von Köln, der gleichzeitig auch zum Bischof von Hildesheim ernannt war, getroffen; aber darüber hinaus war man nicht gekommen, wohl weil Herzog Georg immer noch eine günstigere Wendung durch den Verlauf des Krieges erwartete. Der Kaiser hatte darauf am 5./15. September 1639 die Aufforderung zur Rückgabe des ganzen Stifts erneut, jedoch schon einige Tage später[3]) auf Vermittlung Dänemarks noch einmal wieder den Weg gütlicher Verhandlungen mit Kurköln freigestellt. Während man nun in Celle den Standpunkt einnahm, daß die hildesheimer Angelegenheit diese Linie nichts angehe,[4]) erkannte man in Braunschweig, daß, da die hildesheimsche und wolfenbüttelsche Streitfrage zweifellos mit einander verknüpft seien, ein gemeinsames Handeln jedenfalls mit Herzog Georg in dieser Angelegenheit beim Kaiser und in Nürnberg notwendig sei.[5]) Um so auffallender war es nach alledem, daß, wie wir sahen, in der Instruktion diese Punkte überhaupt nicht erwähnt waren, über die Privatangelegenheiten des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit ein paar nichtssagenden Worten hinweggeglitten wurde. Indessen scheint es, daß wenigstens Herzog August

[1]) Es kam das hauptsächlich in den Verhandlungen des Gesamthauses zu Hildesheim 1638 Januar 15/25 — März 6/16 zum Ausdruck.

[2]) Schreiben des Gesamthauses Braunschweig an den Kaiser 15./25. März 1638.

[3]) Der Kaiser an Herzog Georg 13./23. Sept. 1639.

[4]) Instruktion Herzog Friedrichs für Th. Grote und H. Langenbeck zu Verhandlungen des Gesamthauses in Hildesheim 1639 Dez. 2/12.

[5]) Die braunschw.-wolfenb. Regierung an die kalenbergische 1640 Febr. 5/15.

Digitized by Google

seinen Gesandten mit genauerer Instruktion versehen hatte, und von diesem ging denn auch die erste Anregung zur Behandlung dieser Fragen in Nürnberg aus. Zwar hatten die Gesandten gemeinsam in dem am 25. Februar/6. März den Kurfürstlichen übergebenen Memorial ausdrücklich auf die drei für das Haus Braunschweig in Frage kommenden Angelegenheiten hingewiesen und waren damit schon über den Wortlaut ihrer Instruktion hinausgegangen; wichtiger aber war die Audienz, die der braunschweigisch-wolfenbüttelsche Kanzler Bohn an demselben Tage bei dem kaiserlichen Gesandten hatte.[1]) Bohn machte diesen zunächst darauf aufmerksam, wie schwer das braunschweiger Land durch die liguistische Garnison in Wolfenbüttel bedrückt werde; monatlich würden durch Kontributionen 10000 Taler aus dem Lande gezogen. Herzog August habe auch nach dem Reskripte des Kaisers von 1638 Hoffnung auf Rückgabe der Festung gehabt, nun aber hätten sich Bayern und Kurköln dazwischengesteckt und den Kaiser auf andere Gedanken gebracht, so daß jenes Reskript gewissermaßen annulliert sei. Der Herzog habe solche kaiserliche Ungnade nicht verdient, wäre „in solche leidige Kriegstrublen nie mit eingeflochten gewesen, wider die Römische Kaiserliche Majestät in keiner widrigen Action jemals begriffen". Die Gründe, die von gegnerischer Seite gegen die Herausgabe Wolfenbüttels angeführt würden: der Zustand des Reiches, die hildesheimsche Sache, die Notwendigkeit der Kontribution, seien hinfällig. Der erste beruhe auf grundlosem Mißtrauen, mit Hildesheim habe Herzog August überhaupt nichts zu schaffen, zu der Kontribution habe er keinerlei Verpflichtung. Der kaiserliche Gesandte versicherte darauf, daß der Kaiser durchaus geneigt sei, auf des Herzogs Wünsche einzugehen, er müsse aber wegen des Zustandes des Reiches auf Kurköln und Bayern Rücksicht nehmen; wenn auch tatsächlich Wolfenbüttel und Hildesheim nichts mit einander zu tun hätten, so hingen doch beide Angelegenheiten eng zusammen; käme die hildesheimsche Sache in Gang, so würde die wolfenbüttelsche damit gleichen Schritt halten. Im weiteren Verlaufe des Gespräches warf er dann den Vorschlag hin, ob man die Angelegenheit nicht in Nürnberg verhandeln könne. Bohn erwiderte, darauf nicht instruiert zu sein, indessen glaube er, daß den Herzögen das nicht unangenehm sein würde, doch so, daß die Sache nicht vor dem Kurfürstenkolleg behandelt werde, vor das sie nicht gehöre, sondern durch Vermittlung des Kaisers und des Königs von Dänemark. Haubitz scheint aber gerade auf die

[1]) Bericht Bohns vom 25. Februar/6. März.

Digitized by Google

Vermittlung durch das Kurfürstenkolleg Gewicht gelegt zu haben, denn als seine Anregung bei Bohn nicht auf fruchtbaren Boden fiel, meinte er ziemlich kühl, der dänische König sei zu weit, die Sache müsse dann ihren geordneten Weg gehen.[1]) Der braunschweigische Gesandte versuchte zum Schluß durch Hinweis auf die Gefahr, die Wolfenbüttel von seiten der Schweden drohe — er konnte dabei auf ein Schreiben Königsmarcks hinweisen, — Haubitz der Herausgabe Wolfenbüttels geneigter zu machen, doch ließ dieser sich von seinem früheren Standpunkte nicht abbringen. Wichtig bei dieser Audienz war vor allen Dingen, daß hier, und zwar von kaiserlicher Seite, zuerst der Weg in Vorschlag gebracht wurde, der dann auch weiterhin beschritten wurde. Lampadius gewann nach dieser Unterredung sofort die Überzeugung, daß man von seiten des Kaisers wie der Kurfürsten gerade die hildesheimische Angelegenheit auch in Nürnberg betreiben wolle. Der von dem kaiserlichen Gesandten angeregte Gedanke der gütlichen Vermittlung schien ihm nicht ohne weiteres zurückweisbar; er beschloß, sofort mit diesem darüber in Verhandlung zu treten und ihm zuerst den Stand der Verhandlungen mit Kurköln und Dänemark darzulegen.[2]) Bei Haubitz erfuhr er dann unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß er für die Hildesheimer Angelegenheit instruiert sei, falls sie in Nürnberg verhandelt werden solle. Und als in einer Besprechung mit den kursächsischen Gesandten Langenbeck die Rede auf Wolfenbüttel, Lampadius auf Hildesheim brachte, sagten jene ihre Unterstützung in beiden Fragen zu, fragten dann aber auch Lampadius, ob in der Hildesheimer Angelegenheit die Vermittlung des Kurfürstenkollegs nicht genehm sei. Es liegt nach alledem die Vermutung nahe, daß zwischen dem kaiserlichen Gesandten und Mitgliedern des Kurfürstenkollegs — Kursachsen, Kurköln und Bayern würden hier zunächst in Betracht kommen — schon vorher Beratungen über diesen Punkt stattgefunden hatten. Man hatte demnach noch nicht die Hoffnung aufgegeben, durch eine gütliche Behandlung dieser Frage Herzog Georg und damit das ganze Haus Braunschweig-Lüneburg auf kaiserliche Seite hinüberziehen zu können. In Lampadius befestigte sich jedenfalls dadurch die Überzeugung, daß jetzt die rechte Zeit sei zu verhandeln, zumal Kursachsen auch nichts gegen die dänische Vermittlung einzuwenden hatte. Lampadius war jedoch, da er seit kaum fünf Jahren im Dienste Herzog Georgs stand, mit den verwickelten Rechtsfragen in der hildesheimschen Sache nicht

[1]) So wenigstens fasse ich seine Äußerung auf, die Herzöge würden sich gefallen lassen, „in aula [Cäsaris?] selbsten es zu suchen".

[2]) Relation vom 28. Februar/9. März.

Digitized by Google

genügend vertraut, er empfahl daher dem Herzog sofort, noch einen eignen Gesandten deswegen zu deputieren und diesem auch Vertreter der Landstände mitzugeben — ein höchst vernünftiger Vorschlag, der allein es ermöglicht haben würde, die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Zunächst waren dies allerdings alles mehr Anregungen privater Natur gewesen. Für die offizielle Behandlung der Sache war vor allem auch wichtig, auf welchem Standpunkt sich das Kurfürstenkolleg stellen würde, ob es gemäß der Äußerung von Haubitz allein die Vermittlung beanspruchte oder — was Kursachsen angedeutet hatte — daneben auch Dänemark zulassen würde. Für das Haus Braunschweig-Lüneburg war das insofern von Bedeutung, als man sich der Vermittlung Dänemarks in der Hildesheimer Sache schon länger bedient hatte.[1]) Ein erträgliches Verhältnis zwischen Christian von Dänemark und Herzog Georg hatte sich seit 1636 allmählich wieder angebahnt. Obwohl die Ansichten beider über die Haltung des niedersächsischen Kreises weit auseinandergingen, blieb man doch in lebhaftem diplomatischen Verkehr, und dazu traten gerade im März 1640 noch verwandtschaftliche Beziehungen durch die Verlobung der jugendlichen Tochter Herzog Georgs mit dem Sohne des Königs, dem Erzbischof Friedrich von Bremen. Und in den ersten Tagen des März übersandte Herzog Georg Lampadius ein Schreiben des Königs von Dänemark an die kurfürstlichen Gesandten[2]), das näher auf die Angelegenheiten des fürstlichen Hauses einging, und das Lampadius gehörigen Ortes, aber so, als ob es ihm mit der Post zugegangen, abliefern solle. In diesem Schreiben wies der König darauf hin, wie wichtig es sei, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg für den allgemeinen Frieden gewonnen würde. Nun sei aber das fürstliche Haus wegen der hildesheimischen und wolfenbüttelschen Angelegenheit in solches Mißtrauen geraten, „daß es auf seine eigene Konservation nunmehr fast einig und allein denkt und alles andere, so des gemeinen Wesens Wohlfahrt und Notdurft angehet, fast in den Wind schlägt, woraus hernachmals leichtlich andere gefährlichen Inkonvenientien entspringen könnten". Das Kurfürstenkolleg möge also dahin wirken, daß diese Angelegenheiten nicht durch die Schärfe der Prozesse, sondern auf dem Wege gütlicher Traktaten beigelegt würden. Er glaube, daß Herzog Georg auf alles eingehen würde, „was Sie immer Gewissens und Reputations halber thun können".

[1]) Der Gedanke einer Vermittlung Dänemarks in der hildesheim. Sache scheint ursprünglich von kaiserlicher Seite ausgegangen zu sein; darauf deutet ein Schreiben Kurkölns an seinen Agenten in Wien 1636, Mai 21./31.

[2]) Glücksburg, 23. Febr./4. März 1640. Gedruckt bei Londorp IV. 796.

Digitized by Google

Dieses Schreiben, das am 18./28. März in Lampadius Hände gelangte[1]) und von ihm am nächsten Tage dem kurmainzischen Direktorium übergeben wurde, erschien ihm zunächst nicht unbedenklich wegen des oben wörtlich zitierten Satzes. Denn allzu deutlich schien ihm daraus die Drohung hervorzugehen, daß das fürstliche Haus im Falle der Nichterfüllung seiner Wünsche sich durch eigene Kraft Recht verschaffen wolle. Er meinte, daß dies zu den friedlichen Beteuerungen ihrer Instruktion in Widerspruch stehe. Bei längerer Überlegung sagte er sich jedoch, daß gerade dieser deutliche Hinweis auf das Kurfürstenkolleg im Sinne der friedlichen Erledigung der Sache einwirken könne, so daß er nunmehr dem Inhalte dieses Schreibens zustimmte. Inzwischen hatte Lampadius auch aus dem Munde des kurbrandenburgischen Gesandten[2]) erfahren, daß im Kurfürstenkolleg die Übernahme der gütlichen Behandlung der Hildesheimer Sache beschlossen und auch die dänische Vermittelung genehmigt sei. Aber trotz seiner wiederholten dringenden Bitten um Instruktion versprach Herzog Georg zunächst nur Absendung von Schreiben an den Kaiser und an den König von Dänemark, vertröstete ihn aber im übrigen auf die notwendigen Beschlüsse des Gesamthauses in dieser Angelegenheit.[3]) Aus diesem Grunde stockten die Verhandlungen zunächst. Das Zögern der Herzöge aber findet seine Erklärung wohl darin, daß man damals erwog, ob man die Gesandten nicht aus Nürnberg abberufen solle; als Vorwand sollte die Verzögerung des Friedenswerkes und die Unsicherheit des schriftlichen Verkehrs dienen.[4]) Neben Gründen finanzieller Art war dafür wohl die veränderte politische und und militärische Lage maßgebend; doch kam man schließlich von diesem Plane wieder zurück.[5]) Andererseits scheint es, daß man sich über die

[1]) Relation vom 21./31. März.

[2]) Am 10./20. März; Relation vom 14./24. d. M.

[3]) Schreiben vom 13./23. u. 17./27. März, vom 31. März/10. April. Mit dem zuletzt genannten Schreiben übersandte der Herzog die Briefe an den Kaiser und an den König von Dänemark. Beide Schreiben fehlen in den Akten. Das Schreiben an den Kaiser übersandte Lampadius dem kaiserlichen Gesandten am 24. April/4. Mai.

[4]) Nach dem Entwurf eines Schreibens des Gesamthauses an die Gesandten in Nürnberg vom April 1640; das Tagesdatum fehlt.

[5]) Herzog Augustus an Herzog Georg 7./17. April. Hier schreibt der Herzog, er sei mit Herzog Georg darin einverstanden, daß die Gesandten noch länger in Nürnberg blieben. Am 2./12. Mai bittet Herzog Augustus dann Herzog Georg in Erwiderung eines Schreibens vom 29. April/9. Mai, von dem Plane, die Gesandten abzuberufen, abzusehen. Danach wäre es möglich, daß das oben erwähnte Konzept Ende April abgefaßt wäre.

Digitized by Google

Behandlung dieser wichtigen Frage im fürstlichen Hause auch jetzt noch nicht einigen konnte; namentlich lehnte die celleſche Linie in unbegreiflicher Kurzſichtigkeit nicht nur jede Teilnahme an dieſen Verhandluugen ab, ſondern ſie beharrte auch auf der ihren Geſandten einmal gegebenen Inſtruktion, daß dieſe bei jeder Propoſition, die die Geſandten der beiden anderen Linien in dieſen Angelegenheiten in Nürnberg ablegen würden, ausdrücklich erklären ſollten, daß ihr Fürſt damit nichts zu ſchaffen habe. Daß dieſer Mangel an Gemeinſinn für das fürſtliche Haus ſehr bedenklich ſei und dem Gegner eine vortreffliche Waffe in die Hand gebe, wurde von Herzog Auguſt wohl bemerkt. Die celleſchen Geſandten ſcheinen ſich denn auch nicht ſehr ſtreng an dieſen Punkt ihrer Inſtruktion gehalten zu haben.[1]) Für Lampadius war es jedenfalls in hohem Grade peinlich, daß ihm der kurmainziſche Geſandte Dr. Krebs am 9./19. April mitteilen konnte, daß Kurköln ſchon auf die gütlichen Verhandlungen wegen Hildesheim inſtruiert ſei, während er ſelbſt immer noch nicht das Geringſte in Händen hatte. Unter der Hand ſchon die Anſichten der kurfürſtlichen Geſandten zu erfahren, wie es der Herzog gewünſcht hatte, erſchien ihm jedenfalls ausſichtslos.[2]) Er war ſich darüber durchaus klar, daß man hier langen und ſehr verwickelten Verhandlungen entgegengehe, und kam immer wieder auf die Notwendigkeit zurück, dafür eigene Räte zu deputieren. Inzwiſchen[3]) erfolgte auch von ſeiten der kurfürſtlichen Geſandten die offizielle Aufforderung an den König von Dänemark, wegen Hildesheim bei Herzog Georg zu vermitteln, ſo daß die äußeren Formen für die Behandlung dieſer Angelegenheit damit als geregelt angeſehen werden konnten. Freilich meinte Lampadius,[4]) daß ſich die Rolle Dänemarks dabei mehr auf eine „Aſſiſtenz" des Herzogs beſchränken würde, da das Kurfürſtenkolleg ſich als den eigentlichen Vermittler betrachte und keinenfalls dem Könige die Leitung überlaſſen würde. Unter allen Umſtänden aber müſſe Dänemark ſchleunigſt Geſandte nach Nürnberg ſchicken.

Der ihm von Herzog Georg erteilten Weiſung gemäß ſuchte Lampadius nun zunächſt den Beginn der Verhandlungen dadurch herbeizuführen, daß er das Kurfürſtenkolleg erſuchte, von Kurköln die Vermittlungsvorſchläge einzufordern.[5]) Nach dem ihm Tags zuvor von

[1]) In der Relation vom 14./24. März erwähnt Lampadius, daß Langenbeck gleichfalls in der hildesheimiſchen und wolfenbüttelſchen Sache ihnen ſekundiert habe.

[2]) Relation vom 18./28. April.

[3]) 8./18. April 1640.

[4]) Relation vom 24. April / 4. Mai.

[5]) Memorial des braunſchweigiſchen Geſandten an die kurfürſtlichen vom 21. April / 1. Mai.

Digitized by Google

dem kursächsischen Gesandten Friesen gemachten Mitteilung erschien dieses Ersuchen allerdings aussichtslos; nach dessen Ansicht sollten vielmehr die Vermittlungsvorschläge vom Kurfürstenkolleg ausgehen. Indessen Lampadius glaubte hierdurch zunächst wohl Zeit zu gewinnen, wenn er sich über den Erfolg dabei gewiß ebenso wenig täuschte wie hinsichtlich der in demselben Memorial erhobenen Forderung wegen Wolfenbüttels, daß „vor allen Dingen ehe und bevor die hildesheimische Traktaten vorgenommen werden können, sonderlich Herzogen Augusti F. Gn. mit wirklicher Wiedereinräumung besagter Festung von Recht und Billigkeit begegnet werden solle". Auch diese Forderung konnte nur den Zweck haben, einem Wunsche des Herzogs August zu genügen und allenfalls auch den, dadurch Zeit zu gewinnen. Die Antwort der kurfürstlichen Gesandten erfolgte denn auch am 30. April / 10. Mai in dem Sinne, daß sie bereit seien, die Vermittlung zu übernehmen, doch sei vor dem Beginn der Verhandlungen von beiden kontrahierenden Parteien Vollmacht nötig, daß das, was von den Abgesandten hier verhandelt und beschlossen werde, die Genehmigung ihrer Prinzipale finde. Die kaiserliche Ratifikation solle jedoch vorbehalten und als Bedingung gesetzt werden. Die Verhandlungen würden am besten mündlich geführt, doch solle jede Partei in einer kurzen Deduktionsschrift ihren Rechtsstandpunkt darlegen, aber lediglich zur Information des Kurfürstenkollegs, das diese für sich behalten und der Gegenpartei nicht mitteilen würde. Wegen Wolfenbüttels sagten sie lediglich Fürsprache bei dem kaiserlichen Gesandten zu; wie sie schon in dem Schreiben an den König von Dänemark diese Angelegenheit garnicht berührt hatten, so zeigten sie auch hier wieder deutlich, daß sie sich damit offiziell nicht befassen und keinesfalls auch darauf ihre Vermittlungstätigkeit ausdehnen wollten.

Lampadius war auch sonst mit den Vorschlägen des Kurfürstenkollegs nicht einverstanden, namentlich schien es ihm nötig,[1]) die kaiserliche Ratifikation zu beseitigen. Denn er sagte sich, daß dadurch nur neue Schwierigkeiten geschaffen würden, die unter Umständen den Erfolg der ganzen vorangegangenen Verhandlungen in Frage stellen könnten. Mindestens aber war dadurch eine garnicht zu berechnende Verzögerung des Abschlusses zu befürchten. War also hier durch die Vorschläge des Kurfürstenkollegs ein Moment in die Verhandlungen hineingebracht, dessen Ausscheidung man von braunschweigischer Seite anstreben mußte, so verschob sich auch noch in einem andern Punkte die Erwartung der Braun-

[1]) Relation vom 8./18. Mai.

Digitized by Google

schweiger. Der König von Dänemark zeigte sich nämlich nicht so unbedingt geneigt, auf die Wünsche Herzog Georgs einzugehen. Dieser hatte ihn am 24. März / 3. April gebeten,[1]) beim Kaiser die Übersendung kurkölnischer Akten an Herzog Georg zu vermitteln zur besseren Information für die Verhandlungen in Nürnberg. Zugleich hatte er damit die Bitte an den König verbunden, bei den gütlichen Traktaten die Vermittlung zu übernehmen oder wenigstens Assistenz zu leisten. Die erste Bitte lehnte König Christian rundweg ab, sprach überhaupt sein Bedenken wegen der Verhandlungen in Nürnberg aus, da er fürchte, daß sie dem Kaiser nicht genehm sein würden. Auch über des Herzogs Bitte, die Vermittlung zu übernehmen, glitt er hinweg und versicherte nur in sehr allgemeinen Ausdrücken seine Unterstützung, falls es wirklich zu den Verhandlungen in Nürnberg kommen sollte. Im Verfolg dieser Politik erklärten dann auch die inzwischen eingetroffenen dänischen Gesandten in ihrer Proposition vor den kurfürstlichen Gesandten am 12./22. Mai,[2]) dem Kurfürstenkolleg gebühre Dank für Übernahme der Vermittlung in der hildesheimischen Sache — von einer Beteiligung Dänemarks dabei war keine Rede. Wenn anderseits in derselben Proposition die dänischen Gesandten sich sehr warm für Rückgabe Wolfenbüttels aussprachen und der Hoffnung Ausdruck gaben, das Kurfürstenkolleg werde diese vor allen Verhandlungen beim Kaiser beschleunigen helfen, so bietet die Erklärung dafür die vom König Christian seit 1635 mit geringen Schwankungen festgehaltene Politik, sich streng auf die Basis des Prager Friedens zu stellen, in dem die Rückgabe Wolfenbüttels ja zugesagt war. Die Haltung in der Hildesheimer Frage läßt sich, wenn man in Erwägung zieht, daß er seit Jahren und noch kurz vorher sich in dieser Angelegenheit als Vermittler betrachtet hatte, nur dadurch erklären, daß er nicht neben dem Kurfürstenkolleg die zweite Rolle spielen wollte.

Für das Kurfürstenkolleg vereinfachte sich jedenfalls das Verhandlungsverfahren wesentlich durch die Zurückhaltung Dänemarks. Auch die braunschweigischen Gesandten ließen nun den Gedanken an die dänische Vermittlung fallen und erklärten sich am 12./22. Mai mit den kurfürstlichen Vorschlägen vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Fürsten einverstanden. Dagegen erhoben sie auf Grund der Ansichten von Lampadius Bedenken gegen die kaiserliche Ratifikation und schlugen vor,

[1]) Der Inhalt des Schreibens geht aus der Antwort des Königs vom 27. April / 7. Mai hervor.

[2]) Londorp IV 809.

Digitized by Google

daß der Kaiser entweder dem Kurfürstenkolleg bedingungslose Vollmacht erteile oder aber seinen Bevollmächtigten damit versehe. In diesem Sinne hatte Lampadius auch schon auf den kaiserlichen Gesandten persönlich einzuwirken versucht.[1]) Mit der Haltung des Kurfürstenkollegs in der wolfenbüttelschen Frage erklärten sich die braunschweigischen Gesandten jedoch durchaus nicht einverstanden, sie ließen namentlich durchblicken, daß sie sehr wohl wüßten, daß diese Angelegenheit nicht nur vom Kaiser abhänge, wie jene behauptet hatten. Beharre aber das Kurfürstenkolleg bei dieser Ansicht, so möge es ihnen dies auch schriftlich erklären und an den Kaiser ein nachdrückliches Interzessionsschreiben ergehen lassen. Lampadius war sich aber völlig darüber klar, daß wegen Wolfenbüttel nichts zu hoffen sei, bis die Verhandlungen wegen Hildesheim zum Austrag gekommen seien. Ungeduldig erwartete er daher nähere Verhaltungsmaßregeln, denn die Situation wurde allmählich peinlich, aber als endlich des Herzogs Schreiben vom 5./15. Mai eintraf, in dem er ihm wenigstens gewisse, wenn auch sehr negative Verhaltungsmaßregeln in der Hildesheimer Sache gab,[2]) war es zu spät. Denn am 22. Mai/1. Juni teilten die kurfürstlichen Gesandten den braunschweigischen in Beantwortung ihrer letzten Proposition mit, daß sie „mit bestürztem Gemüt" hätten vernehmen müssen, daß das fürstliche Haus Braunschweig-Lüneburg sich offen mit dem Reichsfeinde verbündet habe. Die braunschweigischen Gesandten konnten darauf der Wahrheit gemäß erwidern, daß ihnen davon nicht das Geringste mitgeteilt sei.[3]) Aber als sich die Nachricht bestätigte, unterbrach sie hier wie in anderen Fragen die Tätigkeit der braunschweigischen Gesandten und brachte diese in eine gänzlich veränderte Stellung. Was hatte die braunschweigische Politik zu diesem folgenschweren Entschlusse getrieben?

[1]) Relation vom 15./25. Mai.

[2]) Die Sache beruhe auf der kurkölnischen Resolution, schrieb der Herzog. Die Vorschläge der Kurfürsten könnten sie einholen, aber sich nicht weiter darüber äußern, sondern sie dem Herzoge melden und das Weitere erwarten.

[3]) Lampadius hatte am Tage zuvor das Schreiben des Herzogs vom 5./15. Mai erhalten, das auf die veränderte politische Lage gar nicht einging.

Digitized by Google

Kapitel III.

Verhandlungen mit Schweden.[1])

Feldmarschall Baner hatte im Januar 1639 von Mecklenburg kommend die Elbe überschritten und war nach einem verhältnismäßig kurzen Aufenthalte in den braunschweigischen Landen südwärts gezogen. Durch seinen Sieg bei Chemnitz Anfang April über die kaiserliche und kursächsische Armee hatte er sich darauf den Weg nach Böhmen geöffnet und war bis zum Juni Schritt für Schritt vorgedrungen bis in den südwestlichen Teil dieses Landes. Von da ab indessen gerieten seine Aktionen ins Stocken; Schwierigkeiten betreffs der Verpflegung wie hinsichtlich der Deckung seiner Operationsbasis machten sich geltend, während andererseits in der zweiten Hälfte des Jahres von kaiserlicher Seite eine möglichst große Kriegsmacht auf diesen Punkt zusammengezogen wurde, um die kaiserlichen Erblande zu befreien: Hatzfeld rückte durch Thüringen und Franken, Piccolomini von den Niederlanden gegen Böhmen heran. Baner, der die Bewegungen seiner Feinde scharf im Auge behielt,[2]) er-

---

[1]) Für diesen Abschnitt wurden von Akten des Kgl. Staatsarchivs Hannover hauptsächlich benutzt die Abteilungen Celler Brief Archiv Des. 11, Calenberg. Brief Archiv Des. 16 A. Von gedruckten Quellen kommen in Betracht Theatrum Europaeum Bd. IV; Pufendorf, Commentarii de rebus Suecicis, besond. Buch XII, Le Laboureur, histoire du maréchal Guébriant.

Von neueren Darstellungen kommt namentlich v. d. Decken, Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg Bd. IV in Frage. Der Darstellung v. d. Deckens fehlt vielfach der innere Zusammenhang; oft löst sie sich in lose aneinandergereihte Aktenexzerpte auf. Auch ruht sein Interesse doch mehr auf den militärischen als den diplomatischen Vorgängen. Ich habe es nicht für nötig gehalten, in jedem einzelnen Falle auf die Abweichungen meiner Darstellung von der Deckens hinzuweisen. Der Wert der zahlreichen dem Deckenschen Werke beigegebenen Aktenabdrücke wird stark beinträchtigt durch die vielfachen Ungenauigkeiten und Willkürlichkeiten, die eine Nachprüfung in jedem Falle notwendig erscheinen ließen.

[2]) Schon am 7./17. April 1639 sprach er die Befürchtung aus, daß er wegen der in seinen Rücken entstehenden Gefahr den Sieg in des Kaisers Erblanden vielleicht nicht genügend würde ausnützen können.

Digitized by Google

kannte schon früh die Notwendigkeit, sich Unterstützung zu verschaffen, die noch wuchs, als im Juli durch den Tod Bernhards von Weimar die Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz sich völlig zu ändern drohte. Unter diesen Umständen gewann das Verhältnis zu Hessen und Braunschweig erhöhte Bedeutung. War er am Anfang des Jahres auf den Wunsch der Herzöge von Braunschweig, der damals auf Neutralität hinauslief, eingegangen, allerdings unter Ablehnung der vom Hause Braunschweig-Lüneburg geforderten Rückgabe der noch in schwedischen Händen befindlichen Plätze — Blekede, Nienburg, Wolfsburg und die Grafschaften Hoya und Diepholz kamen hauptsächlich in Frage — so hatte er doch nie unterlassen anzudeuten, daß er eine Vereinigung der braunschweigischen Waffen mit den schwedischen für das beiden Teilen dienlichste halte. Unmittelbar nach seinem Siege bei Chemnitz glaubte er indessen diesen Gedanken etwas energischer verfolgen zu können; unter dem Hinweis, daß nach ihm zugegangenen Mitteilungen schon die beabsichtigte Neutralität der Herzöge des Kaisers Unwillen erregt habe, forderte er offen zum Anschluß an Schweden auf,[1]) ohne indessen damit zunächst Erfolg zu haben. Vielmehr drehten sich auch in Freiberg die von seiten des Hauses Braunschweig-Lüneburg durch den ungemein rührigen harburgischen Kanzler Johann v. Drebber geführten Verhandlungen um die Neutralität — wobei Baner allerdings für die Sicherheit Schwedens anfangs sehr weitgehende Forderungen — Besetzung von Lüneburg und Hameln durch die Schweden, so lange Wolfenbüttel in Händen des Kaisers sei — stellte. Auch die Krone Schweden wies noch im Mai Baner an, lieber zunächst mit einer Neutralität des Hauses Braunschweig-Lüneburg zufrieden zu sein und die Forderungen nicht allzuhoch zu spannen. Auf diesem Punkte blieb man, bis im Herbst die bedenkliche Annäherung der Hatzfeldschen und Piccolominischen Armee an die Weser die Herzöge von Braunschweig dem Gedanken eines engeren Anschlusses an Schweden geneigter machte. Herzog Georg führte seine Völker damals an die Weser und nach Hildesheim;[2]) mit Königsmarck, der, mit geringer Truppenmacht Hatzfeld nicht gewachsen, von Mühlhausen den Rückzug nach Norden angetreten und nunmehr schon auf braunschweigischem Gebiete bei Eimbeck stand, wurde im Oktober über bewaffnete Hilfe verhandelt. Indessen wurde auch dabei noch der Gedanke der

[1]) Baner an Herzog v. Lüneburg (genauere Adresse fehlt) 1639 April 7./17. aus Chemnitz.

[2]) Schreiben des kaiserlichen Agenten Sieber an den Kurfürsten von Mainz, Hamburg 15./25. Oktober 1639.

Digitized by Google

Neutralität gewahrt, die Vereinigung der braunschweigischen mit den schwedischen Truppen sollte nur stattfinden zu deren Aufrechterhaltung gegen die Versuche Hatzfelds und Piccolominis, in die fürstlichen Lande einzudringen. Zu derselben Zeit wurde durch Drebber mit Baner in Böhmen verhandelt, der wiederum die „Conjunction" als das einzig richtige hinstellte. Für ihn wurde jetzt im November die Lage immer kritischer, und in eindringlicher Weise suchte er Herzog Georg davon zu überzeugen,[1]) daß das fürstliche Haus vom Kaiser nur hintergangen werde; enger, tatkräftiger Anschluß an Schweden sei das auch im Interesse des Hauses Braunschweig-Lüneburg Notwendige. Zugleich entwarf er auch den Operationsplan: die braunschweigischen Truppen sollten sich mit den schwedischen unter Königsmarck vereinigen und gemeinsam einen Vorstoß gegen Franken unternehmen, um dadurch einen Teil der kaiserlichen Armeen auf sich zu ziehen und Baner in Böhmen Luft zu machen. Aber in dem Maße, wie die Gefahr für Baner wuchs, nahm sie zunächst für die braunschweigischen Lande ab, und so zerschlugen sich auch jetzt wieder die Verhandlungen. Mißhelligkeiten zwischen Herzog Georg und Königsmarck wegen der von dessen Heere dem Kalenberger Lande zugefügten Schäden kühlten die Beziehungen zu den Schweden gegen den Ausgang des Jahres 1639 noch mehr ab.[2]) Zudem hatten sie aus den Verhandlungen mit Baner die Überzeugung gewonnen, daß dieser entweder nicht den Willen oder nicht die Vollmacht habe, auf die Wünsche des fürstlichen Hauses betreffs der im Besitze der Schweden befindlichen Plätze in den braunschweigischen Landen und Mindens einzugehen; sie glaubten daher durch Verhandlungen mit der Krone Schwedens und deren Vertreter in Hamburg eher zum Ziele zu kommen, und teilten dies auch Baner am 16./26. Januar 1640 mit, wie sie ihm bald darauf auch die Abschickung ihrer Gesandten nach Nürnberg anzeigten. Die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg bewegte sich also um die Wende des Jahres in der Linie, nach außen hin nach keiner Seite sich zu binden, im Innern möglichst wieder Herr im eigenen Lande zu werden. Darauf zielten die Verhandlungen mit Schweden in Hamburg; in diesem Sinne waren die Gesandten in Nürnberg tätig. Freilich erreichte man

[1]) Baner an Herzog Georg. Leitmeritz 13./23. Nov. 1639. Es liegt kein Grund vor, aus diesem Schreiben mit Decken III, 197 zu schließen, daß Herzog Georg nötigenfalls gewillt gewesen sei, auch gegen den Willen der beiden anderen Herzöge sich mit Baner zu verbinden. Bislang waren alle Verhandlungen mit Baner im Namen des Gesamthauses geführt worden.

[2]) Herzog Georg an Königsmarck 30. Dez. 1639/9. Januar 1640.

Digitized by Google

durch diese Politik zunächst nur, daß man auf beiden Seiten Mißtrauen erregte. Zwar gelang es anscheinend, den Kurfürsten von Sachsen wegen der Verhandlungen mit Königsmarck im Herbst 1639 zu beruhigen,[1]) aber doch wollten die Gerüchte nicht verstummen, daß Annäherungsversuche zwischen Schweden und Braunschweig stattfänden, und die kurfürstlichen Gesandten in Nürnberg sahen sich aus diesem Grunde veranlaßt, den Herzog Georg zu bitten, den Versuchungen der Feinde kein Gehör zu schenken,[2]) während ungefähr um dieselbe Zeit[3]) Kaiser Ferdinand an die Herzöge von Braunschweig die Aufforderung richtete, die Feinde in keiner Weise zu unterstützen und ihre Waffen mit den kaiserlichen zu deren Vertreibung und zur Herstellung des Friedens zu vereinigen.

Und in der Tat, ganz grundlos waren solche Gerüchte nicht. Schon im Januar war von der Landgräfin Amalia Elisabeth von Hessen die Anregung an die Herzöge von Braunschweig gelangt, Baner mit den Waffen zu unterstützen.[4]) In ihr hatte sich längst die Überzeugung gefestigt, daß im Interesse ihres Landes Anschluß an Schweden und Frankreich notwendig sei, und sie hatte durch kluge und planvolle Verhandlungen mit diesen beiden Mächten sich deren Unterstützung versichert. Freilich war ihre Absicht dabei in erster Linie auf den Schutz ihres Landes gerichtet, sie war zunächst nicht gewillt, sich in weitaussehende Kriegspläne verstricken zu lassen. Dieser Politik auch das benachbarte und seit langem mit kurzen Unterbrechungen befreundete Haus Braunschweig-Lüneburg zu gewinnen, war ihr Bestreben, und wir sahen, wie dieses gegen Ende des Jahres 1639 zu dem Abschluß des Bündnisvertrages von Münden geführt hatte. In diesem hatte sich indessen Braunschweig für den Fall einer Vereinigung der hessischen Waffen mit den schwedischen oder französischen volle Aktionsfreiheit vorbehalten. Die Aufforderung der Landgräfin von Hessen wollte also die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg über diese Linie hinausdrängen in eine aktive Politik. Indessen so ohne weiteres gelang ihr das doch nicht — zu verschiedenartige Auffassungen der Lage standen sich dort unter den Herzögen gegenüber, und selbst Herzog Georg war sich der Verantwortung,

[1]) Schreiben des Kurfürsten vom 24. Dezember 1639/3. Januar 1640 an Klitzing; Antwort der Herzöge vom 21./31. Januar; Erwiderung des Kurfürsten vom 12./22. Februar.

[2]) Schreiben vom 5./15. Februar 1640, gedruckt bei Londorp IV, 789.

[3]) Wien, 29. Januar/8. Februar 1640.

[4]) Rommel VIII, 577.

Digitized by Google

die ein solcher Umschwung der Politik nach sich ziehen mußte, durchaus bewußt. Wollen wir verstehen, wodurch dieser Wechsel dann doch herbeigeführt wurde, so müssen wir versuchen, die Lage der braunschweigischen Lande in diesem Augenblicke uns klar zu machen.

Seit dem Beginn des niedersächsisch-dänischen Krieges waren die braunschweigischen Lande zu wiederholten Malen von den Schrecken des Krieges und von den nicht weniger schlimmen Durchzügen der kriegführenden Parteien heimgesucht worden; waren auch im allgemeinen die westlichen und südlichen Gebietsteile, also die wolfenbüttelschen und Göttingen-grubenhagenschen Länder davon am schwersten betroffen, so gab es doch wohl kaum ein Gebiet, das ganz verschont geblieben wäre. Wenn in den Klagen über die angerichteten Schäden zweifellos manche Übertreibungen mit unterlaufen — denn sonst müßte man annehmen, daß die braunschweigischen Lande schon nach den ersten über sie dahinbrausenden Kriegsstürmen völlig ruiniert gewesen wären[1]) — so bleibt Tatsächliches genug über, um eine Politik zu verstehen, die darauf hinauslief, in erster Linie natürlich den Kriegsschauplatz selber dem Lande fernzuhalten, dann aber auch nach Möglichkeit die Truppendurchzüge zu verhindern — Freund und Feind machte da keinen Unterschied. Berechnete doch beispielsweise das Fürstentum Kalenberg den Schaden, der ihm durch den kaum ein paar Wochen dauernden Aufenthalt der kleinen Königsmarckschen Truppenmacht im Herbst des Jahres 1639 zugefügt war, auf 28081 Taler — woran noch nicht einmal das gesamte Gebiet beteiligt war — eine Summe, die ihre rechte Beleuchtung erst dadurch bekommt, wenn man dagegenhält, daß die monatliche Kontributionsanlage für das gesamte Fürstentum Kalenberg 15658 Taler betrug.[2]) Vier Dörfer des Amtes Springe berechneten den Schaden durch das, was ihnen in fünf Tagen von den schwedischen Völkern „in Dreck, Mist und Wasser zertreten", auch an Korn und Futter weggenommen, auf 3974 Taler. Eine noch schwerere Plage waren die fremden Garnisonen, die sich im Lande eingenistet hatten, die liguistische in Wolfenbüttel, die schwedischen in Nienburg, Blekede, Wolfsburg, in den Grafschaften Hoya und Diepholz. Denn diese alle nährten sich von dem umliegenden Lande, suchten darüber hinaus auf dem Wege der Kontributionen und Assignationen ihre Besoldung herauszuschlagen. Neben dieser wirtschaftlichen und finanziellen Schädigung bildeten diese fremden Garnisonen eine

[1]) Vergl. z. B. den Brief Christians von Celle aus dem Jahre 1624 bei Heinemann III, 66 und die Schilderungen auf den nächsten Seiten.

[2]) Nach der Veranlagung von 1641.

Digitized by Google

ständige Bedrohung der Selbständigkeit und der Bewegungsfreiheit der braunschweigischen Politik. Eine wirkliche militärische Sicherung der Lande war unter diesen Umständen kaum möglich — mitten im Lande hatte man die Kaiserlichen; bedeutende Punkte der Elb- und Weserlinie hielten die Schweden besetzt. Auch die Rekrutierung wurde hierdurch erschwert, und dazu drohte bei der Spaltung des Hauses Braunschweig in verschiedene Linien noch eine Zersplitterung der militärischen Kräfte.

Es ist ganz wesentlich das Verdienst Herzog Georgs gewesen, die Militärmacht des Gesamthauses nach Möglichkeit zusammengefaßt und ihr dadurch eine erhöhte Bedeutung für die kriegerischen Aktionen gegeben zu haben.[1]) Für die Kriegsmacht des Gesamthauses bildete der durch Georgs Bemühen vereinbarte Rezeß von Peine vom 14./24. Mai 1636 die Grundlage,[2]) der dann mehrfach erneuert wurde. Nach den Beschlüssen von Peine vom 24. Dezember 1637/3. Januar 1638[3]) betrug die Stärke an Kavallerie 2940 Pferde, der Infanterie 6128 Mann reguläre Truppen, die einen monatlichen Kostenaufwand von 67836 Talern erforderten, der nach der im Dezember 1639 vorgenommenen Verstärkung um 6 Kompagnien zu Fuß[4]) auf 69479 Taler monatlich stieg. Da indessen nach den von Herzog Georg dem Grafen Kurz und Hatzfeld gegenüber im Januar 1639 gemachten — wenn vielleicht auch etwas übertriebenen Angaben[5]) — allein als Besatzung für die Garnisonen des Landes 12800 Mann und 3700 Pferde nötig waren, so hätte diese Truppenmacht nicht einmal zum Schutze der Landesgrenzen genügt, eine aktive Politik aber ließ sich gar nicht damit führen. Diese Truppen bildeten denn auch nur den Kern, zu denen dann noch die größeren Massen der Milizen, des Ausschusses von der Landbevölkerung und die zu Roßdienst Verpflichteten, namentlich von der Ritterschaft, hinzukamen.[6]) Gewisse

[1]) Darüber zusammenfassend, wenn auch stellenweise etwas zu panegyrisch, Decken IV, 145—160. Von den neueren Arbeiten enthalten Sichart, Geschichte der kgl. hannoverschen Armee Bd. I, u. Reitzenstein die kgl. hannoversche Kavallerie 1631—1866 für unsere Zeit nichts über Decken Hinausgehendes, während Elster, Geschichte der stehenden Truppen im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel Bd. I manches Neue bietet.

[2]) Decken III, 80.

[3]) Decken III, 156.

[4]) Revers vom 22. Dez. 1639/1. Jan. 1640.

[5]) Decken III, 172.

[6]) Es ist ein Irrtum von Decken IV, 148, daß diese Ritterschaft 1639 zum letzten Male aufgeboten sei; am 6./16. Juni 1640 verordnete Herzog Georg, daß wegen der von Westfalen her drohenden Gefahr die Ritterschaft und der dritte Mann vom Lande aufgeboten werden solle. Über die Miliz Decken III, 70 f.

Digitized by Google

Schwierigkeiten machte mehrfach die Frage nach der Unterhaltung und nach dem Oberkommando der Truppen. Hatte auch der Peiner Rezeß von 1636 gleichmäßige Verteilung der Kosten festgesetzt, so konnte doch schon im folgenden Jahre die Abneigung Herzog Augusts gegen seinen Vetter Georg diese Verbindlichkeit in Frage stellen. Und auch das diesem zugestandene Oberkommando über die Truppen des Gesamthauses war dem fürstlichen Selbstgefühl des Wolfenbüttlers nicht gerade bequem, wenigstens wollte er über die von ihm unterhaltenen Truppen, solange sie in ihren Quartieren lägen, eine gewisse Verfügung behalten.[1]) Den Milizen hatte der aus brandenburgischen im Mai 1639 in braunschweigische Dienste übergetretene Generalleutnant von Klitzing, der Herzog Georg die bei seinem Alter allmählich schwerfallenden Lasten des Oberkommandos erleichtern sollte, dadurch höheren kriegerischen Wert zu geben gesucht, daß er eine Zuteilung einer gewissen Anzahl Aufgebotener zu den regulären Truppen empfohlen hatte. So hoffte er ihnen größere Widerstandsfähigkeit gegenüber regulären Truppen zu geben. Verhängnisvoll war dagegen, daß Herzog Georg aus Sparsamkeitsrücksichten für die Kavallerie die Handpferde beseitigt hatte — dies verminderte bei den starken Anstrengungen, die dieser Truppe zugemutet wurden, und bei der hohen Bedeutung, die sie nicht nur während des Kampfes, sondern vor- und nachher für Aufklärung, Verfolgung und Fouragierung hatte, die Aktionsfähigkeit der gesamten im Felde operierenden Macht des fürstlichen Hauses. Wie hier Herzog Georg durch finanzielle Rücksichten die Wehrkraft des fürstlichen Hauses schwächte, so zwang ihn auch sonst die Rücksichtnahme auf seine fürstlichen Verwandten und mehr noch die auf die Landstände der Fürstentümer von weitergehenden Projekten für die Verstärkung der regulären Truppen abzusehen. Konnte er bei jenen noch eher hoffen, Verständnis für die Notwendigkeit starken militärischen Schutzes unter den obwaltenden Umständen zu finden, so konnte gegenüber der kleinlichen Kirchturmpolitik der Stände nur zähe Ausdauer und rücksichtslose Energie zum Ziele führen. An beiden ließ es aber namentlich Herzog Friedrich in Celle häufig fehlen; erst als die Kriegsgefahr unmittelbar das Land bedrohte, ließ sich daher die Lüneburger Landschaft zu neuen Bewilligungen für militärische Zwecke, und auch dann noch in bescheidenem Umfange bewegen,[2]) während Herzog August schon im April eine Stärkung der

[1]) Resolution des Herzogs vom 12./22. Oktober 1639. Aus ihr geht hervor, daß von der anderen Seite Beschwerden wegen nicht genügender Respektierung des Oberkommandos des Herzogs Georg erfolgt waren.

[2]) Herzog Georg klagt in einem Schreiben vom 28. Mai/7. Juni 1640 über

Digitized by Google

Militärmacht als notwendig erkannte und auch seine Landschaft davon zu überzeugen wußte.[1])

Immerhin war das Haus Braunschweig-Lüneburg trotz aller Schwierigkeiten in der Lage, in dem Oktobervertrage mit Hessen dieser Macht für den Fall der Gefahr eine Unterstützung von 5000 Mann zu Roß und Fuß zuzusichern — eine Truppenmacht, wohl geeignet in den Feldschlachten jener Zeit, wo selten mehr als 30000 Mann auf jeder Seite kämpften, den Ausschlag zu geben. So war denn auch für Baner die Vereinigung der hessischen und braunschweigischen Streitkräfte mit den seinigen eine Frage von hoher militärischer Bedeutung[2]), zumal er sich hier der Hoffnung hingab, in diesem Falle die Hülfstruppen ganz unter seine Führung bringen zu können, wozu hinsichtlich des von dem selbstbewußten Herzoge von Longueville geführten weimarisch-französischen Heeres wenig Aussicht war. Während Baner nun bei der Landgräfin von Hessen von vornherein größeres Entgegenkommen für seine Pläne fand, standen sich bei den Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg doch sehr verschiedene Meinungen gegenüber. In den zu Braunschweig in der ersten Hälfte März geführten Verhandlungen der Gesandten von Kalenberg, Celle und Wolfenbüttel[3]) wurde die politische Frage eingehend erörtert. Hier vertraten nun die kalenbergischen Gesandten die Ansicht, daß man keinenfalls die Verhandlungen mit Schweden abbrechen dürfe, wenn man sich auch darüber klar sein müsse, daß sie vom Kaiser als offenbare Feindseligkeit aufgefaßt würden. Indem sie zugleich andeuteten, daß man weder wegen Hildesheim zu gleicher Zeit in Wien und in Hamburg verhandeln, noch auch, solange man dort noch verhandele, etwas gegen Wolfenbüttel unternehmen könne, suchten sie jedenfalls die Politik der beiden andern Linien in der Richtung nach der schwedischen Seite zu drängen, der Politik des Hinkens nach beiden Seiten ein Ende zu machen. Die Wolfenbütteler fühlten sich dabei unbehaglich, sie hätten am liebsten gewünscht, die Herzöge hätten diese wichtigen Fragen persönlich besprochen. Sie konnten den Kalenbergern nicht widersprechen hinsichtlich der Verhandlungen mit Schweden, aber ebensowenig wollten

die Hartnäckigkeit der Lüneburger Landschaft; am 8./18. September 1640 teilte die cellesche Regierung der kalenbergischen mit, daß die Lüneburger Stände nach vielen Protesten eingewilligt hätten, daß die monatlichen Kontributionen für zwei Monate um die Hälfte erhöht werden sollten.

[1]) Schreiben an Herzog Georg vom 7./17. April 1640.

[2]) Vgl. Pufendorf XII, S. 393.

[3]) Bericht Schenks v. Winterstedt 1640 Februar 29/März 10 — März 12/22.

Digitized by Google

sie den unbedingten Anschluß an diese Macht gutheißen. So wußten sie auch jetzt nichts Besseres als die Bildung einer dritten Partei zu empfehlen — bei Wolfenbüttel, meinten sie, würde vielleicht die Eifersucht des Kaisers gegen Bayern und Kurköln ihrem Herzog die Aussicht auf Wiedererlangung seiner Residenz eröffnen. Die Kalenberger konnten darauf mit Recht erwidern, daß die Bildung einer neutralen Partei jetzt garnicht mehr in Frage kommen könne, da man weder von kaiserlicher noch von schwedischer Seite etwas davon wissen wolle. Wenn daher die Wolfenbütteler mit ihnen dahin einig wären, daß man die Verhandlungen mit Schweden nicht abbrechen dürfe, so müsse man sich auch darüber klar sein, daß diese mit solchen Verhandlungen sich nicht zufrieden geben würden, wo sie alles versprechen, aber ihrerseits nichts zugesichert erhalten sollten. Man müsse ihnen unter Umständen auch weiter entgegenkommen. Mit einer gewissen Ironie behandelten sie die von jenen geäußerten Hoffnungen wegen der Festung Wolfenbüttel, wiesen aber zugleich darauf hin, daß bei den Schweden zweifellos die Absicht bestehe, diesen Platz anzugreifen — man müsse sich fragen, ob man dann selbst tatenlos zusehen wolle. Es lag darin eine nicht mißzuverstehende Warnung für Herzog August — denn ihm wäre wenig damit gedient gewesen, wenn seine Residenz aus den Händen der Liguisten in die der Schweden übergegangen wäre. Wir sehen hier also die Politik des Herzogs Georgs ganz entschieden die Wendung nach Schweden hin vornehmen, und wenn wirklich die in denselben Tagen anläßlich der Verlobung von Herzog Georgs Tochter mit dem Erzbischof von Bremen zu Celle stattfindende Zusammenkunft der drei Herzöge das Mißtrauen Baners erregt hat,[1]) so war dazu kein Grund vorhanden; viel eher ist anzunehmen, daß Herzog Georg seinen Bruder wie seinen Vetter seinen Plänen damals geneigt zu machen versucht habe. War aber Herzog Georg wirklich über einen bestimmten Weg sich damals schon klar? Daß er in dieser Zeit seine Reiterei und seine Artillerie mobil machen ließ,[2]) läßt erkennen, daß er die Notwendigkeit eines Feldzuges ins Auge faßte — daß er nicht gegen Schweden geführt werden sollte, geht klar aus den Verhandlungen zu Braunschweig hervor; doch ist nicht undenkbar, daß der Herzog zunächst nur den Schutz seiner Grenzen ins Auge gefaßt hat. Jedenfalls entfernte

---

[1]) Vgl. Theatrum Europaeum IV, 243.

[2]) Anonymes Schreiben aus Braunschweig, 3./13. März; vgl. auch Theatrum Europaeum a. a. O. Die Reiterei wurde beharnischt, für die Geschütze mußten je vier Bauern ein Pferd stellen.

Digitized by Google

sich schon damals seine Politik immer mehr von der durch die braunschweigischen Gesandten in Nürnberg vertretenen.

Sehr bald zwang nun auch die Entwicklung der Kriegslage auf dem böhmisch-mitteldeutschen Kriegsschauplatze[1]) zur Fassung bestimmter Entschlüsse bei allen Beteiligten. Nach einer Reihe kleinerer Gefechte während der Monate Januar bis März im Saatzer Kreise, bei Königsgrätz und Leitmeritz trat Baner Anfang März mit seiner Armee den Rückzug aus Böhmen an. Königsmarck marschierte mit der Vorhut über Annaberg auf Gera und Zeitz, wo er am 10./20. März mit acht Regimentern anlangte, um über Altenburg seinen Marsch nach Leipzig fortzusetzen. Baner selbst sammelte die Hauptmacht bei Leitmeritz, zog von dort über Melnik, wobei er wegen der schlechten Wege sieben Geschütze zurücklassen mußte, über Annaberg nach Meißen und Thüringen, nachdem er alle Brücken hinter sich abgebrochen hatte. Daß bei der Wahl der Rückzugslinie der Gedanke an die Vereinigung mit Longueville sowie mit Hessen und Braunschweigern ausschlaggebend gewesen ist, unterliegt keinem Zweifel; daß aber der Rückzug überhaupt nur angetreten sei, um einen Druck auf Hessen und namentlich auf Braunschweig ausüben, wie Le Laboureur in seiner histoire du maréchal de Guébriant (S. 202/03) behauptet, widerspricht völlig der Kriegslage. Baner sah sich einer überlegenen Macht Piccolominis und des Erzherzogs Leopold Wilhelm gegenüber, vom Main her wurde ihm das Herannahen der bayrisch-kurmainzischen Truppen gemeldet, deren Vortrupp am 7./17. März schon bei Schmalkalden stehen sollte.[2]) Die Gefahr, zwischen beiden eingeklemmt zu werden, stand unmittelbar bevor; schoben sich die bayrischen Truppen noch weiter ostwärts vor, so war vielleicht eine Vereinigung mit dem weimarisch-hessisch-braunschweigischen Heere nicht mehr möglich. Durch den Rückzug auf Erfurt sollte diese Verbindungslinie gesichert, die Deckung der Päße des Thüringerwaldes nach Westen hin ermöglicht werden. Während er die Landgräfin von Hessen sofort beim Antritt seines Rückzuges zur Vereinigung ihrer Truppen mit den seinigen aufforderte (7./17. März), suchte er auf die Herzöge von Braunschweig zunächst mehr indirekt zu wirken[3]), indem er sie im Hinblick auf ihre zu Nürnberg geführten Verhandlungen

[1]) Darüber Theatrum Europaeum IV, 360 ff. Außerdem eine Reihe anonymer Schreiben vom 5./15.—12./22. März 1640, die von Lampadius aus Nürnberg mit seinen Relationen übersandt wurden.

[2]) Baner an die Landgräfin von Hessen 7./17. März 1640.

[3]) Baner an die drei Herzöge von Braunschweig-Lüneburg. Annaberg, 22. März / 1. April 1640.

Digitized by Google

auf Grund aufgefangener Schreiben auf „die gefährlichen Intentionen", die man „päpstlicherseits" mit dem Stifte Hildesheim habe, aufmerksam machte und bezweifelte, daß man wegen Wolfenbüttel durch gütliche Verhandlungen irgend etwas erreichen würde. Wenige Tage später trat er dann allerdings auch an diese mit der gleichen Aufforderung wie bei der Landgräfin heran, nur daß er hier die Kriegslage als für sich günstiger darstellte.[1]) Wichtiger aber war, daß er zu gleicher Zeit den Obersten von Mortaigne und Gabriel Oxenstierna an Herzog Georg absandte, um mit diesen gründliche Rücksprache zu nehmen. Deutlicher erklärte sich Baner in einem an demselben Tage abgefaßten Schreiben an den ihm von früher her bekannten Generalleutnant v. Klitzing. Diesem gegenüber leugnete er seine schwierige Lage durchaus nicht, wies auf die Notwendigkeit hin, daß die evangelischen Fürsten nicht länger still lägen. Sie allein hätten es verschuldet, daß er aus Böhmen habe weichen müssen. Verharrten sie auch jetzt noch in ihrer Untätigkeit, so würde er sich gezwungen sehen, sich dahin zurückzuziehen, wo er sich am besten halten könnte. Es sei dann nicht seine Schuld, wenn dadurch der Kriegsschauplatz wieder in die Lande der evangelischen Fürsten verlegt würde. Baner wußte sehr wohl, daß auch dieses Schreiben an die richtige Adresse kommen und daß man dort nicht zweifelhaft sein würde, wer unter diesen evangelischen Fürsten zu verstehen sei. Indessen hatte, schon ehe Baners erstes Schreiben in die Hände der Herzöge gelangte, Georg die Notwendigkeit erkannt, eine schleunige Abschickung an Baner zu tun, und davon auch seine fürstlichen Verwandten überzeugt.[2]) Am 28. März/7. April hatten dann die wolfenbüttelschen und die kalenbergischen Räte in Peine das Memorial für die Gesandtschaft an Baner festgesetzt; Herzog Friedrichs Räte fehlten. Für die Abschickung an Baner wurden Oberg und Hodenberg bestimmt. Hier wurde dann wohl auch beschlossen, mit Hessen den einzuschlagenden Weg genau zu beraten und auch mit dem Herzoge von Longueville, der vom Rheine her sich Hessen näherte und seine Ankunft in Kassel angezeigt hatte, Fühlung zu gewinnen.

Die Verhandlungen mit Hessen und mit Longueville sollten durch Schenk v. Winterstedt und Kipius — beide im Dienst des Hauses Braunschweig-Lüneburg erfahrene und in diplomatischen Sendungen vielfach benutzte Räte — geführt werden. In der Instruktion für sie[3])

[1]) Zwickau 31. März/10. April 1640.

[2]) Herzog Georg an Herzog Friedrich 25. März/4. April; dessen Antwort 27. März/6. April.

[3]) Gedruckt bei Decken IV, 200 ff.

Digitized by Google

wurde zum ersten Male die Notwendigkeit einer „Konjunktion" der braunschweigischen Truppen mit den schwedischen bestimmt ins Auge gefaßt. Freilich auch jetzt wollte man sich nur im äußersten Notfalle dazu verstehen, wenn nämlich der Feind über die Saale und den Thüringer Wald gegen Baner rücke und dieser auch nach der Vereinigung mit den hessischen und weimarisch-französischen Truppen dem Feinde nicht gewachsen sei. Dagegen war man bereit, den Schutz der hessischen Grenze gegen Westfalen zu übernehmen; die braunschweigischen Völker sollten zu diesem Zwecke bei Göttingen beobachtend stehen bleiben. Man kann der Politik Herzog Georgs jedenfalls nicht den Vorwurf machen, überstürzt vorgegangen zu sein — nur zögernd, durch die jeweilige Kriegslage gedrängt, ging er vorwärts — daß die geringe Neigung der Herzöge Friedrich und August auch auf ihn eingewirkt hat, mag immerhin sein. Jedenfalls stand der Schutz des Landes als erste Rücksicht bei allen Plänen obenan. Herzog Georg erwog, daß ein für Baner unglücklicher Ausfall des Feldzuges in Thüringen ihm unter allen Umständen das schwedische Heer auf den Hals ziehen, vielleicht aber auch den Kriegsschauplatz selbst in die braunschweigischen Lande bringen könnte. Nun wurden freilich um diese Zeit durch den Kurfürsten von Sachsen[1]) und in der zweiten Hälfte April noch von dem Kommandanten von Wolfenbüttel, Johann von Rauschenberg,[2]) Versuche gemacht, die Herzöge unter Hinweis auf kaiserliche Unterstützung von der Verbindung mit den Schweden abzuhalten. Indessen das Mißtrauen Herzog Georgs gegen die kaiserliche Politik war zu tief eingewurzelt — er glaubte ihren Versicherungen nicht und war auch der Überzeugung, daß der damals[3]) ihm gemeldete Marsch von sechs kaiserlichen Regimentern von Wittenberg auf Eisleben auf feindliche Absichten betreffs Wolfenbüttels hindeute. Es waren dieses alles nicht Erwägungen des Augenblicks, sondern, wie wir früher sahen, seit Jahren vorbereitet und namentlich seit dem Scheitern des Neutralitätsgedankens die logische Konsequenz der von Herzog Georg verfolgten Politik. In einer früheren Zeit seines Lebens hätte er sich vielleicht sofort zu tatkräftigem Eingreifen zu Gunsten Schwedens entschlossen — jetzt glaubte er seine Kräfte möglichst lange

[1]) Kurfürst Johann Georg an die drei Herzöge von Braunschweig-Lüneburg. Dresden 22. März/1. April 1640.

[2]) Pufendorf XII S. 395. Londorp IV, 976. Dazu mehrere Schreiben in den Akten.

[3]) Die kalenbergische Regierung an die kalenbergischen Deputierten in Peine 25. März/4. April 1640.

Digitized by Google

im Lande behalten und nur im äußersten Notfalle eingreifen zu sollen. Einzig der Gedanke, durch seine Unterstützung die Armeen von den Braunschweiger Landen fernzuhalten, war jetzt für ihn ausschlaggebend. Wie die Folge bewies, hat nicht nur er, sondern haben ebenso Hessen wie Longueville sich über die Zeit, wann dies noch möglich, und über die dazu gehörigen Mittel getäuscht. Zunächst jedenfalls war man von seiten der Braunschweiger Herzöge der Ansicht, daß die Verhandlungen mit Umsicht und sorgfältiger Erwägung aller Möglichkeiten geführt werden müßten. Dahin gehörte es vor allen Dingen, daß man auch hier das „do ut des" nicht aus den Augen lassen wollte; die wirkliche Vereinigung braunschweigischer Truppen mit den schwedischen sollte nur dann erfolgen, wenn die Schweden die von ihnen besetzten Garnisonen in den braunschweigischen Landen räumten. Man könne ja Baner darauf hinweisen, daß er in den so frei werdenden Truppen zugleich eine ausgezeichnete Verstärkung für sein Heer habe. Die zwischen den braunschweigischen und hessen-kasselschen Abgeordneten in dem etwa zwei Stunden nordwestlich von Göttingen gelegenen Dorfe Harste am 1./11. April stattfindenden Verhandlungen führten zunächst nur zu dem Ergebnis, daß man sich darin einig war, im Notfalle alle andern Rücksichten fallen zu lassen, vor allem aber Baner zu überreden, daß er sich den braunschweigischen und hessischen Landen nicht nähere. Doch sollte die Abschickung an Baner nicht übereilt werden. Im übrigen verschob man alle näheren Abmachungen auf die Verhandlungen zu Kassel, wo Longueville erwartet wurde. Um sich nicht zu zersplittern, beschloß man hier ferner noch, sich den Wünschen Pfalz-Neuburgs gegenüber möglichst ablehnend zu verhalten — durch dilatorische Verhandlungen nur zu verhindern, daß diese Macht sich der Gegenpartei anschließe.

In Kassel hielt man indessen doch ein etwas eiligeres Vorgehen für notwendig, als in Harste verabredet war; auf ihrer Reise dorthin in Münden erfuhren die braunschweigischen Räte, daß die kasselschen den Verabredungen entgegen schon zu Baner geeilt seien.[1]) Die Herzöge Georg und August hielten es daher für geboten, umgehend die Landgräfin zu bitten,[2]) sich bei dem Feldmarschall dafür zu verwenden, daß das fürstliche Haus mit der Krone Schweden „eine richtige, beständige Kapitulation erlange" mit einem für das fürstliche Haus „anständigen, reputierlichen Contente". Zugleich suchte Herzog Georg auf die beiden

[1]) Bericht vom 7./17. April an Herzog Georg.
[2]) 8./18. April.

Digitized by Google

andern Herzöge dahin zu wirken,[1]) daß man der Landgräfin von Hessen für den Fall ihrer Vereinigung mit Baner bestimmte Versicherungen für den Schutz ihres Landes mache, um so wenigstens diese in ihrem entschlossenen Handeln zu unterstützen. Denn bei Herzog Georg gewann allmählich die kriegerische Stimmung die Oberhand, gar zu bedächtig erschien ihm der Gang der Verhandlungen im fürstlichen Hause. So konnten denn die am 10./20. April in Hildesheim eintreffenden Gesandten Baners Mortaigne und Oxenstierna, die des Feldmarschalls Schreiben vom 31. März/10. April überbrachten, noch an dem gleichen Tage diesem berichten, daß sie bei der Audienz vom Herzog gute Resolution empfangen hätten und ein gleiches bei der am folgenden Tage erwarteten Ankunft der andern Herzöge auch von diesen hofften. Auch die Stimmung der Offiziere fanden sie der Vereinigung mit Schweden geneigt. Indessen hinsichtlich der beiden andern Herzöge, namentlich aber des Herzogs Friedrich täuschten sie sich doch — hier gedachte man auch jetzt noch vorsichtig zu handeln. Ehe man auf weitere Verhandlungen mit Baner einging, wollte man zunächst einmal wissen, ob er überhaupt von der Krone Schweden Vollmacht habe, über die für das Haus Braunschweig-Lüneburg wichtigen Punkte zu verhandeln. Da brauste Herzog Georg, dem vielleicht gerade am Tage der Audienz von Baners Gesandten dieses Schreiben zur Vollziehung übersandt wurde,[2]) in heftigem Zorn auf über die, die „dieses hochwichtige Werk mit Cunctiren und Juristerei gehindert und aufgehalten". Er wies auf die durch das Herannahen der Bayern erhöhte Notlage Baners hin, auf dessen Drohung in seinem Briefe an Klitzing, die von ihm ganz richtig gedeutet wurde. Schleuniges Handeln tue not, eilige Beratung des Gesamthauses sei unbedingt erforderlich. Sollte man sich nicht zu dem Notwendigen entschließen können, so wolle er sich vor Gott entschuldigt halten. Das möchten sie wohl bedenken und ihre Untertanen nicht mutwillig ins Verderben stürzen. Und wie leidenschaftlich erregt der Herzog war, das geht daraus hervor, daß er diesem Schreiben noch eine zweite eigenhändige Nachschrift hinzufügte des Inhalts, daß in dieser Notlage er lieber sterben wolle als sich „schändlich unter die Füße treten zu lassen". Er hoffte, seine fürstlichen Verwandten würden gleicher

[1]) Instruktion für Stuck und Kipius 6./16. April.

[2]) Das von den Herzögen Friedrich und Augustus eigenhändig unterschriebene Schreiben an Baner ist vom 10./20. April datiert, befindet sich bei den Kalenberger Akten; Herzog Georgs Unterschrift fehlt. Daß gerade hierdurch Herzog Georgs Schreiben an die beiden andern Herzöge vom 11./21. April hervorgerufen, ist wahrscheinlich. Die im Text zitierten Worte stammen aus einer eigenhändigen Nachschrift Georgs zu diesem Schreiben.

Digitized by Google

Meinung mit ihm sein. Es kann nach diesem Briefe kein Zweifel sein, daß für Herzog Georg die Zeit des Schwankens vorüber war, daß er, von der Notwendigkeit raschen und tätigen Eingreifens überzeugt war. Wäre es ihm gelungen, dazu auch die andern mit fortzureißen, so hätte das die weitestgehenden Folgen für die Entwicklung der Kriegslage haben können, denn nichts hat lähmender auf die Kriegsführung Baners gewirkt als die Unsicherheit über die Absichten der Braunschweiger, deren Zögern auch auf Hessen und Longueville nicht ohne Rückwirkung blieb.

Indessen namentlich in Celle dachte man ganz anders als in Hildesheim; langsam und bedächtig schritten in der dortigen Ratsstube die Verhandlungen fort, man mußte überhaupt erst sehr gedrängt werden, ehe man sich dazu entschloß, sich an den so überaus wichtigen Beratungen des Gesamthauses zu beteiligen, und darüber verstrichen kostbare Tage.[1]) Denn die Banerschen Gesandten verließen inzwischen Hildesheim, nur mit Mühe konnten dann die zur Abschickung an Baner verordneten Räte sie noch unterwegs einholen. Selbst das leidenschaftliche Schreiben Herzog Georgs vermochte die Celler nicht von ihrem Wege abzubringen. Er könne in dieser Sache nichts weiteres tun, schrieb Herzog Friedrich am 14./24. April an Georg. Er hoffe doch, daß dieser mit ihm darin einverstanden sei, daß vor allem die Verhandlungen mit Baner in der früher beschlossenen Weise fortgesetzt würden. Unter Entblößung des eigenen Landes sich in andere Positur zu setzen als bisher, könne nur unter der größten Gefahr für das Land geschehen. Man sah hier eben nicht über das Allernächste hinaus. Tun, wozu das Gewissen treibe, und im übrigen dem lieben Gott alles anheim stellen, daß war der Weisheit letzter Schluß, in dem der Brief des Herzogs ausklang.[2]) Das mochte fromm gedacht sein, politisch war es nicht. Größeres Verständnis für die Lage zeigte Herzog August; er war mit Georg darin einig, daß rasche Entschlüsse not täten.[3])

[1]) Herzog Friedrich an Herzog Georg 11./21. April. Wiederholte Aufforderung Georgs vom 13./23. d. M. Antwort Friedrichs vom 15./25. d. M. Schreiben Georgs an Baners Gesandte nach Osterode 16./26. April.

[2]) Auch hier zeugt eine eigenhändige Nachschrift des Herzogs dafür, daß seines Bruders eindringliches Schreiben doch nicht ganz ohne Eindruck auf ihn geblieben war, wenngleich er ihm nicht zu folgen vermochte. „Ich bitte", so endet diese Nachschrift, „Du wolleſt niemand anders hierunter verdenken; Ich habe dieser schweren Sachen in der Furcht Gottes selber für Mich nachgedacht und den Schluß gemacht". Er übernahm damit selbst die Verantwortung für eine Politik, die Georg seinen Räten hatte zuschreiben wollen.

[3]) Herzog Augustus an Herzog Georg 12./22. April.

Digitized by Google

Indessen die Beschlüsse, die daraufhin von den wolfenbüttelschen und kalenbergischen Räten — Herzog Friedrich hatte nach anfänglicher Zusage schließlich doch niemanden geschickt — am 15./25. April als Memorandum für die an Baner zu schickenden Gesandten vereinbart wurden, entsprachen doch wohl kaum den Erwartungen und Absichten Georgs, bewegten sich vielmehr auf einer Mittellinie. Zwar wurde die Unterstützung Baners als etwas Gegebenes darin betrachtet, aber an ihn doch so weitgehende Forderungen gestellt, daß einzusehen war, daß sie langwierige Verhandlungen zur Folge haben würden. Allerdings verlangte man nicht mehr die Zurückgabe aller im Besitz der Schweden befindlichen Garnisonen, aber doch die von Wolfsburg und des gerade für Baner als Stützpunkt an der unteren Elbe so wichtigen Blekede. Noch weiter ging man in einem andern Punkte, wenn die Einräumung der Quartiere, die Herzog Georg 1633/34 besessen, namentlich Goslars, Mühlhausens, Nordhausens verlangt wurde, obwohl Baner früher schon mehrfach erkärt hatte, daß das unmöglich sei. Im Rahmen der notwendigen Sicherung dagegen bewegten sich die Forderungen, daß Baner keinen Waffenstillstand ohne vorherige Beratung mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg schließen und zu etwaigen derartigen Verhandlungen des Hauses Abgeordnete zuziehen solle. Den Truppen des fürstlichen Hauses sollte möglichste Selbständigkeit unter Herzog Georgs Generalkommando bleiben, selbst außerhalb der fürstlichen Lande.

Seinerseits sollte Baner Unterstützung des Hauses Braunschweig-Lüneburg zusichern, anderseits aber dafür sorgen, daß die schwedische Hauptarmee die Grenzen der fürstlichen Lande nicht berühre. Die noch in braunschweigischen Garnisonen verbleibenden Schweden sollten alle Kontributionen und Forderungen aus den fürstlichen Landen einstellen. Der Grundsatz: „viel fordern und wenig bieten", beherrschte jedenfalls auch diese Beschlüsse — es war nicht anzunehmen, daß Baner darauf eingehen würde, zumal bestimmte Zusicherungen wegen der Vereinigung der Truppen weder nach Zeit noch Zahl gemacht waren Hilmar von Oberg und Bodo von Hodenberg wurden mit dieser wichtigen Gesandtschaft beauftragt und traten alsbald ihre Reise an.

Herzog Georg, nunmehr fest zur Verbindung mit Schweden entschlossen, suchte jetzt durch den Zusammenschluß mit anderen Mächten Rückhalt für seine eigene Politik. Zwar daß er durch den Erzbischof von Bremen noch einmal auf den niedersächsischen Kreis unter Vorstellung der allen gemeinsamen Gefahr zu wirken suchte,[1]) mochte bei der bis-

[1]) Herzog Georg an den Erzbischof von Bremen 14./24. April.

Digitized by Google

herigen Haltung der Mehrzahl der Kreisstände wenig Aussicht auf Erfolg bieten; wichtiger war es, daß mit Hessen die engste Fühlung gewonnen wurde. Daneben aber schien der bevorstehende Aufenthalt Longuevilles die Möglichkeit zu bieten, auch mit Frankreich anzuknüpfen. Einzelne lose Fäden waren dazu schon gesponnen worden. Schon im Februar hatte Longueville in einem zuvorkommenden Schreiben den Herzog des freundschaftlichen Interesses des Königs von Frankreich versichert, worauf dieser damals allerdings nur sehr allgemein mit wenigen höflichen Worten erwidert hatte.[1]) Jetzt im April schien es Georg notwendig, auch Frankreich gegenüber Klarheit zu gewinnen. So wurde Schenk von Winterstedt schon in der Instruktion vom 6./16. April beauftragt, bei den Hessen deswegen zu sondieren, und wenige Tage später erhielten die Gesandten des fürstlichen Hauses zu den Verhandlungen in Kassel die Weisung, falls Longueville eine Vereinigung des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit der Krone Frankreich anrege, sollten sie vorsichtig verfahren, Vorschläge entgegennehmen, sich ihrerseits aber mit Mangel an Instruktion entschuldigen. Jedenfalls aber sollten sie sich dessen versichern, daß man von Frankreich keine Feindseligkeiten zu befürchten habe. Wichtig sei namentlich zu erforschen, wie Frankreich mit Bayern stehe. Denn wenn wirklich die Gerüchte auf Wahrheit beruhten, daß Frankreich mit Bayern einen Waffenstillstand eingehen wolle, so mußte das für die kriegerische wie politische Lage von der größten Bedeutung sein, da wie Baner auf Longueville, so das kaiserliche Heer auf die bayrische Unterstützung rechnete.

Die Landgräfin von Hessen war inzwischen bemüht, noch ehe die Verhandlungen in Kassel in Gang kamen, Herzog Georg von der Dringlichkeit der Lage zu überzeugen. Denn unterdessen hatte Baner Chemnitz Anfang April erreicht, von dort ging er nach Zwickau, wo ihn am 10./20. April das Kriegsglück in kleineren Kämpfen im Stich ließ. Von hier aus hatte er schon am 4./14. April an die Landgräfin ein dringendes Gesuch um rasche Sendung von möglichst viel Infanterie gerichtet und als Vereinigungsort Erfurt angegeben. Die darin enthaltene Bitte, auch auf Herzog Georg zu wirken, wurde von der Landgräfin umgehend und eindringlich befolgt unter der Mitteilung, daß sie ihren im Stift Münster und in den Nachbargebieten liegenden Völkern schon Marschbefehl gegeben habe. Herzog Georgs Antworten[2]) darauf zeigen,

[1]) Herzog Georg an Duc de Longueville 24. Februar / 5. März. Inhalt des beantworteten Schreibens geht aus der Antwort hervor.

[2]) Die Landgräfin an Herzog Georg 11./21. April. Dessen Antworten 11./21. und 13./23. April.

Digitized by Google

wie sehr ihm durch die schleppenden Verhandlungen des Gesamthauses die Hände gebunden waren — er konnte nur auf die Ergebnisse dieser Verhandlungen vertrösten und die Landgräfin bitten, sich bei Baner dafür zu verwenden, daß bis zu erfolgter Erklärung dieser nichts gegen ihre Fürstentümer unternehme — Worte, wo Handeln allein Wert gehabt hätte. In diesen Tagen nun fanden die wichtigen Beratungen in Kassel zwischen der Landgräfin und dem Herzog von Longueville statt,[1]) an denen auch die braunschweigischen Gesandten sich beteiligten. Leider sind wir über die Beratungen nicht eingehend unterrichtet — die Vereinigung der hessischen und Longuevilleschen Truppen und rasche Unterstützung Baners wurden dort beschlossen und anscheinend auch von den braunschweigischen Gesandten bestimmte Zusicherungen gemacht; Longueville soll 5—6000 Mann als genügende Unterstützung für Baner bezeichnet haben. Von dem Hauptbeschlusse machte die Landgräfin Herzog Georg sofort am nächsten Tage Mitteilung und suchte wiederum ihn zu schleunigem Anschluß zu bewegen. Zwar würden sie mit ihren Truppen auch ohne die braunschweigischen dem Feinde wohl gewachsen, vielleicht sogar etwas überlegen sein. Aber die Gedanken der Landgräfin waren jetzt auf Größeres gerichtet: den Feind zurückzutreiben, den Kriegsschauplatz in die katholischen Lande zu verlegen und „zu anderen Aktionen den Weg zu eröffnen". Sie dachte in diesem Augenblicke nicht mehr allein an ihr Land — das Privatinteresse dem Allgemeinwohl zu opfern, legte sie auch Herzog Georg ans Herz. Er solle sich jetzt keine Sorge machen wegen der Forderungen des fürstlichen Hauses an die Krone Schweden, diese werde, wenn sie tatkräftige Unterstützung von Braunschweig-Lüneburg erhalte, auch geneigt sein, dessen Wünschen zu willfahren. Man sieht, die Landgräfin wußte wohl, wo das Hindernis für eine aktive Politik der Braunschweiger lag — immer war es der Gedanke, bei dieser Gelegenheit die lästigen schwedischen Garnisonen aus dem Lande los zu werden, der hemmend auf alle Verhandlungen wirkte.

Von allen Seiten stürmte es nun auf Herzog Georg ein; denn auch die Schreiben Baners, der inzwischen auf Erfurt zurückgegangen war und sich dort am Weinberge verschanzte, wurden immer dringlicher. Schon scheine es, schrieb er am 14./24. April, daß der Feind Kenntnis von der

[1]) Le Laboureur, hist. de Guébriant S. 182 setzt die Zusammenkunft auf den 22. April (n. st.), Rommel, VIII 581 spricht von dem entscheidenden Kriegsrat am 17./27. April. Vielleicht ist das bei Le Laboureur angegebene Datum das der Ankunft Longuevilles. Die Akten geben leider keine Auskunft über diese Verhandlungen; bei Decken sind sie ganz übergegangen.

Digitized by Google

beabsichtigten Vereinigung habe und versuchen werde, sie zu hindern. Immer von neuem malte er ihm das Schreckgespenst, daß im Falle eines notwendigen Rückzuges „der ganze Kriegsschwall" über die fürstlichen Lande kommen würde. Herzog Georg konnte dem gegenüber der Landgräfin wenigstens auf die Mobilmachung seiner Kavallerie, die bei Göttingen stand, hinweisen,[1]) anderseits suchte er die beiden Herzöge zu rascherem Handeln zu drängen. Nachrichten aus Osterode,[2]) daß der linke Flügel der Banerschen Armee schon durch die goldene Aue nach dem Südrande des Harzes sich ziehe, mochten hier ihre Wirkung nicht verfehlen. In Celle allerdings ließ man sich auch jetzt noch nicht aus seiner Gemütsruhe aufschrecken, erst am 18./28. April entschloß sich auch Herzog Friedrich zu der Tagung des Gesamthauses seine Räte abzusenden, wobei aber seine Hauptsorge war, daß sie möglichst bald nach Celle zurückkehrten, „da die Sache ja soweit in Richtigkeit gebracht sei". Daß es sich hier um Fassung ganz entscheidender Beschlüsse handelte, erkannte man dort also nicht. Auch die Deputierten der kalenbergischen Landschaft, die man zu den Verhandlungen hatte zuziehen wollen, hatten vorherige Beratungen mit andern Mitlandständen für nötig gehalten und versäumten darüber die Teilnahme ganz. In den Abmachungen, die hier am 21. April/1. Mai und am folgenden Tage[3]) getroffen wurden, ist vor allen Dingen wichtig, daß das fürstliche Haus in der Erkenntnis, daß es allein der schweren Aufgabe nicht gewachsen sei, seine Länder zu erhalten, die Allianz mit den Schweden vollziehen, das Bündnis mit Hessen durchführen und die Unterhandlungen mit den französisch-weimarischen Truppen zum Schlusse bringen wolle. Von irgend welchen Forderungen an Schweden war hier nicht die Rede, rückhaltlos bekannte man sich zu der Notwendigkeit der Vereinigung. Indessen war es anscheinend nicht ohne weiteres gelungen, Herzog August zu diesem Schritte zu bewegen, und wir gehen nicht fehl, wenn wir die in diesem Peiner Rezeß enthaltenen Abmachungen über eine Belagerung Wolfenbüttels als die von Herzog Augusts Räten geforderte Gegenleistung für seine Zustimmung zu der Vereinigung mit Schweden betrachten — namentlich wenn wir an frühere Verhandlungen über diese dem Herzoge so am Herzen liegende Angelegenheit denken. Diese Beschlüsse entsprachen besser den Wünschen Herzog Georgs, stimmten aber wenig mehr zu der Instruktion der an Baner geschickten Gesandten,

[1]) Geht aus der Antwort der Landgräfin vom 19./29. April hervor.

[2]) Vom 19./29. und 20./30. April.

[3]) Nach Decken IV, 10 f.

Digitized by Google

die gerade in diesen Tagen mit dem Feldmarschall verhandelten.[1]) Dieser hatte zunächst aus Mortaignes und Oxenstiernas schriftlichen und mündlichen Berichten die Überzeugung von der Geneigtheit Georgs zur Vereinigung gewonnen und drückte ihm die Freude darüber sofort aus,[2]) allerdings mit der Bitte, die Unterstützung schleunigst zu senden, die „nunmehr keine Minute zu früh kommen" könne, da der Feind schon bei Weimar stehe. Er fürchte, daß die hessischen und französischen Truppen schon zu spät kommen könnten, Georg möge ihm, da er der nächste sei, unter möglichster Beschleunigung soviel seiner Truppen senden, als er immer entbehren könne. Der Feldherr mußte nun sehr erstaunt sein, als ihm am nächsten Tage Hodenberg und Oberg die Forderungen ihrer Herzöge vortrugen. Ihm tat schleunige Unterstützung not — wo aber war ein Ende abzusehen, wenn man sich auf das verfängliche Gebiet wegen der von den Schweden besetzten Orte in braunschweigischen Landen einließ?

Baner suchte[3]) daher diese Fragen ganz zu umgehen und auf die Verhandlungen in Hamburg zu verweisen, da Salvius damit beauftragt sei, er selbst aber nicht genügend Kenntnis darüber habe. Im übrigen aber zeigte er, da ihm alles an möglichst rascher Unterstützung gelegen war, weitgehendes Entgegenkommen gegen die Wünsche der Braunschweiger. Er versprach ausgiebigste Hülfe, wenn man ihm ein gleiches leiste, gewährte möglichste Selbständigkeit den Hilfstruppen, verlangte nur das Oberkommando bis zum Ende der Aktion — auch da sollte Gegenseitigkeit herrschen für den Fall, daß Herzog Georg schwedische Unterstützung in seinen Landen bedürfe. Dagegen ist charakteristisch, daß Baner den für die Herzöge so wichtigen Punkt, daß die schwedische Hauptarmee die Grenzen der fürstlichen Lande nicht berühren solle, mit Stillschweigen überging; indirekt lag in dem über die Forderungen der Herzöge hinausgehenden Anerbieten, sie nötigenfalls mit seiner ganzen Armee zu unterstützen, jedenfalls eine Andeutung, wie Baner hierüber dachte. Außer durch diese Resolution suchte Baner auch noch durch ein weiteres Schreiben an die drei Herzöge (vom gleichen Tage) zur Eile zu drängen. Es mochte ihm dies um so notwendiger erscheinen, als die braunschweigischen Gesandten in Gesprächen mit den dort gleichfalls anwesenden hessischen sich wieder auf den Standpunkt der Grenzverteidigung der braunschweigischen

[1]) Über diese Verhandlungen zeigt sich auch Pufendorf XII, S. 395 f. gut unterrichtet.

[2]) Baner an Herzog Georg, Erfurt 20./30. April 1640.

[3]) Resolution Baners vom 23. April/3. Mai 1640.

Digitized by Google

und hessischen Lande zurückgezogen und eine Hilfesendung an Baner nur im äußersten Notfalle für wahrscheinlich erklärt hatten. Und angesichts des bevorstehenden Saaleübergangs der feindlichen Armee drängte Baner zwei Tage später noch heftiger zur Beschleunigung, er wandte sich nunmehr sogar direkt an die Befehlshaber der braunschweigisch-lüneburgischen Truppen, um sie zu möglichster Eile anzuspornen.[1]) Auch die Landgräfin ließ es an dringenden Mahnungen in diesen Tagen nicht fehlen. Zu solchen dringenden Aufforderungen kontrastiert merkwürdig der in denselben Tagen[2]) von der Landgräfin ausgefertigte Entwurf eines Rezesses zwischen Baner und den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg, der sich in den Hauptpunkten mit der Instruktion für Schenk v. Winterstedt und dem zu Peine entworfenen Memorial vom 15./25. April deckte, an den Forderungen betreffs Einräumung der Garnisonen in den braunschweigischen Landen festhielt, zunächst nur den Grenzschutz durch die braunschweigischen Truppen ins Auge faßte, von einer Verbindung mit den schwedischen Truppen nur im Notfalle sprach.

Wir haben in diesem Entwurfe wohl den Niederschlag der in jenen Tagen zu Kassel von den hessischen und braunschweigischen Diplomaten geführten Verhandlungen zu sehen, die aber von den Ereignissen inzwischen überholt waren. Denn die Landgräfin hatte mittlerweile ihren Truppen den Befehl zum Aufbruch gegeben — zwischen Mühlhausen und Eisenach sollte die Vereinigung mit den französisch-weimarischen stattfinden. Schwerlich war es ihr Ernst, zu so eingehenden Verhandlungen, wie der Entwurf sie gefordert haben würde, in diesem entscheidenden Augenblick die Hand zu bieten. Auch Herzog Georg gab nunmehr die entscheidenden Befehle. Hier treten nun aber gewisse Widersprüche zu Tage, die auf Grund der Akten nicht völlig zu lösen sind.[3]) Am 25. April/5. Mai schickte Herzog Georg zu den schon in Kassel anwesenden Räten noch Schenk von Winterstedt und Kipius; auch Klitzing begab sich dorthin. Die den Räten mitgegebene Instruktion wurde von ihnen so ausgelegt,[4]) daß die Vereinigung der braunschweigischen

[1]) Schreiben an Herzog Georg vom 25. April/5. Mai; an die Kommandanten vom 26. April/6. Mai. Am gleichen Tage schrieb Baner auch an Herzog Friedrich, bat, wenigstens 3000 Mann möglichst bald zu senden. (Gedruckt bei Decken IV, S. 214.

[2]) Schreiben vom 25. April/5. Mai; der Entwurf ist am 26. April/6. Mai ausgefertigt.

[3]) Die Darstellung Deckens geht über diese Widersprüche völlig hinweg.

[4]) Die Instruktion selbst ist nicht erhalten; die Ausführungen beruhen auf der Relation der Abgesandten vom 28. April/8. Mai.

Digitized by Google

Völker mit den schwedischen nur erfolgen solle, wenn die Alliierten angegriffen würden und dem Feinde nicht gewachsen seien. Auf ihrer Reise nach Kassel erreichten sie in Harste zwei Schreiben, eins von der kalenbergischen Regierung nebst einer Einlage. Während jenes ihrer Instruktion entsprach, drang dieses — dessen Verfasser wir nicht kennen — vielleicht aber ging es von Herzog Georg persönlich aus — auf eine „kategorische, effektive Konjunktion". Es ist schwer, diesen Widerspruch zu erklären — wenn wir sie nicht auf eine persönliche plötzliche Entschließung Herzog Georgs zurückführen wollen. Daß in diesen Tagen verschiedenartige Entschlüsse bei ihm rasch aufeinander folgten, beweisen die nachfolgenden Ereignisse. Jedenfalls beschlossen die Gesandten, sich streng an ihre Instruktion zu halten, und handelten danach auch in Kassel. Hier aber trat Klitzing der Ansicht der Hessen bei, daß man Baner, wenn die Völker nahe bei einander ständen, tatkräftig unterstützen müsse. Unter allen Umständen aber schien es ihnen nötig, daß bei dem für den 2./12. Mai zwischen Mühlhausen und Erfurt geplanten Kriegsrate das fürstliche Haus durch die im Verkehr mit Baner bewanderten Räte Oberg und Hodenberg vertreten sei, da man ohne eindringliche Darlegung bei ihm nichts erreichen werde. Inzwischen hatte Herzog Georg sich aus den von verschiedenen Seiten, zuletzt aus dem Fürstentum Anhalt einlaufenden Nachrichten ein Bild von der Kriegslage entworfen.[1]) Danach gab es für ihn drei Möglichkeiten: entweder die Kaiserlichen gingen direkt oder nach Vereinigung mit den liguistischen Truppen gegen Baner, oder sie suchten einen nördlichen Übergang über die Saale und stießen dann nordwestlich gegen das Magdeburgische und Halberstädtische vor, oder aber sie blieben am linken Saaleufer und gingen von Naumburg[2]) auf Sangerhausen, um so durch Bedrohung der braunschweigischen und hessischen Lande die Veinigung zu verhindern. Unter diesen Umständen gab er seinen Gesandten in Kassel die Anweisung, um Beschleunigung des Marsches der hessischen und longuevilleschen Völker zu ersuchen. Damals war er noch nicht im Besitze des letzten dringlichen Schreibens von Baner; er glaubte daher, daß ein Aufbruch seiner Völker noch nicht so notwendig sei. Wenn er dann aber in seinem Schreiben fortfährt, er wolle sich jedoch der Konjunktion nach Inhalt seiner vorigen

[1]) Schreiben an die nach Kassel Deputierten 27. April / 7. Mai.

[2]) Decken IV 215 liest „Nüremberg"! Im Text S. 15 macht er daraus, der Feind werde „auf geradem Wege in die braunschweigisch-lüneburgischen Lande eindringen". Dies nur als ein Beispiel für die Ungenauigkeit, mit der Decken bei der Benutzung der Akten verfahren ist.

Digitized by Google

Instruktion nicht entziehen, halte es aber für genügend, wenn zunächst ein Regiment zu Roß, und 16 Kompagnien zu Fuß marschierten — so stehen wir hier wiederum vor einem Widerspruch — wenn sich nicht eben der oben angedeutete und dieser in dem dort angegebenen Sinne aufheben, und der Herzog mit der hier angeführten Instruktion jenes den Gesandten nachgeschickte Schreiben meinte. Eine genaue Ordre bestimmte dann die zum Abmarsch zu kommandierenden Truppen, zunächst 8 Kompagnien Kavallerie des Obersten Meier und des Oberstwachtmeisters Schönberg; Infanterie je 6 Kompagnien vom Schlüterschen und vom blauen, je 2 zwei vom gelben und vom Leibregiment. Klitzing selbst solle jedoch nicht in Person mitgehen. Es war indessen sofort auch ein umfangreicherer Marschbefehl für 16 Kompagnien Kavallerie und 24 Kompagnien Infanterie hinzugefügt.

Mit Georgs Ansicht, daß ein Aufbruch seiner Truppen noch nicht unbedingt notwendig sei, deckte sich ein Schreiben Herzog Augusts,[1]) in dem dieser die Überzeugung aussprach, daß es Baner weniger darauf ankomme, daß er überhaupt Unterstützung von Braunschweig erhalte als vielmehr darauf, daß diese ihm unmittelbar und nicht in Verbindung mit den andern Alliierten zu Teil werde. Aus dieser in dem letzten Punkte richtigen Voraussetzung zog er indessen den falschen Schluß, da Baner nun von Hessen und Longueville unterstützt werde, so sei ihrerseits die Hülfe noch nicht notwendig, um so weniger, da Baners Antwort auf die Forderungen des fürstlichen Hauses durchaus keine genügende Sicherheit biete.[2]) Indessen gerade eine Mitteilung am Schlusse dieses Schreibens war geeignet, Herzog Georgs Entschlüsse wieder zur Beschleunigung der Sendung zu treiben. Herzog August war nämlich die Nachricht zugegangen, daß die beiden von Baner zurückkehrenden Gesandten des fürstlichen Hauses von der Garnison von Wolfenbüttel überfallen und nach Liebenburg geführt seien — wie sich später herausstellte, hatte nur Oberg dieses Schicksal getroffen, und auch er wurde — freilich erst nachdem man ihm wichtige Papiere abgenommen — nach kurzem wieder entlassen. Herzog Georg sah darin aber den Beginn der Feindseligkeiten von seiten der Kaiserlichen, und indem er sie seinen Gesandten in Kassel mitteilte, gab er die Vollmacht — wobei er freilich auch jetzt noch Behutsamkeit empfahl — zum Aufbruch zu schreiten, dabei sich aber möglichst in den Grenzen der ersten Marschordre zu halten. Die Aus-

[1]) Vom 27. April / 7. Mai.

[2]) Hodenberg war am 26. April / 6. Mai in Hildesheim mit Baners Resolution eingetroffen.

Digitized by Google

druckweise in diesem Schreiben hat etwas merkwürdig Gewundenes und Unbestimmtes, aber die Erlaubnis zum Aufbruch ist aus ihm zweifellos zu entnehmen. An dem gleichen Tage — wohl ehe er des Herzogs letztes Schreiben erhalten hatte — berichtet Klitzing von Münden aus[1]) daß er sich sofort nach Göttingen begebe und von dort zunächst das Meiersche und Schlütersche Regiment auf Mühlhausen dirigieren werde, wo sich am 30. April / 10. Mai auch die hessischen Truppen befinden würden. Auch er selbst werde sich gemäß des Herzogs Befehl dorthin begeben — also auch hier wieder ein Widerspruch, denn der Herzog hatte es ja gerade für unnötig erklärt, daß Klitzing in Person mit den Truppen gehe. In Göttingen erwog nun Klitzing mit Winterstedt und Kipius die Lage; aus Baners letztem Schreiben ersah er, daß die Kaiserlichen die Saale bei Saalfeld inzwischen überschritten haben mußten und daß für Baner in diesem Falle schleunige Hülfe not tue. Es schien geraten, zunächst die Infanterie zurückzulassen und dafür mit einer stärkeren Anzahl von Kavallerie — 5 bis 6 Regimentern[2]) — aufzubrechen. Und zwar aus einem doppelten Grunde. Beruhten Baners Gerüchte auf Wahrheit — völlig traute man ihm nämlich nicht — so konnte man gar nicht rasch genug kommen.

Erschien dagegen eine Verbindung noch nicht notwendig — wovon sich Klitzing, der die Truppen zunächst bis Mühlhausen führen und von dort unter hessischem oder französischem Konvoy sich zu Baner begeben wollte, selbst überzeugen würde — so war es leichter, die Kavallerie als die Infanterie wieder zurückzuführen. Dabei war immer der Gedanke vorherrschend, daß man nur dann auch eine Verbindung eingehen wolle, wenn inzwischen die hessischen und Longuevilleschen Truppen sich vereinigt hätten, weil für die braunschweigischen Truppen allein die Gefahr zu groß sei. Man kann hier also gewiß Klitzing nicht den Vorwurf machen, daß er übereilt verfahren sei, eher würden wir meinen, daß in diesem Augenblicke etwas weniger Zögern besser gewesen sei. Ob Klitzing für seine Person damals zu weitergehenden Entschlüssen gelangt war und nur mit Rücksicht auf Schenk und Kipius sich so vorsichtig ausdrückte,

---

[1]) Gedruckt bei Decken IV, S. 218.

[2]) In der bei Decken IV, S. 219 f. abgedruckten Relation Klitzings vom 29. April / 9. Mai 1640 steht 20 Kompagnien, im Text S. 19 spricht Decken von 24 Kompagnien. Mir hat das Aktenstück nicht vorgelegen, so daß dahingestellt bleiben muß, welche Angabe richtig ist. Herzog Georg gibt in einem Schreiben an die Landgräfin von Hessen vom 7. / 17. Mai an, daß 21 Kompagnien Kavallerie nach Thüringen fortgegangen seien.

Digitized by Google

läßt sich nicht entscheiden. Jedenfalls erlangte er ihre Zustimmung, und auch Herzog Georg erwiderte umgehend,[1]) daß er mit den Vorschlägen einverstanden sei, doch halte er es für nötig, daß alle Deputierten, die sich in Kassel oder Göttingen befänden, nach Mühlhausen gingen, um dort an den Beratungen teilzunehmen. Betreffs des Fußvolkes sei nach der zweiten Ordre vom 27. April/7. Mai zu verfahren — wonach also 24 Kompagnien hätten marschieren müssen — ob Herzog Georg sofortigen Aufbruch mit der Kavallerie zugleich oder späteres Nachfolgen meinte, läßt sich aus dem Schreiben nicht ersehen.

Man hat für den folgenschweren Entschluß, der zu der Vereinigung der braunschweigischen und schwedischen Waffen führte, zu verschiedenen Zeiten Klitzing verantwortlich machen wollen,[2]) und als Grund dafür die übliche Bestechung durch Schweden hingestellt; allein abgesehen davon, daß in dem Versprechen Baners in einem Schreiben vom 30. März/9. April 1640 an Klitzing[3]), auf das man sich deswegen beruft, ein Bestechungsversuch auch nicht im geringsten gesehen werden kann, denn es bewegt sich im Rahmen der üblichen Zusicherungen, so geht aus dem oben geschilderten Verlauf der Ereignisse klar hervor, daß die einzige Eigenmächtigkeit Klitzings in einer Veränderung der Marschdispositionen lag, und daß er auch dafür noch rechtzeitig des Herzogs Genehmigung erlangte. Wenn irgendwen eine Schuld trifft, so allein Herzog Georg, der in diesen Tagen von widersprechenden Empfindungen und Ansichten erfüllt, zu einer bestimmten und klaren Befehlserteilung, wie sie die Lage erfordert hätte, sich nicht durchzuarbeiten vermochte. Verständlich wird diese Unsicherheit einmal aus der Unklarheit Georgs über die Kriegslage,

[1]) 30. April/10. Mai 1640 Hildesheim. Gedruckt bei Decken IV, 222.

[2]) Am weitesten geht in der Beziehung Barthold, Geschichte des großen deutschen Krieges II, 253: „Ohne Bürgschaft für die Zukunft, ohne den Lohn für besonnene Mäßigung vom Kaiser davonzutragen, der ihm glänzende Anträge gemacht, sah Georg nach so langer Zurückhaltung die dritte Partei durch das Vorgreifen des Unterhändlers, ohne ihn strafen zu können, vereitelt, da er ihm selbst widerspruchsvolle Anweisungen gegeben". Daß Klitzing bestochen, steht auch für ihn fest, unklar aber ist, wie er sich dabei auf Pufendorf und Decken berufen kann, da beide gerade ihn gegen diesen Vorwurf in Schutz nehmen (vgl. Pufendorf S. 399; Decken IV 27 f.). Ich lese aus der Stelle bei Pufendorf nicht eine Beschuldigung, sondern eine Entschuldigung (gegen Spittler-Decken). Auch Rommel VIII, 582 meint, daß Georg sich von Klitzing habe treiben lassen.

[3]) Gedruckt bei Decken IV, 198 f. Klitzing solle nicht zweifeln, daß die Königliche Majestät und Krone Schweden seine angewandte Treue und Bemühung n Gnaden im Gedächtnis behalten, auch ihre Dankbarkeits-Demonstrationen (sic!) nicht vergessen würden.

Digitized by Google

nach der es ihm, wie wir sahen, sogar möglich schien, daß die Kaiserlichen gar keinen Angriff gegen Baner planten — er glaubte in diesem Falle seine Truppen zum Schutz des eigenen Landes an den Grenzen nötig zu haben. Er übersah dabei aber doch wohl, daß die feindliche Armee eine solche Diversion schwerlich wagen würde, wenn an den Grenzen Sachsens, wenige Tagemärsche von Böhmen entfernt das vereinigte Heer Baners, Longuevilles und der hessisch-braunschweigischen Truppen gestanden hätte, daß die Gefahr vielmehr in der Zersplitterung der Streitkräfte lag, der man unter allen Umständen hätte vorbeugen müssen. Hier kommt dann aber ein zweiter Umstand hinzu: Herzog Georg fühlte sich nicht als Träger der Politik des Gesamthauses, hatte vielmehr mit stärkerem Widerstand in Celle, mit geringerem auch in Braunschweig zu kämpfen — ein Umstand, der ihn in seinem Alter, in seiner Stellung als Regenten des zunächst bedrohten Teiles der braunschweigischen Lande unsicher machen und den Gedanken an aktives Eingreifen immer noch wieder zurückschieben lassen mußte. Trotzdem hat er sich schließlich selbständig von der Notwendigkeit des Aufbruches seiner Truppen überzeugt — das beweisen am klarsten seine Befehle vom 27. April/7. Mai und 29. April/9. Mai. Ob indessen der Gedanke glücklich war, seine Diplomaten mit nach Mühlhausen zu beordern, muß bezweifelt werden — es handelte sich jetzt um Entschlüsse rein militärischer Art, und jene, die noch in einem Schreiben aus Münden[1]) wenige Stunden vor den entscheidenden Göttinger Beratungen darüber geklagt hatten, daß die Kapitulation mit Schweden nicht zum Abschluß gelangt sei, machten nun selbst jetzt noch den Versuch, alle jene Forderungen, für die man in Kassel die Vermittlung der Landgräfin gewonnen hatte, bei Baner durchzusetzen. Die Verhandlungen selbst wurden am 4./14. und 5./15. Mai in Erfurt durch Klitzing und Winterstedt geführt. Hier zeigte es sich nun allerdings, daß die fürstlichen Räte insofern recht gehabt hatten, daß sie den Abschluß der Kapitulation vor dem Beginn der Aktion für notwendig erklärt hatten, denn in diesem Zeitpunkte war in der Tat von Baner nicht mehr viel zu erreichen. Dieser rechnete jetzt ganz entschieden damit, daß Klitzing mit den braunschweigischen Truppen, zumal die Vereinigung der hessischen und Longuevilleschen Streitkräfte um diese Zeit stattfand, nicht so leicht den Rückmarsch antreten würde, namentlich da er jetzt auch persönlich ihm die Kriegslage darlegen konnte. Selbst den von ihm früher zugestandenen Punkt betreffs des Waffenstillstandes oder

[1]) April 29/Mai 9, gedr. Decken IV, 218 f.

Digitized by Google

der Friedensverhandlungen verwies er jetzt auf die Verhandlungen in Hamburg.[1]) Und wenn von braunschweigischer Seite erklärt wurde, daß das fürstliche Haus für die große Gefahr, die es durch die Verbindung mit Schweden auf sich nehme, die Zurückerstattung der in schwedischen Händen befindlichen Erbposten erwarte, so erkannte Baner den Eifer des fürstlichen Hauses zwar als „hochlöblich" an, meinte aber sehr kühl, dafür so viele wichtige Plätze abzutreten, das würden die Herzöge selbst nicht verlangen. Auch sei er dazu gar nicht befugt — es wäre ja sonst auch nicht einzusehen, wozu dann noch die Hamburger Traktaten nötig seien. War der Feldmarschall in den Verhandlungen mit Hodenberg und Oberg über die verlangte Versicherung, daß die schwedische Hauptmacht die fürstlichen Lande nicht berühren solle, stillschweigend hinweggeglitten, so erklärte er jetzt auf das erneut gestellte Verlangen, darüber Versicherungen zu geben, sei unmöglich. Sollte das Unglück es wollen, daß er zu seiner Sicherung die braunschweigischen Lande aufsuchen müsse, so wolle er nicht hoffen, daß man ihm dann entgegentreten würde. Solche Zufluchtsmöglichkeiten seien auch in einer rechten Allianz mit beschlossen; als Bundesmitglieder würden sich die Herzöge der Not fügen. Das Generalat Herzog Georgs sollte nur für den Bereich der fürstlichen Lande, dann aber auch über einen etwaigen schwedischen Succurs gelten. Den auch jetzt noch von den Braunschweigern vorgebrachten Gedanken, unter Hinweis auf die Gefahr, die den fürstlichen Landen von Wolfenbüttel, von Kursachsen, Kurbrandenburg und von den in Westfalen stehenden kaiserlichen Truppen drohe, die braunschweigischen Streitkräfte möglichst für den Grenzschutz zurückzubehalten oder sobald als möglich wieder frei zu bekommen, wies Baner damit zurück, daß Gefahren, die die fürstlichen Lande bedrohen könnten, gering seien gegen die im Falle des Scheiterns „des Hauptwerkes" eintretenden. Ohne Notwendigkeit werde er die braunschweigischen Völker natürlich nicht zurückbehalten. Endlich machte Baner auch jetzt wieder den Versuch, die braunschweigischen Truppen unmittelbar unter seinen Oberbefehl zu bekommen, während Klitzing und Winterstedt sie mit den übrigen alliierten Truppen zu einem selbständigen Korps verbinden wollten. In diesem Punkte setzte Baner — ob zum Vorteil der Sache ist allerdings fraglich — seinen Willen nicht durch.

Sorgenvollen Herzens erwartete inzwischen Herzog Georg in Hildesheim Nachricht von seinen Gesandten[2]). Diese hatten das Nutzlose

[1]) Memorial Klitzings und Winterstedts vom 4./14. Mai Erfurt; Gegenprojekt Baners vom 5./15. Mai Erfurt, gedr. auch bei Decken IV, 223 ff.

[2]) Am 7./17. Mai schreibt er an Klitzing und Kipius: „Wir haben dem Herrn

Digitized by Google

weiterer Verhandlungen mit Baner eingesehen — am 8./18. Mai konnte dieser den drei Herzögen melden,[1]) daß die Vereinigung der braunschweigischen Völker, sowie der hessischen und Longuevilleschen Truppen mit den seinen ausgeführt sei — es war dies zwei Tage vorher geschehen.[2]) Dem formellen Danke fügte er die ebenso formell gehaltene Entschuldigung hinzu, daß er auf Klitzings und Schenks Forderungen nicht habe eingehen können, wobei er auf die Verhandlungen in Hamburg hinwies.

So war also auf dem mitteldeutschen Kriegsschauplatze endlich die Verbindung herbeigeführt, die die Machtverhältnisse hier ganz wesentlich verschob und damit für den Verlauf der kriegerischen Ereignisse ausschlaggebend werden konnte, wie sie denn von der feindlichen Seite lange befürchtet worden war. Hier hatte man denn auch nichts unversucht gelassen, um wenigstens die Herzöge von Braunschweig von der Verbindung mit Schweden zurückzuhalten — so hatte der Kommandant von Wolfenbüttel zu wiederholten Malen auf die drei Herzöge und auch auf Herzog Augustus besonders noch gegen Ende April in diesem Sinne zu wirken gesucht. Auch Erzherzog Leopold Wilhelm hatte am 24. April / 4. Mai die Herzöge abgemahnt und sie versichert, daß sein Bestreben auf Herstellung des Friedens gerichtet sei. Ihm hatten die drei Herzöge an dem Tage,[3]) wo in Thüringen die Vereinigung ihrer Truppen mit den schwedischen vor sich ging, erwidert, daß die Annäherung der beider-

unsern Gott, weiln es seine Ehre und Kirche vornemblich betrifft, von Herzen vorgetragen und übergeben, der wirdet und wolle solche zu seines großen heiligen Namens Ehre dirigieren und ausführen".

[1]) Datiert: zwischen Kranichfeld und Rudolstadt, 8./18. Mai 1640. Auch bei Decken IV, Nr. 307.

[2]) Nach Pufendorf S. 395/96 am 6./7. Mai (alten Stils), nach Theatrum Europaeum IV, 369 am 6./16. Mai.

[3]) Datiert 1640 Mai 6. Man könnte hier zweifelhaft sein, ob in dem Schreiben an den Erzherzog nicht das Datum neuen Stils gewählt sei. Am 26. April / 6. Mai waren indessen die braunschweig. Truppen noch nicht nach Thüringen aufgebrochen, wie das Schreiben angibt. Dagegen muß es zweifelhaft sein, ob das vom 12. Mai datierte Schreiben Erzherzog Leopold Wilhelms an die drei Herzöge altes oder neues Datum trägt (es lag mir nur in Copie vor, der Druck bei Londorp IV, 830 trägt dasselbe Datum); Herzog Georg übersendet es am 14. Mai alten Datums an Herzog Friedrich nnd beantwortet es auch für seine Person an demselben Tage. Der Zwischenraum betrüge, wenn wir für das Schreiben des Erzherzogs neues Datum annehmen, 12 Tage. Ich habe in der Darstellung angenommen, daß es vom 12./22. Mai war. Zwar war damals die Verbindung längst hergestellt, aber selbst wenn man im kaiserlichen Lager davon unterrichtet war, so hat, wie späterhin noch zu erwähnen ist, Piccolomini dies noch Ende Mai ignoriert. So hätte sich auch der Erzherzog noch am 12./22. Mai auf diesen Standpunkt stellen können.

Digitized by Google

seitigen Hauptarmeen an ihre Lande sie gezwungen habe, entschiedene Maßregeln zu ergreifen. Nun genügten ihre Mittel nicht, um den Schweden zu widerstehen; ihre Maßnahmen bezweckten aber nur, sie von ihren Landen fernzuhalten, keineswegs Angriff irgend eines Standes des Reiches oder des Kaisers — solche Mittel zur Rettung ihrer Lande zu ergreifen, werde ihnen niemand verübeln können. Unmöglich sei es auch, bei den Bewegungen der Armeen stille zu liegen; deshalb hätten sie ihre Völker an die thüringische Grenze beordert. Das Beste würde sein, wenn der Erzherzog den Kriegsschauplatz in andere Gegenden verlege. Man kann nicht unbedingt sagen, daß dieses Schreiben nur darauf berechnet gewesen sei, den kaiserlichen Generalissimus zu täuschen — die Armeen dem Lande fern zu halten, war tatsächlich das A und O der braunschweigischen Politik — freilich über den Hauptpunkt, was denn eigentlich die braunschweigischen Truppen in Thüringen sollten, wenn sie weder stark genug waren, gegen Schweden zu kämpfen, noch auch Feindseligkeiten gegen die Gegenpartei im Sinne hatten, glitt man hinweg.

Der Erzherzog hat dann anscheinend schon nach der Vereinigung der braunschweigischen und schwedischen Truppen vom Lager von Saalfeld aus durch ein Schreiben die Herzöge nochmals ermahnt, sich von den Schweden nicht überreden zu lassen. Indem er hinzufügte: sollten sie von den Schweden dazu gezwungen oder belästigt werden, so sage er ihnen seine Hülfe zu, ließ er den Herzögen gewissermaßen noch eine Hintertür offen, die schon geschehene Verbindung zu entschuldigen und rückgängig zu machen. Herzog Georg, dem dieses Schreiben durch einen kaiserlichen Obersten persönlich übergeben war, teilte es eingehend seinen Verwandten mit, da er Gesamtbeantwortung für nötig hielt. Dem Boten indessen gab er sofort eine Antwort mit, die sich im wesentlichen in den Grenzen des letzten Schreibens hielt, noch einmal als das beste Mittel die Entfernung des Kriegsschauplatzes aus diesen Gegenden empfahl. Bezeichnend für Herzog Georgs Auffassung ist es jedenfalls, daß er in dem Schreiben an seinen Bruder Friedrich[1]) die Ansicht vertrat, daß man die Beziehungen auch nach der Seite nicht abbrechen, den Gedanken einer Neutralität auch jetzt noch trotz der Vereinigung mit den Schweden verfolgen müsse. Denn wer konnte wissen, wie die Dinge sich auf dem mitteldeutschen Kriegsschauplatze entwickeln würden? Daß das Bündnis mit Schweden einzig und allein Mittel zu dem einen Zweck war, das eigene Land vor dem Kriege und seinen Folgen zu bewahren, geht aber

[1]) 14./24. Mai 1640.

Digitized by Google

auch aus einer solchen Andeutung wiederum hervor. Auch dem Kaiser gegenüber suchten die Herzöge ihr Verfahren zu rechtfertigen. In Beantwortung des kaiserlichen Schreibens vom 29. Januar / 8. Februar hatten sie schon Mitte April [1]) dessen Aufforderung, die Waffen gegen die Schweden zu ergreifen, zurückgewiesen unter der Begründung, daß sie dadurch den Kriegsschauplatz in den niedersächsischen Kreis ziehen würden. Die erbetene Neutralität sei ihnen nicht bewilligt, fünfmal hätten sie sich mit den Kaiserlichen verbündet, ohne daß es ihnen geholfen hätte; die Reichsarmee sei zu Grunde gegangen, die Schweden und Franzosen nähmen zu. Man müsse daher friedliche Wege einschlagen und freundschaftliche Mittel ergreifen. Darauf seien auch alle ihre Maßnahmen gerichtet, sie verdienten daher weder des Kaisers Mißtrauen noch seine Vorwürfe. Als dann die Entscheidung gefallen war, schoben sie [2]) die Schuld wiederum auf die Verweigerung der erbetenen Neutralität. Jetzt verlaute noch dazu, daß man dem fürstlichen Hause hauptsächlich die Schuld an dem Einfall der Schweden in Kursachsen und Böhmen beimesse und ihr Land daher mit völliger Vernichtung bedrohe. Daß diese Drohung wahrgemacht werden solle, bewiese das Heranrücken Piccolominis mit seiner ganzen Macht. Da sie nun allein nicht imstande seien, das drohende Unglück abzuwehren, hätten sie sich gezwungen gesehen, „eine solche Resolution zu ergreifen, daß Wir Uns mit denen engagieret, welche Uns obgemelte Exemption [3]) gern gegönnt und deren Wir nun zu Unserem Schutz gebrauchen müssen." Im übrigen auch hier wieder die Versicherung, daß man keinen Krieg gegen den Kaiser oder das Reich beabsichtige, sondern sich nur schützen wolle. Hier gestand man also die Vereinigung offen zu, das einzige, was an diesem Schriftstück zu rühmen ist, das sonst einen recht schwächlichen Eindruck macht. Man hätte, um seine Politik dem Kaiser gegenüber zu rechtfertigen, ganz andere und gewichtigere Gründe ins Feld führen können.

Es ist schließlich nötig, um das Bild der braunschweigisch-lüneburgischen Politik während dieses ersten Drittels des Jahres 1640 zu vervollständigen, einen Blick zu werfen auf die diplomatischen Verhandlungen, [4]) die mit Schweden in Hamburg geführt wurden, auf die, wie

[1]) Dat. 1640 April 12. So auch in dem Abdruck bei Londorp IV, 806. Es ist zweifelhaft, ob altes oder neues Datum anzunehmen.

[2]) Schreiben vom 25. Mai 1640 bei Londorp IV, 813 f.

[3]) Gemeint ist die Neutralität des niedersächsischen Kreises.

[4]) Vgl. darüber im Zusammenhange Pufendorf XII, S. 409—412, doch mehrfach in schwedischem Sinne gefärbt. Eingehende Nachrichten enthalten außerdem die Akten.

Digitized by Google

wir sahen, Baner sich mehrfach berufen hatte. Man hatte anscheinend schon während des Jahres 1639 mit Salvius in Hamburg verhandelt, ohne daß man über die dem Hause Braunschweig-Lüneburg hauptsächlich am Herzen liegenden Fragen, die Rückgabe der in schwedischen Händen befindlichen Garnisonen, zu einem Ergebnis gekommen wäre. Schon im Januar 1640 wurde dann der harburgische Kanzler Drebber von den drei Herzögen beauftragt, diese Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. In Schweden selbst schlug man den Wert eines Bündnisses mit Braunschweig-Lüneburg damals nicht allzuhoch an; Herzog August traute man gar nicht, auf Friedrich war auch nicht zu rechnen, auch Herzog Georg hatte sich wenig beständig gezeigt, zudem war er alt, und die Möglichkeit eines Regierungswechsels, der einen jungen und unerfahrenen Fürsten auf den Thron gebracht haben würde, stand damit in Aussicht. Andererseits wollte man die Braunschweiger keinenfalls auf die Gegenseite treiben. Das Ziel der schwedischen Politik war hier, die Herzöge möglichst zu einem wirklichen Bündnisse zu verpflichten, ohne doch die wichtigen Punkte in den braunschweigischen Landen preiszugeben, unter allen Umständen aber durch hinzögernde Verhandlungen sie festzuhalten, Versprechungen zu machen, im Notfalle das wenigst Wichtige zu opfern. Dem gegenüber wollte man auf braunschweigischer Seite[1]) sich einmal die schwedische Hülfe sichern für den Fall einer Belagerung Wolfenbüttels und die dadurch möglichen Entsatzversuche von kaiserlicher Seite — 8000 Mann sollten die Schweden versprechen — man selbst wollte dagegegen nur im Notfalle die Schweden mit der Hälfte unterstützen. Keinenfalls aber wollte man ein offizielles Bündnis eingehen, sondern das Ganze nur als ein „Defensionswerk" hinstellen, durch das man sich nicht in Gegensatz zu den Reichsgesetzen bringen wolle. Vor allem aber ruhte der Nachdruck auf der Rückgabe der in den Händen der Schweden befindlichen Garnisonen und zwar sollten Nienburg, Hoya, Lemförde, Wolfsburg übergeben werden, sobald die Belagerung von Wolfenbüttel begonnen habe; Blekede nach Einnahme von Dömitz — wodurch die Schweden einen anderen Platz an der Elbe in die Hände bekommen haben würden.

Man sieht, die Ansichten über das, was zu leisten, gingen soweit auseinander, daß von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg war.

[1]) Instruktion für Drebber; mir lag nur undatiertes Konzept vor. Da sie von Herzog Georg in einem Schreiben vom 28. März/7. April erwähnt, am 19./29. März Drebber aufgefordert wird, die Verhandlungen in Gang zu bringen, so ist die Instruktion wohl in die zweite Hälfte März zu setzen.

Digitized by Google

Drebber gegenüber spielte Salvius zunächst den Mißtrauischen wegen der Gesandtschaft nach Nürnberg, worüber ihn dieser zu beruhigen suchte unter Hinweis auf die geringe Aussicht, die die Herzöge hätten, wegen Hildesheim und Wolfenbüttel von kaiserlicher Seite Genugtuung zu erhalten; Herzog Georg suche so wie so vom Prager Frieden, den er allzu eilig angenommen, loszukommen; Ausführungen, die gerade kein übermäßiges diplomatisches Geschick beweisen. Je geringer auf schwedischer Seite die Besorgnis vor einem Anschluß der Braunschweiger an die Kaiserlichen war, desto hartnäckiger zeigten sie sich natürlich gegenüber deren Forderungen. Gerade während der entscheidenden Monate April und Mai kamen die Verhandlungen dann ganz ins Stocken. Es schien dann doch notwendig, nicht Drebber allein damit zu betrauen — indessen in Celle hatte man einmal wieder keine Räte zur Verfügung,[1]) und als man endlich soweit war, war Salvius von Hamburg abgereist. So begannen die Verhandlungen erst wieder Ende Juni und wurden hier neben Drebber von braunschweigischer Seite namentlich auch durch den Kanzler Stuck geführt. Jetzt hatte sich die Sachlage für die Braunschweiger aber zu ihren Ungunsten verändert. Die Vereinigung der braunschweigischen und schwedischen Waffen war inzwischen tatsächlich erfolgt, und es lag jetzt für Schweden noch viel weniger Veranlassung vor, Zugeständnisse zu machen. Noch ein weiterer Grund kam hinzu. Man war nunmehr auf schwedischer Seite selbst nicht dafür, ein offenes Bündnis mit Braunschweig-Lüneburg abzuschließen, denn man fürchtete dadurch die im Gange befindlichen Verhandlungen mit Frankreich zu schädigen. Man besorgte, daß dieses seine Anerbietungen herabsetzen würde, wenn es sähe, daß Schweden durch einen Vertrag mit einer anderen Macht zur Fortsetzung des Krieges verpflichtet wäre.[2]) So kam man denn anscheinend einem Wunsche der Braunschweiger entgegen, wenn man von einem offenen Bündnisse absah, während man doch nur im eigenen Interesse handelte.

Sehr wenig Geschick bewiesen daneben anscheinend die braunschweigischen Diplomaten bei der Verfolgung der Hauptforderungen. Zwar ließen sie es an versteckten und offenen Drohungen nicht fehlen, worauf Salvius wiederum den Mißtrauischen spielte, unter Hinweis auf die Teilnahme an dem Regensburger Reichstage. Dann wieder schob er

[1]) Am 13./23. April teilt Herzog Georg der Landgräfin von Hessen mit, daß Salvius sich als zur Fortsetzung der Verhandlungen bevollmächtigt erklärt habe. Zwischen den Herzögen wurden dann Ende April bis Ende Mai mehrfach Schreiben über die Sendung nach Hamburg gewechselt.

[2]) So Pufendorf. Salvius Schreiben an Drebber 18./28. September 1640 bestätigt die Richtigkeit dieser Ansicht.

Digitized by Google

die Verhandlungen mit Frankreich vor und schließlich scheint es ihm geglückt zu sein, bei den Braunschweigern den Glauben hervorzurufen, daß die Königin von Schweden ihre Forderungen genehmigt, daß das Instrument darüber in seinen Händen sei und nur noch der Ratifikation bedürfe, die aber erst nach dem Abschlusse des Bündnisses mit Frankreich erfolgen könne. Es war jedenfalls ein starkes Stück, wenn sich die braunschweigischen Diplomaten dabei beruhigten, ohne sich das wichtige Schriftstück zeigen zu lassen.[1]) Ende September scheinen dann die Verhandlungen zum Stillstand gekommen zu sein ohne das geringste Ergebnis für das Haus Braunschweig-Lüneburg, doppelt bitter, da inzwischen auch auf dem Kriegsschauplatze die Politik des Hauses einen völligen Mißerfolg erlebt hatte. Auf den Gang der kriegerischen Ereignisse haben wir daher nunmehr den Blick zu richten.

[1]) Pufendorf deutet denn auch an, daß Belohnungen an Stuck und Drebber das Ihrige dabei getan hätten. Über diesen letzten Teil der Verhandlungen sind die Akten dürftiger, doch widersprechen sie nirgens Pufendorfs Ausführungen.

Digitized by Google

Kapitel IV.[1])

Der Feldzug des Jahres 1640.

Nachdem zu Erfurt die Vereinigung der alliierten Armeen stattgefunden hatte, wurde anscheinend noch am 7./17. Mai aufgebrochen, wobei Longueville den rechten Flügel hielt; darauf folgten die Hessen und Braunschweiger, den linken Flügel nahmen die Schweden unter Baner ein. Die gesamte Streitmacht betrug zwischen 30 und 40000 Mann, wovon Hessen und Lüneburger zusammen fast $^1/_3$ stellten.[2]) Man marschierte in südöstlicher Richtung über Kranichfeld, Rudolstadt auf Saalfeld, wo sich Piccolomini am linken Saaleufer stark verschanzt hatte. Die Alliierten überschritten zunächst den Fluß, sahen aber bald, daß sie

---

[1]) Über den Feldzug des Jahres 1640 Pufendorf S. 396 ff., Theatrum Europaeum IV, 369 ff., Le Laboureur, Guébriant S. 204 ff. v. d. Decken IV, 24—75. Akten wie zu Kapitel III.

[2]) Die Stärke der Armeen wird verschieden berechnet, im Theatrum Europaeum werden Baners Kräfte auf 16000, die andern insgesamt auf 20000 angegeben, Le Laboureur zählt für die vereinigten Armeen 32000 Mann, Pufendorf endlich nennt 22 peditum phalanges, equitum viginti milia. Danach dürfte die Berechnung von R. Schmidt, ein Kalvinist als kaiserlicher Feldmarschall S. 23, der 40000 Mann annimmt, etwas zu hoch gegriffen sein. Die Hessen stellten 5000 Mann, für die Braunschweiger nimmt Rommel VIII, 582 3000 Mann zu Fuß und 1500 Reiter an, ebenso Elster, Geschichte der stehenden Truppen im Herzogtum Braunschweig I, 61. Wenn indessen Klitzing mit 24 Kompagnien Kavallerie abgerückt war und die 16 Kompagnien Infanterie folgten, so kommen wir für die Kavallerie auf 2500, für die Infanterie auf etwa 2400 Mann. Die Kavallerie erreichte allerdings selten ihren Solletat von 106 Mann für die Kompagnie. Noch stärker weichen die Angaben über die kaiserliche und liguistische Armee von einander ab, Le Laboureur gibt Piccolominis Armee auf 15000; die bayrische auf 10000 an; Theatrum Europaeum schätzt dagegen die kaiserliche Armee auf 40000 Mann, wobei nicht einmal angegeben ist, ob die bayrischen Truppen schon dazu gezählt sind. Mag die Angabe Le Laboureurs etwas zu niedrig gegriffen sein, jedenfalls hat sie größere Wahrscheinlichkeit als die andere.

Digitized by Google

hier dem Feinde nicht beikommen könnten, und kehrten daher am 10./20. Mai auf das rechte Saaleufer zurück. Da Piccolomini, der trotz der Anwesenheit des Höchstkommandierenden, Erzherzogs Leopold Wilhelm, die Operationen leitete, sich begreiflicherweise bei der Überlegenheit des Gegners auf eine Schlacht nicht einlassen wollte, so kam es zunächst nur zu Artilleriekämpfen von Lager zu Lager, bei denen die Kaiserlichen aber anscheinend den Kürzeren zogen, zumal sie mit Artillerie schlechter versehen waren. Im Lager der Alliierten wußte man sich zu erzählen, daß es dem Herrn Erzherzog bei dieser Kanonade sehr ungemütlich werde und daß Piccolomini froh wäre, wenn er nur wieder nach Wien reisen wolle.[1]) Melander, dem erfahrenen und tüchtigen Führer der Hessen, schien es nun vor allen Dingen wichtig, daß man eine Vereinigung der bayrischen Truppen mit den kaiserlichen verhindere. Jene standen noch jenseits des Frankenwaldes bei Kronach — etwa halben Weges zwischen Koburg und Hof. Melander[2]) riet daher, vor allen Dingen die von dorther führenden Pässe zu besetzen, stieß aber dabei unerklärlicherweise auf den Widerstand Baners, während Longueville und Klitzing dafür waren. Baner hielt es für genügend, dem Feinde den Proviant abzuschneiden, indem er ihm sowohl die Wege nach Sachsen und Altenburg ostwärts, wie auch am Fuße des Thüringerwaldes die Ausgänge des Schwarzatales bei Blankenburg und weiter nördlich Rudolstadt sperrte. Er selbst unternahm Fouragierungen nordwärts bis Kahla, während die Hessen und Lüneburger aus Pößneck und Neustadt a. d. Orla, die Longuevilleschen Truppen aus dem Altenburgischen sich verproviantierten. Doch blieb den Kaiserlichen noch der wichtige Paß, der südwärts über Gräfenthal—Judenbach den Frankenwald ersteigt und dann in der Senke, die durch die Rodach zwischen Frankenwald und Thüringerwald gebildet wird, den Westabhang des Gebirges bei Kronach erreicht. Auf diesem Wege kam den Kaiserlichen denn auch anfangs noch Proviant zu, und ebenfalls von daher gelang es wohl um den 12./22. Mai[3]) drei bayrischen Regimentern, zu der kaiserlichen Armee zu stoßen. Jetzt

---

[1]) Klitzing an die kalenberg. Regierung 15./25. Mai (bei Decken IV, Nr. 308 fälschlich vom 13. Mai datiert).

[2]) Vgl. W. Hofmann, Peter Melander, der für diese Zeit der Tätigkeit Melanders eingehender ist als die wissenschaftlich und kritisch bedeutendere Monographie von R. Schmidt, ein Kalvinist als kaiserlicher Feldmarschall. Hofmanns Arbeit ist namentlich durch den Abdruck zahlreicher Aktenstücke für diese Zeit von Bedeutung. Seine Polemik gegen Pufendorf und Rommel ist durchaus berechtigt.

[3]) Erwähnt in Klitzings Schreiben vom 15./25. Mai.

Digitized by Google

freilich machte Baner den Versuch, auch diesen Paß durch Oberst Rose zu besetzen, der einige glückliche Scharmützel bestand, sogar bis nach Wunsiedel im Fichtelgebirge seine Streifzüge ausdehnte, um die Proviantkolonnen abzufangen. Die von Nürnberg kommende feindliche Artillerie abzufassen, gelang ihm freilich nicht.

Immerhin wurde dadurch erreicht, daß sich im kaiserlichen Heere bald ein empfindlicher Mangel an Lebensmitteln einstellte; er trieb vielleicht auch Piccolomini zu dem mißglückten Versuche eines nächtlichen Ueberfalls des schwedischen Lagers am 14./24. Mai mit 8000 Reitern.[1]) Indessen waren dies für die alliierten Armeen doch immer nur geringe Erfolge, gelang es nicht binnen kurzer Zeit, die kaiserliche Armee auszuhungern, so waren auch für sie Schwierigkeiten der Verpflegung zu fürchten. Jedenfalls mußte man frühzeitig sich darüber klar werden, welcher Weg einzuschlagen sei, falls es nicht gelinge, die kaiserliche Armee entscheidend zu schlagen oder zur Auflösung zu bringen. Hier traten nun aber unter den Alliierten weitgehende Meinungsverschiedenheiten hervor. Baner neigte am meisten dazu, über Hof—Eger—Bamberg einen Vorstoß gegen Franken zu unternehmen, daneben erwog er vielleicht auch die Möglichkeit, entweder direkt oder auf dem sicheren Umwege über Blekede, wo er die Elbe überschreiten würde, gegen Schlesien und Böhmen vorzugehen;[2]) ernsthafter besprochen wurde aber wohl nur jener erste Plan. Ihm aber traten die Franzosen auf das entschiedenste entgegen. Mochte Longueville anfänglich noch zur Nachgiebigkeit geneigt sein,[3]) sehr bald stellte er sich, vielleicht durch Guébriant beeinflußt, auf einen durchaus ablehnenden Standpunkt. Von französischer Seite wurde gegen diesen Plan namentlich angeführt, daß man dadurch den Feind zwischen sich und den Rhein bringe, woher ihnen die Kriegsbedürfnisse und neue Mannschaft kämen. Die verschiedenen Ansichten platzten sehr heftig aufeinander, Longueville stellte unmittelbare Trennung durch Rückmarsch seiner Armee auf Erfurt in Aussicht. Erschwert wurde die Lage durch ausbrechende Unzufriedenheit der weimarischen Truppen infolge mangelhafter Soldzahlung; auch die weimarischen Direktoren stimmten daher für den Marsch an den Rhein. Klitzing trat von vornherein mit Ent-

[1]) Darüber wie über die im Theatrum Europaeum ausführlicher beschriebene Lebensmittelnot berichtet der Kanzler Feilitzsch aus Kulmbach am 19./29. Mai an die lüneburgischen Gesandten nach Nürnberg.

[2]) Letzteren Plan erwähnt Klitzing 15./25. Mai als ein im Lager sehr verbreitetes Gerücht.

[3]) Le Laboureur behauptet es, die Akten bieten dafür keinen Anhalt.

Digitized by Google

schiedenheit auf Baners Seite, denn ihm kam alles darauf an, den Kriegsschauplatz möglichst den braunschweigischen Landen fernzuhalten und dies hielt er durch den Vorstoß Baners gegen Franken noch immer am sichersten erreicht; gleicher Ansicht war der hessische Rat Gunterode, während Melander anfangs geschwankt zu haben scheint.[1]) Jedenfalls suchte man französischerseits auf Hessen wie Braunschweiger in dem Sinne einzuwirken, daß sie bei vorfallender Trennung der schwedischen und französischen Truppen ihre Völker gleichmäßig unter beide verteilen sollten — ein Vorschlag, er aber sehr kurz abgelehnt wurde. Nach einer Besprechung zwischen Baner, Klitzing und Melander unternahm es dann letzterer, Longueville von dem Gedanken der Trennung abzubringen, und es gelang ihm wenigstens, von dem Herzog das Versprechen zu erhalten, daß er mit Baner vereinigt bleiben wolle, so lange der Feind nicht von Saalfeld fortziehe.[2]) So blieb man denn, indem man es nun zunächst ganz vermied, Pläne für die Zukunft zu fassen, untätig am alten Fleck und beraubte sich mit jedem Tage mehr der Möglichkeit, dem Feinde das Gesetz des weiteren Verlaufes vorzuschreiben.

In Kassel wie in Hildesheim hatte man inzwischen mit Spannung die Entwicklung der Kriegslage verfolgt; noch am 18./28. Mai sprach die Landgräfin Herzog Georg gegenüber die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, den Feind zur Schlacht oder zu ungünstigem Abzuge zu zwingen. Da trafen in beiden Orten die Nachrichten von den Zwistigkeiten der Heerführer ein. Herzog Georg regte sofort eine Abschickung des Gesamthauses an die die Armee an, und da diese wegen der Reisevorbereitungen erst nach Pfingsten würde aufbrechen können, hielt er es für nötig, daß der Generalaubiteur Otto Otto und Erwin v. Hermeling sogleich abgesandt würden. Die Beratungen in Hildesheim, zu denen Herzog Friedrich einmal wieder keine Deputierten geschickt hatte, fielen denn auch nach dem Wunsche Herzog Georgs aus.[3]) Nun ergingen von der kalenbergischen Regierung wie von Herzog Georg selbst Schreiben[4]) an Klitzing, die ihm dringend einschärften, allen Differenzen und namentlich der Trennung

[1]) Die Äußerung Klitzings im Schreiben vom 15./25. Mai, daß die Hessen mit den Franzosen auf Köln zielten, kann sich nur auf Melander beziehen, da er Gunterodes Übereinstimmung mit seiner Ansicht vorher erwähnt hat.

[2]) Melander an die Landgräfin 20./30. Mai.

[3]) Herzog Georg an Herzog Friedrich 22. Mai / 1. Juni. Zu der früheren Abreise Ottos und Hermelings kam es dann aber doch nicht; sie reisten erst mit den andern am 29. Mai / 8. Juni.

[4]) Beide vom 24. Mai / 3. Juni.

Digitized by Google

der vereinigten Armeen entgegenzuarbeiten. In gleicher Weise suchte Amalia Elisabeth zu wirken, sie war vor allem der Ansicht, daß die braunschweigischen und hessischen Völker, falls Longueville auf der Trennung beharre, bei Baner bleiben müßten.[1]) Herzog Georg erklärte sich damit durchaus einverstanden, suchte die Landgräfin aber auch sofort zu veranlassen, Maßregeln zu ergreifen, daß Longueville nicht etwa seinen Marsch durch hessisches oder braunschweigisches Gebiet nehme. Auch auf Baner wie Longueville war Herzog Georg bemüht direkt einzuwirken[2]), er stellte ihnen vor, daß er nur gedrängt in die Vereinigung gewilligt habe und nur deshalb, um seinen Landen den Krieg fernzuhalten; durch die Trennung würde dem Feinde Tür und Tor geöffnet werden. In dem Gedanken, daß vielleicht Schwierigkeiten der Verpflegung Longueville zum Aufbruch treiben könnten, verpflichtete er sich, auch seiner Armee gegen Bezahlung über Nordhausen bis Erfurt Proviant zu liefern. Zu gleicher Zeit betrieb Herzog Georg eifrig Verstärkung seiner Armee durch neue Werbungen, die er trotz des Widerstandes der lüneburgischen Landschaft, die sich auf dem letzten Landtage dagegen erklärt hatte, durchzusetzen befahl[3]). Es mochte ihm dies um so notwendiger erscheinen, als gerade in diesen Tagen ihm durch Herzog August Gerüchte übermittelt wurden, daß die bayrische Armee, die auf 8—10000 Mann geschätzt wurde, den Gedanken einer Vereinigung mit Piccolomini aufgegeben und es auf die hessischen oder braunschweigischen Lande abgesehen habe. Inzwischen hatten die Gesandten des Gesamthauses, Kriegsrat Pape für Kalenberg-Grubenhagen, Cludius für Wolfenbüttel, E. v. Lenthe für Lüneburg, ihre Reise zur Armee angetreten[4]). Die am 28. Mai/ 7. Juni abgefaßte Instruktion[5]) erwog eingehend alle Möglichkeiten für die vereinigten Armeen. Im Falle einer Niederlage solle man sich auf die Verteidigung beschränken, und selbst wenn man das Feld ganz räumen müsse, wenigstens eine starke Besatzung in Erfurt zurücklassen, um den Feind im Rücken zu

[1]) Schreiben an Herzog Georg 24.Mai / 3. Juni. Bei Decken IV, Nr. 309 fälschlich vom 28. Mai datiert. Georgs Ansicht in seinem Schreiben an den in Kassel anwesenden Rat Ziegenmayer 25. Mai / 4. Juni.

[2]) Schreiben vom 25. Mai / 4. Juni.

[3]) Herzog Georg an Oberst Wurm, 28. Mai / 7. Juni. Diese Werbungen wurden in den Nachbargebieten, namentlich im Halberstädtischen beobachtet und als außergewöhnlich stark bezeichnet — man sprach von drei neuen Kavallerie- und ebensoviel Infanterieregimentern, wie aus einem anonymen Schreiben aus Halberstadt vom 29. Mai / 8. Juni hervorgeht, das Lampadius aus Nürnberg übersandte.

[4]) Am 29. Mai / 8. Juni.

[5]) Decken IV, Nr. 312.

Digitized by Google

beunruhigen. Denn daß alsdann die Rückzugslinie auf das Braunschweigische und Hessische gerichtet sein werde, war klar. Die Instruktion hielt in diesem Falle eine Trennung der Armeen für das Beste, derart, daß Schweden und Braunschweiger sich auf Göttingen zurückzögen, Longueville und die Hessen auf Kassel und die Fulda. Sollte aber die Rückzugslinie der gesamten Armee die Werra abwärts und damit in das Braunschweigische führen, so sollten dann die Schweden wenigstens ihre westfälischen Quartiere aufsuchen, damit nicht die ganze Last den fürstlichen Landen aufgebürdet werde. Als zweite Möglichkeit erschien der Fall, daß es nicht gelinge, den Feind aus seiner Stellung zu vertreiben. Mit einer Diversion etwa gegen Böhmen war man in diesem Falle wohl einverstanden, faßte aber dabei als wahrscheinlich ins Auge, daß der Feind, vielleicht durch Truppen aus Kursachsen, Brandenburg und Westfalen verstärkt, einen Gegenstoß gegen die hessischen und braunschweigischen Lande unternehme. Dann würde es nicht genügen, daß die braunschweigischen Völker abberufen würden, sondern man bedürfe auch noch einer genügenden Unterstützung der Hauptarmee und der schwedischen Garnisonen östlich der Elbe, im Braunschweigischen und Westfalen. Sollte aber eine solche Gefahr für die braunschweigischen Lande nicht zu befürchten sein, so könnten der Oberst Meier mit 8 Kompagnien zu Roß und Oberst Schlüter mit 16 Kompagnien zu Fuß nebst den nötigen Regimentsstücken sich der Hauptarmee anschließen und alsdann unter Melanders Kommando treten. Für den weiterhin möglichen Fall, daß man weder den Zug nach Böhmen unternehmen, noch auch am Platze sich halten könne, sollte wenigstens verhindert werden, daß der Kriegsschauplatz an die Elbe verlegt werde, da die Kaiserlichen dort bequem Lebensmittel auf dem Strome aus Böhmen erhalten könnten, während das ausgesogene Magdeburger Land den Verbündeten nicht die nötige Verpflegungsmöglichkeit bieten würde. Der Gedanke, den man hier nicht direkt aussprach, war aber jedenfalls in erster Linie der, den Kriegsschauplatz den braunschweigischen Landen fern zu halten, denn um dies zu erreichen, wurden die Gesandten sogar ermächtigt, im Notfalle eine noch größere Truppenzahl bei Baners Armee zurückzulassen, falls dieser dadurch zu einer anderen Diversion vermocht werden könne. Erst in letzter Linie erwog man die Möglichkeit eines Sieges der Alliierten und hielt in diesem Falle ein weiteres Verbleiben der braunschweigischen Truppen bei der Hauptarmee nicht mehr für nötig, vielmehr wollte man alsdann zur Belagerung von Wolfenbüttel schreiten. Auch für die neuen Werbungen suchte man sich der Hülfe Baners durch Überlassung von

Digitized by Google

Werbeplätzen im Halberstädtischen zu versichern. Die ganze Instruktion mit ihrer klaren und ruhigen Erwägung aller Kriegsmöglichkeiten scheint aus der Feder des Herzogs Georg geflossen, sie traf auch zweifellos in allen Hauptpunkten das Richtige. Selbst mit der Möglichkeit eines Rückzuges der vereinigten Armeen nach den hessischen und braunschweigischen Landen rechnete Herzog Georg, doch hoffte er freilich, daß dieser Fall nur nach einer wirklichen Niederlage der Alliierten eintreten würde.

Die braunschweigischen Gesandten, die durch Verhandlungen über den Proviant wie durch das verspätete Eintreffen des Convois länger in Nordhausen zurückgehalten wurden, trafen am 3./13. Juni in Erfurt ein, erfuhren hier aber, daß die verbündeten Armeen schon von Saalfeld aufgebrochen seien.[1])

Dieser Entschluß war hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß es nicht gelungen war, dem Feinde die Zufuhr abzuschneiden. Oberst Rose hatte den wichtigen Paß über Gräfenthal—Judenbach nicht halten können, und damit war der kaiserlichen Armee sowohl die Möglichkeit sich zu verproviantieren, wie auch die eines gefahrloseren Abzuges oder einer Vereinigung mit Bayern gegeben; Baner selbst gab in einem Schreiben an Herzog Georg vom 28. Mai/7. Juni zu, daß der Feind einen Teil seiner Bagage nach Franken geschickt habe, um Proviant zu holen. Es wollte dem gegenüber nicht viel bedeuten, wenn er von dem Elend berichtete, das im kaiserlichen Lager herrsche, und von dem Schaden, den er dort durch seine Kanonaden angerichtet habe. Daß Baner die Hoffnung aufgab, es in Thüringen zu einer Entscheidung zu bringen, zeigte er ziemlich deutlich, wenn er dem Herzoge erwiderte, er werde zu verhindern suchen, daß der Feind in hessisches oder braunschweigisches Gebiet vordringe. Von seinen ferneren Absichten ließ er nichts durchblicken, bat aber um eine weitere Verstärkung der braunschweigischen Hülfstruppen um 1000 Mann zu Pferde und 2000 Mann zu Fuß. Daneben schien es ihm vor allen wichtig, daß die braunschweigischen Truppen mehr Oberoffiziere erhielten, denn er führte die unter jenen beginnenden zahlreichen Desertionen auf diesen Mangel zurück. Auch Klitzing, der Tags zuvor an Herzog Georg geschrieben hatte, sah die Lage nicht allzu rosig an, obwohl unmittelbar vorher ein Angriff Piccolominis von Baner zurückgeschlagen war. Man hatte aber gerade bei dieser Gelegenheit von Gefangenen erfahren, daß Hatzfeld sich jenseits des Thüringerwaldes festgesetzt habe und dadurch genügend Proviant aus Franken erhalten könne.

[1]) Relationen aus Nordhausen vom 1./11. und aus Erfurt vom 8./18. Juni.

Digitized by Google

Auch erschien es Klitzing jetzt doch zweifelhaft, ob eine Diversion gegen Franken oder Böhmen zum Ziele führen und nicht vielmehr die hessischen und braunschweigischen Lande dem Feinde öffnen würde. Baner hatte anscheinend seinen ursprünglichen Plan, ins Kulmbachsche zu gehen, schon wegen Longuevilles Weigerung aufgegeben; jetzt hätte ihn auch die Kriegslage unmöglich gemacht. Seit der Zeit aber taucht der während der nächsten Monate mit Hartnäckigkeit festgehaltene Gedanke auf, am unteren Main festen Fuß zu fassen. Das Bedenken der braunschweigischen Gesandten, daß dieser Plan im Hinblick auf den ausgesogenen Zustand Frankens unwahrscheinlich sei, erscheint doch kaum gerechtfertigt, wenn wir hören, daß die kaiserliche Armee dorther durch Monate hindurch ihren Proviant bezog; namentlich für die Wetterau möchte es nicht zutreffend sein. Damit dürfte dann gleichfalls die Befürchtung der Gesandten hinfällig sein, daß Baners Gedanken schon damals auf die braunschweigischen Lande gerichtet gewesen seien; Anspielungen dieser Art, die von seiner Seite fielen, waren damals doch wohl mehr darauf berechnet, die Braunschweiger der neuen Truppensendung geneigter zu machen. Wenn die Verbündeten zunächst beschlossen, an der Grenze Hessens und Frankens festen Fuß zu fassen, so erklärt sich das naturgemäß daraus, daß man den Vorstoß gegen den Main erst nach der erhofften Verstärkung durch Braunschweiger und Hessen unternehmen und diese erst hier, wo man zugleich auch günstigere Verpflegungsmöglichkeiten erhoffte, erwarten wollte.

Kurz vor dem Aufbruch der Alliierten von Saalfeld kam es dann noch zu einem Zwischenfall, der charakteristisch ist für die von kaiserlicher Seite Braunschweig gegenüber verfolgte Politik.[1]) Nach dem Angriffe Piccolominis vom 28. Mai/7. Juni kam es nämlich zu einer Waffenruhe, die zum Auswechseln der Gefangenen benutzt wurde. Dabei hielt Piccolomini die gefangenen braunschweigischen Krieger zurück, indem er sich den Anschein gab, als wisse er nichts von der Vereinigung der braunschweigischen Völker mit den Schweden. Er behauptete daher, sie für Deserteure gehalten zu haben, die auf eigne Faust mit den Schweden gekämpft hätten. Es führte dies zu einer in ziemlich spitzem Tone geführten Korrespondenz von Baner und Klitzing mit Piccolomini,[2]) in der der kaiserliche Feldherr als Entschuldigung für seine Handlungsweise anführte, er habe an eine Vereinigung zwischen Schweden und Braun-

[1]) Ihre nähere Erklärung findet sie in den gleichzeitigen Vorgängen auf dem Nürnberger Kurfürstentage.

[2]) Gedruckt bei Londorp IV, 832 f.

Digitized by Google

schweigern nicht glauben können, weil dem die Versicherungen der braunschweigisch-lüneburgischen Gesandten in Nürnberg widersprächen.

Am 2./12. Juni[1]) erfolgte dann der Aufbruch der verbündeten Armeen aus dem Lager bei Saalfeld. Aus den nicht völlig übereinstimmenden Marschberichten[2]) geht doch hervor, daß der Abzug zunächst in nordöstlicher Richtung der Saale entlang bis Kahla erfolgte, dann erst bog man nach Nordwesten um und erreichte den Ostabhang des Thüringerwaldes etwas nördlich von Erfurt. Hier machte man drei Tage Rast, um sich zu verproviantieren. Während Baner wegen des noch in Saalfeld erfolgten Todes seiner Gemahlin in Erfurt zurückblieb, überschritt die Armee am 9./19. Juni den Thüringerwald in der Richtung auf Schmalkalden, also mit einer neuen Schwenkung nach Südwest. Der große Bogen nach Ost, den die Armee auf die Weise gemacht hatte, mochte mehr noch in Gründen der Verpflegung als etwa darin seine Ursache gehabt haben, den Gegner über ihre Absichten zu täuschen. Trotz der mehrtägigen Anwesenheit Baners in Erfurt gelang es anscheinend den dort noch weilenden braunschweigischen Gesandten nicht, von ihm zur Audienz zugelassen zu werden[3]), dagegen gab Baner Klitzing, der ihm nach Erfurt gefolgt war und sich von dort wieder zum Herzog Georg begeben wollte, ein Schreiben mit, in dem er die Versicherung, alles zum Schutze der herzoglichen Lande tun zu wollen, mit der Aufforderung zu neuen Werbungen, Beschaffung von Munition und Proviant verband. Die Gründe über den Aufbruch von Saalfeld sollte Klitzing mündlich berichten. Die braunschweigischen Truppen waren damit, wie schon früher bestimmt, unter Melanders Kommando getreten.

Auch die Kaiserlichen waren am 7./17. Juni von Saalfeld aufgebrochen, zunächst südlich auf Kronach und Koburg gegangen und hatten sich hier mit den Bayern vereinigt.[4]) Von dieser Vereinigung erfuhren die Alliierten in Schmalkalden; sie marschierten nun südlich über Meiningen nach Mellrichstadt, um Neustadt an der fränkischen Saale,[5]) wo Piccolomini

[1]) Nach Pufendorf schon am 31. Mai/10. Juni, Theatrum Europaeum und Le Laboureur haben das angegebene Datum.

[2]) Eine genaue Marschroute gibt Le Laboureur S. 211/12, Theatrum Europaeum IV, 371 hat mehr die allgemeine Marschdirektion; Gotha ist aber anscheinend nicht von den Armeen berührt.

[3]) Relation der Gesandten vom 7./17. Juni, Baners Schreiben vom 8./18. Juni.

[4]) So Theatrum Europaeum; nach Le Laboureur hätte die Vereinigung bei Königshofen stattgefunden.

[5]) Von den verschiedenen Orten dieses Namens, die sich westlich und südwestlich des Thüringerwaldes befinden, kann dem Standort der Heere nach nur dieses gemeint sein.

Digitized by Google

seine Magazine hatte, wegzunehmen. Die Bewegungen der Verbündeten verzögerten sich indessen — möglich, daß die Abwesenheit Baners, der in diesen Tagen zurückerwartet wurde, mit daran Schuld war — so gelang es Piccolomini, über Koburg—Königshofen nach Westen marschierend den Ort früher zu erreichen. Als dann Longueville und Guébriant mit dem inzwischen zurückgekehrten Baner einen Rekognoszierungsritt unternahmen, sahen sie, daß Piccolomini sich hier schon wieder in fester Stellung befand, so daß ein Angriff aussichtslos erschien. Die verbündeten Armeen traten daher am 14./24. Juni nordwärts über Meiningen auf Eisenach und Kreuzburg den Rückmarsch an, während die feindlichen Armeen bald darauf fast parallel mit ihnen weiter westlich nach Vacha an der Werra zogen, so daß man nun hart an der Südostgrenze Niederhessens wenige Stunden voneinander gegenüber lagerte. Die braunschweigischen Gesandten, die Baner von Erfurt aus gefolgt waren, hatten unterwegs wenigstens noch die Gelegenheit, wenn auch nur flüchtig, mit diesem und der Generalität zu verhandeln. Sie glaubten danach auch, ihren Herzögen versichern zu können, daß ihre Lande verschont bleiben würden,[1]) obwohl schon damals der Weitermarsch der Armee auf Eschwege sicher war. Die drei Hauptgesandten traten dann ihre Rückreise nach Göttingen an, während Otto und Hermeling bei der Armee blieben.

In Eisenach fand Baner auch zum erstenmal wieder die Muße, ausführlicher an die Braunschweiger Herzöge und besonders an Georg zu schreiben und ihnen seine Pläne darzulegen.[2]) Zwischen den festen Plätzen des Feindes und seinen reichen Proviantkammern zu Neustadt, Schweinfurt und Königshofen Posto zu fassen, sei wegen der Schwierigkeiten der Verpflegung unmöglich gewesen, man habe daher beschlossen, durch das Stift Fulda nach dem Main einen anderen Weg in die Ebene zu suchen, um so den Feind aus seinen festen Punkten herauszulocken und zur Schlacht zu bringen. Diesen Plan entwickelte Baner in dem Schreiben an die drei Herzöge, Herzog Georg gegenüber ging er deutlicher mit der Sprache heraus, er wies hier auf die Gefahr hin, die von dem Vorrücken Piccolominis gegen das Stift Fulda und der dadurch näher tretenden Möglichkeit einer Vereinigung mit den kaiserlichen Truppen in Westfalen drohe. Er erklärte Herzog Georg auch unumwunden, daß man augenblicklich keinen energischen Vorstoß gegen den Feind unter-

[1]) Relation vom 16./26. Juni.

[2]) Schreiben an die drei Herzöge vom 18./28. und an Herzog Georg vom 19./29. Juni.

Digitized by Google

nehmen könne, und dies hauptsächlich, weil die hessischen und braunschweigischen Völker fast vollkommen auseinander gelaufen seien. Er schob die Schuld daran in beiden Schreiben hauptsächlich dem Mangel an Oberoffizieren zu, der daher komme, daß man nicht komplete Regimenter, sondern von verschiedenen einzelne Kompagnien geschickt habe, die von Anfang an des rechten Zusammenhalts ermangelt hätten. Das Ersuchen um baldige Sendung der Anfang Juni erbetenen Verstärkung wurde daher in dringendem Tone erneut unter Hinweis darauf, daß nur so die Hoffnung sei, den Feind von den fürstlichen Landen fern zu halten. Auch durch Klitzing suchte Baner auf die Herzöge einzuwirken. Dagegen war es ihm peinlich, daß gerade jetzt durch diesen ihm die Mitteilung von dem Stocken der Verhandlungen in Hamburg wurde, er suchte daher die Herzöge zu beruhigen, indem er versicherte, wenn seine Berichte über die Vereinigung des Hauses Braunschweig-Lüneburg erst nach Schweden gelangt wären, würden des Hauses Wünsche zweifellos Befriedigung finden. Um aber dem gegenüber darauf hinzuweisen, daß man auch schwedischerseits noch Gründe zum Mißtrauen habe, riet er, die Gesandten aus Nürnberg abzuberufen.

Das jedenfalls konnte auch Baner nicht verhüllen, daß der thüringische Feldzug mit einem völligen Mißerfolge für die Verbündeten geendet hatte. Es hat nicht an gegenseitigen Vorwürfen gefehlt, dieses ungünstige Ergebnis zu erklären — keiner unter diesen war weniger gerechtfertigt als der gegen Melander erhobene, dessen Vorschläge im Gegenteil von Anfang an durchaus zweckmäßig erscheinen. Aber er hatte aus seiner Abneigung gegen Schweden und Franzosen kein Hehl gemacht, das genügte, ihm die Schuld zuzuschieben und ihn wegzubeißen. Er selbst wurde dadurch des schweren, von ihm aber mit voller Pflichttreue ausgeübten Amtes enthoben, gegen seine innere Überzeugung und Neigung handeln zu müssen,[1]) die Sache der Verbündeten aber verlor dadurch eine charaktervolle, selbständige Persönlichkeit und einen begabten Feldherrn. Begründeter erscheint zunächst der in Baners Schreiben an die Braunschweiger Herzöge durchscheinende Vorwurf, daß die Unbrauchbarkeit

1) Daß Pufendorf (S. 399) Melander sehr abfällig beurteilt, erklärt sich zur Genüge aus seiner Parteinahme für Schweden, daß ihm Rommel VIII, S. 588 und 589, folgt, ist bei dessen sonst sachlicher Beurteilung weniger verständlich, hat seinen Grund aber wohl in dessen zu großer Bewunderung für Amalia Elisabeth. Mit Recht haben Hofmann (S. 181 f.) und R. Schmidt (S. 24 f.) Melander in Schutz genommen. Beide weisen auch darauf hin, daß die Landgräfin Melander keineswegs in Ungnaden entlassen hat.

Digitized by Google

der braunschweigischen und hessischen Hilfsvölker zum Mißlingen des Feldzuges beigetragen habe. Denn vom Obersten Schlüter besitzen wir vom 21. Juni/1. Juli aus Kreuzburg einen Bericht, der die Angaben Baners im wesentlichen bestätigt. Von den ihm untergebenen 16 Kompagnien[1]) waren nur noch 1130 Mann dienstfähig, alle anderen tot, verwundet oder krank, gefangen oder „ausgerissen". Er hatte also nicht einmal mehr die Hälfte seiner Infanterie beisammen. Über die Kavallerie erfahren wir aus einem auf Herzog Georgs Befehl erstatteten Bericht des Obersten Meier vom 4./14. Juli, daß sich der Mangel von Handpferden namentlich bei anstrengenderen Märschen empfindlich bemerkbar machte. Von 1095 Reitern des roten und gelben Regimentes waren damals nur noch 694 dienstfähig, die Zahl der Entlaufenen betrug 104. Indessen diesen Mängeln in erster Linie das Mißlingen des Feldzuges zuzuschieben, geht doch kaum an,[2]) zumal aus dem Bericht Schlüters hervorzugehen scheint, daß namentlich erst seit dem Beginn des Rückzuges Krankheit und Desertion die Reihen der braunschweigischen Truppen lichteten. Dagegen kann nicht bezweifelt werden, daß ein früheres Eintreffen der braunschweigischen, hessischen und französischen Truppen die Situation der Verbündeten von Anfang an günstiger gestaltet hätte und damit auch dem Thüringer Feldzuge einen anderen Verlauf hätte geben können. Insofern ist also das Zögern Herzog Georgs, das seine Rückwirkung auch auf Hessen ausübte, mit verhängnisvoll für den Ausfall des Feldzuges geworden. Das aber darf vor allen Dingen nicht übersehen werden, daß die mangelnde Einigkeit unter den Verbündeten, die Unklarheit über die Ziele der Operationen, wie sie namentlich zwischen Baner und Longueville zu Tage traten, hemmend auf die ganze Kriegsführung gewirkt haben.

Durch die Piccolominische Armee unmittelbar gefährdet erschienen Anfang Juli zunächst freilich nur die Lande Amalia Elisabeths, und auch von einer anderen Gefahr, die eine zeitlang den braunschweigischen

---

[1]) Sichart, Geschichte der Königl. Hannoverschen Armee, I, 33, glaubt, daß in dem Abdrucke der Schlüterschen Berichte bei Decken IV, Nr. 314, statt „acht" blaue Kompagnien „sechs" zu setzen sei, weil dies mit der angegebenen Stärke übereinstimme. Indessen hat Decken hier richtig gelesen. Aus Schlüters Zahlen läßt sich über die ursprüngliche Stärke nichts entnehmen, da er nur die Zahl der Kranken, nicht aber die der Toten, Gefangenen und Entlaufenen angibt. Daß über die Zahl der abgesendeten Hilfsvölker keine volle Sicherheit herrscht, habe ich oben (S. 73, Anm. 2.) erwähnt.

[2]) Der Landgräfin gegenüber scheint Baner diesen Vorwurf noch deutlicher gemacht zu haben, sie sah sich daher veranlaßt, ihn auf das energischste zurückzuweisen. Schreiben an Baner vom 21. Juni / 1. Juli.

Digitized by Google

Landen gedroht hatte, wurden diese ungefähr um jene Zeit wenigstens für den Augenblick befreit, der von Westfalen her, wo der kaiserliche Feldmarschall Wahl Anfang Juni um Hamm größere Truppenmassen zusammenzuziehen begann. Man vermutete im Braunschweigischen sofort, daß diese Bewegungen sich gegen die Weserlinie richten würden und nahm darauf Bedacht, diese zu schützen. Nach einem Ende Juni aufgestellten Verzeichnis[1]) war man imstande, von 14 Kompagnien Kavallerie 13 ins Feld zu führen, während die vierzehnte vor Wolfenbüttel bleiben sollte. Mit einer noch hinzukommenden Kompagnie Dragoner verfügte man über 1509 Pferde. Von Infanterie hatte man 32 alte und 24 neu angeworbene, diese wollte man sämtlich und von den alten sechs als Garnisonen in Hildesheim, Celle, Hameln und Lauenburg lassen, so daß man noch 26 alte Kompagnien, wozu noch eine weitere — wahrscheinlich Leibkompagnie — hinzukam, übrig behielt — 3908 Mann. Mit diesen Truppen, deren Oberbefehl Generalmajor Pithan erhielt, der sein Hauptquartier in Holzminden nehmen sollte, glaubte man jedoch die ausgedehnte Weserlinie nicht schützen zu können und ersuchte sowohl Baner als auch die Landgräfin von Hessen um Unterstützung. Dieser gegenüber wies Herzog Georg[2]) namentlich darauf hin, daß man seinerzeit, als es sich um Verbindung mit Baners Armee gehandelt, auf die von Westfalen her drohende Gefahr aufmerksam gemacht habe. Die Landgräfin habe damals versichert, daß sie in Westfalen noch etwa 6—7000 Mann zurückbehalten wolle — diese müßten jetzt zur Unterstützung geschickt werden. Amalia Elisabeth zeigte sich denn auch bereit, nach Möglichkeit selbst von Ostfriesland her ihre Völker nach der Weser in Bewegung zu setzen, in richtiger Erkenntnis, daß auch ihre Lande von dieser Seite gefährdet werden könnten. Freilich in dem Umfange, wie es Herzog Georg begehrte, glaubte sie ohne ernste Gefährdung ihrer festen Plätze in Westfalen und Ostfriesland die Unterstützung doch nicht leisten zu können. Vor allem wollte sie diese nicht vorzeitig entblößen, ehe man einigermaßen Sicherheit über Wahls Absichten habe.

Auch Baner, der es zwar ablehnen mußte, sein eigenes Heer zu schwächen, gab doch wenigstens den Befehlshabern der schwedischen Garnisonen in Minden, Osnabrück und Nienburg den Befehl, wenn den braunschweigischen Landen Gefahr von der Weser her drohe, mit allen verfügbaren Mannschaften den Herzog zu unterstützen. Ferner ordnete er an, daß die braunschweigisch-lüneburgischen Ämter an der Weser, die

[1]) Bei Decken IV, 38 ungenau wiedergegeben.

[2]) Schreiben vom 15./25. Juni.

Digitized by Google

bislang von den in Westfalen garnisonierenden Schweden in Kontribution genommen waren, davon befreit und den Herzögen zu freier Disposition gestellt werden sollten.

Herzog Georg sah inzwischen nach allen Seiten sich nach Verstärkung um. Wie er schon Anfang Juni für seine Lande die Ritterschaft und alle, die den Roßdienst zu leisten schuldig waren, daneben den dritten Mann vom Lande zur Verteidigung aufgeboten hatte, so forderte er auch Herzog Friedrich zur Durchführung der gleichen Maßregel für das Lüneburgische auf, doch kamen wenigstens diese letzteren Verteidigungsmaßregeln nicht mehr zur Durchführung.[1]) Auch schwedische Truppen aus dem Halberstädtischen und vom Eichsfelde suchte Herzog Georg heranzuziehen, ja er dachte sogar daran, die französischen Ersatztruppen, die von Metz über Bingen zu der Armee Longuevilles stoßen sollten, ferner die in Oberhessen befindlichen weimarischen Völker zu veranlassen, sich mit ihm und den Hessen zum Schutze der Weserlinie zu vereinigen.[2])

An Umsicht und Rührigkeit ließ es der Herzog hier also von Anfang an nicht fehlen, er wurde dabei auch von Herzog August tatkräftig unterstützt. Indessen ging diesmal die drohende Gefahr noch an den Herzogtümern vorüber. Über die Absichten der Wahlschen Armee war man sich lange Zeit im unklaren. Zunächst freilich schien ein direkter Vorstoß gegen die Weser beabsichtigt; schon am 3./13. Juni wurden feindliche Reiter dort wahrgenommen, der Feldmarschall selbst hatte gegen den 8./18. Juni von Hamm östlich marschierend Salzkotten wenige Stunden südwestlich von Paderborn erreicht, während dagegen zur gleichen Zeit andere kaiserliche Truppen aus dem Stifte Münster sich südwärts nach der oberen Ruhr um Arnsberg zogen. Es tauchte damals das Gerücht auf, Wahl wolle auf Friedberg an der Westgrenze Oberhessens marschieren, um diesen in der fruchtbaren Wetterau gelegenen und daher für die Verpflegung wichtigen Ort den weimarischen Truppen wegzunehmen. Da jedoch Wahl zunächst nördlich über Brakel auf Lemgo vorging, so schien der Weserübergang bei Rinteln bedroht; tatsächlich fanden dann hier auch am 9./19. Juni kleinere Zusammenstöße statt, die Wahl die Überzeugung brachten, daß die Weserpässe gut bewacht und besetzt seien. Er trat daher seinen Rückmarsch an, da er anscheinend von Anfang an nicht die Absicht gehabt hatte, sich hier in ernstliche Kämpfe zu verwickeln, vielleicht aber gehofft hatte, sich durch Überrumpelung in Besitz eines oder des

[1]) Schreiben Georgs an Friedrich vom 6./16. und 13./23. Juni.

[2]) Schreiben Herzog Georgs an Baner 10./20. Juni, an die Landgräfin von Hessen 15./25. Juni.

Digitized by Google

andern Weserübergangs setzen zu können. Über Stadtbergen ging dann sein Marsch südwärts gegen Olpe, und es durfte darnach als sicher angenommen werden, daß er Vereinigung mit Hatzfelds von Osten (Main abwärts) kommenden Truppen suche. War damit zunächst die Gefahr für die Weserlinie beseitigt, so konnte sie sich nur zu bald und dann in stärkerem Maße wiederholen. Herzog Georg hatte daher durchaus Recht, wenn er auch jetzt noch die sorgfältigste Wachsamkeit empfahl, wenngleich er es glaubte verantworten zu können, seine Hauptmacht von der Weser zurückzuziehen. Denn inzwischen erforderten die Vorgänge auf dem hessischen Kriegsschauplatz wieder die vollste Aufmerksamkeit.

Hier ganz besonders hielt es Herzog Georg für nötig, keinen Schritt ohne Beratung oder doch wenigstens Mitwissen der Landgräfin von Hessen zu tun; so verging denn auch in der nächsten Zeit keine Woche, in der nicht entweder gemeinsame Besprechungen hessischer und braunschweigischer Räte oder gegenseitige Abschickungen von einem Hof zum andern neben einem regen Briefwechsel stattgefunden hätten. Die wichtigste Frage war, wie man sich zu den von Baner begehrten weiteren Hülfesendungen zu verhalten habe. Darüber fanden am 20./30. Juni gemeinsame Beratungen in Eimbeck statt. Die braunschweigischen Räte hatten die Instruktion, sich gegen eine solche durchaus ablehnend zu verhalten, da man mit Rücksicht auf die bedrohte Weser- und Elblinie — denn man traute auch Kurbrandenburg und Kursachsen nicht — die Lande nicht noch weiter von Truppen entblößen könne. Dagegen wolle man die mit der schwedischen Armee vereinigten Völker unter möglichster Wahrung ihrer Selbständigkeit dort lassen. Da Melanders Abberufung bevorstand, erschien die Rückkehr Klitzings zur Armee notwendig. Die Ansichten der Landgräfin von Hessen, die ohne die Ergebnisse der Eimbecker Beratung abzuwarten, Baner in einem scharf gehaltenen Schreiben eine runde Ablehnung seiner Forderungen hatte zuteil werden lassen, deckten sich auch sonst mit denen Herzog Georgs.[1])

Bei den verbündeten Armeen drohte inzwischen schon wieder eine Trennung einzutreten; Longueville wollte über Alsfeld und Ziegenhain durch das Hessische marschieren, wahrscheinlich um seinen von Frankreich erwarteten Verstärkungen näher zu sein, während Baner schon der Verpflegungsschwierigkeiten halber ihm zu folgen Bedenken trug. Diese nötigten ihn denn auch, nachdem er Anfang Juli mit Guébriant zu-

[1]) Instruktion für die braunschweigischen Räte vom 16./26. Juni; Schreiben der Landgräfin an ihre Abgesandten vom 21. Juni/1. Juli, vom gleichen Datum an Baner.

Digitized by Google

sammen einen größeren, aber ergebnislosen Streifzug mit etwa 5000 Mann ins Stift Fulda unternommen hatte, Mitte Juli mit seiner Armee aufzubrechen und sein Hauptquartier nach Eschwege an der Werra zu verlegen und damit hessisches Gebiet zu betreten. Vergeblich hatte noch kurz vor seinem Scheiden Melander dies durch den Vorschlag abzuwenden gesucht, den Marsch mehr östlich nach Mühlhausen an der Unstrut auf das Eichsfeld zu richten. Für Hessen war also schon eingetroffen, was man durch die Vereinigung mit Schweden hatte vermeiden wollen, man hatte nun doch eine der kriegführenden Armeen und damit das ganze Elend, das deren Unterhalt mit sich brachte, im Lande. Anfang Juli (22. Juni/2. Juli) war nun auch die kaiserliche Armee, die bis dahin noch unter dem während der Saalfelder Proviantnot entstandenen Pferdemangel zu leiden gehabt hatte, von Neustadt aufgebrochen und hatte nordwärts über Fladungen und Kaltennordheim marschierend Vacha erreicht. Vielleicht entschloß sich aus diesem Grunde Longueville zur Aufgabe seines Planes und zum ferneren Zusammengehen mit Baner. Damit war der Kriegsschauplatz an die Grenze Hessens verlegt, und nicht nur für dieses Land, sondern auch für Braunschweig-Lüneburg war der Ausfall der kriegerischen Ereignisse von der unmittelbarsten Bedeutung. Denn Baners Rückzugslinie konnte nur die Werra abwärts in braunschweigisches Gebiet führen. Durch Guébriant wurden denn auch Otto und Hermeling schon Anfang Juli auf diese Möglichkeit hingewiesen; schon damals sollte Baner erklärt haben, daß das Drängen der Feinde, die Entfernung des Proviants und der von Braunschweig erhofften Hülfstruppen ihn nötigen würden, sich Münden zu nähern.[1]) Jedoch scheint man damals bei den verbündeten Armeen die Notwendigkeit eines Rückzuges doch noch nicht ernstlich ins Auge gefaßt zu haben. Vielmehr tauchten zeitweilig die alten Pläne eines Vorstoßes gegen den unteren Main wieder auf.[2]) Allerdings hatten sie zur Voraussetzung eine rasche und nicht zu knappe Verstärkung der Armee von seiten der Hessen wie der Braunschweiger, denn einmal konnten die Kaiserlichen von verschiedenen Seiten in der nächsten Zeit Zuzug erwarten, anderseits wuchsen für die vereinigten Armeen die Verpflegungsschwierigkeiten von Tage zu Tage. Direkt wie durch Klitzing suchte Baner daher den Herzog Georg in diesem Sinne sowohl zur schleunigen Truppensendung wie zu um-

---

[1]) Relation vom 25. Juni/5. Juli.

[2]) Der hessische Rat Günterode berichtet darüber an Oberst Wurm nach Hildesheim 26. Juni/6. Juli.

Digitized by Google

fassender Proviantlieferung zu bestimmen.[1]) Indessen Herzog Georg faßte die Kriegslage anders auf. Von dem Plane der verbündeten Armeen, gegen den Main vorzudringen, wollte er durchaus nichts wissen. Solche Pläne schienen ihm zu weit aussehend und unsicher; nach seiner Ansicht war es das Richtigste, an der Werra festen Fuß zu fassen und von hier aus ein Vordringen des Feindes gegen Hessen und Braunschweig zu verhindern. Freilich sah er die Notwendigkeit wohl ein, die Verbündeten mit Proviant zu unterstützen, zumal die Landgräfin sehr bald erklärte, daß sie dazu nicht mehr imstande sei.[2]) Herzog Georg hatte sich dazu denn auch schon dem Obersten Truchseß gegenüber, der als Abgesandter des Herzogs von Longueville am 5./15. Juli bei ihm war, in umfangreicher Weise bereit erklärt und bewies dies auch mit der Tat der französischen wie schwedischen Armee durch Wochen hindurch, so daß diese Unterstützung trotz anfänglicher Klagen von beiden Seiten auch anerkannt wurde. Hier bestand Herzog Georgs vortreffliche Maßregel der Anlage großer Magazine glänzend ihre Probe, denn weder von Herzog Friedrich noch von Herzog August kam ihm Unterstützung, so sehr er darum bat — beide schützten die Schwierigkeiten des Transportes vor.[3]) Durch diese Leistungen glaubte Herzog Georg seine Lande genügend gesichert; hinsichtlich der von Baner geforderten Hülfstruppen nahm er diesem gegenüber eine nicht von vornherein ablehnende Haltung ein; erklärte jedoch nur auf Grund einer bestimmten Kapitulation mit ihm verhandeln zu können — die Erlebnisse vor dem Thüringer Feldzuge hatten ihn in der Hinsicht vorsichtig gemacht. Keinenfalls aber sollten seine Truppen mit gegen Oberhessen ziehen — in diesem Falle, ließ er Baner erklären, würden seine wie die hessischen Völker nur bis nach Ziegenhain mitgehen.[4])

Die beiden bei den verbündeten Armeen zurückgebliebenen braunschweigischen Räte Otto und Hermeling hatten nach diesen Weisungen ihres Herzogs bei Baner einen schweren Stand. Sie hatten es anscheinend auch vorher nicht verstanden, sich bei dem Feldmarschall geltend zu machen, wenigstens klagten sie darüber, daß sie sich so schwer bei ihm Gehör verschaffen könnten. Das lag nun wohl zum großen Teil mit

---

1) Schreiben Baners an Klitzing vom 24. Juni / 4. Juli, an Herzog Georg vom gleichen Datum, vom 6./16. und 9./19. Juli.

2) Schreiben an Baner vom 7./17. Juli.

3) Herzog Friedrich an Herzog Georg 30. Juni / 10. Juli; Herzog August an Herzog Georg 9./19. Juli.

4) Schreiben Georgs an Otto und Hermeling 9./19. Juli.

Digitized by Google

an Baners Abneigung gegen die Diplomaten — er wollte immer nur mit „kriegserfahrenen Personen" verhandeln — zum Teil aber doch auch in mangelnder Energie der beiden Gesandten. Herzog Georg selbst hatte über ihre lässige Berichterstattung zu klagen — die Bewegungen der kaiserlichen Armee erfuhr er erst durch Baners Schreiben. So hatte denn Herzog Georg auch eine neue Gesandtschaft an Baner unter Klitzings Leitung Anfang Juli abgeschickt; infolge des Streifzuges des Feldmarschalls aber verzögerte sich deren Abreise zur Armee. Sie vereinigte sich mit den hessischen Gesandten in Witzenhausen, und beide trafen erst am 14./24. Juli zwischen Allendorf und Eschwege mit Baner zusammen, der damals seinen Kindern das Geleit nach Münden gab. So lag zunächst die Last der Verhandlungen doch auf Otto und Hermeling. Als diese in der Frühe des 10./20. Juli gemäß dem Befehl ihres Herzogs Baner auf die Notwendigkeit einer Kapitulation hinwiesen und die Abberufung der braunschweigischen Völker im Falle eines Vormarsches gegen Oberhessen in Aussicht stellten,[1]) brauste der Feldmarschall in leidenschaftlicher Heftigkeit auf, ließ in Gegenwart der Gesandten Befehl zum sofortigen Aufbruch der Armee geben und erklärte, er und Longueville würden schon Wege finden, sich gegen den Feind zu sichern, der Herzog möge zusehen, wie es ihm alsdann ergehen würde. Die Gesandten waren über diesen Zornesausbruch auf das höchste bestürzt und suchten durch „inständiges Bitten" den Feldmarschall zu bewegen, sich nicht von der Leidenschaft hinreißen zu lassen, aber sie richteten nichts damit aus. Auch als sie ihn kurz darauf bei Longueville und dem französischen Residenten Beauregard wiedertrafen, hatte sich seine Erregung noch nicht gelegt. Wenn Herzog Georg sich nicht innerhalb 24 Stunden zu genügender Unterstützung an Proviant und Truppen erkläre, so würde er mit dem Herzog von Longueville abziehen und die herzoglichen Lande dem Feinde offen lassen. Auf Verhandlungen könne er sich jetzt nicht mehr einlassen; er habe dem Herzog bislang keine Ursache zum Mißtrauen gegeben, durch die Hamburger Kapitulation sei dieser auch genügend gesichert.

Herzog Georg, der seit dem 5./15. Juli[2]) in Göttingen weilte und dort seine Armee konzentrierte, um so dem Kriegsschauplatze näher zu

---

[1]) Über die folgenden Verhandlungen mit Baner mehrfache Relationen Ottos und Hermelings, Schreiben Herzog Georgs und Baners vom 10./20.—13./23. Juli.

[2]) Le Laboureur S. 212 gibt den 17. Juli an; vom 5./15. Juli besitzen wir Schreiben Herzog Georgs aus Hildesheim und Göttingen, danach bestimmt sich der Tag der Übersiedelung.

Digitized by Google

sein, ließ sich jedoch durch Baners zornige Auslassungen und Drohungen nicht außer Fassung bringen. Er kannte den Feldmarschall denn doch zu gut, als daß er hätte glauben können, daß dieser seine Operationen von einem Augenblicke zorniger Aufwallung abhängig machen würde. Er sprach ihm daher sein Erstaunen aus, da es durchaus nichts Neues sei, im Angesicht des Feindes in Verhandlungen einzutreten, wie es zwischen Kursachsen und Schweden auch vor Leipzig geschehen sei. Er müsse also auch seinerseits auf einer bestimmt gefaßten Kapitulation beharren, da es nicht angehe „das Werk auf bisher geführte Maße zu Unseres status großen Gefahr länger also ergehen zu lassen". Daneben wies er auf die von ihm fortwährend geleistete Proviantzufuhr hin — 60000 Pfund Brot und Mehl habe er gerade an diesem Tage wieder anfahren lassen und würde das fortsetzen, hoffe aber, daß man von der andern Seite auch auf seine billigen Forderungen eingehe.

Und in der Tat, Herzog Georg hatte sich nicht geirrt, Baner trat, als er des Herzogs Unnachgiebigkeit sah, den Rückzug an. Er erklärte den Gesandten mündlich und am gleichen Tage (11./21. Juli) auch dem Herzoge schriftlich, daß er an und für sich nichts gegen die Vereinbarung einer Kapitulation habe, nur sei es bei der Nähe des Feindes schwer, dazu die Möglichkeit zu finden. Jedenfalls müßten die Gesandten zu ihm ins Hauptquartier kommen, dann wolle er sich gerne mit ihnen „abmüssigen". Hauptsächlich habe er jedoch daran Anstoß genommen, daß der Herzog gedroht habe, seine Truppen nicht weiter als bis Ziegenhain mitgehen zu lassen; dieser könne es ihm nicht verdenken, wenn er dahinter „gefährliche und weitaussehende" Pläne wittere.

Die letzte Äußerung Baners hängt zweifellos mit den in jener Zeit sich abspielenden Vermittlungsversuchen der Herzöge Wilhelm und Ernst von Sachsen-Weimar zusammen.[1]) Schon Ende Mai hatte sich Herzog Wilhelm Piccolomini wie Erzherzog Leopold Wilhelm gegenüber erboten, zunächst einen Waffenstillstand und daraufhin Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien zu vermitteln; beide hatten daraufhin Anfang Juni noch von Saalfeld aus ihre Geneigtheit dazu zu erkennen gegeben und ihn aufgefordert, die Gegenpartei dafür zu gewinnen. Herzog Wilhelm wie Herzog Ernst entwickelten darauf in den folgenden Wochen eine eifrige Tätigkeit, sie reisten zwischen den Lagern der Gegner

[1]) Theatrum Europaeum IV, 373. Außerdem die Berichte Ottos und Hermelings vom 23. Juni / 3. Juli — 12./22. Juli. Herzog Georgs Briefe an Lampadius Ende Juli / Anfang August nehmen darauf gleichfalls Bezug.

Digitized by Google

hin und her, fanden auch auf kaiserlicher Seite Entgegenkommen, doch riet man auch dort dem Herzog Ernst, sich unmittelbar an den Kaiser nach Regensburg zu wenden. Longueville lehnte es kurzweg ab, sich in Verhandlungen einzulassen und verwies ihn an die französische Regierung; bei den Verbündeten hielt man damals (Mitte Juli) solche Verhandlungen überhaupt für wenig zeitgemäß, zumal man trotz der gegenteiligen Versicherungen Herzog Ernsts übertriebene Vorstellungen von dem schlechten Zustande und dem Proviantmangel der kaiserlichen Armee hatte. Bei Gelegenheit dieser Vermittlungsversuche nun hatten die braunschweigischen Gesandten in der ersten Hälfte Juli wiederholte Besprechungen mit den weimarischen Bevollmächtigten und waren deren Plänen sehr günstig gestimmt. Herzog Ernst hatte sich kurz vorher auch an Herzog Georg direkt gewandt und ihm von dem Stande der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, namentlich von des Kaisers Geneigtheit dazu berichtet.[1])

Halten wir damit zusammen das eigentümliche Benehmen Piccolominis vor Saalfeld bei der Auswechselung der Gefangenen und daneben Versuche, wie sie auch Anfang Juni wieder von dem Erzherzog Leopold Wilhelm durch eine eigene Absendung gemacht wurden, Herzog August auf kaiserliche Seite zu ziehen, nehmen wir hinzu, daß, wenn Herzog August auch in dieser Zeit sich völlig Herzog Georgs Plänen unterordnete, doch hier und namentlich in Celle die Unterströmung, die von Schweden weg nach der kaiserlichen Seite hindrängte, nie ganz zur Ruhe kam[2]) — so werden wir Baners Mißtrauen nicht ganz unberechtigt finden, so wenig Herzog Georg persönlich es damals wohl verdiente. Die Vermittelungsversuche der Weimarer Herzöge blieben übrigens ohne jeden praktischen Erfolg, obwohl sie noch einige Zeit fortgesetzt wurden; von Herzog Georg findet sich in den Akten nur eine kurze zu-

[1]) Erwähnt von dem celliſchen Großvogt Thomas Grote in seinem Tagebuch. Abgedruckt im Vaterländischen Archiv 1834, folgende Jahrgänge. Das angeführte Schreiben 1834 S. 350.

[2]) Sie tritt in einer Instruktion Herzog Friedrichs für Thomas Grote anläßlich einer Tagung der Abgesandten des Gesamthauses zu Hildesheim 5./15. Juni deutlich zu Tage. Die Notwendigkeit, die Vereinigung mit Schweden vor dem Kaiser zu rechtfertigen, beherrscht sie völlig. Selbst Herzog Georgs Landstände erklärten sich um diese Zeit gegen die Verbindung mit Schweden. Vgl. darüber Decken IV, 41. Daß man auf kaiserlicher Seite von diesen Strömungen unterrichtet war, beweist der von Brockhaus S. 215 erwähnte Gedanke Leopold Wilhelms, die Landstände gegen den Herzog aufzubringen, der aber vom Kurfürstenkolleg zurückgewiesen wurde.

Digitized by Google

stimmende Äußerung über diese Angelegenheit; den Gesandten an Baner wurde aufgetragen, auch diese Angelegenheit zu fördern. Dagegen war wohl von seiner Seite der Antrieb ausgegangen,[1]) mit Pfalz-Neuburg in nähere Beziehung zu treten; da man sich an der für die zweite Hälfte Juni in Düsseldorf geplanten Konferenz nicht durch eigene Gesandte beteiligen konnte, erteilte man den hessischen die nötige Vollmacht. Konnte man sich auch vorläufig nicht zu aktiver Hilfe verpflichten, so wollte man doch bei Schweden und Frankreich dahin zu wirken suchen, daß Pfalz-Neuburg als Alliierter beider behandelt werde. Während so die braunschweigische Diplomatie nach den verschiedensten Richtungen in Anspruch genommen wurde, blieb die Hauptsache doch immer das Verhältnis zur schwedischen Armee. Hatte nun Herzog Georg Baner gegenüber seinen Standpunkt durchaus gewahrt, so schien es ihm doch notwendig, falls dieser sich hartnäckig zeigen, etwa gar seinen Landen schädliche Pläne fassen sollte, sich dagegen rechtzeitig zu wehren. Diesem Bestreben entsprang der am 11./21. Juli — also unmittelbar, nachdem er die Mitteilung von Baners heftiger Erklärung erhalten hatte — zwischen den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg und der Landgräfin von Hessen zu Göttingen aufgerichtete Rezeß.[2]) Man faßte die Möglichkeit ins Auge, daß der Feldmarschall bei seinem Aufbruch beharre und die Völker der Hessen und Braunschweiger trotzdem nicht entlassen wolle. Man beschloß in diesem Falle, oder auch wenn Baner den beiden Landen sonst „ungebührliche Dinge" zumuten solle — man kann dabei an Proviant- und Truppenforderungen denken — es mit gütlichen Mitteln bei den Feinden zu versuchen und jedenfalls zum Schutze der beiden Länder eine Armee von 12000 Mann aufzustellen. Man dachte also doch ernstlich an eine Trennung von den verbündeten Armeen und an die Notwendigkeit, dann entweder mit den Kaiserlichen zu verhandeln oder das Land durch eigene Kraft gegen sie zu schützen. Den Plan zu der Bildung einer solchen Armee, die ursprünglich von ihm als Reservearmee gedacht war, hatte Herzog Georg schon lange gefaßt, jetzt aber wurde er angesichts der Unsicherheit über Baners Absichten zur Notwendigkeit; sein Kontingent hatte Herzog Georg damals tatsächlich schon in Göttingen zusammengezogen. Indessen die drohenden Wolken gingen noch einmal wieder vorüber, nicht nur, daß Baner selbst nachgab: aus einem durch Vermittelung des hessischen Gesandten mit Longueville

[1]) Die Vollmacht für die hessischen Gesandten ist wenigstens in seiner Kanzlei entworfen am 7./17. Juni.

[2]) Abdruck bei Decken IV, Nr. 316 ungenau.

Digitized by Google

geführten Gespräche entnahmen Otto und Hermeling, daß dieser mit Baners Treiben auch nicht zufrieden sei; er suchte den braunschweigischen Räten freilich eine Allianz mit Frankreich als das sicherste hinzustellen. Gestützt vor allem auf den Göttinger Rezeß beschloß man nun zunächst, sich Baner gegenüber sehr zurückhaltend zu zeigen. Die braunschweigischen Gesandten Klitzing, Winterstedt und Pape erhielten demgemäß die Weisung,[1]) Mitteilung über die braunschweigisch-hessische Reservearmee zu machen und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß man zu deren Bildung die mit den verbündeten Armeen vereinigten Hilfsvölker abberufen müsse. Baner könne sich aus den Garnisonen leicht Ersatz verschaffen — ein Heer von 20000 Mann würde ausreichen. Vor allem haben sie dann aber die Kapitulation zu betreiben, und wenn sich Baner hier hartnäckig zeigen sollte, Longuevilles und der Direktoren der weimarischen Armee Unterstützung zu suchen. Der Entwurf zu dieser Kapitulation stellte als Möglichkeiten Unterstützung durch die ganze Armee, durch ein fliegendes Korps oder eine „Diversion" gegen den Feind hin, forderte bei allen wichtigen Angelegenheiten einen Kriegsrat, in dem jede Krone und die beiden Häuser Braunschweig-Lüneburg und Hessen zwei Stimmen haben und durch Majorität beschlossen werden sollte. Die Leitung sollte der unterstützte Teil haben, wie dieser auch Brot und Fourage zu stellen hätte. Lande und Quartiere der Verbündeten sollten nicht berührt, wenn es aber unumgänglich notwendig, darüber vorher eine Beratung gehalten und ohne der betroffenen Teile Vorwissen nichts unternommen werden.

Obwohl also diese Kapitulation eine Vereinigung zur Voraussetzung hatte, sollten doch über diese selbst die Gesandten keinerlei Verbindlichkeiten eingehen, sondern Baner auf den Abschluß der Kapitulation vertrösten und nur versichern, daß man sich der gemeinsamen Sache nicht entziehen würde. Aber zugleich sollte man etwaige Pläne des Feldmarschalls gegen Oberhessen oder den Main ablehnen, indem man betonte, daß die Armeen an der Werra festen Fuß fassen und sich in der Verteidigung halten müßten. Endlich sollte auf die Notwendigkeit rückwärtiger Verbindungen nach der Saale und Elbe auf Torgau mit Stalhansch, der in Schlesien stand, hingewiesen werden — vielleicht in dem Gedanken, dadurch eine etwa notwendige Rückzugslinie dorthin zu schaffen und damit von den braunschweigischen Landen abzulenken.

Die Gesandten von Braunschweig und Hessen, die am 14./24. Juli zwischen Allendorf und Eschwege auf Baner getroffen waren, nahmen

[1]) Instruktion vom 13./23. Juli. Decken IV, Nr. 318.

Digitized by Google

von dieser ersten kurzen Begegnung den Eindruck mit, daß der Feldmarschall, der sich wieder sehr erregt gezeigt hatte, von der Kapitulation nichts wissen wolle, während sie von einer Unterredung mit Longueville mehr befriedigt waren. Dieser hatte sich ja immer gemäßigter gezeigt, und gerade jetzt hatte er gewiß am wenigsten Neigung, Herzog Georg vor den Kopf zu stoßen, da in diesen Tagen die sog. Direktoren, d. h. die deutschen Führer der einstigen Armee Bernhards von Weimar, dem Herzog gegenüber energisch zur Wahrung ihrer Selbständigkeit aufgetreten waren und in dieser Sache sich an Herzog Georg gewandt hatten, der ihnen dann auch versprach, soviel er könne, zu vermitteln.[1]) Nach Baners Rückkehr — etwa am 17./27. und dem nächsten Tage fanden dann die Verhandlungen statt.[2]) Der Entwurf einer Kapitulation von Baners Seite wich im ganzen nicht so sehr von dem braunschweigischen ab; es ist aber charakteristisch, daß er ausdrücklich betonte, daß kein Teil ohne des anderen Vorwissen und Einwilligung über Neutralität oder Waffenstillstand verhandeln, ja dem Feinde nicht einmal schreiben oder Gesandte schicken solle — während der braunschweigische diesmal darüber gar nichts enthielt. Auch suchte Baner die allzu engen Fesseln, die ihm durch den Kriegsrat angelegt werden sollten, zu erweitern, indem er diesen bei Überfällen, plötzlichen Angriffen, Überrumpelung von festen Plätzen beiseite schob. Auch der Punkt, der von der etwa notwendigen Besetzung der Lande eines der Verbündeten handelte, erhielt einen kleinen, aber charakteristischen Zusatz; es sollte zwar die Einwilligung des interessierten Teiles eingeholt werden, säume dieser aber damit, so solle der Bedrängte entschuldigt sein, wenn er diese nicht abwarte.

Über die eigentlichen Verhandlungen zwischen Baner und den Gesandten sind wir leider nicht zur Genüge unterrichtet; die Kapitulationsvorschläge scheinen diese zur Relation an den Herzog entgegengenommen zu haben — ohne daß es darüber zu weiteren Auseinandersetzungen gekommen wäre — Herzog Georg war später selbst der Ansicht, daß sie von den seinen nicht so wesentlich abwichen, daß sie ein Hemmnis zum Abschluß gewesen wären.[3]) Dagegen geht aus einem Memorial der

---

[1]) Die Direktoren an Longueville 18./28. Juli; Graf von Nassau an Herzog Georg 19./29. Juli, dessen Antworten vom 19./29., 20./30. Juli. Le Laboureur macht daraus (S. 215) eine Intrigue des Herzogs gegen die Franzosen.

[2]) Pufendorf S. 399 gibt den 14. (24.) Juli — das ist nach der Relation der Gesandten vom 15./25. unmöglich; noch am 18./28. reichten sie ihm ein Memorial ein. Am 14./24. Juli sind wohl Baners Kapitulationspunkte entworfen.

[3]) Postskriptum im Schreiben an Baner vom 21./31. Juli.

Digitized by Google

Gesandten an Baner vom 18./28. Juli hervor, daß dieser als Hauptpunkt der Verhandlungen immer die Hülfeleistung von seiten der beiden Staaten im Auge behalten und darüber Gewißheit verlangt hat. Dazu aber waren die Gesandten nicht bevollmächtigt, im Gegenteil, sie sollten ja möglichst die Notwendigkeit der Abberufung der Völker, die noch bei den verbündeten Armeen waren, darlegen, und sie entledigten sich dieser Aufgabe, indem sie auf den „inneren Wurm", den man an Wolfenbüttel habe, auf die von Hatzfeld und Wahl, von Kursachsen und Brandenburg drohenden Gefahren hinwiesen. Baner sah wohl, daß er so nicht zum Ziele kam, und entschloß sich, durch Absendung des Generalmajors Wrangel auf Herzog Georg direkt einzuwirken, während die braunschweigischen und hessischen Gesandten ohne greifbares Ergebnis die Rückreise antraten. Baners Lage war in der Tat schwierig; während um diese Zeit das kaiserliche Heer eine ansehnliche Verstärkung durch Marquis de Grana erhielt — auf 6 Regimenter gibt sie Baner selbst an, Le Laboureur berechnet ihre Stärke auf 4—5000 Mann[1]) — und schon dadurch das Verhältnis der Parteien zu Ungunsten der Alliierten verschoben wurde, drohte statt der erhofften Verstärkung eher noch eine Schwächung der eigenen Kräfte durch Abberufung der hessischen und braunschweigischen Hülfsvölker einzutreten. Der Plan Herzog Georgs, an der Werra eine feste Stellung einzunehmen, mußte nach seiner Überzeugung schon an den Verpflegungsschwierigkeiten scheitern, denn die Hülfeleistung aus den braunschweigischen Landen reichte schon jetzt nicht immer aus — die Thüringer Lande aber und der Teil Hessens, der den Verbündeten zum Fouragieren freistand, waren schon um diese Zeit ziemlich ausgesogen; von der Ernte war nicht viel zu hoffen. So blieben zwei Möglichkeiten: dem Feinde das Feld zu lassen, in braunschweigischen Landen dem Heere genügende Verpflegung zu verschaffen und sich auf die Verteidigung der Weserlinie zu beschränken, oder aber dem Feinde energisch auf den Leib zu rücken, ihn zum Rückzuge zu zwingen und sich damit die Bahn zur Wetterau zu öffnen. Jener Weg konnte für Baner, dessen Absichten in erster Linie doch auf Süddeutschland gerichtet blieben, nur wenn keine andere Möglichkeit war, sich eine diesen Zwecken mehr entsprechende Stellung für den Feldzug des nächsten Jahres zu erkämpfen, in Frage kommen; denn dann bot das Braunschweigische wenigstens gute Winterquartiere. Baner war aber auch jetzt noch der Ansicht, daß

[1]) Eine genaue Spezifiziernng findet sich Theatrum Europaeum IV, 374 (Caretto ist mit de Grana identisch), wonach die Verstärkung 2153 Infanteristen, 2137 Reiter betragen hätte.

Digitized by Google

es ihm bei genügender Unterstützung von seiten Braunschweigs und Hessens möglich sein würde, den Feind aus seiner hessischen Position zu vertreiben und zum Rückzug über den Main zu zwingen. In der Wetterau hätte man dann die Winterquartiere nehmen, den französischen Zuzug erwarten und von dort aus im nächsten Jahre von neuem den Vorstoß gegen Süddeutschland, diesmal von Westen aus unternehmen können. In diesem Sinne waren denn auch die Ausführungen gehalten, die Baner dem Herzog Georg durch Wrangel überreichen und mündlich durch diesen näher begründen ließ [1]). Allein Herzog Georg blieb hartnäckig bei seiner Idee eines festen Lagers an der Werra; das Vorbringen gegen den Main hielt er für unmöglich, fürchtete, daß man überhaupt den Feind nicht zum Schlagen würde bringen können, daß aber selbst dann ein weiteres Vorbringen wegen der Schwierigkeit der Wege, der Schwierigkeiten der Verpflegung unmöglich sein, ja den Untergang der Armee herbeiführen würde. Franken hielt er, den Berichten seiner Gesandten aus der Zeit des Thüringer Feldzuges folgend, für vollkommen ausgesogen. Breche der Feind auf, so sei alsdann Zeit, neue Pläne zu fassen. Um diesen Ideen, auf die ja zweifellos in erster Linie die Sorge für die Sicherung seines Landes eingewirkt hatte, Baner gegenüber mehr Gewicht zu geben, führte Herzog Georg nicht nur seine eigene Kriegserfahrung, sondern auch die Kriegsführung Gustav Adolfs ins Treffen. Daß Herzog Georg sich in einem schweren Zwiespalt befand, ist leicht begreiflich, denn wenn er Baner ein größeres Hülfskorps zu dessen völlig freier Verfügung stellte, so mußte in der Tat — selbst wenn die Besorgnis vor Feindseligkeiten von seiten Kurbrandenburgs und Kursachsens unbegründet war — die Sicherung der Weserlinie ihm große Sorge bereiten. Zweifellos aber ist, daß er darin irrte, wenn er die Stellung an der Werra auf die Dauer für haltbar hielt, wie es denn auch klar ist, daß wenn man den Aufbruch des Feindes abwarten wollte, um neue Pläne zu fassen, man sich von diesem das Gesetz des Handelns vorschreiben ließ. Es trafen hier eben zwei Standpunkte zusammen, die sich schwer miteinander vereinigen ließen: der der großen Kriegsführung und der der Sorge um das eigene Land. Hätte Georg Vertrauen auf eine siegreiche Aktion der Alliierten gehabt, so hätte er sich freilich sagen müssen, daß ihm dadurch die kämpfenden Parteien ferner rückten und damit auch die von Feind wie Freund drohende Belästigung. Aber wer mag es ihm verdenken, wenn er nach dem

[1]) Baners Schreiben vom 19./29. Juli, Herzog Georgs Antwort vom 21./31. Juli.

Digitized by Google

Ausfall des Thüringer Feldzuges dieses Vertrauen nicht hatte, sondern alles Heil in der Verteidigung einer festen Stellung suchte, mit der ja das kaiserliche Heer bei Saalfeld Glück gehabt hatte?

Die Antwort auf Herzog Georgs Vorschläge gab Baner durch die Tat. Nachdem er schon am 19./29. Juli auf das linke Werraufer gegangen war, brach er am 22. Juli/1. August auf und erreichte zwei Tage später Witzenhausen, wo er nun sein Hauptquartier aufschlug. Ausschlaggebend für diesen raschen Entschluß war wohl mit gewesen, daß wegen des starken Regens der Proviant aus dem Braunschweigischen ausgeblieben war, wie denn auch der Marsch unter strömendem Regen bei schwer passierbaren Wegen ausgeführt werden mußte.

Als Herzog Georg die Nachricht hiervon erhielt, wurde er von einer doppelten Sorge gequält — einmal, was aus den braunschweigischen und hessischen Hülfsvölkern würde, die am rechten Werraufer — wo auch die Longuevillesche Armee lag — im eigenen Lager geblieben waren. Um Anschluß seiner und der hessischen Völker an Longuevilles Truppen herbeizuführen, schickte er den Oberstwachtmeister Schoenberg an den Herzog,[1]) erfuhr aber am gleichen Tage auch schon durch seine Gesandten, daß seine Völker mit Longueville zusammen bei Allendorf ständen, so daß er dieser Sorge wenigstens überhoben war. Daneben teilten die Gesandten aber auch mit, daß Longueville zwar viele schöne Worte mache, allem Anschein nach aber doch Baner folgen wolle. In denselben Tagen lehnte übrigens Longueville auch die vom Herzog Georg angebotene Vermittlung mit den Direktoren der weimarischen Armee höflich, aber kurz ab.[2]) Herzog Georg aber dachte jetzt tatsächlich daran, ob die Zwistigkeiten zwischen Longueville und jenen sich nicht dazu benutzen ließen, um wenigstens die weimarischen Völker bei Witzenhausen festzuhalten.[3])

Schwerer als diese Sorge lastete natürlich die andere auf dem Herzog: wohin Baners Marsch gerichtet sei — ob er etwa jetzt früheren Andeutungen gemäß es auf die braunschweigischen Lande abgesehen habe. Um darüber Gewißheit zu erlangen, wurde am 25. Juli / 4. August Hauptmann Tabbert an ihn abgesandt, der von ihm eine „runde und kategorische Antwort und Resolution" fordern sollte, „wessen sich dann das Fürstliche Haus zu ihm und seiner Armee zu versehen haben sollte". Der Herzog erreichte seinen Zweck aber nicht, denn Baner beschränkte sich

[1]) Instruktion vom 25. Juli / 4. August.

[2]) Mehrfache Schreiben beider zwischen dem 25. Juli / 4. August und 28. Juli / 7. August.

[3]) In der oben angeführten Instruktion für Schoenberg.

Digitized by Google

darauf, den Aufbruch mit der Unmöglichkeit zu begründen, die Armee dort länger zu verpflegen. Er könne nicht an einem Orte bleiben, wo er das ganze Heer aufs Spiel setze. „Ich hatte mich," schreibt er zum Schluß, „eines solchen procedere, daß man mich zum Progreß nicht qualifizieren helfen, den Regreß nicht verstatten und in loco keine Lebensmittel geben wollte, ganz nicht versehen."[1]) Auch Klitzing gegenüber erklärte der Feldmarschall am gleichen Tage nur, daß er beschlossen habe, „seine Sicherheit zu suchen". Unter diesen Umständen besorgte Herzog Georg, daß das von Baner schon am 22. Juli / 1. August an ihn gerichtete Ersuchen, ihm den Durchzug durch Münden zu gestatten, nur ein Vorwand sei, um im Braunschweigischen festen Fuß zu fassen. Er erbot sich daher zur Stellung einer Schiffsbrücke, auf der Baner oberhalb Mündens die Fulda überschreiten könne, was denn wiederum von diesem als unberechtigtes Mißtrauen aufgefaßt wurde. Die Korrespondenz jener Tage beweist überhaupt eine auf beiden Seiten zunehmende Gereiztheit, und es war daher im Interesse der gemeinsamen Sache ganz richtig, wenn der Herzog von Longueville durch Truchseß den braunschweigischen Gesandten den Wunsch aussprechen ließ, sie möchten dazu beitragen, daß die Differenzen zwischen ihrem Herzog und Baner beigelegt würden. In der Tat war das Mißtrauen Herzog Georgs in diesem Falle wohl unberechtigt — Baner wollte auch jetzt noch das Braunschweiger Land schonen.[2]) Jedenfalls kam er dem Herzog jetzt entgegen und erklärte sich mit dem Überschreiten der Fulda auf der vom Herzog zu stellenden Schiffsbrücke einverstanden[3]) — es kam ihm nun auch darauf an, jede weitere Verzögerung zu vermeiden. Denn die kaiserliche Armee, mit der es während der Wochen, wo man an der hessischen Grenze einander gegenüber gelegen hatte, nur zu unbedeutenden Scharmützeln gekommen war, hatte zuerst am 21./31. Juli ihre Bewegungen mit der Einnahme des wenige Stunden nordwestlich von Vacha gelegenen Friedewald begonnen und befand sich seit dem 27. Juli / 6. August im vollen Marsche,

[1]) Zwei Schreiben an Herzog Georg vom 26. Juli / 5. August.

[2]) Ich halte die Darstellung Le Laboureurs S. 213, wonach Baner damals, um sich zu rächen, Braunschweig und Hessen dem Feinde zum Raube habe lassen und durch Braunschweig nach Westfalen ziehen wollen und daran erst durch Longueville gehindert sei, für tendenziös. Schon die weitere Behauptung, Baner sei überzeugt gewesen, daß die französische Armee ihm folgen müsse, da sie sich sonst verirren würde, ist töricht; auch die Weigerung Longuevilles, mit nach der Weser zu gehen, da man sich dort zu weit vom Rheine entfernen würde, ist nach dem weiteren Verlauf der Ereignisse nicht allzu ernsthaft zu nehmen.

[3]) Baner an Herzog Georg 28. Juli / 7. August.

Digitized by Google

der sich nordwestlich über Rotenburg a. d. Fulda gegen Fritzlar a. d. Eder richtete — wahrscheinlich war es schon des Feindes Vorhut, die hier in der Nacht zum 29. Juli/8. August die hessische Leibkompagnie unter dem jungen Landgrafen Christian v. Hessen völlig vernichtete.[1]) Baner wollte nun das Gros seiner Armee zunächst noch in Witzenhausen lassen und von Münden aus, wohin er sich am 29. Juli / 8. August begeben hatte, mit seiner Kavallerie einen Rekognoszierungsritt in südwestlicher Richtung unternehmen, um sich über die Bewegungen und Absichten des Feindes, die seiner Meinung nach gegen Westfalen gerichtet waren, zu unterrichten. Den Schutz der Schiffbrücke sollte ein Regiment Infanterie übernehmen. Die Zeit bis zur Vollendung der Schiffbrücke, die sich infolge des hohen Wasserstandes der Fulda verzögerte, benutzte der Feldmarschall zu einer persönlichen Unterredung mit der Landgräfin in Kassel am 30. Juli/ 9. August.[2]) Über den Inhalt der $1^1/_2$stündigen Unterredung erfuhr der braunschweigische Rat Kötteritz zwei Tage später von den in Münden anwesenden hessischen Räten nur, Baner habe geäußert, die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg hätten bisher alles Gute und namentlich, daß man in genügender Stärke gegen den Feind habe gehen wollen, gehindert, er müsse sich daher mit seiner Armee in Sicherheit bringen. Es sei gefährlich für die Landgräfin in Kassel zu bleiben. Auch habe er behauptet, Braunschweig-Lüneburg verhandle mit dem Kaiser. Da Baner sich sagen mußte, daß seine Äußerungen den Braunschweiger Herzögen zweifellos wieder zu Ohren kommen würden, so mag er sie auch auf diesem Wege haben warnen und ermahnen wollen. Pufendorf weiß uns von dieser Unterredung außerdem zu berichten, daß die Landgräfin sich bitter beklagt habe, daß ihr Land durch Freund und Feind in eine Einöde verwandelt sei; Baner habe aber die Schuld auf die Lüneburger geschoben, die nie genügend Hilfe geschickt hätten. Die Hauptsache dürften aber beide Berichte nicht enthalten, denn zweifellos war es Baners Hauptzweck, auch hier wieder auf die Notwendigkeit einer Hilfssendung hinzuweisen. Er wußte, daß der junge Landgraf Christian seine Pläne billigte.[3]) Am 31. Juli / 10. August trat dann Baner mit mehreren tausend Pferden seinen Rekognoszierungsritt an. Er war zweifellos nicht sehr erfreut, als er von dort zurückkehrend im

[1]) Baner an Herzog Georg 29. Juli / 8. August.

[2]) Die Landgräfin an Herzog Georg 30. Juli / 9. August, danach das von Pufendorf S. 400 angegebene Datum (23. Juli) zu berichtigen. Bericht Kötteritz' vom 1. August.

[3]) Das beweist dessen Schreiben an seine Mutter vom 23. Juli / 2. August.

Digitized by Google

Lager wiederum Gesandte von Hessen und Braunschweig vorfand, die gemäß einer in Münden gepflogenen Beratung einmal eine Trennung der verbündeten Armeen verhindern sollten unter Hinweis, daß dadurch dem Feinde die Möglichkeit gegeben werde, in die braunschweigischen Lande einzufallen, Magdeburg und Halberstadt den Schweden zu entreißen und Baner von der Elbe abzuschneiden.[1]) Von einer Verstärkung der Verbündeten durch neue Hilfsvölker wollte man auch jetzt noch nichts wissen, dagegen erbot man sich, durch eine Reservearmee aus Braunschweigern und Hessen jenen den Rücken zu decken. Unerfreulicher noch als diese Mitteilungen aber war es dem Feldmarschall, daß die Gesandten anknüpfend an die Vermittlungsversuche der Weimarer Herzöge, das Recht und die Notwendigkeit betonten, Frieden mit den Kaiserlichen zu suchen, und dabei trotz seiner heftigen Entgegnungen verharrten. Freilich überschritten die Gesandten damit ihre Instruktion, denn diese sprach nur von einem Waffenstillstande, den man unter gewissen Bedingungen anzunehmen sich gezwungen sehen könne.

Aber bei der entschiedenen Abneigung, die allen Anzeichen nach unter einem großen Teile der braunschweigischen Diplomaten gegen das Bündnis mit Schweden herrschte,[2]) erklärt sich diese eigenmächtige Verschärfung sehr wohl. Baner aber erkannte, wieviel auf dem Spiele stehe, so entschloß er sich denn, mit Herzog Georg in persönlicher Aussprache die Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Am 3./13. August traf er in Göttingen ein, an diesem und dem nächsten Tage fanden die folgenschweren Verhandlungen statt, von denen uns nur das Ergebnis vorliegt: Herzog Georg erklärte sich bereit, zu den verbündeten Armeen noch 5000 Mann stoßen zu lassen — also den größten Teil seiner bei Göttingen vereinigten Truppenmacht. Wodurch es Baner gelungen ist, den Herzog zu dieser Änderung seiner bisher so zäh festgehaltenen Pläne zu bringen, läßt sich nur vermuten. Am wahrscheinlichsten ist doch wohl, daß Georg aus den Darlegungen Baners die Überzeugung gewann, daß es diesem nach genügender Verstärkung des Heeres gelingen würde, den Feind aus Hessen zu vertreiben und damit den Kriegsschauplatz nach dem Main zu verlegen. Doch sind das alles Erwägungen, die an den Herzog zweifellos schon bei der Gesandtschaft Wrangels herangetreten sein mußten, so daß

---

[1]) Instruktion für die braunschweigischen Räte Pape und Kötteritz; von hessischer Seite nahmen Scheffer und Günterode an der Gesandtschaft teil. Vergl. auch Pufendorf S. 400 f.

[2]) Darüber war man auch in Regensburg in katholischen Kreisen unterrichtet, wie ein anonymer Brief von dort vom 12./22. August beweist.

Digitized by Google

der Wirkung von Baners Persönlichkeit doch in letzter Linie der Wechsel in Georgs Entschlüssen zuzuschreiben ist. Der Erfolg Baners war um so größer, als Georg hier tatsächlich auch auf die von ihm so hartnäckig festgehaltene Notwendigkeit einer bestimmten Kapitulation vor der Unterstützung durch Truppen verzichtete. Denn was unter diesem Namen in Göttingen aufgesetzt wurde, ist so nichtig, verschiebt eigentlich alles auf spätere Abmachungen, daß Baner dadurch in keiner Weise gebunden wurde.[1]) Um seinen Eifer zu zeigen, versprach übrigens Baner auch aus seinen niedersächsischen und westfälischen Garnisonen die Armee zu verstärken[2]). Mit dem Herzog von Longueville traf Herzog Georg dann am 6./16. August ein Abkommen, daß sowohl der Rest der ersten als auch die neuen Hülfstruppen mit dessen Armee, jedoch als geschlossenes Korps vereint bleiben sollten. Mit den Direktoren der weimarischen Armee blieb Herzog Georg auch jetzt noch in Verbindung, doch suchte er nunmehr eher zu beruhigen und wich namentlich der an ihn vom Grafen von Nassau gestellten Anfrage, ob es sich nicht machen ließe, daß einer oder der andere zu ihm übertrete, aus — es mußte ihm selbst daran liegen, daß die Mißhelligkeiten beseitigt wurden. Baner konzentrierte inzwischen seine Armee bei Münden und trieb auch Herzog Georg zur Eile an, denn der Feind war im steten Vorrücken. Es kam alles darauf an, daß es diesem nicht wieder wie bei Saalfeld gelang, vor dem Eintreffen des Gegners sich in fester Stellung zu verschanzen, wozu ihm die Höhen des hessischen Berglandes bei Fritzlar gute Gelegenheit geboten haben würden — ein Umstand, auf den namentlich auch die Landgräfin hinwies.[3]) Auch diese war, wenn auch nicht in dem Umfange wie Herzog Georg, zu einer weiteren Unterstützung der verbündeten Armeen bereit; freilich mußte sie zu diesem Zweck schon auf ihre Garnisonen in Westfalen und Ostfriesland zurückgreifen.

Am 7./17. August überschritt Baner mit seinem Heere die Fulda bei Münden — Longueville folgte am nächsten Tage — umging zunächst westwärts über Grebenstein und Burguffeln marschierend den Nordrand des Habichtswaldes und schwenkte dann bei Volkmarsen nach Süden um,

---

[1]) Kapitulationspunkte mit Baner. Göttingen 4./14. August.

[2]) Herzog Georg an die Landgräfin 5./15. August — der einzige authentische Bericht über die wichtige Unterredung in Göttingen. Der Herzog spricht hier von einer Unterstützung von 4000 Mann, die er noch kompletieren wolle, so daß die bei Le Laboureur angegebene Zahl von 5000 richtig sein dürfte.

[3]) Schreiben an Herzog Georg 6./16. August. Baner an Herzog Georg 5./15. August.

Digitized by Google

geraden Weges gegen Fritzlar. Bei Volkmarsen vereinigten sich am 9./19. August[1]) die braunschweigischen Hülfsvölker unter Klitzings Führung mit den verbündeten Armeen und traten gemäß der Weisung des Herzogs Georg[2]) unter die Oberleitung Longuevilles. Im übrigen hatte Klitzing den Auftrag, in erster Linie für Schutz und Verteidigung der hessischen Lande zu sorgen, bei einem offensiven Vorgehen der Verbündeten außerhalb Unterhessens aber erst Genehmigung einzuholen. Außerdem wurde die Nachsendung von Kriegsräten des Gesamthauses in Aussicht gestellt, nach deren Instruktion er sich alsdann richten sollte. Die gesamten Anordnungen hatte Herzog Georg in seiner Eigenschaft als Oberfeldherr des Gesamthauses selbständig getroffen — erst am 8./18. August fanden Beratungen mit den Abgeordneten aus Celle und Braunschweig zu Göttingen statt, die wohl auch die Kriegslage und die weiteren Maßnahmen zur Sicherung des Landes zum Gegenstande hatten.

Die Verbündeten, die ihren Marsch nach Süden an der Grenze zwischen Waldeck und Hessen über Wolfshagen fortgesetzt und eine Verstärkung von 400 hessischen Reitern und 500 Infanteristen aus Lippstadt erhalten hatten, überraschten dort zuerst feindliche fouragierende und rekognoszierende Truppen, die ihnen klar machten, daß die kaiserliche Armee Fritzlar schon erreicht haben mußte. In der Tat hatte sich Piccolomini dieses Ortes schon am 10./20. August bemächtigt und stand, als am nächsten Tage die verbündeten Armeen anrückten, nordwestlich der Stadt auf Züschen zu, Front gegen Nordosten. Ihm gegenüber formierten die vereinigten Armeen ihre Schlachtlinie zwischen Habemar — wohl dem heutigen Heimarshausen — und Lonne, unnd es entspann sich ein Treffen, das sich hauptsächlich um die Eroberung eines von den Kaiserlichen besetzten, die Gegend beherrschenden Hügels — vielleicht war es der von der Landgräfin als besonders wichtig bezeichnete Herzberg — drehte. Es endete mit einem Siege der Verbündeten, der Piccolomini zwang, in südöstlicher Richtung zurückzugehen — sein Lager befand sich südlich von Fritzlar. Das Hauptverdienst an diesem Erfolge schreibt Guébriants Biograph dessen tatkräftigem und umsichtigem Eingreifen, Pufendorf aber Baner zu, der auch in dem braunschweigischen Bericht[3]) als der Leiter des Angriffes gegen den umstrittenen Punkt er-

[1]) Elster, Gesch. d. stehenden Truppen S. 61, gibt den 10. August an (alt. Stil); er folgt im allgemeinen Le Laboureur, nach dessen Darstellung aber der 9./19. August der Tag der Vereinigung ist.

[2]) Instruktion vom 6./16. August.

[3]) 11./21. August. Gedruckt Decken IV, Nr. 343. Die Ortsnamen zum Teil entstellt.

Digitized by Google

scheint. In wieweit die Braunschweiger beteiligt waren, erfahren wir nicht.[1]) Indessen diesem verheißungsvollen Anfang entsprach nicht der weitere Verlauf. Die verbündeten Armeen rückten zwar näher an Fritzlar heran, vermochten aber der wohlverschanzten kaiserlichen Armee nichts anzuhaben, nach einem Bericht hätten sogar die weimarischen Truppen unter dem Grafen von Nassau bei Lonne eine nicht unerhebliche Schlappe erlitten.[2]) Auch hier war man also doch wieder zu spät gekommen, und so begann denn auch hier wieder das alte Spiel wie vor Saalfeld — war die Entscheidung nicht durch die Feldschlacht herbeizuführen, so mußte man wiederum versuchen, den Gegner auszuhungern. Jedoch waren die Aussichten dazu für die Verbündeten nicht besonders günstig, denn der kaiserlichen Armee standen die Wege nach dem Süden zu offen; die Bayern, die sich schon um die Schwierigkeiten zu vermindern, nach dem Main zu zurückgezogen hatten, waren bemüht, diese Wege offen zu halten und den Proviant zu beschaffen. Die verbündeten Armeen waren, da Niederhessen zum großen Teil ausgesogen war — so daß Landgraf Hermann um diese Zeit wegen des Mangels an Weide und wegen der Unsicherheit Herzog Georg um Aufnahme hessischen Viehs in seine Lande bat[3]) — auch jetzt hauptsächlich auf die braunschweigische Proviantlieferung angewiesen. Diese aber war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Beschaffung wiederum fast lediglich auf Herzog Georgs Schultern ruhte. Es war ihm daher nicht immer möglich, zur bestimmten Zeit die versprochene Menge zu liefern. Erst Mitte September bewilligte die Lüneburger Landschaft nach langwierigen Verhandlungen neue Proviantlieferungen — 3 Himpen Roggen von jedem vollen Hofe — erklärte aber dabei, daß man keinenfalls soviel liefern könne wie Wolfenbüttel und Kalenberg. Es kam hinzu, daß diese Proviant-transporte bei der Unsicherheit der Wege — denn die Kaiserlichen fouragierten und streiften ihrerseits bis über Kassel hinaus — durch starke militärische Bedeckung abgeholt werden mußten, deren längere

[1]) Daß es der Fall war, geht aus den späteren Verhandlungen wegen der Gefangenen hervor. Piccolomini hatte bei der Auswechselung wiederum die braunschweigischen Gefangenen zurückbehalten, auf Klitzings Ersuchen gab er sie dann frei. Dadurch wird übrigens auch das von Pufendorf aufgetischte, von Decken übernommene Märchen von der Hinrichtung braunschweigischer Gefangener durch Piccolomini widerlegt.

[2]) Daß diese Angabe sich nur Theatrum Europaeum IV, 374 findet, spricht darum noch nicht gegen ihre Glaubwürdigkeit.

[3]) Landgraf Hermann an Herzog Georg 18./28. August. Georg sagte zu, lehnte aber Verantwortung für Sicherheit ab.

Digitized by Google

Abwesenheit vom Lager, namentlich wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung eintraten, im Hinblick auf die eigene Aktionsfähigkeit höchst störend empfunden wurde. Wurde doch sogar der Feind, als Bauer persönlich zum Empfange des Proviants sich aufgemacht hatte und infolge der Verzögerung eine Woche vergeblich vom Lager entfernt gewesen war, dadurch zu dem Versuche eines nächtlichen Überfalles (24. August/3. September) ermutigt, der freilich infolge der Wachsamkeit der Hessen mißlang.[1])

Man sah sich daher genötigt, die Fouragierung auf andere Gebiete auszudehnen, und zwar wurde der nördliche Teil Oberhessens von den Feldherren der verbündeten Armeen dazu ausersehen. Freilich geriet Herzog Georg dadurch in eine sehr peinliche Lage, denn er hatte sich bisher immer bemüht, mit seinem Schwager, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, in gutem Einvernehmen zu bleiben, obwohl dieser ja stets auf kaiserlicher Seite gestanden hatte. Er suchte daher auch jetzt dessen Landen die Fouragierung fern zu halten,[2]) und da ihm dies nicht glückte, verbot er wenigstens seinen Truppen, sich daran zu beteiligen — wodurch diese allerdings zeitweise in große Not gerieten. Einerseits die Notwendigkeit, von Oberhessen sich Proviant zu verschaffen, anderseits aber auch das Bestreben, dem Feinde die Zufuhr von Süden her abzuschneiden, hatten übrigens schon kurze Zeit nach der Ankunft der vereinigten Armeen vor Fritzlar dazu geführt, das Lager jenseits der Eder südwestlich von Fritzlar in Waldeckisches Gebiet nach Wildungen zu verlegen. Nun glückte es auch wohl in einigen Fällen, den Kaiserlichen Abbruch zu tun, Mangel an Proviant trat auch dort zeitweilig ein und schädigte namentlich die Kavallerie — aber die Hoffnungen, die man daran knüpfte, erfüllten sich nicht. Im Gegenteil, die Lage der Verbündeten verschlechterte sich von Tage zu Tage. Seit der Verlegung des Lagers nach Wildungen war die Herbeischaffung des Proviants aus dem Braunschweigischen noch schwieriger geworden, und da die braunschweigischen Völker ganz darauf angewiesen waren, machte sich unter ihnen namentlich der Mangel an Futter für die Pferde bald sehr bemerkbar — eine völlige Demontierung der Kavallerie drohte einzutreten. Daß unter diesen Umständen auch die Desertionen wieder zunahmen, ist kaum zu verwundern. Nicht minder bedenklich war, daß der Geist der Uneinigkeit und des Mißtrauens unter den Verbündeten wieder umging. Zwar daß die Erkrankung Longuevilles und seine Abreise nach Kassel am 2./12. September den Oberbefehl über die französisch-weimarischen

1) Berichte Klitzings und der braunschweigischen Räte vom 25. August/4. Septbr.
2) Landgraf Georg an Herzog Georg, Gießen 30. August / 9. September.

Digitized by Google

Truppen in die Hände Guébriants brachte, war militärisch genommen eher ein Glück, da er seinen Vorgänger an Tatkraft und strategischer Einsicht zweifellos überragte.[1]) Aber er war auch rücksichtsloser und weniger nachgiebig — in dieser Hinsicht beurteilt ihn Pufendorf zweifellos falsch — darin lag die Gefahr zu Reibereien mit den Verbündeten. Namentlich konnten Braunschweiger und Hessen von ihm weniger Entgegenkommen erwarten, als Longueville mehrfach bewiesen hatte. Für den Augenblick trat das freilich noch nicht hervor, dagegen zeigten sich an mehr als einer Stelle Risse und Sprünge, die den Bau des Einvernehmens zwischen Baner und den Braunschweigern doch als auf recht unsicherem Untergrunde errichtet erscheinen und seinen Zusammenbruch befürchten ließen. War der Feldmarschall mißvergnügt über angebliches Warten auf den Proviant und mehr noch über die Anwesenheit der braunschweigischen Kriegsräte, deren Anspruch, zum Kriegsrate zugezogen zu werden, ihm höchst zuwider war, so hatten diese wiederum über die Rücksichtslosigkeit und Hartnäckigkeit des Feldherrn zu klagen.[2]) Sie sollten die in Göttingen so oberflächlich behandelte Kapitulation zum Abschlusse bringen — wobei man namentlich immer den Punkt im Auge hatte, einige der wichtigsten Garnisonen der Schweden im Braunschweigischen wiederzuerhalten, vor allem aber die schwedischen Kontributionen von dort abgestellt zu sehen — aber Baner wich ihnen immer wieder aus. Bald speiste er sie mit einigen freundlichen Redensarten ab, dann war er tagelang wieder garnicht für sie zu sprechen. Gelang es ihnen dann endlich, einmal wieder bei ihm Audienz zu erlangen, so benutzte er zur Abwechslung die Hamburger Verhandlungen zum Vorwande oder erklärte auch wohl, wenn ihm gar kein anderer Ausweg blieb, daß die Kapitulation nach in einigen Punkten für ihn nicht annehmbar sei. Was Wunder, wenn Otto und Hermeling schließlich auch, über diese Sisyphusarbeit verdrossen, die Lust dazu verloren und den Herzog um ihre Abberufung baten. Anderseits aber bekam Baners Mißtrauen gegen die Bündnistreue der Braunschweiger, das seit den Unterhandlungen der Weimarer Herzöge in ihm lebte, hier von neuem reichliche Nahrung. Hessische und braun-

---

1) Pufendorfs Urteil über ihn S. 401 („Erat is alias ingenio placido, sed uti consilio ex se cappessendo impar, ita aliorum suggestionibus obnoxius, eoque et Gallis et Germanis parum aestimatus".) ist zwar oberflächlich und einseitig, korrigiert aber doch etwas Le Laboureurs Ruhmrederei.

2) Darüber die Berichte Ottos und Hermelings September 1640. Bei Decken z. T. sehr ungenau, mit falscher Datierung und unter Weglassung wichtiger Abschnitte abgedruckt.

Digitized by Google

schweigische Trompeter sollten unter ganz nichtigen Vorwänden verdächtige Personen aus dem kaiserlichen Lager nach Kassel geleitet haben — von den Kaiserlichen freigelassene braunschweigische Gefangene erzählten im Lager der Verbündeten, daß hohe Offiziere der kaiserlichen Armee geäußert hätten, das Heer Braunschweig-Lüneburgs werde bald wieder auf kaiserlicher Seite fechten — Gerüchte, die im Lager Glauben fanden und unter den braunschweigischen Hülfsvölkern Beunruhigung hervorriefen, da diese es zum großen Teil mit den Schweden hielten, sodaß Meuterei im Falle eines Überganges zu den Kaiserlichen nicht ausgeschlossen schien.[1]) Man wußte ferner, daß Herzog August sich bei dem Kommandanten von Wolfenbüttel wegen der Truppenanwerbungen entschuldigt und sie als im Interesse des Kaisers geschehen hingestellt hatte. Auch von der Korrespondenz Herzog Georgs mit dem Erzherzog Leopold Wilhelm war man unterrichtet, wonach der Herzog die Handlungsweise des Hauses Brannschweig-Lüneburg mit dem Bestreben, den fürstlichen Landen die Kriegslast fernzuhalten, entschuldigt hatte. Dazu kamen die Friedenssehnsucht verratenden Äußerungen der braunschweigischen Räte — Baner mochte in der Tat den Verdacht hegen,[2]) daß man das schwedische Bündnis nur benutzen wolle, sein Land zu schützen, inzwischen aber beim Kaiser sich den Weg zum Frieden zu bahnen und dann den Verbündeten zur Seite zu schieben trachte.

Es wird später im Zusammenhange zu zeigen sein, wie allerdings das Wachsen der antischwedischen Strömung schon in dieser Zeit einsetzte, und auch der Leiter der braunschweigisch-lüneburgischen Politik dachte wohl einen Augenblick an die Möglichkeit eines Waffenstillstandes. Indessen lag darin keineswegs die Absicht eines Abschwenkens von der bisherigen Politik; Herzog Georg wenigstens hatte wohl kaum einen Separatwaffenstillstand für Braunschweig-Lüneburg und Hessen, vielmehr, wie die späteren Verhandlungen in Regensburg beweisen, einen allgemeinen im Auge. Sein Brief an den Erzherzog vom 11./21. August bewegte sich doch nur in dem Geleise der üblichen Versicherungen und entsprang neben der Rücksichtnahme auf die Wünsche der beiden anderen Herzöge dem Bestreben, sich nicht als Reichsfeind die Teilnahme am Regensburger Reichstage zu verschließen.

Berechtigter mochte das Mißtrauen erscheinen, das Baner in der so eng begrenzten Instruktion für Klitzing witterte. Er sah sich dadurch

[1]) Bericht Hermelings und Ottos 9./19. September. Von Decken IV, Nr. 352 dem Schreiben vom 10. September angehängt und ganz unvollständig wiedergegeben.

[2]) Pufendorf S. 401.

Digitized by Google

in seinen Entschließungen gehemmt, die auch jetzt noch in erster Linie auf Oberhessen gerichtet waren. Auch Klitzing selbst empfand die Unklarheit seiner Instruktion höchst unangenehm; sein Unmut steigerte sich namentlich, seitdem kein Zweifel mehr darüber herrschen konnte, daß das Heer der Verbündeten demnächst aufbrechen würde, und er trotz wiederholter Anfragen von seinem Herzog keine Antwort erhielt, wie er sich denn in diesem Falle verhalten solle. Sein Groll richtete sich namentlich auch gegen die herzoglichen Räte — er habe keine Lust, äußerte er, sich nach einer Ordre zu richten, die die Gelehrten entworfen, lieber wolle er seinen Abschied nehmen. Es stimmte ihn nicht freundlicher, daß der Herzog ihm durch den hessischen Befehlshaber, Grafen von Eberstein, der mit ihm in Göttingen eine Unterredung gehabt hatte, mündlich seine weiteren Befehle zukommen ließ.

Man kann Klitzing seinen Unmut kaum verdenken, denn er befand sich in der Tat in einer höchst peinlichen Lage, seitdem die Absichten der kaiserlichen Arme deutlicher hervortraten. Denn immer klarer zeigte es sich, daß man von kaiserlicher und liguistischer Seite auf diesem Punkte eine überlegene Truppenmacht zusammenführen wollte, um dann den entscheidenden Schlag zu führen. Hatzfeld und Wahl, die sich im Bistum Paderborn vereinigt hatten, standen schon am 30. August/9. September bei Stadtbergen, und um dieselbe Zeit rückten Gonzaga und Geleen vom Main her heran und hatten am 3./13. September Gießen erreicht. Baner berechnete ihre Stärke auf 14 Regimenter — darmstädtische Gesandte, die um jene Zeit im Lager sich aufhielten und genauer unterrichtet sein mochten, wußten von 6—7000 Mann zu berichten. Man schätzte danach die Verstärkung, die von Norden und Süden her dem kaiserlichen Heere wurde, auf etwa 14000 Mann. Dadurch wurde nun das Verhältnis stark zu Ungunsten der Verbündeten verschoben — und es war jedenfalls notwendig, rasch sich zu entscheiden. Nun war man freilich über die Absichten des Gegners vorläufig noch völlig im unklaren. Widersprechende Gerüchte trugen dazu bei, diese Unklarheit zu erhöhen. So hatten Ueberläufer in den ersten Tagen des September berichtet, daß eine starke kaiserliche Heeresmacht die Fulda abwärts ziehe, und man glaubte schon damals Münden in Gefahr[1]). Dann wieder schienen aufgefangene Schreiben darauf hinzudeuten, daß die Kaiserlichen nur auf Gonzaga und Geleen warteten, um dann gegen Franken zu gehen. Man erkannte aber bald, daß hier nur ein Versuch der Kaiserlichen

[1]) Relation Hermelings und Ottos vom 31. August / 10. September.

Digitized by Google

vorliege, die Verbündeten über ihre Absichten zu täuschen; Klitzing bemerkte ganz richtig,[1]) daß man schwerlich die Verstärkung von Süden an sich gezogen hätte, wenn man nach dorthin wieder abziehen wolle. Herzog Georg erschien als die nächste Gefahr[2]), daß das Heer von drei Seiten gefaßt, entweder zur Schlacht gezwungen, deren Ausgang bei der Ueberlegenheit der Feinde mehr als zweifelhaft sein mußte, oder von der Zufuhr und von dem braunschweigischen Lande abgeschnitten werden würde. Nach seiner Ansicht mußten daher die Verbündeten, solange der Weg noch frei war, in nordöstlicher Richtung auf Diemel und Weser zurückgehen, wo sie gestützt auf die Festungen Kassel, Münden und Höxter — die beiden letzten mußten dann durch braunschweigische Truppen noch besser besetzt werden — die fürstlichen Lande decken und ihrerseits von dort sicher mit Lebensmitteln versehen werden konnten. Auch im Lager der Verbündeten zweifelte man ja nicht mehr daran, daß von der kaiserlichen Armee ein Schlag gegen das braunschweigische Land geführt werden sollte, nur glaubte man dort — wohl aus dem Umstande, daß Hatzfeld und Wahl gleichfalls auf Fritzlar rückten — daß Münden der am meisten gefährdete Ort sei. In der Tat waren ja die beiden Einfallstore entweder der Fulda entlang über Münden und dann das Leinetal abwärts oder dem Laufe der Diemel folgend, um dann entweder bei Holzminden oder nördlich, dem Ostrande des Eggegebirges und dann dem Thale der Nethe folgend, bei Höxter den Übergang über die Weser zu erzwingen. Herzog Georgs Plan faßte anscheinend einen dieser beiden letzten Wege hauptsächlich ins Auge — indessen war man dann auch Münden nahe genug, um es noch rasch genug erreichen zu können. Es ist nun wohl hauptsächlich Klitzings Schuld, daß dieser Gedanke Herzog Georgs bei den Verbündeten nicht einmal in Erwägung gezogen wurde. Nicht nur seine Ueberzeugung, daß Münden hauptsächlich bedroht sei, mehr noch die Besorgnis, daß Baner, wenn des Herzogs Plan befolgt würde, die Gelegenheit benutzen möchte, sich in den braunschweigischen Landen festzusetzen, hielten ihn trotz der von Georg erhaltenen Weisung davon ab, dessen Plan der Generalität mitzuteilen.

Ja er riet dem Herzog, falls der Gesandte Baners etwa Vorschläge derart machen solle, nicht darein zu willigen.[3]) Er selbst suchte dann Baner zu bewegen, mit der Armee zwischen Kassel und Münden Aufstellung zu nehmen, doch wollte der Feldmarschall davon zunächst noch

[1]) Klitzing an Herzog Georg 11./21. September.
[2]) Herzog Georg an Klitzing 11./21. September.
[3]) Klitzing an Herzog Georg 12./22. September.

Digitized by Google

nichts wissen, wollte vielmehr des Feindes Aufbruch abwarten; er erging sich sogar noch in ziemlich prahlerischen Versprechungen, er hoffe, falls der Feind nach der Weser zu aufbreche, ihm unterwegs noch einen tüchtigen Schlag zu versetzen. Dieser hatte jetzt seine gesamten Streitkräfte bei einander, am 11./21. September waren Gonzaga und Geleen eingetroffen, am 14./24. September[1]) auch Hatzfeld und Wahl. Erst als die Vereinigung dieser Streitkräfte schon nahe bevorstand, hatte sich Baner entschlossen, durch den Obersten Mortaigne sich mit Herzog Georg über die weiteren Maßnahmen zu verständigen, und ihm auch den so lange ersehnten Entwurf einer Kapitulation mitgegeben. Diese Übergehung ihrer Persönlichkeiten erhöhte übrigens die Mißstimmung der braunschweigischen Räte, sie hätten zum wenigsten gewünscht, daß einer von ihnen Mortaigne begleitet hätte. Sie wurden aber durch Klitzing davon abgehalten, der seinerseits das dringende Bedürfnis nach persönlicher Unterredung mit Herzog Georg hatte, aber wegen der rasch aufeinander folgenden Ereignisse auch nicht mehr dazu kam. Auch die Unterredung zwischen Herzog Georg und Mortaigne verlief ziemlich ergebnislos[2]) — der Herzog konnte nur bedauern, daß Baner ihm so spät erst Mitteilung zukommen lasse. Hinsichtlich der Kriegsoperationen war gerade in jenem Augenblick Bestimmtes kaum zu sagen — Georg sprach aber den Wunsch aus, daß man nicht ohne Not auf das rechte Ufer der Fulda und Weser gehe. Die von Mortaigne mitgebrachte Kapitulation genügte ihm auch jetzt noch nicht — indessen war nicht die Zeit, darauf weiter einzugehen. Des Herzogs Gedanken waren von anderen Dingen in Anspruch genommen; nach den verschiedensten Richtungen hin wurde seit Wochen seine Aufmerksamkeit gelenkt. Galt auch seine Hauptsorge den Bewegungen der Armeen südlich seines Landes, so ließ er doch den Osten nicht außer Acht — die Nachricht von der Versammlung kursächsischer und kurbrandenburgischer Truppen um Leipzig erregte schon in den ersten Septembertagen seine Besorgnis,[3]) die durch die über Celle gegen den 10./20. September zu ihm gelangende Mitteilung[4]) von der Einnahme Wittstocks durch die Brandenburger und deren Streifen

---

[1]) So nach Pufendorf und Klitzings Relation von diesem Tage; das Datum Theatrum Europaeum IV, 375 (20./30. September) ist danach zu berichtigen.

[2]) Resolution Herzog Georgs vom 15./25. September.

[3]) Herzog Georg an den Kommandanten von Halberstadt, Oberst Ruth 26. August / 5. September.

[4]) Christian von Bardeleben an Hofmarschall von Petersdorff. Lüneburg 6./16. September; am 10./20. September an Herzog Georg übersandt.

Digitized by Google

bis Wittenburg in Mecklenburg und die dadurch entstehende Unsicherheit der Elblinie erhöht wurde.

Von Lemgo aus begannen die Kaiserlichen die links der Weser liegenden braunschweigischen Ortschaften zu plündern und niederzubrennen[1] — ein Vorgeschmack, was dem Lande bei einem Einfall der feindlichen Armee bevorstehe. Vom Harz her kamen dringende Hülfegesuche aus Walkenried, das von streifenden Rotten übel zugerichtet war. Daneben blieb die Sorge, wie man die Weserlinie decken solle. Im wesentlichen hatte man dafür die neugeworbenen Völker zur Verfügung — namentlich Herzog August hatte durch solche Holzminden besetzt — Höxter hatte nur eine ganz schwache Garnison von wenig hundert Mann. Eine Verstärkung der regulären Truppen war wohl kaum mehr möglich; hatte man doch im August in Celle sogar den Plan entworfen, die Kompagnien zu Pferde auf 60 Köpfe zu reduzieren — ein Gedanke, der sicherlich in der Ratsstube ausgeheckt war und unbegreiflicher Weise sogar die Billigung Herzog Augusts fand.[2] Ob er Herzog Georg überhaupt vorgelegt wurde, läßt sich nicht erkennen — es war jedenfalls zunächst nicht weiter davon die Rede. Da aber die letzten Werbungen, die kaum vollendet waren, bei den Landständen, namentlich lüneburgischen Teils, schon auf so große Schwierigkeiten gestoßen waren, so war man auf das Aufgebot der Ritterschaft und vom Lande angewiesen. Klitzing riet daher dem Herzog schon am 11./21. September, das Landvolk zum Schutze Mündens aufzubieten.

Während man im Lager der Verbündeten noch immer die widersprechendsten Ansichten über die Pläne des Feindes hatte — man hielt selbst jetzt noch einen Abmarsch nach Oberhessen und Franken nicht für ganz ausgeschlossen, während man anderseits doch auch die Möglichkeit eines Vorgehens gegen Höxter ins Auge faßte, Münden jedoch für das wahrscheinlichste Ziel der Angriffe hielt — brachen die vereinigten kaiserlichen und liguistischen Truppen am 15./25. September auf und marschierten am Westabhange des Habichtswaldes in nördlicher Richtung über Wolfshagen nach Warburg. Es war ein Unglück, daß Baner gerade um diese Zeit durch seine Vermählung in Waldeck in Anspruch

[1] Herzog Georg an die Kommandanten von Minden, Osnabrück, Hameln 2./12. September.

[2] Herzog Augustus an Herzog Friedrich 14./24. August. Man wäre versucht, einen Irrtum in der Datierung anzunehmen und das Aktenstück in das Jahr 1641 zu verlegen, wenn nicht Herzog Georg erwähnt würde, dessen Zustimmung zu diesem Vorschlage Herzog Friedrich erlangen soll.

Digitized by Google

genommen war, denn es fehlte dadurch in den entscheidenden Stunden an dem raschen Entschlusse. Auch nachdem der Feldmarschall zurückgekehrt war — das Hauptquartier war inzwischen nach Haus Waldeck verlegt — kam zunächst keine rechte Klarheit in die Operationen der Verbündeten. Selbst jetzt war man sich über die Absichten des Feindes noch nicht klar. Es war ja freilich denkbar, daß der Feind die Nordrichtung zunächst nur einschlug, um den Gegner zu täuschen, und dann nördlich des Habichtswaldes mit einer Rechtsschwenkung auf Münden ging — sobald aber der Feind Warburg erreicht hatte, konnte doch nur einer der Weserübergänge sein Ziel sein. Klitzing faßte zunächst beide Möglichkeiten ins Auge, kam aber nur zu einem halben Entschlusse. Anstatt, wie es zweifellos die Lage erforderte, sofort mit den gesamten braunschweigischen Hilfsvölkern zum Schutze des Landes aufzubrechen, ließ er zunächst nur das schwedische Dragonerregiment des Obersten Braun und zwei hessische Dragonerkompagnien auf Münden gehen, mit der Weisung, je nach dem Marsche des Feindes dieses zu halten oder sich nach Höxter zu werfen. Oberst Braun überzeugte sich dann anscheinend während des Marsches rasch von der Lage und erreichte Höxter noch rechtzeitig. Auch politisch war es ein Fehler Klitzings, hier fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen, entsprach keinenfalls den Intentionen Herzog Georgs, der bis zuletzt darauf bedacht war, die fremden Truppen seinem Lande fern zu halten.

Die Verbündeten beschlossen inzwischen auf Kassel zu gehen und dort erst, wenn man Klarheit über die Ziele des Feindes habe, ihre weiteren Pläne zu fassen. Strategisch ist dieser Entschluß kaum zu rechtfertigen; von Kassel aus war man wohl in der Lage Münden zu decken, ging dagegen des Feindes Absicht auf die Weserpässe — und damit rechnete man doch auch schon damals — so waren diese von Kassel aus, sobald der Feind die Diemellinie besetzt hatte, nur noch auf dem ungleich weiteren Wege am rechten Fulda- und Weserufer zu erreichen, da beide Flüsse zahlreiche Windungen machen, das Bergland des Kaufunger-, Bram- und Sollingerwaldes aber größere Heeresmassen dazu zwingt, der Flußtäler sich zu bedienen. Es wäre daher durch die Kriegslage geboten gewesen, in möglichster Eile die Gesamtmasse der Kavallerie über Kassel und dann nordwärts in der von der Esse durchflossenen Senke zwischen Habichts- und Reinhardswald auf die Diemel vorgehen zu lassen, die man parallel mit den kaiserlichen Armeen marschierend, gleichzeitig mit diesen, aber der Weser näher zu erreichen hoffen konnte. Anderseits hätte man ihnen auf diese Weise, falls ihre

Digitized by Google

Absicht auf Münden gerichtet war, auch diesen Weg verlegt. Zum mindesten aber hätte die Armee nicht, wie es geschah, mehrere Tage bei Kassel still liegen dürfen, sondern sich um Münden konzentrieren müssen; auch dann wäre es vielleicht noch möglich gewesen, das Unheil abzuwenden. Daß man jenen ersten Weg nicht einschlug, obwohl Klitzing wenigstens wußte, daß er Herzog Georgs Ansichten entsprochen hätte, mag auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten zurückzuführen sein,[1]) vielleicht auch auf eine Unterschätzung der Gefahr — daß man aber auch jene zweite Möglichkeit außer Acht ließ, mag aus politischen Rücksichten hervorgegangen sein; man wollte vielleicht ohne Herzog Georgs Zustimmung dessen Land nicht betreten. Dabei kann ja auch der von Le Laboureur angedeutete Gedanke mit eine Rolle gespielt haben, daß man mit der Hülfeleistung zögern wollte, bis man von Herzog Georg selbst gerufen wurde, um auf diese Weise seine Ansprüche auf Winterquartiere in braunschweigischen Landen um so besser begründen zu können. Baner war demnach der Meinung, daß zunächst Klitzing mit den braunschweigischen Hülfstruppen vorausrücken und den Schutz Mündens oder der Weserlinie übernehmen solle. Dieser brach denn auch mit der braunschweigischen Kavallerie am 16./26. September von Waldeck in der Richtung gegen Münden auf, die Fußtruppen folgten. Inzwischen hatte Herzog Georg, der schon am 13./23. September von dem Kommandanten von Höxter benachrichtigt war, daß allem Anscheine nach des Feindes Absicht gegen diesen Punkt gerichtet sei, Pape und den Generalmajor Pithan nach Münden geschickt, wo sie mit Klitzing zusammentreffen und sich dann gemeinsam nach Kassel zu Baner begeben sollten. Sie sollten dem Feldmarschall noch einmal den Plan des Herzogs betreffs der Aufstellung des Heeres an der Diemel und Weser darlegen, auch jetzt noch den Einmarsch fremder Truppen in die braunschweigischen Lande möglichst zu hindern suchen, falls es aber sich nicht umgehen ließe, sich von ihnen für ihren Marsch ganz enge Grenzen — möglichste Beschränkung auf das Weserthal — zusichern lassen. Während die beiden Gesandten in Münden noch auf Klitzing warteten, hatte dieser sich am 18./28. September von Landwehrhagen aus nach Kassel zu Baner begeben, um sich von ihm weiteren Befehl zu holen. Schon dieser Umstand ist auffallend,

[1]) An der sehr verwirrten und ungenauen Darstellung Le Laboureurs, S. 229 (die dort behaupteten Unterredungen zwischen Baner und Guébriant können keinenfalls nach der Eroberung von Höxter stattgefunden haben), mag soviel richtig sein, daß Baner und Guébriant sich nicht gleich über den einzuschlagenden Weg einigen konnten; die Darstellnng im einzelnen ist durchaus unglaubwürdig.

Digitized by Google

denn Klitzing hatte von dem Feldmarschall bereits die Weisung, über Münden auf Höxter vorzugehen, um am rechten Weserufer gegenüber diesem Orte die Bewegungen des Feindes zu beobachten. Noch auffallender aber ist die Langsamkeit und Unentschlossenheit, die Klitzing in diesen entscheidenden Tagen zeigte. Auf das ganz unsichere Gerücht hin, daß Höxter schon vom Feinde besetzt sei, blieb er zwei Tage südlich des Solling an der Weser halten; er wagte, ungewiß, wo Baner stehe, keine selbständige Entscheidung zu treffen, so daß Herzog Georg ihn dringend mahnen mußte, energisch vorzugehen und selbständig zu handeln.[1]) Denn Umsicht, Tatkraft, Eile waren freilich jetzt geboten, wenn man den Feind nicht im Lande haben wollte. Allerdings, als Herzog Georg diese Zeilen an Klitzing schrieb, war das Unheil schon geschehen. Der Feind hatte ungehindert die Diemel bei Warburg überschritten und war von dort nordöstlich über Borgholz auf Beverungen an der Weser gegangen, das er am 18./28. September erreichte. Die Bewohner vermochten sich noch mit ihrem Vieh zu retten, aber dadurch wurde es den Amtleuten auch wieder sehr erschwert, das nötige Aufgebot zum Schutze des Stromes zusammenzubringen, der um so gefährdeter war, als ein sehr niedriger Wasserstand herrschte[2]). Am gleichen Tage begann der Vortrab der feindlichen Armee den Angriff gegen Höxter. Der Ort war schlecht befestigt, die Besatzung bestand nur aus zwei Kompagnien unter Niclas Meiler,[3]) wozu dann die schwedischen und hessischen Dragoner unter Oberst Braun gekommen waren. Daß diese dem Ansturm der feindlichen Armee nicht lange würden stand halten können, war klar, aber sie waren auch nicht einmal in der Lage, den Übergang des Feindes über die Weser zu hindern — am 21. September/1. Oktober früh fiel ohne Widerstand das Haus Fürstenberg, oberhalb Höxter am rechten Weserufer gelegen, in des Feindes Hand.

Noch ehe Herzog Georg diese Unglücksbotschaft erhielt, hatte er die Erkenntnis gewonnen, daß es ihm nicht mehr möglich sei, die Weserlinie durch seine eigenen Völker zu schützen und daß er daher gezwungen sei, da nunmehr kein anderer Weg mehr blieb, die Verbündeten in sein Land

---

[1]) Herzog Georg an Klitzing 20./30. September. „Allermaßen Ihr dann in diesen und andern dergleichen Fällen nicht alles auf meine Spezialordre zu stellen, besondern dasjenige ungesäumt zur Hand zu nehmen habet, was ratio des Krieges erfordert."

[2]) Amtmann Boden an Herzog Georg 19./29. September.

[3]) Die Angabe des Theatrum Europaeum IV, 375, daß Pithan die Verteidigung Höxters geleitet habe, beruht auf Irrtum.

Digitized by Google

zu nehmen. Es war zweifellos für den Herzog eine schwere und bittere Stunde, als er mit seinen Räten diesen Beschluß faßte; die ganze Bitterkeit und Resignation spricht sich in dem Votum aus[1]), das hier seine Stelle finden mag. „Als der casus summae necessitatis anitzo leider obhanden und es also beschaffen ist, daß wir entweder sterben, verderben und das Land verlieren oder aber uns nächst der göttlichen Allgewaltigen auch der Alliierten menschlichen Hülfe mit bedienen müssen, so haben Illst. Ser. als des Landesfürsten Fr. Gn. für sich resolvieret, es ist auch insgemein und zwar einhelliglich in pleno geschlossen, daß die sämtliche conjungierte Armeen auf Huxar [Höxter] und etwa Holzminden zugehen, allda den Übergang des Feindes äußerst verhindern uud dargegen vornehmen sollen, was die raison des Krieges erfordert. Ob nun wohl die hieraus erfolgende Ruin männniglich für Augen stehet, so hat doch dieses und die naturalis defensio als minus malum elegieret werden müssen, und will auch soll man hierbei soviel immer möglich, daß die Armeen dennoch certis legibus et conditionibus gefasset werden und darüber nicht zu gehen versprechen müssen. Den eventum, daß sie solches halten werden, auch den eventum insgemein kann niemand praestieren, noch ist dazu jemand verbunden. Man muß denselben und dieses ganze negotium des grundgütigen Gottes Gnaden, Güte und Barmherzigkeit anheimstellen".

Daß man sich darüber völlig klar war, daß man den einmal ins Land gerufenen Verbündeten sobald nicht wieder los werden würde, geht aus diesem Votum jedenfalls hervor, und der Stoßseufzer, den Klitzing in seinem Schreiben an Herzog Georg vom 18./28. September von sich gab, er wünsche Baner stehe bei Prag und die Weimarischen bei Eger, mag in Göttingen Widerhall gefunden haben. Jedenfalls wollte man versuchen, die Verbündeten möglichst auf die der Weser zunächst liegenden Aemter zu beschränken[2]); wer diese Linie überschreite, solle von den Garnisonen wie von den Landleuten als Feind behandelt werden.

Inzwischen war Baner von Kassel aufgebrochen, hatte Münden am 20./30. September erreicht; hier mag er dann die auf dem Votum beruhende Aufforderung Herzog Georgs erhalten haben. Jedenfalls wurde nun der Beschluß gefaßt, in möglichster Eile nach der Weser zu marschieren, um die am meisten bedrohten Punkte zu sichern. Denn auch für die

[1]) Sept. 20./30.

[2]) Notul, die Baner vorzulegen. Undatierter Entwurf, wohl am gleichen Tage mit dem Votum abgefaßt.

Digitized by Google

Verbündeten kam alles darauf an, daß der Feind nicht erst in das Land eindringe; jeder Tag feindlicher Besetzung verschlechterte für sie die Winterquartiere, ganz abgesehen davon, daß der Feind leichter an der Weser zurückzuhalten als über sie zurückzuwerfen war. Um rasch vorwärts zu kommen, ließ Baner die Reiterei bei Witzenhausen über die Werra gehen, während die Fußtruppen den Fluß bei Münden auf einer Schiffsbrücke überschreiten sollten. Auch dabei gingen noch kostbare Stunden verloren, da der Kommandant sich weigerte, die Brücke ohne ausdrücklichen Befehl Herzog Georgs schlagen zu lassen, und erst durch Baners hier durchaus berechtigte Drohungen zum Nachgeben gebracht wurde[1]). Während hier energisch gehandelt wurde, beging Klitzing eine Kopflosigkeit nach der andern. Selbst wenn er nicht mehr die Möglichkeit gehabt hätte, angesichts der feindlichen Armee die Weser zu überschreiten und sich nach Höxter zu werfen: er hätte doch mit seiner Kavallerie den Feind am Übergang über die Weser hindern können, sowie Herzog Georg es bestimmt von ihm erwartete. Aber zwei Stunden nachdem er dessen energische Ordre erhielt, war freilich Fürstenberg schon vom Feinde genommen, während Klitzing wenige Stunden davon bei Uslar am Solling stand. Während er für diese rasche Übergabe Worte heftigen Tadels fand, entschuldigte er sich auch jetzt noch mit seinen geringen Streitkräften, da seine Infanterie nicht so rasch habe folgen können. Freilich, hätte er gewußt, daß Baner folge, so hätte er etwas wagen können. Aber schlimmer noch war es, daß er jetzt überhaupt die ganze Weserlinie preisgeben und sich auf die Verteidigung der Leinelinie beschränken wollte. Noch hielt sich Höxter, noch waren doch erst geringe Abteilungen des Feindes auf dem rechten Weserufer, aber ihn beherrschte der Gedanke, daß die gesamte ihm untergebene braunschweigische Streitmacht dem Untergange preisgegeben und damit das Land in der größten Gefahr sei, wenn er sich nicht auf die Leinelinie zurückziehe. „Besser ein paar hundert Dörfer ausgeplündert als ein ganzes Land verloren[2])", das war der Gedanke, aus dem heraus er glaubte handeln zu müssen. Von dieser Überzeugung befangen gab er Oberstleutnant Schlüter, der

---

[1]) Hermeling an Herzog Georg 20./30. Sept. Otto Otto an Herzog Georg 21. Sept./1. Oktober.

[2]) Klitzing an Herzog Georg 21. Sept./1. Oktober. Uslar. Bei Decken IV, Nr. 362 ein allerdings kürzeres Schreiben sehr ähnlichen Inhalts vom 20. Sept. aus Oelsheim, das ich in den Akten nicht gefunden habe. Entweder liegt eine Flüchtigkeit Deckens vor, oder Klitzing hat — wie in diesen Tagen auch sonst — in der Aufregung Schreiben fast gleichen Inhalts an Herzog Georg geschickt.

Digitized by Google

mit seiner Infanterie erst wenige Stunden nördlich von Münden stand, anscheinend unmittelbar unter dem Eindruck der Nachricht von der Einnahme Fürstenbergs, den Befehl auf Eimbeck zu marschieren. Bei Varlosen am Bramwalde traf ihn dann mündliche Gegenordre, wahrscheinlich, weil Klitzing inzwischen Nachricht vom Aufbruche Baners erhalten hatte. Aber ungewiß, ob er dieser durch den Aufwärter Klitzings ihm überbrachten Nachricht trauen dürfe, setzte Schlüter seinen Marsch auf Eimbeck fort[1]). So verzettelten sich in diesem wichtigen Augenblicke durch Klitzings Schuld die braunschweigischen Streitkräfte, so daß nunmehr allerdings nur noch die Verbündeten Hülfe bringen konnten. Denn schon drohte auch an anderen Punkten Einbruch des Feindes. Bei Holzminden hatten die Kaiserlichen am 19./29. September die gesamte, wie bemerkt fast ausschließlich aus Neugeworbenen bestehende Besatzung Herzog Augusts[2]) an demselben Tage, wo sie Fürstenberg überrumpelten, vernichtet, waren von dort landeinwärts gestreift und hatten hier auch Bevern eingenommen. Und schon gingen sie daran, an verschiedenen Punkten Schiffsbrücken zu bauen. Jetzt konnte Herzog Georg Klitzing auch nur noch raten, Baner zu erwarten, allein nicht mehr zu weit vorzugehen.[3]) Klitzing zog sich denn auch nur von Uslar an die Weser nach Bodenfelde; hier begegneten ihm der Kommandant von Höxter und Oberst Braun, die ihm mitteilten, daß sie den Ort nicht länger hätten halten können. Nicht einmal der mit dem Feinde gemachte Akkord freien Abzuges mit den Truppen war ihnen gehalten — man hatte ihnen die Truppen abgenommen, nur sie selbst ziehen lassen.[4]) Die schwache Besatzung hatte in der Tat alles geleistet, was in dem schlecht befestigten Orte möglich war. Vom 28. September bis zum 2. Oktober hatten sie sich gegen die große Übermacht gehalten. Ihr tapferer Widerstand hatte mit dazu beigetragen, daß die Hauptmacht des Feindes noch auf dem linken Weserufer stand; daneben hatte sich freilich bei diesem das Fehlen des nötigen Brückenmaterials empfindlich bemerkbar gemacht. Baner war jedenfalls schwerlich berechtigt, dem Obersten Braun, wie er es in Gegenwart der braunschweigischen Räte tat, so heftige Vorwürfe zu machen; der Feldmarschall war allerdings wohl mehr über den Verlust der Truppen

[1]) Schlüter an Herzog Georg 20./30. Sept.

[2]) Nach Elster, Gesch. der stehenden Truppen I, 61 hatte Herzog August am 7./17. Sept. 8 Komp. zu Fuß und 2 zu Pferde nach Holzminden beordert; davon ging je eine Kompagnie nach Fürstenberg und Bevern.

[3]) Herzog Georg an Klitzing 21. Sept./1. Okt.

[4]) Nach dem Berichte Ottos an Herzog Georg 22. Sept./2. Okt.

Digitized by Google

als über den des festen Platzes erregt, aber auch daran trug der Oberst kaum eine Schuld. Auch die braunschweigischen Räte hatten über Baner zu klagen; es war ein Vorgeschmack von dem, was kommen würde, wenn er sich weigerte, die ihm vorgelegte Klausel über die von seiner Armee innezuhaltende Marschroute zu unterschreiben: er wollte sich die Winterquartiere nach eignem Gutdünken wählen. Der Augenblick war auch wenig danach angetan, mit Baner zu verhandeln, wo es zu handeln galt. In Eilmärschen rückte dieser nordwärts, schon am 23. September / 3. Oktober konnte er von Fürstenberg aus dem Herzog Georg berichten, daß er den Feind — hauptsächlich Kroaten — über die Weser zurückgetrieben habe, so daß die fürstlichen Lande von der feindlichen Invasion glücklich befreit seien. Der Herzog mochte wohl froh sein, daß so diese Gefahr noch glücklich beseitigt war, aber das bittere Gefühl mußte ihn auch beschleichen, daß alle Opfer, die er wie die beiden andern Herzöge seit dem Frühjahr gebracht hatten, vergeblich gewesen waren. Umsonst die zweimalige Hülfesendung bedeutender Truppenmengen; umsonst die ungeheueren Aufwendungen an Proviant und Munition[1]), womit man durch Monate auch die Verbündeten versorgt hatte: was man dadurch hatte vermeiden wollen, war fehlgeschlagen; immer näher hatte sich der Kriegsschauplatz den braunschweigischen Landen gezogen und ihn schließlich noch berührt. Und daß man nicht den Feind mitten im Lande hatte, verdankte man nicht eigner Kraft, sondern dem Eingreifen der Verbündeten, denen man zum Dank dafür die Winterquartiere gewähren mußte — man wußte, welche Summe von Elend und welche Kosten das für das Land bedeuten würde. In der Tat, es läßt sich nicht leugnen: Herzog Georgs Politik hatte eine völlige Niederlage erfahren. Und doch wird man nicht sagen können, daß diese Politik an und für sich verkehrt gewesen sei. Nicht nur die Zweideutigkeit der kaiserlichen Politik in den das Privatinteresse der Herzöge berührenden Fragen zwang Braunschweig-Lüneburg zum erneuten Anschluß an Schweden, sondern auch die einfache Erwägung, daß ein völliges Überschwenken zur kaiserlichen Seite, wie es von dort gefordert wurde, mit Bestimmtheit den Kriegsschauplatz oder zum mindesten eine der kriegführenden Parteien in die Braunschweiger Lande führen würde. Verkehrt war nicht der Gedanke, verkehrt war nur die Ausführung, die

[1]) Nach einer Abrechnung 2./12. Okt. 1640 waren für die alliierten Armeen geliefert worden 646621 Pfund Brot, 1169 Malter Mehl, 588 Malter Korn; mit Ausnahme von 18040 Pfund Brot, die die Hessen gestellt hatten, war alles von den Proviantmeistern in Göttingen und Münden geliefert.

Digitized by Google

fast immer auf halbem Wege stehen blieb. Entweder man unterstützte Schweden, dann aber auch rasch und ausgiebig, oder man behielt seine gesamten Streitkräfte zum Schutze des Landes zusammen. So schwankte man zwischen beiden Wegen hin und her, kam beidemal mit der schließlich doch gewährten Hülfe zu spät und verpuffte sie dadurch nutzlos. Der Einfall des Feindes hätte dann wenigstens dem Lande erspart bleiben können, wenn man statt der zu spät nach Hessen entsandten Truppen diese im Lande und an der Weser behalten hätte. Zweifellos trifft Herzog Georg nur zu einem geringen Teile die Schuld an diesem unheilvollen Schwanken, obwohl wir das auch auf ihm persönlich lastende Gefühl der Verantwortung, das gerade in wichtigen Augenblicken seine Entschlußfähigkeit lähmte, nicht ausschalten dürfen. Schlimmer aber waren doch die dieser ganzen Politik entgegengesetzten Strömungen im fürstlichen Hause, das Streben, es mit dem Kaiser nicht zu verderben, sich, wie Herzog August es einmal ausdrückte, „die Gnadentüre nicht zu verschließen." Denn um dem Beschönigungssystem, zu dem man aus diesem Grunde dem Kaiser gegenüber gezwungen wurde, wenigstens etwas festen Boden zu geben, verzögerte man die Hülfesendung so lange wie möglich und war stets ängstlich darauf bedacht, sie nicht als unter dem Oberbefehl Baners stehend gelten zu lassen. Deswegen auch stets die Weigerung, sie etwa zum Angriff gegen das Gebiet der Gegenpartei vorgehen zu lassen. Denn die Braunschweiger Lande waren darum von ihren Truppen nicht mehr entblößt, wenn sie statt in Thüringen oder Hessen in Böhmen oder Franken gestanden hätten. Freilich hätte man dadurch endgültig mit dem Neutralitätsgedanken gebrochen. Und eben dazu konnte sich selbst Herzog Georg damals noch nicht entschließen. Deswegen war er auch dafür, daß die braunschweigischen Gesandten ihre Bemühungen in Nürnberg und später in Regensburg fortsetzten, selbst zu einer Zeit, wo er sich unmittelbaren Nutzen nicht davon versprach.

Digitized by Google

Kapitel V.

Das Ende des Nürnberger Kurfürstentages. Der Reichstag zu Regensburg bis zur Abreise des Lampadius.[1])

Für die braunschweigischen Gesandten in Nürnberg hatte seit dem Bekanntwerden der Vereinigung in Thüringen eine unerquickliche Zeit begonnen. Von allen Seiten mit Fragen bestürmt, mit Vorwürfen überschüttet über Ereignisse, über die sie genau soviel wußten wie die, die an sie deswegen herantraten, konnten sie, nachdem das Anzweifeln der einlaufenden Nachrichten nicht mehr möglich war, nur mit allgemein gehaltenen Redewendungen antworten. Auch ehe sie von ihren Fürsten über diese Angelegenheit Nachricht und Anweisung erhielten, gaben sie ihre Antworten doch ganz in deren Sinne, wenn sie immer wieder betonten, die auch ihnen überraschend gekommenen Entschlüsse ihrer Herzöge könnten nur aus der Notwendigkeit der Verteidigung hervorgegangen sein. Denn überraschend war ihnen ja in der Tat dieser folgenschwere Beschluß des Hauses Braunschweig-Lüneburg gewesen; nichts in ihrer Instruktion, nichts in der, wie wir sahen, allerdings spärlichen Korrespondenz konnte ihnen auch nur eine Vermutung dessen, was inzwischen in der Heimat geschah, nahe bringen. Seinen Unmut darüber verhehlte Lampadius nicht;[2]) schwerer aber ist es zu entscheiden, wie er über die Richtung, die die braunschweigische Politik damit einschlug, dachte. Wohl klingt in seinen Relationen in der nächsten Zeit hin und wieder ein Ton der Unlust und der Verdrossenheit an; die Zwecklosigkeit des kostspieligen Aufenthalts wird mehr als einmal betont, aber sonst findet sich nicht ein Wort des Tadels oder der Kritik über das Geschehene, und es wäre gewagt, aus jener Stimmung allein Rückschlüsse auf die Beurteilung der braunschweigischen Politik durch Lampadius zu machen. Vergegenwärtigen wir

[1]) Akten und Literatur für den Kurfürstentag im wesentlichen wie Kapitel 2. Für den Reichstag zu Regensburg s. unten.

[2]) Lampadius an die kalenbergische Regierung. 22. Mai/1. Juni.

Digitized by Google

uns aber, daß es zunächst den Anschein gewann, als ob die von ihm bislang betriebene Politik, die Braunschweig-Lüneburg eine einflußreiche Stellung bei den Reichstags- und künftigen Friedensverhandlungen sichern und deren Herzögen so auch für ihre Privatanliegenheiten günstigen Boden schaffen sollte, dadurch völlig unmöglich gemacht würde, so werden wir doch nicht irregehen, wenn wir aus jenen mehr äußerlichen Anzeichen auf eine tiefere Mißstimmung über die Schwenkung in der Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg schließen.

Zunächst freilich übersah Lampadius die neue Lage doch nicht völlig. Eine Zeit lang schien es ihm noch möglich, daß die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze in Thüringen keinen größeren Einfluß auf die Verfolgung der von ihm angeknüpften Verhandlungen haben würde. Noch am 23. Mai/2. Juni berichtete er Herzog Georg, daß er die Zustellung des Reichstagsausschreibens für die braunschweigischen Fürsten in den nächsten Tagen erwarte; und als die Konjunktion dann völlig offenkundig war, versicherte der kurmainzische Gesandte ihm doch,[1]) daß die Kurfürsten auch jetzt noch die Vermittlung in der hildesheimischen Sache weiterführen wollten, wenn nur endlich von braunschweigischer Seite Vollmacht und weitere Instruktion einträfen. So verfolgte er denn auch seine Pläne hinsichtlich der Zuziehung der Krone Schweden zu den Reichstagsverhandlungen weiter. Da es schon damals sicher erschien, daß sie von dem Kaiser wie von den Kurfürsten nicht zum Erscheinen aufgefordert werden würde, riet er Herzog Georg, die Vermittlung des Königs von Dänemark in dieser Angelegenheit in Bewegung zu setzen. Er ahnte damals noch nicht, daß er, der hier einer auswärtigen Macht die Teilnahme an der Reichsversammlung verschaffen wollte, selbst bald den Kampf um die Zulassung des eigenen Fürstenhauses führen mußte. Denn der Eindruck, den die Vorgänge in Thüringen auf die gesamte politische Welt machte, war denn doch sehr viel tiefer, als Lampadius aus dem Verhalten der kurfürstlichen Gesandten in Nürnberg schließen konnte. Gerade der König von Dänemark war einer der ersten, der dem Kaiser sein unverhohlenes Mißfallen über die Wege, die Herzog Georgs Politik eingeschlagen hatte, kundgab.[2]) Er hatte denn auch die Genugtuung, daß Ferdinand III. ihn

[1]) Lampadius an Herzog Georg 5./15. Juni. Die Bemerkung v. Brockhaus S. 213, daß nach dem Bekanntwerden der Konjunktion am 21./31. Mai „jeder offizielle und private Verkehr" mit den braunschw. Abgeordneten geruht habe, ist also irrig; der private Verkehr hat überhaupt keine Unterbrechung erlitten, auch der offizielle wohl nur kurze Zeit.

[2]) Christian IV. an Ferdinand III. 4./14. Juni. Gebr. Londorp IV, 834. Antwort des Kaisers 16. Juli (n. St.).

Digitized by Google

von jeglicher Schuld an diesem Ereignis freisprach. Mochte der König selbst glauben, durch sein Entschuldigungsschreiben seine Pflicht in dieser ihm höchst lästigen Angelegenheit erfüllt zu haben, so war ihm doch von anderer Seite eine Rolle zugedacht, in der er seine Gesinnungen auch betätigen sollte. Es war Kurfürst Johann Georg, der erfüllt von bitterem Unmut und zugleich von tiefer Sorge den König zur Einwirkung auf die braunschweiger Herzöge zu bewegen suchte.[1]) Er glaube nicht daran, schrieb er, daß die Herzöge von Braunschweig nur zur Verteidigung ihrer Lande sich mit den Schweden vereinigt hätten. Nun fürchte er zwar nicht, daß „die gerechten kaiserlichen Defensionswaffen" durch die Handlungsweise der Braunschweiger eine völlige Niederlage erleiden würden, doch sehe man auch hieraus wieder, daß Religion und Freiheit für die auswärtigen Kronen nur die Vorwände seien, um alle Länder an der Ost- und Nordsee vom Reiche abzuziehen und dann schließlich dieses ganz unter ihre Gewalt zu bringen. Sehr wichtig wäre es für ihn, zu wissen, ob nur einer der Braunschweiger Herzöge — gemeint ist natürlich Georg — oder alle drei dem Feinde sich angeschlossen hätten. Auch möchte er gern die Gründe erfahren, die zu diesem Schritte Veranlassung gegeben hätten. Die von den Herzögen selbst angeführten: der vorjährige Kreisschluß der niedersächsischen Stände und die Zurückhaltung Wolfenbüttels, erschienen ihm hinfällig. Die Herzöge hätten es durch ihre zweideutige Haltung selbst verschuldet, daß der Kaiser nicht wagen könne, ihnen Wolfenbüttel zurückzugeben. Welche Gründe aber auch die Herzöge getrieben haben möchten, so hätte das Kurfürstenkolleg in Nürnberg doch beschlossen, ihr Verhalten beim Kaiser zu entschuldigen und ihn zu bitten, den Herzögen von Braunschweig zuzusichern, daß sie und ihre Lande von ihm keine Feindseligkeiten zu befahren hätten, wenn sie sich vom Feinde gänzlich trennen und ihm fernerhin keinen Vorschub leisten wollten. In der Tat ging das hier erwähnte Schreiben in jenen Tagen von Nürnberg an den Kaiser ab, auch hier wurde die Vermittlung Dänemarks vorgeschlagen;[2]) auch der Kurfürst von Sachsen wandte sich in dieser Angelegenheit an den Kaiser.

---

[1]) Schreiben an Herzog Friedrich von Holstein 15./25. Juni. Gedr. Londorp IV, 835 f. Der Kurfürst hatte in gleichem Sinne an den König von Dänemark geschrieben, da er aber dessen Aufenthalt nicht kannte und Verzögerung fürchtete, bat er auch Herzog Friedrich um Vermittlung.

[2]) Nach Koch, Geschichte des Deutschen Reiches unter Ferdinand III. I, 195 am 16. Juni (neuen Datums), vergl. Brockhaus S. 215. Schreiben des Kurfürsten von Sachsen vom 10. Juli (neuen Stils?).

Digitized by Google

In Wien war man zunächst gesonnen, scharf gegen Braunschweig-Lüneburg vorzugehen. Die Berufung zum Reichstage, die angeblich Gebhard schon mit nach Nürnberg gebracht hatte, wurde den braunschweigischen Gesandten nicht ausgehändigt, und auf das Schreiben der Herzöge vom 25. Mai erfolgte von Regensburg aus, wo der Kaiser seit Ende Mai weilte, am 1./11. Juni eine sehr energische Antwort[1]). Zurückziehung ihrer Truppen von den Schweden wurde gefordert; die Herzöge erinnerte der Kaiser an ihre Pflicht und an ihre zu Prag ihm gegebenen Versprechungen. Auch an die Stände des niedersächsischen Kreises wandte sich der Kaiser und ermahnte sie, sich von Braunschweig-Lüneburg nicht zum Abfall verführen zu lassen,[2]) ja sogar auf die braunschweigischen Landstände suchte er einzuwirken, wie auch sein Bruder Leopold Wilhelm den Kurfürstentag zu einem ähnlichen Vorgehen — allerdings vergeblich — zu bewegen gesucht hatte.[3])

Der Umstand indessen, daß gerade von Bayern die Anregung ausgegangen war, den Braunschweigern goldene Brücken zu bauen, blieb doch auch am kaiserlichen Hofe nicht ohne Wirkung. Nach anfänglichem Ausweichen gab der Kaiser am 10./20. Juni tatsächlich die von den kurfürstlichen Gesandten erbetene Erklärung zu Gunsten Braunschweig-Lüneburgs und Hessens ab; Kopien dieser Erklärung wurden drei Tage später an die beteiligten Mächte[4]) und auch an Christian von Dänemark gesandt. Dieser hatte,[5]) nachdem das Schreiben des Kurfürsten von Sachsen ihn erreicht hatte, sofort an Herzog Georg geschrieben und glaubte aus dessen darauf erfolgter Verantwortung schließen zu können, daß er „bald eine andere Resolution fassen dürfte", sein Schreiben also

[1]) Nach Koch I, 198. Ich habe das Schreiben in den Akten nicht gefunden.

[2]) Kopie dieses Schreibens vom 6./16. Juli übersandte der Herzog von Mecklenburg am 14./24. August dem Herzog Friedrich von Braunschweig-Lüneburg und äußerte sich dabei selbst sehr kühl über die ihm von den Herzögen zugegangene Verteidigung der geschehenen Konjunktion.

[3]) Brockhaus S. 215. Die kurfürstl. Gesandten lehnten das Ansinnen des Erzherzogs ab, weil sie nicht die Rebellion der Untertanen begünstigen wollten; Koch a. a. O. hält dagegen bezeichnenderweise das Vorgehen des Kaisers für durchaus gerechtfertigt.

[4]) Um dieses Schreiben handelte es sich jedenfalls, als der kurmainzische Gesandte am 12./22. Juni Lampadius zur Besprechung auffordern ließ. Dieser wollte aber über den Inhalt in seiner Relation nicht berichten; schob es vielmehr auf mündlichen Bericht.

[5]) Pentz an Graf Kurtz 13./23. Juli. Dazu stimmt nicht die Angabe von Koch a. a. O., daß Christian von Dänemark sich geweigert habe, die Vermittlung zu übernehmen.

Digitized by Google

nicht ohne Wirkung gewesen sei. An eine Berufung der Braunschweiger oder Hessen zum Reichstage dachte man aber auch jetzt am kaiserlichen Hofe natürlich nicht.

Inzwischen hatte aber auch Lampadius die Wirkungen der veränderten Politik seines Fürsten erfahren müssen. Wenn er anfangs nur gemeint hatte, daß gerade jetzt die Zeit nicht günstig sei, wegen Wolfenbüttel zu verhandeln, so wurde es ihm ein paar Wochen später nun doch klar, daß auch in der Hildesheimer Angelegenheit nichts mehr zu machen sei; „die hildesheimische Sache, Wolfenbüttel und die vorgangene conjunctiones hangen itzo aneinander", schrieb er am 9./19. Juni. Dagegen hoffte er noch länger auf die Berufung zum Reichstage, obwohl das allgemeine Ausschreiben schon am 16./26. Mai erfolgt war; erst am 20./30. Juni teilte er Herzog Georg seine Befürchtung mit, daß es auch damit wegen der Konjunktion große Schwierigkeiten haben würde.

So war in der Tat die eigentliche geschäftliche Tätigkeit der braunschweigischen Gesandten lahm gelegt. Wenn aber aus diesem Grunde schon sehr bald nach dem Bekanntwerden der Konjunktion in den Gesandten der Gedanke aufgetaucht war, sämtlich die Heimreise anzutreten, so ließ man doch diesen Gedanken, der übrigens auch nicht die Billigung der Herzöge fand, fallen, zumal auch die kurbrandenburgischen und kursächsischen Gesandten Lampadius zum Bleiben rieten. In der Tat wäre es ein großer Fehler gewesen, wenn in dieser kritischen Zeit kein Beobachter auf dem Posten gewesen wäre. So blieb denn Lampadius, während die drei andern am 30. Juni/10. Juli die Heimreise antraten.[1]) Bohn war am 11./21. Juli wieder in Braunschweig;[2]) vier Tage später trafen Langenbeck und Behr, die vorher wohl Herzog Georg in Hildesheim Bericht erstattet hatten, wieder in Celle ein.[3]) Es war sehr notwendig, daß man aus den mündlichen Berichten hier einmal gründlich über die politische Lage sich informieren ließ. Denn gerade in jenen Wochen gelangten bei der Unsicherheit aller Wege die gegenseitigen Korrespondenzen meist mit großen Verspätungen in die Hände der Adressaten. So erschien es Herzog Georg noch am 4./14. Juni genügend, wenn er zur Information seines Gesandten das Gesamtschreiben des fürstlichen Hauses

[1]) Nach dem Wunsch der Herzöge hätten wenigstens zwei Gesandte dort bleiben sollen, ihre Befehle trafen aber zu spät in Nürnberg ein.

[2]) Herzog August an Herzog Georg 11./21. Juli. Bei Decken IV, Nr. 344 fälschlich vom 11. August datiert.

[3]) Th. Grote, Tagebuch. Vaterländ. Archiv 1834 S. 347.

Digitized by Google

an den Kaiser vom 12. April[1]) und die Verhandlungen mit Erzherzog Leopold Wilhelm aus den folgenden Wochen übersende. Wenn er Lampadius zu gleicher Zeit aufforderte, sich zu bemühen, daß das Kurfürstenkolleg endlich die in Aussicht gestellten Vorschläge in der Hildesheimer Angelegenheit eröffnen möchte, und ihm in Aussicht stellte, ihm Befehl über Abreise oder ferneres Bleiben zukommen zu lassen, sobald er das Ausschreiben zum Reichstage erhalten habe, so erkennen wir daraus, daß auch ihm damals der Gedanke noch nicht kam, daß seine militärischen Maßnahmen eine stärkere Einwirkung auf seine diplomatischen Beziehungen haben würden. So setzte er denn auch seine Bemühungen fort, der Krone Schweden durch Dänemarks Vermittlung Zutritt zum Regensburger Reichstage zu verschaffen, mußte dabei allerdings erfahren, daß die Schweden dieser Vermittlung ziemliches Mißtrauen entgegenbrachten.[2]) Dagegen hielt er es noch wenige Tage zuvor[3]) für möglich, daß Lampadius auf das Kurfürstenkolleg dahin wirken könne, daß die Kronen Frankreich und Schweden von diesem „freund- und bescheidentlich ersucht würden, ihre Gesandten zu den Friedenstraktaten nach Nürnberg abzuordnen"; er habe bestimmte Nachricht, daß sie dieser Aufforderung folgen würden.

Auch die am 12./22. Juni verfaßte Instruktion des Gesamthauses atmete denselben Geist der Zuversicht. Zunächst hatte man beschlossen, den Gesandten die Last der Verteidigung der von Braunschweig-Lüneburg getanen Schritte von den Schultern zu nehmen, indem man gleichlautende Schreiben an den Kaiser, das Kurfürstenkolleg, Erzherzog Leopold Wilhelm und sämtliche Stände des Reiches absandte, die die geschehene Vereinigung im wesentlichen mit den früheren Gründen und namentlich unter Hinweis darauf entschuldigen sollten, daß die 1639 abgeschlagene Neutralität eine der Hauptursachen sei, daß es soweit gekommen[4]). Die Gesandten empfingen Anweisung, sich zu stellen, als ob ihnen der Inhalt dieser Schreiben unbekannt sei; da man weder Zeit noch Möglichkeit hatte, sie über die Vorgänge genügend zu informieren und auf dem laufenden zu erhalten, wählte man diesen Weg, um sie der peinlichen Lage zu überheben, über diese Vorgänge Rede und Antwort zu stehen.

[1]) Vergl. Kap. III S. 69.

[2]) Herzog Georg an Lampadius 30. Juni/10. Juli.

[3]) Ders. an dens. 25. Juni/5. Juli.

[4]) Den Gesandten wurden gedruckte Kopien dieser Schreiben vom 12./22. Juni mitgesandt. Bei Londorp IV, 815 ist dies Schreiben vom 21. Juni datiert. Daselbst (S. 830) auch ein Schreiben des Herzogs an Leopold Wilhelm vom 23. Juni ohne wesentlich neue Gesichtspunkte.

Digitized by Google

Des weiteren aber beschäftigte sich die Instruktion hauptsächlich mit dem künftigen Reichstage. Hier hielt man allerdings eine öffentliche Verteidigung der geschehenen Konjunktion vor den versammelten Ständen für notwendig, für die man das nötige Material den Gesandten alsdann zusenden wollte. Schwer verständlich ist freilich, wie man glauben konnte, daß die Gesandten jetzt noch einen Einfluß darauf ausüben könnten, daß der Reichstag nicht in Regensburg abgehalten würde. Auch für die auf dem Reichstage zu befolgende Politik wurden ihnen schon bestimmte Direktiven gegeben: der Prager Friede ist nicht als Norm anzusehen, in Kriegs- und Friedensangelegenheiten darf die Majorität nicht ausschlaggebend sein, da sonst die Evangelischen zweifellos überstimmt werden würden; es ist zu vermeiden, daß die fremden Kronen als Reichsfeinde bezeichnet werden. Die Restitution von Wolfenbüttel ist eifrig zu betreiben, die Hildesheimer Angelegenheit aber gehört nicht vor den Reichstag, sie ist auf dem Wege des Rechts vor unparteiischen Richtern zu erledigen. Das Ganze jedenfalls ein Programm, das nur im Gegensatz zu dem Kaiser und den ihm verbündeten Ständen durchzuführen war. Auch diese Instruktion also setzte die Teilnahme Braunschweig-Lüneburgs am Reichstage als sicher voraus, und erst etwa drei Wochen später, als die benachbarten Stände längst zum Reichstage berufen waren, wurde man bedenklich.[1])

Noch ehe diese Instruktion in Lampadius Händen war, hatte der Nürnberger Kurfürstentag sein Ende gefunden. Es scheint nicht, daß Lampadius auf die letzten Beratungen über die Amnestie[2]) im Juni noch Einfluß gehabt hat, sofern man nicht annehmen will, daß der dänische Gesandte, den er selbst als einen gewandten Diplomaten rühmte, seiner Anregung folgte, als er diese Angelegenheit wieder in Fluß brachte, freilich ohne damit eine Lösung dieser Frage herbeizuführen. Das Ergebnis des Kurfürstentages, der am 27. Juni/7. Juli seine Sitzungen schloß, war auch sonst ziemlich bescheiden; in allen Hauptpunkten: Amnestie, Friedensverhandlungen, Separatverhandlungen des Kaisers mit Schweden kam man über Anregungen doch nicht hinaus, und das eigentliche Hauptergebnis: die Berufung des Reichstages war nicht aus der Initiative des Kurfürstentages hervorgegangen. Auch Lampadius konnte schwerlich ein Gefühl der Genugtuung empfinden, wenn er auf seine Tätigkeit zurückblickte. Persönlich freilich durfte er wohl stolz sein auf die Bedeutung, die man von Freund und Feind ihm beimaß. Aber

[1]) Herzog Georg an Lampadius 1./11. Juli.

[2]) Brockhaus S. 246 ff.

Digitized by Google

trotzdem war, was er erreicht hatte, gering. Weder war es ihm gelungen, über die von ihm ausgehende Idee einer Zuziehung Schwedens zu dem Reichstage einen Beschluß des Kurfürstenkollegs herbeizuführen, noch auch hatte er hinsichtlich der Privatanliegen des Hauses Braunschweig-Lüneburg Positives erreicht; selbst die Vermittelung des Kurfürstenkollegs in der Hildesheimer Angelegenheit war nicht über die ersten Formalitäten hinausgekommen. Indessen hätte sich Lampadius darüber wohl trösten mögen, da ja, seitdem die Berufung des Reichstages fest stand, klar war, daß hier die Hauptschlacht geschlagen werden würde. Schon sammelten sich zu diesem Kampfe die Streiter in Regensburg, und Lampadius war bereit, sich in ihre Reihen zu stellen — da brach die Brücke, auf die er schon den Fuß gestellt hatte, zusammen, und er schien gezwungen, müssig dem Kampfe zuzusehen, wenn es ihm nicht gelang, die Brücke wiederherzustellen, ehe der Kampf sich entschied; sonst blieb ihm nur übrig zu versuchen, vom jenseitigen Ufer seine Geschosse unter die Streiter zu senden.

Einen Augenblick trat an Lampadius die Versuchung heran, den Sprung über den Fluß auch ohne Brücke zu wagen, denn die kurfürstlichen Gesandten redeten ihm in der Tat zu, mit ihnen nach Regensburg zu reisen[1]). Indessen erschien es ihm doch bedenklich, ohne Befehl und Instruktion von seiten seines Herrn, ohne Berufung von seiten des Kaisers sich dorthin zu begeben; er fürchtete dadurch in eine schiefe Lage zu kommen und doch nichts ausrichten zu können. Seine Bedenklichkeit ging in diesem Falle aber doch wohl etwas zu weit, zumal der Kaiser ihm einen Paß hatte ausstellen lassen[2]). So blieb denn Lampadius, als am 9./19. Juli die kaiserlichen und die kurfürstlichen Gesandten abreisten, allein in Nürnberg zurück; nur die kursächsischen Gesandten wurden durch Geldverlegenheit dort noch einige Zeit festgehalten. Ihnen allein konnte er denn auch vorläufig den ihm vom Herzog Georg erteilten Auftrag wegen Schwedens und Frankreichs unterbreiten.[3]) Die kursächsischen Gesandten zeigten sich auch entgegenkommend, glaubten sogar die Unterstützung Bayerns und Brandenburgs zu diesem Plane in Aussicht stellen zu können. Es sei viel besser, meinten sie, wenn mit den Kronen gemeinsam zu Nürnberg als getrennt zu Lübeck und Köln ver-

[1]) In dem Briefe an Herzog Georg vom 4./14. Juli erwähnt.

[2]) Die kurfürstl. Gesandten hatten dies Lampadius mitgeteilt, doch ist kaum anzunehmen, daß damit das offizielle freie Geleit gemeint ist; dagegen spricht der weitere Verlauf. Lampadius würde lediglich als Privatperson dorthin sich haben begeben können.

[3]) Lampadius an Herzog Georg 11./21. Juli.

Digitized by Google

handelt würde. Das ermutigte Lampadius, während er sämtlichen kurfürstlichen Gesandten den ihm vom Herzog Georg gewordenen Auftrag mitteilte, sich an den kurbrandenburgischen Vertreter noch besonders zu wenden, ihm die Bedeutung der Sache und deren Beobachtung auf dem Reichstage ans Herz zu legen.[1])

Wenn nun für Lampadius Wochen vergingen, in denen er nur aus der Ferne an der Entwicklung der Dinge teilnehmen konnte, so mochte er sich zunächst damit trösten, daß er bei der Langsamkeit, mit der die Gesandten der Mächte in Regensburg eintrafen, wenig versäume. Am 16./26. Mai hatte der Kaiser den Reichstag für den 16./26. Juli ausgeschrieben, und erst am 3./13. September fand dessen Eröffnung statt.[2]) Kein Kurfürst und nur ein einziger weltlicher Fürst waren dazu in Person erschienen — es war im wesentlichen ein Gesandtenkongreß, wenn er sich auch in den Formen des Reichstages bewegte und die Geltung eines solchen genoß.

Inzwischen war die braunschweigische Politik nicht müssig gewesen. Lampadius war angewiesen worden, auf alle Fälle in Nürnberg zu bleiben und dort das Weitere zu erwarten; selbst die nötigen Kreditive hatte man an ihn schon Ende Juli (15./25.) abgesandt. Eine in denselben Tagen (17./27. Juli) abgesandte Instruktion machte ihm genaue Beobachtung der Vorgänge in Regensburg zur Pflicht, zu welchem Zwecke

[1]) Dieses wie die anderen Schreiben vom 11./21. Juli.

[2]) Als Hauptquellen für den Regensburger Reichstag kommen noch immer in Betracht Londorp, Acta publica Bd. IV u. V, dem hauptsächlich die Protokolle des Fürstenrats zur Verfügung standen; ergänzend tritt hin und wieder hinzu Theatrum Europaeum IV, 286—340, 382—447. In den Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm handelt Band I Abschnitt V vom Regensburger Reichstage; doch hat Erdmannsdörffer die Relationen der kurbrandenburgischen Gesandten nur im Auszuge mitgeteilt; für die Politik Braunschweig-Lüneburgs ergibt sich daraus so gut wie garnichts. Einiges bot in der Hinsicht Meinardus, Protokolle und Relationen des brandenburgischen Geheimen Rats Bd. I. Eine zusammenhängende eingehende Darstellung des Reichtages fehlt; von den älteren bietet Häberlin (Senkenberg) Neue teutsche Reichshistorie Bd. 27, S. 411—563 wesentlich einen Auszug von Londorp. Auch Koch, Geschichte des Deutschen Reiches unter Ferdinand III, Bd. I, 213—243; 293—338 stützt sich hauptsächlich auf diese Quelle; er gibt auch in seiner einseitig gefärbten Darstellung mehr die Ergebnisse als die Entwicklung. Einige allgemeine Anhaltspunkte bieten Droysen, Preußische Politik III, S. 143 f. und Erdmannsdörffer in der Einleitung zu dem oben erwähnten Abschnitt, S. 691—697.

Von Akten des Staatsarchivs Hannover wurden außer Reichsakten Des. 43 auch Kalenbergisches Briefarchiv Des. 16A, Celler Briefarchiv Des. 11 benutzt.

Digitized by Google

er sich namentlich mit dem braunschweigischen Agenten am kaiserlichen Hofe, Johann Löwe, in Verbindung setzen sollte. Dann hat er für sich und seine Mitgesandten freies Geleit zu erbitten, und falls er sich genügend gesichert glaubt, seine Reise nach Regensburg anzutreten. Dort würde dann seine Haupttätigkeit zunächst darin bestehen, unter Hinweis auf die früher entwickelten Gründe alles Mißtrauen gegen das Haus Braunschweig-Lüneburg zu beseitigen, im übrigen sich in den durch die frühere Instruktion vorgeschriebenen Bahnen, namentlich auch betreffs Schwedens und Frankreichs zu bewegen. Die Herzöge täuschten sich freilich damals nicht mehr darüber, daß sie eine Berufung zum Reichstage nicht mehr zu erwarten hätten, und so ging denn am 21./31. Juli ihr Protest an die zu Regensburg versammelten Gesandten der Stände des Reiches gegen dieses Verfahren ab. Auch hier wieder die oft vorgebrachten Gründe für ihr Tun, daneben die Versicherung, daß sie gern bei der Herstellung des Friedens mitwirken würden; aber um diesen oder auch zunächst nur einen Waffenstillstand herbeizuführen, müßte vor allen Dingen die Kriegslast von dem niedersächsischen Kreise abgewälzt werden. Mit dem Schreiben an den Kaiser wartete man dagegen, bis der offizielle Anfangstermin des Reichstages verstrichen war, dann aber, am 7./17. August, erfolgte auch ihm gegenüber der Protest[1]). Neben dem Hinweis auf die Gefährdung der Freiheit des Reiches, die in der Nichtberufung eines so angesehenen Reichsstandes liege, wurden die Verdienste um das Zustandekommen des Reichstages angeführt, auf die Vermittlung bei den fremden Kronen ward hingewiesen und in Aussicht gestellt, daß man bei Teilnahme am Reichstage in der Hinsicht noch Wichtiges leisten könne. Zur Verteidigung der militärischen Maßnahmen wurden auch hier die alten Gründe ins Feld geführt unter der Bemerkung, dem Kaiser möge die Sache wohl falsch dargestellt sein, man hoffe aber, er werde es nun anders ansehen. Das Schreiben schloß mit der Versicherung, sie würden sich bei den Beratungen des Reichstages „also resolvieren und bezeigen, daß Ew. Kaiserliche Majestät auch alle Kur- Fürsten und Stände des Reichs zuversichtlich gute Satisfaktion und Begnügen tragen werden", und alle die Friedensliebe des Hauses Braunschweig-Lüneburg erkennen sollten. In dem an demselben Tage an die zu Regensburg versammelten Stände des Reiches gerichteten Schreiben schlug man die Saite von der Bedrohung der Reichsfreiheiten, die man dem Kaiser gegenüber nur leise hatte anklingen lassen, kräftiger

[1]) Londorp IV, 844 f. Von mir mit dem Konzept in den Akten verglichen.

Digitized by Google

an, sprach von dem jus comitiorum als dem „höchsten Kleinod", auf dem die Freiheit des Reiches beruhe und das niemanden entzogen werden könne. Man setze das sichere Vertrauen in die Stände, daß sie die Beratungen nicht eher beginnen würden, bis das Haus Braunschweig-Lüneburg zu Sitz und Stimme gelangt sei. Schließlich wandten sich die Herzöge in einem besonderen Schreiben an die evangelischen Stände, um sie auf die Gefahren hinzuweisen, die in der Nichtberufung evangelischer Reichsstände für das evangelische Wesen liege. Merkwürdig ist dieses Schreiben namentlich aus dem Grunde, weil die Herzöge sich selbst nur nebenbei erwähnen, dagegen betonen, welche Konsequenzen die Übergehung Straßburgs haben könne. Straßburg, meinten sie, würde dadurch zu einer dem Reiche „sehr präjudizierlichen, gefährlichen Resolution necessitiret werden" — ein nicht mißzuverstehender Hinweis darauf, daß diese Stadt Anschluß und Rückhalt bei Frankreich suchen würde[1]). Alle diese Schritte waren mit der Landgräfin von Hessen genau erwogen, die in gleicher Weise ihre Proteste und Warnungen in diesen Tagen nach Regensburg abgehen ließ[2]). Die Tonart war den Ständen gegenüber freilich etwas schärfer; es war deutlich genug, wenn sie bemerkte, daß der Ausschluß der beiden fürstlichen Häuser diesen „andere Gedanken zu fassen Anlaß geben könnte." Bei der vermittelnden Stellung, die Christian von Dänemark einnahm, erschien wichtig, auch diesen in dem Sinne der Berufung zum Reichstage zu bearbeiten. Der König hatte, wie wir sahen, durch das Schreiben des Kurfürsten von Sachsen veranlaßt an Herzog Georg geschrieben und dieser ihm so geantwortet, daß Christian daraus gute Hoffnungen schöpfte[3]) — er mochte sich in dem Geleise allgemeiner Beteuerungen und Zusicherungen gehalten haben. Auch das nunmehr (3./13. August) an den König abgehende Gesamtschreiben des Hauses Braunschweig-Lüneburg konnte neue Gründe kaum ins Feld führen. In ausführlicher Deduktion suchte man nochmals jede Verantwortung für den Elbübergang Baners von dem fürstlichen Hause abzuwälzen und sie der Lauheit des niedersächsischen Kreises, der mangelnden Hülfe von seiten der Kaiserlichen zuzuschieben. Die dann weiter ein-

[1]) Noch deutlicher drückt Herzog Georg dies in einem Schreiben an Christian von Dänemark vom 10./20. August so aus, daß Straßburg dadurch „endlich zur Annehmung der vorlengst angemuteten fremden Sprache bewogen werden könnte".

[2]) An das Kurfürstenkolleg am 26. Juli/5. August; an sämtliche Stände wie an die evangelischen besonders, 10./20. August.

[3]) Vergl. S. 22 f. Die beiden Schreiben finden sich in den Akten nicht. Aus dem Gesamtschreiben vom 3./13. August geht hervor, daß Christian am 26. Juni/6. Juli geschrieben, Herzog Georg am 30. Juni/10. Juli geantwortet hatte.

Digitized by Google

geschlagene Politik sei eine notwendige Folge der drohenden Sprache des kaiserlichen Hofes gewesen, dem gegenüber man auch durch die nach dem Wortlaut des Prager Friedens widerrechtliche Zurückhaltung Wolfenbüttels zu starkem Mißtrauen durchaus berechtigt gewesen sei. Solle diesem nicht neue Nahrung gegeben werden, so sei die Berufung des fürstlichen Hauses zu dem Reichstage unbedingt erforderlich, im Interesse des Friedens sei es also, wenn der König in diesem Sinne wirke. In einem eigenen Schreiben (vom 10./20. August) betonte Herzog Georg dem Könige gegenüber dann auch noch besonders die Gefahr für das evangelische Bekenntnis. Und noch nach einer anderen Richtung hin sahen sich die Braunschweiger Herzöge zur Verteidigung gedrängt. Mitte August trafen bei ihnen verschiedene Antwortschreiben auf ihre Mitteilung von der schwedischen Konjunktion ein[1]). Durch diese wurden sie mit dem kaiserlichen Schreiben vom 6./16. Juli bekannt. Um sich gegen die darin enthaltenen Vorwürfe zu wehren, wandte sich das Gesamthaus in einem ausführlichen Schreiben an alle Stände des Reiches[2]). Die Deduktion war hier im wesentlichen dieselbe wie in dem Schreiben an König Christian; diese Verteidigungsschrift aber fällt auf durch ihre energische, offene Sprache. Das Vorgehen des Kaisers wird auf Neider des fürstlichen Hauses und solche, die ihre eigne Schuld dadurch weiß brennen wollen, — man mochte dabei den Kurfürsten von Sachsen im Auge haben — zurückgeführt. In keiner Weise wären sie über die Pflichten eines freien Reichsfürsten dem Kaiser gegenüber hinausgegangen; Lehenspflicht seien sie ihm schuldig, er aber dagegen auch die Wahrung der Wahlkapitulation so, „daß eines von dem andern sein Leben, ganze Substanz und esse haben muß." Mit dem was sie getan, hätten sie in keiner Weise ihre Reichspflicht verletzt. „Wir seind, Gott Lob, dessen in Unserem fürstlichen Herzen so gewiß, daß Wir alle Stund mit unerschrockenem Gemüt den Allerhöchsten Richter in dieser Unserer gerechten Sache um Gnade und Beistand anrufen." Es handelt sich aber nicht um das Haus Braunschweig-Lüneburg allein, sondern die Erfahrung lehrt, daß mit den Processen über das crimen laesae Majestatis leichtfertig vorgegangen und bald hier, bald dort ein Reichsfürst verjagt wird. Niemand möge sich daher durch das kaiserliche Schreiben irre machen lassen; zum Schutze

[1]) So vom Herzog von Mecklenburg 14./24. August, vgl. S. 123 Anm. 2; an Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar 17./27. August.

[2]) 19./29. August. Londorp IV, 846 f. unter der Adresse der Stadt Mühlhausen; das Konzept in den Akten trägt die Adresse der Stände des niedersächsischen Kreises.

Digitized by Google

der Freiheit des Reiches sei es vielmehr nötig, daß alle Stände mitwirkten, dem Hause Braunschweig-Lüneburg zu seinem Rechte zu verhelfen.

Man sieht, die Herzöge scheuten keine Mühe, nach den verschiedensten Richtungen hin ihre Verteidigung zu führen. Indes der Erfolg entsprach dem doch nur wenig. Namentlich zeigte sich dies Dänemark gegenüber. In Verfolg der Haltung, die Christian IV. von vornherein in dieser Angelegenheit eingenommen hatte, erklärte er, als er am 24. August 3. September das Gesamtschreiben der Herzöge beantwortete, er müsse es dahingestellt sein lassen, ob sie mit der Konjunktion recht gehandelt hätten — und dann folgt ein Satzungeheuer, das hier seine Stelle finden mag: „Ob aber d. Kais. Maj. Ew. Lbd. gestatten werden, wann Sie schon zum fleißigsten darum ersucht würden, daß Sie, nachdem Sie ihre Waffen mit denjenigen conjungieret, welche Sie, indem Sie den pragerischen Friedensschluß acceptieret, vor Deroselben und des Reiches Feinde erkennet haben, zu Dero geheimbsten, von dem jetzigen Zustande des Reiches führenden consiliis kommen mögen, demnach Ihren Widerwärtigen ungern eröffnet sehen, stellen wir Ew. Lbd. zu bedenken anheim." Das war eine runde Ablehnung der erbetenen Vermittlung, solange nicht die Herzöge die Bedingung erfüllen würden, sich von den Feinden zu trennen. Der König hatte aus den letzten Schreiben der Herzöge doch wohl ersehen, daß er zu voreilig geurteilt hatte, als er deren baldige Sinnesänderung in Aussicht stellte — so versuchte er es denn auf diese Weise.

Es klang fast wie Hohn, wenn er sein Schreiben mit der Aufforderung schloß, wenigstens bei der Partei, mit der sie sich vereinigt, für den Frieden zu wirken, wenn sie denn bei diesem Reichstage Sitz und Stimme nicht erlangen würden.

Es muß zweifelhaft bleiben, ob ein vier Tage später abgefaßtes Schreiben des Gesamthauses an den König schon als Antwort darauf angesehen werden kann — es werden hier vor allem die gemeinsamen Interessen des niedersächsischen Kreises betont, bittere Klage wird darüber geführt, daß der Kaiser die eigenen Untertanen gegen sie aufhetze. Auch die Schädigung der evangelischen Sache wurde dem Könige nochmals beweglich vor Augen geführt, daneben wurden aber auch bestimmte Vorschläge für einen vorläufigen Waffenstillstand und die daran zu knüpfenden Friedensverhandlungen gemacht. Auch was die Akten uns sonst an Antworten benachbarter Stände überliefert haben, konnte die Herzöge wenig befriedigen. Zwar der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg

Digitized by Google

versprach wenigstens[1]) das Seine zu tun, damit die Herzöge in Regensburg Sitz und Stimme erlangten, recht kühl dagegen sprach der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein den Wunsch aus, daß es den Herzögen gelingen möge, die Huld des Kaisers wieder zu erringen, ihnen dazu behülflich zu sein, wolle er seinen Gesandten in Regensburg anweisen. Von Kurbrandenburg traf sogar erst im Oktober[2]) von Königsberg eine Antwort ein, woran freilich wohl Schwarzenberg in erster Linie Schuld war, der das Schreiben, das angeblich erst nach zwei Monaten in seine Hände gelangt war, erst nach weiteren fünf Wochen dem Kurfürsten vorlegte. Auch hier wurde nur in sehr allgemeinen Redewendungen zugesichert, daß die kurbrandenburgischen Gesandten zu dieser wichtigen Angelegenheit das reden sollten, „was die Wichtigkeit desselben erheischen und zur Beförderung des allgemeinen Besten und Beruhigung des hochbekümmerten Vaterlandes geeignet sein wird".

Inzwischen war auch Lampadius in Nürnberg nicht müssig gewesen. Den Abgeordneten für diese Stadt, Tetzel, suchte er durch Hinweis auf die Gefährdung der Feiheiten des Reiches zur Tätigkeit für das Haus Braunschweig-Lüneburg anzutreiben[3]). Es mochte gerade auf den Vertreter einer der Reichsstädte, deren Stellung auf den Reichstagen in Jahrhunderte währenden Kämpfen errungen und selbst damals noch Schwankungen und Unsicherheiten unterworfen war, immerhin Eindruck machen, wenn Lampadius bei dieser Gelegenheit die Bemerkung hinwarf, es sei zweifellos eines der größten gravamina des Reiches, daß der Kaiser nach eigenem Gutdünken durch Nichteinberufung den Ständen Sitz und Stimme im Reichstage rauben könne.

Namentlich suchte Lampadius aber auf die kursächsischen Gesandten, die noch bis zum 12./22. August in Nürnberg waren[4]), einzuwirken; zu wiederholten Malen hatte er eingehende Besprechungen besonders mit Friesen und gewann daraus den Eindruck, daß sie durchaus geneigt seien, die braunschweigische Angelegenheit in Regensburg zu befördern. Doch war der kursächsische Gesandte zweifelhaft, ob er damit auch im Sinne seines Herrn handle, denn er riet Lampadius bei seinen Herzögen eine geheime Sendung an den Kurfürsten zu betreiben und diesen dahin

---

[1]) Schreiben des Herzogs von Mecklenburg 15./25. September, des Holsteiner vom 21. September/1. Oktober.

[2]) 1640 Oktober 8./18. Gedr. bei Decken IV, 369.

[3]) Lampadius an Herzog Georg 18./28. Juli.

[4]) Das Datum nach Lampadius Relation vom 15./25. August.

Digitized by Google

zu disponieren, seine Gesandten anzuweisen, keine Proposition anzutreten und keine Beratung zuzulassen, ehe nicht das Haus Braunschweig-Lüneburg und die Stadt Straßburg berufen seien. Es muß dahin gestellt bleiben, ob Friesen ernstlich glaubte, daß sein Vorschlag den gewünschten Erfolg haben könne, es scheint auch nicht, daß die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg darauf eingingen, wenigstens findet sich in der Korrespondenz keine weitere Erwähnung dieser Angelegenheit. Der Brief des Kurfürsten an den König von Dänemark mochte sie auch nicht zu diesem Schritte ermutigen. Unmittelbar vor ihrer Abreise hatten die kursächsischen Gesandten dann noch einmal ein eingehendes Gespräch mit Lampadius, in dem dieser die Angelegenheit vom Standpunkte des Reichsrechts beleuchtete und von ihnen auch die Zusage erhielt, daß sie gleich zu Beginn des Reichstages darauf bringen wollten, daß er „recht formiert" werde. Dadurch nämlich wurde die Frage angeschnitten, ob auch alle Reichsstände nach Gebühr berufen seien — so würde man dann die braunschweigische Sache damit in Fluß bringen. Auch nach Regensburg wurde von Lampadius eine rege Korrespondenz unterhalten. Zwar mit dem braunschweigischen Agenten am kaiserlichen Hofe, Johann Löwe, war nicht viel anzufangen, schon hochbejahrt und kränklich, war er furchtsam und ohne Initiative, mußte sogar mehrfach erst getrieben werden auszuführen, was ihm aufgetragen wurde[1]). Sehr wertvoll waren dagegen die nahen Beziehungen, in denen Lampadius zu dem kulmbachischen Gesandten Caspar v. Feilitzsch stand, denn dieser unterhielt ihn durch regelmäßige Mitteilungen auf dem laufenden. Auch sonst fehlte es Lampadius nicht an Nachrichten über die Vorgänge selbst sehr vertrauter Natur aus den verschiedensten in Regensburg versammelten Kreisen bis hinauf zum Kaiser. Das Bild, das ihm diese Nachrichten über den Stand der Braunschweiger Angelegenheit entwarfen, war nun allerdings etwas krauser Natur — Behauptungen, die den einen Tag als sicher hingestellt wurden, galten schon am nächsten Tage als unsicher

[1]) In einem anonymen Briefe von Regensburg vom 31. August/10. September heißt es: „Herr Lewe ist nunmehr sehr alt und nimmt täglich an Verstand und Gedächtnis sichtbarlich ab." Und in einem ebenfalls anonymen Schreiben vom 7./17. September wird von ihm berichtet, er sei sehr furchtsam „auch bei nunmehr eingehendem Alter und entsinkenden Kräften langsam und schläfrig." Als ihm einmal mit andern Briefen auch solche der Landgräfin von Hessen zur Abgabe bei den Ständen von Lampadius übersandt waren, bat er (19./29. September), ihn in Zukunft damit zu verschonen, weil die Landgräfin sehr verhaßt sei und er sich dadurch Unannehmlichkeiten zuzuziehen fürchte.

Digitized by Google

oder unwahrscheinlich[1]). Zunächst scheint man über Lampadius Schreiben vom 11./21. Juli in den Kreisen der Kurfürstlichen erstaunt und nicht gerade angenehm dadurch berührt gewesen zu sein, daß er in diesem Augenblicke mit so weitausschauenden Vorschlägen betreffs Frankreichs und Schwedens hervortrat, wo seine eigene Stellung noch so völlig unsicher war. Indessen hielt dieser Eindruck doch wohl nicht lange vor, und die Frage nach der Zulassung der Nichtberufenen wurde schon in den ersten Augusttagen eifrig in Regensburg erörtert. Hier tauchte nun wieder der Gedanke auf, einen Mittelweg einzuschlagen: diese Stände sollten zwar nicht förmlich berufen werden, indessen doch die Möglichkeit haben, ihre Ansichten dem Reichstage gegenüber geltend zu machen, indem ihnen vom Kaiser Paßbriefe für Regensburg ausgestellt würden. Inzwischen hatte Lampadius am 30. Juli/9. August dem kaiserlichen Gesandten zu Regensburg offiziell mitgeteilt, daß er von Herzog Georg den Befehl habe, um Paßbriefe zu bitten und sich unverweilt nach Regensburg zu begeben. Auch für die nachfolgenden Gesandten der beiden anderen Herzöge bat er zugleich um Ausstellung der nötigen Pässe. Nunmehr mußte man auch am kaiserlichen Hofe bestimmte Stellung zu dieser Frage nehmen. Hier vertraten nun die beiden Behörden[2]), die des Kaisers politische Ratgeber waren, einen verschiedenen Standpunkt. Der Reichshofrat, die sozusagen offizielle Reichsbehörde für die Erledigung der Reichsgeschäfte, sprach sich dafür aus, den braunschweigischen Gesandten Pässe auszustellen, jedoch wohl nur in der allgemeinen Form, die keinerlei Rechte für jene in sich schloß. In dem Geheimen Rate dagegen, der aus den bedeutendsten Diplomaten des Kaisers zusammengesetzt war — Trautmansdorf, die Seele der kaiserlichen Politik, stand an seiner Spitze, Graf Kurtz hatte das Vizepräsidium inne — aber doch mehr eine Privateinrichtung des kaiserlichen Hauses darstellte, zeigte sich eine starke Strömung gegen jegliches Entgegenkommen. Braunschweig-Lüneburg und Hessen schob man es zu, daß man Baner nicht völlig habe vernichten können; gerade auch von militärischer Seite wurde eifrig gegen diese beiden fürstlichen Häuser gearbeitet. Wie die Stimmung in dem Geheimen Rate war, zeigen am deutlichsten zwei Briefe von

[1]) Die im folgenden gegebene Darstellung beruht auf den Relationen des Lampadius vom 25. Juli/4. August, 1./11., 8./18., 15./25. August, 22. August/1. September, 29. August 8. September, sowie auf zahlreichen, z. T. anonymen, z. T. von Feilitzsch stammenden Nachrichten von Regensburg aus derselben Zeit.

[2]) Über den Geheimen Rat und den Reichshofrat und ihre Bedeutung unter Ferdinand III. vgl. Koch I, 24 f.

Digitized by Google

dessen Vizepräsidenten, dem Grafen Kurtz. Verhältnismäßig milde drückte er sich dem dänischen Bevollmächtigten, Grafen Pentz, gegenüber aus. Die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, meinte er, würden ihre Vereinigung mit Schweden wohl bereuen, zumal seit vor Saalfeld „Klitzings Rodomontaden" zu nichte gemacht seien. Ihm käme es sonderbar vor, daß das der Weg zum Frieden sein solle, wenn man den Feind, der vom Kaiser geschwächt sei, unterstütze. Legte er sich hier wegen der Beziehungen, die doch immerhin zwischen Braunschweig und Dänemark bestanden, noch eine gewisse Mäßigung auf, so nahm er dagegen dem Kommandanten von Wolfenbüttel gegenüber kein Blatt vor den Mund[1]). In den heftigsten, leidenschaftlichsten Ausdrücken erging er sich hier gegen die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, deren Behauptungen, durch die sie ihr Tun entschuldigen wollten, er geradezu als Lügen bezeichnete. Ironisch fragte er, wie denn eigentlich die Herzöge sich die von ihnen so oft im Munde geführte Beförderung des Friedens durch ihre Handlungsweise dächten. Die Schweden hätten noch immer gelogen und betrogen, es sei daher unbegreiflich, weshalb sich die Herzöge nicht lieber dem Kaiser, sondern „einem Oxenstern, einem Bauern" anvertrauten, der sie unterdrücken und zu „finnischen Bauern" machen wolle. Wie ihnen denn wohl zu Mute sein würde, wenn die Schweden Pommern, Mecklenburg, Magdeburg und Halberstadt behielten und dadurch ihre Nachbarn würden. Bei dieser Stimmung eines der hervorragendsten Mitglieder des Geheimen Rates darf es uns nicht wundern, daß dessen Votum ablehnend ausfiel. Indessen Ferdinand III., persönlich wohl mehr zu einem Ausgleich neigend, folgte in diesem Falle nicht ohne weiteres dem Gutachten des Geheimen Rats. Abgesehen von dem entgegenstehenden Urteil des Reichshofrats mag auch der Gedanke an die im Hause Braunschweig-Lüneburg herrschenden Unterströmungen mitgewirkt haben, die Hoffnung ließen, dieses fürstliche Haus schließlich doch noch zu gewinnen[2]). Der Kaiser befahl daher, das Gutachten des Kurfürstenkollegs einzuholen. Hier vertrat zunächst Kurmainz die Ansicht, Braunschweig habe nicht einfach um Paßbriefe zu bitten, sondern anzugeben, was seine Gesandten in Regensburg wollten; namentlich vermißte er

[1]) Das Schreiben an Pentz vom 12./22. August, an Rauschenberg vom 15./25.

[2]) Der mecklenburgische Gesandte schrieb am 5./15. August an Lampadius, er werde sehr oft gefragt „ob das Haus Braunschweig-Lüneburg auch in puncto armorum et conjunctionis für einen Mann stehe". Man messe die Hauptschuld Herzog Georg bei. Ein Schreiben Herzog Augusts vom 6./16. Oktober (worüber im letzten Kapitel Genaueres) gab dann später dieser Auffassung neue Nahrung.

Digitized by Google

eine Erklärung über die Konjunktion mit den Schweden. Dieser Ansicht neigte sich auch Kurbrandenburg zu, und man suchte auf Lampadius in dem Sinne einzuwirken, eine Erklärung abzugeben, daß er, solange die Konjunktion nicht entschuldigt sei, an den Paß keinerlei Ansprüche knüpfe. Lampadius wies dieses Ansinnen aber auf das entschiedenste zurück und erklärte umgekehrt, daß der Paß ausdrücklich schon das Recht geben müsse, zu reden und mit den Ständen des Reiches zu verhandeln, weil sonst sein Aufenthalt in Regensburg gänzlich wertlos sein würde. In der Tat, man hätte garzugern ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, aber tatsächlich Lampadius kalt gestellt. Gerade seine Persönlichkeit machte nicht zum letzten dem Kurfürstenrat den Entschluß schwer. Mehr als eine Äußerung in den Briefen aus Regensburg beweist, daß in demselben Maße wie die evangelischen Stände das Kommen des Lampadius wünschten, die Gegenpartei sich davor fürchtete; man ahnte, daß er der Mittelpunkt der evangelischen Stände werden würde, und wußte, daß seine Persönlichkeit wohl geeignet war, die Unsicheren zu festigen, die Unentschlossenen mit fortzureißen. Gerade diese Anerkennung seiner Persönlichkeit, die ihm aus den Äußerungen der Freunde wie der Gegner hervorging, hat nun wohl am meisten dazu beigetragen, ihn von den Gedanken an eine Heimkehr abzubringen. Es waren in erster Linie häusliche Verhältnisse[1]), die ihm den Wunsch nahe gebracht hatten, seines Postens in Nürnberg enthoben zu werden, und, wenn auch ungern[2]), hatten die Herzöge schließlich darein gewilligt. Aber als dann seine Abberufung eintraf, hatte er sich inzwischen eines anderen besonnen. Freilich mag auch das ihn in seinem Entschluß zu bleiben bestärkt haben, daß seine Herren die Leitung der Braunschweiger Angelegenheiten allein dem Agenten Löwe übertragen wollten, der größte Fehler, den man hätte begehen können.

---

[1]) Eingehend äußert sich Lampadius darüber in einer Relation vom 21./31. Oktober aus Regensburg. Vergl. darüber den Schluß dieses Kapitels.

[2]) Namentlich Herzog August hatte sich sehr entschieden dagegen ausgesprochen. (Schreiben an Herzog Georg vom 18./28. August). Er fürchtete daraus die größten Nachteile für das fürstliche Haus. Seine Abreise wäre nach den vorangegangenen Bemühungen eine „öffentliche Beschimpfung" des Kaisers, des Kurfürstenkollegs und aller Stände. Der Kaiser und die katholischen Stände würden es als Kriegserklärung, ansehen, die Evangelischen würde man irre machen, den König von Dänemark erzürnen. Außerdem würde man über die Verhandlungen des Reichstages nichts mehr hören. Herzog August zeigte hier jedenfalls besseres Verständnis für die Lage als die beiden anderen, die sich leichteren Herzens zur Abberufuug des Lampadius entschlossen. Es hängt das freilich auch mit seiner auf Versöhnung gerichteten Politik zusammen.

Digitized by Google

Denn von diesem war auch nicht die geringste Selbständigkeit zu erwarten, die doppelt not tat zu der Zeit, wo Geist und Tätigkeit Herzog Georgs durch die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze vollauf in Anspruch genommen wurden. So erklärte Lampadius denn seinem Herrn[1]), daß er sich entschlossen habe, seine Privatanliegenheiten dem Wohle des Vaterlandes nachzusetzen. Die Kaiserlichen, führte er weiter aus, würden seine Abreise benutzen, möglichst gegen das fürstliche Haus zu hetzen. Man würde es für Spiegelfechterei erklären, wenn er erst so dringend Pässe fordere, dann aber, noch ehe darüber Beschluß gefaßt wäre, abreise. Vor allem aber würden die evangelischen Gesandten „höchlich betrübet und in ihren actionibus verzagt" werden, wenn sie seine Abreise erführen. „Gewiß ists, daß die evangelischen Stände auf E. F. Gn. und Dero hochlöbl. Haus ein groß Absehen haben und hoffen, vornehmlich auf dem Reichstage durch Dero hohe Autorität viele machinationes zu hintertreiben und ersprießliche decreta zu erheben". Im Kurfürstenrat neigte sich inzwischen die Wagschale zu Gunsten Braunschweig-Lüneburgs. Anscheinend war es der Einfluß Bayerns, das anfangs in Kurkölns Interesse geschwankt hatte, durch das diese Wendung herbeigeführt wurde, wobei dann Kursachsen verstärkend mitwirkte. Man besann sich, daß es nur eine Konsequenz der in Nürnberg zum Programm erhobenen Politik sei, wenn möglichst kein Reichsstand ausgeschlossen werde. Indessen, ehe man dem Kaiser diese Ansicht unterbreiten konnte, zog dieser die Aufforderung zum Gutachten über diese Angelegenheit zurück. Denn inzwischen hatte die Kriegspartei am kaiserlichen Hofe eifrig gearbeitet. Wesentlich unterstützt wurde sie dabei durch die vom Kriegsschauplatz einlaufenden günstigen Nachrichten; es waren die Tage, wo die kaiserliche Armee ihren Vormarsch gegen Niederhessen antrat und die Truppen von allen Seiten sich auf diesen Punkt hin zu konzentrieren begannen. So trug man sich in Regensburg mit hochgespannten Hoffnungen[2]): durch den Sieg Geleens über du Hallier und die Einnahme Bingens[3]), glaubte man den Schlüssel zu einem siegreichen Einfalle in das Elsaß zu haben. Baner, so hieß es, sei Piccolomini und Hatzfeld

---

[1]) Relation vom 29. August/8. September. Seine Gründe zeigen nicht nur inhaltlich, sondern zum Teil auch wörtlich soviel Verwandtschaft mit dem in vorstehender Anmerkung erwähnten Schreiben Herzog Augusts, daß die Vermutung nahe liegt, er habe dieses Schreiben gekannt. An Herzog Friedrich schrieb Lampadius am 12./22. September in ähnlichem Sinne.

[2]) Anonymer Brief aus Regensburg, 12./22. August.

[3]) Vergl. Koch I, 211.

Digitized by Google

nicht gewachsen, Hatzfeld und Wahl könnten Hessen und Lüneburg trennen und deren Truppen „zu Haufen bringen", Goltz könne mit den kursächsischen und kurbrandenburgischen Truppen gegen Schlesien offensiv vorgehen. Unter diesen Umständen verkündete man, man werde mit Braunschweig-Lüneburg und Hessen nicht mehr verhandeln, sondern alles mit den Waffen entscheiden. Diese zuversichtliche Stimmung blieb schließlich auch auf den Kaiser nicht ohne Einfluß; nachdem er anfangs noch gegenüber dem Drängen der Kriegspartei auf das zu erwartende Gutachten der Kurfürsten hingewiesen, gab er schließlich nach, zog das Ersuchen zurück und erklärte, erst genauere Nachrichten von dem Erzherzog Leopold Wilhelm erwarten zu wollen[1]).

Da Lampadius einsah, daß unter diesen Umständen vorläufig die Angelegenheit ins Stocken kommen würde, die Eröffnung des Reichstages aber unmittelbar bevorstand, so entschloß er sich zu einem eigenartigen Schritt. Er übersandte nämlich am 29. August/8. September den zum Reichstage versammelten Ständen, da er freies Geleit noch nicht erhalten habe, einen Auszug seiner Instruktion, damit man die Intentionen seiner Fürsten daraus erkennen könne. Dieser Auszug aus seiner Instruktion vom 17./27. Juli enthielt allerdings nur die Beteuerungen der Friedensliebe, die Forderung der Zurückziehung der Piccolominischen Armee, die Betonung der Notwendigkeit eines Waffenstillstandes. Die Hauptsache war, Lampadius hatte dadurch von neuem indirekt Protest gegen die Nichtberufung zum Reichstage eingelegt und gezeigt, daß er gewillt sei, den Kampf dagegen fortzusetzen, daß er also seinerseits auf dem einmal eingenommenen Standpunkt beharre, in Regensburg als offizieller Gesandter des Hauses Braunschweig-Lüneburg beim Reichstage zugelassen zu werden und zu verhandeln. Eine solche energische Haltung tat um so mehr not, als man gerade damals in der Heimat wenig Vertrauen zu der weiteren Entwickelung hatte. Hatte man anfangs gehofft, mit der Verantwortung und namentlich auch mit den übersendeten Waffenstillstandsverhandlungen, die man mit den Weimarer Herzögen unterhalten hatte[2]), Eindruck zu machen[3]), so war diese Hoffnung bald verflogen, namentlich da man aus Lampadius Relationen und deren Beilagen ersah, daß die Stimmung im Kurfürstenkolleg sehr schwankend sei und man dort nur dann geneigt sei, Braunschweigs Berufung zum Reichstage zu

[1]) Mitteilung aus Regensbnrg, 25. August/4. September.
[2]) Vergl. oben S. 91.
[3]) Herzog Georg an Lampadius, 12./22. August.

Digitized by Google

befürworten, wenn dieses sich von den Feinden des Reiches trenne. Man versuchte daher noch einmal das Kurfürstenkolleg von der Rechtmäßigkeit der getanen Schritte und namentlich davon zu überzeugen, daß unter den augenblicklichen Umständen, wo der Feind das Land bedrohe, die Truppen von den vereinigten Armeen abzurufen unmöglich sei. Daran war auch hier wieder das Ersuchen geknüpft, einen Waffenstillstand befördern zu helfen[1]). Man setzte jedoch auf dieses Schriftstück wohl kein allzugroßes Vertrauen, und namentlich meinte Herzog Georg in Hinblick auf die Weiterentwicklung der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz, daß vorläufig „mit der Feder wenig auszurichten" und der Ausgang der Sache abzuwarten sei[2]).

So war, als am 3./13. September durch den Kaiser der Reichstag eröffnet wurde, noch alles in der Schwebe; es kam nun darauf an, wie die versammelten Stände sich zu dieser Frage stellen würden. Die kaiserliche Proposition bewegte sich lediglich im Rahmen der im Reichstagsausschreiben angegebenen Punkte und nahm selbstverständlich auf diese Angelegenheit keine Rücksicht, dagegen begannen in den verschiedenen Abteilungen des Reichstages sofort die Beratungen darüber. Genauer informiert sind wir nur über die Vorgänge im Fürstenrat[3]). Die entscheidenden Sitzungen (4—7) fanden in den Tagen vom 12./22. bis 18./28. September statt. Hier wollten nun einige — namentlich Vertreter geistlicher Fürstenhäuser wie Bamberg, Würzburg — ganz sicher gehen und vor jeder Beratung erst Information einholen; indessen namentlich unter dem Einflusse Weimars und Hessen-Darmstadts nahm man dann doch die Beratungen vor. Hier zeigte sich nun aber sofort eine verschiedenartige Auffassung. Salzburg und Österreich hauptsächlich stellten sich nämlich auf den Standpunkt, daß man Braunschweig-Lüneburg wohl freies Geleit bewilligen, sich aber über förmliche Beschreibung zum Reichstage vorläufig nicht äußern könne wegen der offenkundigen Vereinigung der Herzöge mit den Reichsfeinden. Dagegen war Weimar, seiner bisherigen auf Versöhnung gerichteten Politik folgend, der Ansicht, daß die Herzöge zu Sitz und Stimme zuzulassen seien. Zur Begründung führten sie näher aus, daß dieses wichtige Recht ohne genaue Kenntnis der Sache niemanden vorenthalten werden könne.

[1]) Gesamtschreiben der drei Herzöge an das Kurfürstenkolleg. Gedr. Theatrum Europaeum IV, 295.

[2]) Herzog Georg an Lampadius, 24. August/3. September.

[3]) Londorp IV, 879 ff. enthält die Protokolle über die in Frage kommenden Sitzungen.

Digitized by Google

Man müsse auch bedenken, daß die Teilnahme Braunschweig-Lüneburgs gerade wegen der Verhandlungen mit den beiden Kronen von großer Wichtigkeit sei; auch glaubten sie, daß es so viel leichter sein würde, die Herzöge wieder zur Devotion gegen den Kaiser zu bringen. Obwohl sich andere bedeutende Stände wie Württemberg, Kulmbach, namentlich auch Hessen-Darmstadt in ähnlicher Weise für Weimars Vorschlag aussprachen, fiel die Entscheidung doch in dem von Salzburg und Österreich angeregten Sinne aus. In der Plenarsitzung des Kurfürsten- und Fürstenrats vom 18./28. September einigte man sich denn auch dahin, dem Kaiser die Vorschläge in dieser Weise zur Genehmigung zu unterbreiten. Auch der Städterat erklärte sich damit einverstanden; hier war namentlich ausschlaggebend, daß für Straßburg inzwischen der Paß schon bewilligt war[1]). Schon am nächsten Tage erhielt Lampadius vertraulich die Mitteilung, von dem Beschlusse des Reichstages; es war freilich wenig[2]), was damit erreicht war — nicht die Anerkennung eines Rechtes, sondern die Gewährung einer Gnade. Aber doch war man von dem früheren Standpunkte wenigstens insoweit abgewichen, daß auch so den braunschweigisch-lüneburgischen Gesandten nicht verwehrt sein solle, gemäß ihrer Instruktion mit den Ständen zu verhandeln. So war Lampadius denn auch entschlossen, auf diese Bedingungen hin die Reise nach Regensburg anzutreten. Freilich war es ihm klar, daß ihm dort keine leichte Zeit bevorstehe. „Viel Sorge, Mühe und Gefahr werden mich allda willkommen heißen, schrieb er unmittelbar vor seiner Abreise[3]), ich muß fleißig beten und auf Gott mein Vertrauen stellen." Zunächst freilich mußte sich Lampadius noch einige Zeit gedulden, da nach dem gemächlichen Verfahren Tage vergingen, ehe das vom Kurfürstenrat abgesandte Gutachten dem Kaiser überreicht und daraufhin dann von der kaiserlichen Kanzlei die Geleitsbriefe ausgestellt wurden. Jenes[4]) empfahl dem Kaiser, dem Hause Braunschweig-Lüneburg freies Geleit nach Regensburg zu bewilligen, da es dem Friedenszwecke des Reichstages förderlich sei

[1]) Anonymes Schreiben aus Regensburg 15./25. September.

[2]) Es ist wiederum ein Beweis für Kochs einseitige Auffassung, wenn er I, 228 behauptet, daß Braunschweig und Hessen Sitz und Stimme nicht gewährt sei, sei nur eine „reine Formalität". Noch weiter geht er, wenn er (S. 218) erklärt „Ihre (Braunschweigs und Hessens) Annahme stellte das angeblich gestörte Gleichgewicht zwischen den protestantischen und katholischen Ständen um so gewisser her, als der Kurfürst von Trier ausgeschlossen blieb". Für die Herstellung eines Gleichgewichts kamen doch Sitz und Stimme vor allen Dingen in Frage!

[3]) An Herzog Georg 5./15. Oktober.

[4]) Datiert Regensburg 3. Oktober (neuen Stils).

Digitized by Google

und den Herzögen „dadurch Ursach und Anlaß gegeben würde, in sich um so viel beständiger zu gehen, ihren begangenen Fehler und die gleichwohl darüber erfolgte hohe Kaiserliche Gnade zu erkennen, sich Ihrer Maj. als dem höchsten Oberhaupt schuldigst zu submittieren." Wegen der Session dagegen solle zunächst kein Beschluß gefaßt werden. Drei Tage später wurde das gleiche Gutachten wegen Hessen-Kassels abgegeben. Eine gewisse Verzögerung der Ausstellung der Pässe wurde dann dadurch hervorgerufen, daß die Namen der andern Gesandten noch nicht angegeben werden konnten, man sich aber daran stieß, die Geleitsbriefe in blanco auszustellen. Man half sich schließlich damit, einfach die Namen der nach Nürnberg abgeordneten braunschweigischen Räte einzurücken. Da zwei von diesen, Langenbeck und Bohn, inzwischen von ihren Herzögen wirklich zu Gesandten nach Regensburg bestimmt waren, so entstanden dadurch späterhin weiter keine Weitläufigkeiten. Am 29. September/9. Oktober genehmigte der Kaiser den Vorschlag des Kurfürstenrates[1]; am 2./12. des Monats erfolgte die Ausfertigung der nötigen Geleitsbriefe[2], tags darauf richtete das Kurfürstenkolleg an beide[3] Mächte Schreiben, in denen ihnen mitgeteilt wurde, daß das Kurfürstenkolleg aller „widriger Considerationen unerachtet" den Kaiser um Ausstellung freien Geleits gebeten, die dieser auch nach seiner „angeborenen Güte und Clemenz" bewilligt habe. Sie möchten nunmehr unverzüglich ihre Gesandten nach Regensburg beordern[4].

Lampadius, der die Pässe am 5./15. Oktober erhielt, wurde durch Unpäßlichkeit noch einige Tage in Nürnberg festgehalten; am 11./21. Oktober traf er in Regensburg ein. Von Herzog Georg war während dieser ganzen Zeit nur einmal eine kurze Mitteilung (10./20. September) an ihn gelangt, in der er seine Maßnahmen, namentlich betreffs des Instruktionsauszuges guthieß. Erst als Lampadius schon in Regensburg war, erhielt er von seinem Herzoge (9./19. Oktober) den ausdrücklichen Befehl, dafür zu sorgen, daß das fürstliche Haus Sitz und Stimme

[1]) D. d. 9. Oktober. Gedr. Londorp IV, 933. Die Reihenfolge der Ereignisse wird auch durch Relation des Lampadius vom 21./31. Oktober bestätigt.

[2]) Das Datum der bei den Akten liegenden Kopien dieser Geleitsbriefe ist der 12. Oktober. Londorp a. a. O. gibt den 9. Oktober — wohl das Datum des Entwurfes.

[3]) Vgl. Koch I, 228. Aus Lampadius Relation vom 21./31. Oktober geht hervor, daß es mit Hessen etwas größere Schwierigkeiten gehabt. Man sei mit der Frau Landgräfin „übler zufrieden" als mit den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg.

[4]) In einem Schreiben vom 4./14. Oktober (Londorp IV, 938) baten sie auch den König von Dänemark, bei Braunschweig und Hessen in diesem Sinne zu wirken.

Digitized by Google

erlange. Indessen die darauf gerichteten Bestrebungen, waren, so oft sie von den braunschweigischen wie hessischen Gesandten bis zum Schlusse ihrer Anwesenheit in Regensburg erneut wurden, ohne Erfolg, da von kaiserlicher Seite an dem Standpunkte festgehalten wurde, daß die Teilnahme an den Reichstagssitzungen von der tätsächlichen und offiziellen Abkehr von den Reichsfeinden abhängig zu machen sei, die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg sich aber zu einer solchen nicht verstand. Der Reichstag behalf sich, um die beiden Mächte nicht zu sehr vor den Kopf zu stoßen, meist damit, eine Antwort möglichst hinauszuschieben oder von der Verbindung mit den Feinden abzumahnen. Im übrigen aber konnten sich namentlich die braunschweigischen Gesandten nicht über die ihnen zu Teil werdende Aufnahme beschweren — man gewinnt fast den Eindruck, als ob es den Gesandten der Mächte der verschiedensten Richtung darum zu tun gewesen sei, den Gesandten das Unsichere und Unbestimmte ihrer Stellung dadurch zu erleichtern. Wenn dann nicht nur die Gesandten der Kurfürsten Lampadius gleich in den ersten Tagen auf das freundlichste entgegenkamen[1]), sondern der kurmainzische Gesandte ihn auch aufforderte, sich mit dem Reichsvicekanzler Grafen Kurtz in Verbindung zu setzen, so zeigt dies, daß man am kaiserlichen Hofe eine versöhnliche Politik gegenüber Braunschweig-Lüneburg ernstlich zu verfolgen gedachte[2]). Es ist dafür charakteristisch, daß in der ganzen $2^1/_2$ Stunden währenden Audienz bei Kurtz die Verbindung mit den Schweden sorgfältig umgangen wurde, obwohl bei dem Gespräch über einen Waffenstillstand und Baners Vollmacht dazu die Veranlassung nahe genug gelegen hätte — um so mehr wenn wir bedenken, wie Graf Kurtz noch jüngst sich über diese Angelegenheit geäußert hatte. War diese Audienz in den Formen diplomatischer, aber kühler Höflichkeit verlaufen, so schlug der Kaiserliche Hofmarschall Freiherr von Stahremberg Lampadius gegenüber den Ton wienerischer Gemütlichkeit und Liebenswürdigkeit an, beteuerte seine Zuneigung zu dem Hause Braunschweig-Lüneburg; gar zu schade wäre es doch, wenn einem so alten Hause etwas Unangenehmes begegne; der Kaiser sei ein so freundlicher Herr, wünsche gern alle

[1]) Über die folgenden Vorgänge namentlich Lampadius Relation vom 26. Oktober/5. November bis 28. Oktober/7. November.

[2]) Daß die Haltung der Herzöge Friedrich und August dabei für den Kaiser maßgebend war, beweisen mannigfache von Lampadius aus Regensburg mitgeteilte Äußerungen. Auch das Antwortschreiben des Kaisers an Herzog August vom 24. Oktober/3. November deutet darauf hin. Vgl. darüber im Zusammenhang das letzte Kapitel. Auch der Rückschlag auf die hochgespannten Erwartungen (vgl. S. 139) tritt hierin zu Tage.

Digitized by Google

Differenzen zu beseitigen. Die Herzöge möchten nur ihre Gesandten schicken, da werde alles schon gut werden. Lampadius sagte sich freilich selbst, daß hinter diesem liebenswürdigen Geplausch nicht allzuviel stecke[1]), namentlich merkte er bald, daß der Freiherr über alle tatsächlichen Vorgänge nur mäßig unterrichtet sei — immerhin waren diese beiden Audienzen von symptomatischer Bedeutung. Die Gesandten der beiden Mächte erledigten sich hier wie in Zukunft der ihnen gewordenen Aufträge sowie dessen, was sie selbst vorzubringen für nötig hielten, auf dem Wege der Audienzen meist vor Deputierten, seltener vor der Gesamtheit der einzelnen Abteilungen des Reichstags. Ihr persönliches Anbringen würde häufig durch Denkschriften vorbereitet, oder sie legten den Inhalt ihrer mündlichen Auseinandersetzungen hinterher in solchen nieder. Diese Audienzen und schriftlichen Aeußerungen gingen nicht nur von ihnen aus; oft wurden sie von den Ständen dazu aufgefordert. Selten handelten dabei Braunschweig-Lüneburg oder Hessen allein, meist gingen sie gemeinschaftlich vor[2]). Lampadius erkannte sehr bald, daß die Stellung, die beide Mächte auf diese Weise einnahmen, ihnen in gewisser Hinsicht einen größeren Einfluß sicherte, als wenn sie im Fürstenrat ihre Stimmen abgäben. Denn so erreichten sie in der Tat, daß über alles, was sie vorbrachten, in den drei Reichsräten gesprochen und beschlossen wurde, während sie im Fürstenrat leicht überstimmt werden konnten. Ihm war es also mehr Formsache, um den Rechtsstandpunkt zu wahren, wenn er dem Wunsche der Herzöge — namentlich Herzog Friedrich drang sehr darauf — folgend, diese Angelegenheit auch fernerhin betrieb[3]). Zunächst sah sich Lampadius während mehrerer Wochen genötigt, allein, nur gestützt auf die doch ziemlich allgemein gehaltene letzte Nürnberger Instruktion in die Verhandlungen einzutreten; aus der Heimat fehlte ihm seit Wochen jegliche Nachricht, und auch die Gesandten trafen nicht ein.

---

[1]) „Dieser gute Herr mag wohl kein sonderlicher Machiavell sein", äußerte er bei einer andern Gelegenheit über ihn (Relation vom 4./14. November).

[2]) Wie großes Gewicht die Herzöge auf dieses gemeinsame Handeln legten, geht daraus hervor, daß sie ihre Gesandten eigens anwiesen, sich keinenfalls von Hessen zu trennen, als ihnen die Nachricht zugegangen war, daß derartige Trennungsversuche von gegnerischer Seite unternommen würden. Gesamtschreiben vom 12./22. Januar 1641. Braunschweig erscheint indessen überall als die leitende Macht.

[3]) Diese Deduktion in seiner Relation vom 2./12. November. Es würde mehr Nachdruck haben, wenn das fürstliche Haus „als eine Partie traktieren und den Fried besonders wie auch andere Reichsanliegen und gravamina beobachten und erledigen können".

Digitized by Google

Die Beratungen über die Sendung nach Regensburg und die nötigen Instruktionen hatten allerdings schon Mitte Oktober begonnen[1]); nach mehrtägigen Verhandlungen der Abgeordneten des Gesamthauses in Hildesheim, die am 16./26. Oktober zum Abschluß kamen, wurde die Abfassung der Instruktion der Celler Linie übertragen und von Langenbeck ausgeführt. Der Entwurf fand jedoch nicht in allen Punkten die Billigung des Herzogs August; von seiner Hand stammen namentlich die Zusätze betreffs der Friedensverhandlungen mit Schweden und Frankreich, und er wies seinen Gesandten, den Kanzler Bohn, noch ausdrücklich an[2]), dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen mit den beiden Mächten nicht getrennt geführt würden. Durch diese und anscheinend auch noch andere Änderungen fühlte sich Herzog Friedrich verletzt; es scheint, daß sie ihm zu sehr im Sinne einer den auswärtigen Mächten freundlichen Politik erschienen, denn sie gaben ihm Veranlassung[3]), sich ausdrücklich gegen jede weitere „Vertiefung" mit diesen zu erklären und seine Ergebenheit gegen den Kaiser zu betonen. Indessen setzte Langenbeck es selbst durch, daß die Instruktion in dieser Form ausgefertigt wurde[4]). Das sehr sorgfältig ausgearbeitete Aktenstück — es umfaßt im Konzept 51 Folioseiten — geht von der Notwendigkeit aus, daß das fürstliche Haus auf dem Reichstage Sitz und Stimme erlangen müsse. Die dem Reichsrecht entnommenen Gründe, durch die bewiesen werden soll, daß den Ständen Sitz und Stimme durch den Kaiser nicht einseitig entzogen werden könne, sind im wesentlichen die alten; neu ist der Hinweis auf eine Erklärung des Kurfürstenkollegs vom 5. Februar 1608, wonach dem Kaiser nicht eine Citation zum Reichstage, sondern nur „Avisationsschreiben" zustehen. Da vorauszusehen, daß die Verbindung mit den Schweden als Haupthinderungsgrund für die Ausübung ihres Rechtes von der Gegenseite vorgebracht werden würde, so stellte man in der Instruktion eingehend noch einmal alle Gründe zusammen, durch die diese als ein notwendiges „Defensionswerk" des Hauses Braunschweig-Lüneburg erwiesen wurde, von dem man gerade jetzt bei der gefährlichen Haltung

---

1) Grotes Tagebuch. Vaterländisches Archiv 1834, S. 361 ff.

2) Schreiben vom 29. Oktober/8. November.

3) Herzog Friedrich an Herzog Georg 30. Oktober/9. November.

4) Grote berichtet in seinem Tagebuche, daß Langenbeck die Instruktion mitgenommen habe. Das scheint auf Irrtum zu beruhen, da diese das Datum des 21. November trägt, es sei denn, daß das Datum verschrieben und der 21. Oktober gemeint sei, was an und für sich besser passen würde, zumal das Schriftstück in den Akten nur im Konzept erhalten ist.

Digitized by Google

der kaiserlichen Armee, den feindseligen Handlungen des Kommandanten von Wolfenbüttel, der Besetzung der fürstlichen Lande durch schwedische und französische Völker nicht zurücktreten könne. Demgemäß sollen die Gesandten bei dem Anspruche des fürstlichen Hauses auf Sitz und Stimme „steif und fest" beharren. Wenn es indessen am Schluß der Instruktion heißt, die Gesandten sollten für den Fall, daß sie damit nicht durchdrängen, auf andere Weise suchen, die Absichten des fürstlichen Hauses zur Geltung zu bringen, so zeigt das, daß man sich allzugroßen Hoffnungen in dieser Hinsicht doch auch nicht hingab. Die Instruktion wendet sich nunmehr der Kaiserlichen Proposition zu. Diese hatte drei Beratungspunkte aufgestellt: 1. Wie das Reich völlig zu beruhigen sei. 2. Wie bis zu solcher Beruhigung der Krieg inzwischen mit unzertrennter Macht, einmütiger Zusammensetzung und guter Ordnung fortzuführen. 3. Wie dem Justizwesen wieder aufzuhelfen.

Die Instruktion beschäftigt sich nun am eingehendsten mit dem ersten Punkte; die Ausführungen hierüber enthalten die Kardinalpunkte der braunschweigisch-lüneburgischen Friedenspolitik[1]). Ausgehend von dem Gedanken, daß die Ursache des Krieges in der Verletzung der Libertät der Stände durch den Kaiser zu suchen sei, wird die Notwendigkeit, sie für die Zukunft zu schützen, betont. Zu diesem Zwecke ist vor allem dem Reichstage eine größere Fülle von Rechten zugedacht. Die Beschwerden der Stände sowohl wie die Rechte des Kaisers sollen hier entschieden, bei Zuwiderhandlungen der Kaiser vor dem nächsten Reichstage zur Verantwortung gezogen werden. Mindestens alle drei Jahre ist daher der Reichstag zu berufen, auf Begehren des Kurfürstenkollegs oder eines ganzen Kreises auch früher. Auch die Rechte der Kurfürsten — namentlich hinsichtlich des juris pacis et belli — sind genau auf das von der goldenen Bulle angegebene Maß zu beschränken. Diese allgemeinen Ausführungen enthalten in manchem Punkte Gedanken, die sich nahe mit denen des Hippolithus a Lapide berühren; doch nötigt das natürlich nicht zu der Annahme, Langenbeck habe dessen Schrift schon gekannt[2]), obwohl es ja denkbar wäre.

---

[1]) Ich folge hier nicht der Anordnung der Instruktion, da diese Einzelheiten vorwegnimmt und das Allgemeine folgen läßt; mehrfach ergeben sich daraus auch Wiederholungen.

[2]) Es mag bei dieser Gelegenheit erwähnt werden, daß meines Erachtens Koch recht hat, wenn er (I, 214 f.) die oft aufgestellte Behauptung (in neuerer Zeit z. B. noch von Winter, Geschichte des Dreißigjährigen Krieges S. 554) zurückweist, als habe des Hippolithus Schrift Einwirkung auf die Verhandlungen des Reichstages

Digitized by Google

Die Erwähnung der gravamina leitet dann über zu der Frage nach der Geltung des Prager Friedens. Für die Lösung der religiösen Angelegenheiten biete er durchaus keine Abhülfe, für die der Religionsfrieden das Fundament abzugeben habe. Der Prager Friede sei seiner Natur nach ein Privatvertrag, dessen Kassierung anzustreben sei, da die meisten Stände nur aus Furcht vor den Waffen, ohne zu ahnen, was dahinter stecke, ihn angenommen hätten. Sei dies aber nicht zu erreichen, so wäre es am besten, wenn er — ähnlich wie in ihm selbst das Restitutionsedikt — garnicht erwähnt würde. Andernfalls müsse er jedenfalls so verklausuliert werden, daß er der Reichsverfassung nicht mehr zuwiderlaufe. Im übrigen überließ die Instruktion die Entscheidung in andern die Libertät und die Religion betreffenden Fragen der selbständigen Entscheidung der Gesandten. Jedoch darf auf keinem Fall für diese Angelegenheiten Majoritätsbeschluß als bindend anerkannt werden. Im einzelnen steht unter den Mitteln zur Beförderung des Friedens obenan die Generalamnestie, die in der umfassendsten Weise zu fordern ist, wobei die Gesandten die Deduktionen, die seiner Zeit von Kursachsen vor und während der Prager Friedensverhandlungen angeführt und auch im Druck verbreitet waren, zu Grunde legen können. Ist dann diese Generalamnestie erlangt, so können unter Zuziehung sämtlicher Stände des Reiches die Friedenstraktaten angetreten werden. Soll zu deren Einleitung zunächst ein Waffenstillstand geschlossen werden, so ist man von seiten Braunschweig-Lüneburgs geneigt, diesen bei den beiden Kronen zu vermitteln. Jedoch ist vorher zu bedingen, daß keinem Stande durch die augenblicklich auf dem Reichsboden stehenden Armeeen größere Lasten aufgebürdet werden.

Mit den beiden Kronen ist weder getrennt noch an weit entlegenen Orten zu verhandeln. Das Haus Braunschweig-Lüneburg kann sich vor allem nicht darauf einlassen, für sich allein Traktaten anzutreten „dadurch Wir von beeden kriegenden Teilen ohnabwendlich würden ufgefressen werden". Als Gesichtspunkte, die für das fürstliche Haus bei Antretung von Friedensverhandlungen in Frage kommen, werden in erster Linie billige Bedingungen für die beiden Kronen, sodann Verschonung der

ausgeübt. Ein solcher Einfluß, von dem auch sonst nichts zu spüren ist, würde sich zweifellos in den Relationen des Lampadius widerspiegeln. Aber während er andere Streitschriften jener Zeit, namentlich die berühmte des Jesuiten Gorer (vgl. Koch I, 301 f.) mehrfach erwähnt, findet sich auch nicht die geringste Andeutung über Hippolithus. Inwieweit dessen Schrift die Diplomaten jener Zeit beeinflußt habe, ist natürlich eine andere Frage.

Digitized by Google

braunschweigischen und hessischen Lande von der kaiserlichen Kriegsmacht, Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Armatur des fürstlichen Hauses bis zu allgemeiner Niederlegung der Waffen, Rückgabe Wolfenbüttels, Beilegung der Hildesheimer Sache, wenn möglich noch während des Reichstages, „auf leidliche, billige Maße", etwa unter Vermittlung Dänemarks, Würzburgs und Hessen-Darmstadts angegeben. Die Friedensverhandlungen sollen möglichst noch während des Reichstages ihren Abschluß finden. Auf Grund welcher Bedingungen mit den Kronen zu verhandeln, läßt sich jetzt noch nicht sagen, zumal die Forderungen Frankreichs noch niemals zu Tage gekommen sind. Jedenfalls haben hinsichtlich des Satisfaktionspunktes die Gesandten keinenfalls das Regensburger Bedenken als Grundlage anzunehmen, da dieses alles den Evangelischen allein aufbürden will.

Kurz beschäftigt sich die Instruktion zum Schluß noch mit den beiden anderen Punkten der Kaiserlichen Proposition. Beim zweiten Punkte sollen die Gesandten eine Reichskontribution ablehnen, da durch eine solche die kriegführenden Kronen als Reichsfeinde hingestellt würden. Nur wenn durch deren Schuld die Friedensverhandlungen scheiterten, wolle man sich zu dem, was billig, verstehen. Bei dem Justizpunkt endlich ist auf die Erledigung der Beschwerden von 1613 und 1636 zu dringen.

Etwa Mitte November[1]) brachen Langenbeck und Bohn von Hildesheim, wo sie die letzten Besprechungen mit Herzog Georg hatten, nach Kassel auf, um sich hier mit den beiden hessischen Gesandten zum Reichstage, Reinhard Scheffer und Johann Vultejus, zu vereinigen. Hier verzögerte sich dann aber ihre Weiterreise — die Gründe wissen wir nicht, vielleicht aber war man dort mit der Abfassung der Instruktion noch im Rückstande[2]) — um fast 14 Tage. Über Gießen, wo sie mit dem Landgrafen noch eingehende Besprechungen hatten, Frankfurt — Nürnberg erreichten die Gesandten endlich am 6./16. Dezember Regensburg. Sie befreiten dadurch Lampadius aus einer in mehr als einer Hinsicht peinlichen Lage. Nicht allein, daß er auf eigene Verantwortung in die Verhandlung der wichtigsten Angelegenheiten hatte eintreten müssen, er bekam auch recht spitze Bemerkungen über das lange

[1]) Langenbeck war von Celle den 30. Oktober/9. November abgereist, die Weiterreise nach Kassel erfolgte nach Mitteilung der kalenbergischen Regierung an die kasselsche am 5./15. November.

[2]) Die in allen Hauptpunkten (soweit dies aus der kurzen Übersicht bei Rommel VIII, 608 f. zu ersehen ist) mit der braunschweigischen übereinstimmende hessische Instruktion läßt vermuten, daß, sofern nicht vorher, jedenfalls während des Aufenthaltes der Gesandten jene für diese als Grundlage benutzt wurde.

Digitized by Google

Ausbleiben seiner Kollegen zu hören[1]). Den Herzögen von Braunschweig scheine doch am Frieden nicht viel zu liegen, gab man ihm zu verstehen, da zwei Monate nach Absendung der Paßbriefe noch niemand hier erschienen sei, ja die Herzöge es nicht einmal für nötig hielten zu schreiben, ob sie überhaupt jemand schicken wollten. Es ist wohl anzunehmen, daß man gerade von kaiserlicher Seite der Ankunft der beiden anderen braunschweigischen Gesandten deshalb mit besonderer Ungeduld entgegensah, weil man in ihnen die Vertreter der mehr auf Versöhnung gerichteten Politik der Celler und Wolfenbüttler Linie erblickte. Indessen beide verzichteten von vornherein auf jegliche Sonderpolitik[2]) — auf Grundlage der von Lampadius bisher eingeschlagenen und durch die Instruktion bestätigten und näher ausgeführten Politik überließen sie auch fernerhin, ebenso wie früher in Nürnberg, Lampadius die Führung. Die nun vollzählige Gesandtschaft des Hauses Braunschweig-Lüneburg hatte dann am 24. Dezember/3. Januar feierliche Audienz vor Vertretern des kaiserlichen Hofes[3]), bei der die Gesandten ein die Friedensfrage und Generalamnestie leicht berührendes, von neuem Sitz und Stimme begehrendes Memorial an den Kaiser verlasen und übergaben, das Gespräch aber mehr in den Grenzen der europäischen, außerdeutschen Verhältnisse sich bewegte; Baners Aufbruch wurde kurz gestreift. An Liebenswürdigkeit ließen es die Kaiserlichen auch hier nicht fehlen. Die Antwort des Kaisers aber auf das eingereichte Memorial fiel einfach ablehnend aus. Gelegenheit und Möglichkeit sich von den Reichsfeinden zu trennen, falls die Vereinigung mit diesen wirklich nur aus falschem Mißtrauen gegen die kaiserlichen Truppen erfolgt sei, habe es mehr als einmal gegeben, so lange sich die Herzöge dazu nicht entschlössen „sehen Ihre Kaiserliche Majestät nit, wie bei sogestalten Sachen sie zu dem gemeinen Reichsrat noch zur Zeit mit einzulassen oder ihnen auf die dabei mit angeregten Punkte einige hauptsächliche Antwort und Nachricht zu erteilen". Da hierdurch auch die von Lampadius anfangs gehegte Erwartung, von dem kaiserlichen Hofe als besondere Partei behandelt zu werden, zu nichte gemacht wurde, so sahen sich die Gesandten in Zukunft im wesentlichen darauf beschränkt, mit den Reichsräten zu verhandeln und hier ihre Politik zur Geltung zu bringen, was indessen nicht ausschloß, daß sie in einzelnen Fällen auch dem Kaiser ihre Denkschriften einreichten.

[1]) Relation vom 25. November/5. Dezember.

[2]) Wenigstens läßt sich während Lampadius Anwesenheit eine solche auch für Bohn nicht nachweisen.

[3]) Relation von Lampadius 30. Dezember/9. Januar.

Digitized by Google

Inwieweit es Braunschweig und Hessen gelingen würde, ihre Ziele zu erreichen, das hing in erster Linie davon ab, ob sie für ihre Politik bei den Reichsständen günstigen Boden finden und schließlich, ob diese ihre Beschlüsse beim Kaiser durchsetzen würden.

Über die letzten Ziele der Politik Ferdinand III. in diesem Zeitpunkte ein abschließendes Urteil zu gewinnen, erlauben uns die bisherigen Publikationen noch nicht. Kochs Geschichte des Deutschen Reiches unter Ferdinand III., die für den Kaiser nur edle, für seine Gegner nur die niedrigsten und gemeinsten Beweggründe des Handelns kennt, gibt uns ebensowenig einen sicheren Anhalt[1]) wie die nach der entgegengesetzten Seite zu weit gehende Beurteilung von Erdmannsdörffer in den einleitenden Bemerkungen zu den Relationen der kurbrandenburgischen Gesandten beim Reichstage. Daß der Kaiser den Frieden im Reiche ernstlich wollte, darf als gewiß angesehen werden; ich glaube nicht, daß er sich, wie Erdmannsdörffer meint, willig der von Madrid ausgegebenen Parole fügte, daß es jetzt in keinem Falle zum Frieden kommen dürfe. Freilich mußte er bei seiner finanziellen Abhängigkeit von Spanien auf dessen politische Lage und Wünsche häufig Rücksicht nehmen und tat es auch, nicht nur aus diesem Grunde, sondern ebensowohl aus dynastischen Interessen und geleitet von einer spanischen Partei an seinem Hofe, deren Einfluß denn doch wohl nach zahlreichen Äußerungen jener Zeit größer war, als Koch es zugestehen will. Mehr aus diesem Gesichtspunkte als aus dem der Interessen des Reichs[2]) versteht man das von Ferdinand III. lange Zeit festgehaltene Bestreben, den Frieden nur mit den Ständen des Reiches und Schweden zu schließen, um dann alle Kräfte gegen Frankreich frei zu bekommen; diese Politik wäre in erster Linie Spanien zu gute gekommen.

Als diese Aussichten an der Haltung Schwedens scheiterten, blieb der andere Weg, mit den Reichsständen allein Frieden zu schließen und mit diesen gemeinsam beide auswärtigen Feinde vom Reichsboden zu vertreiben, d. h. auf die von Ferdinand II. nach dem Prager Frieden verfolgten Pläne zurückzugreifen. Ob man am Wiener Hofe auch jetzt noch ernstlich geglaubt hat, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen,

---

[1]) Für den Regensburger Reichstag scheint Koch auch die Akten des Wiener Archivs nur oberflächlich benutzt zu haben.

[2]) Vgl. den Artikel „Ferdinand III." von Stieve in der Allgemeinen deutschen Biographie VI, 664—671. 1877. (Neuabdruck in den Abhandlungen, Reden und Vorträgen S. 289—299). Stieve faßt hauptsächlich die während des westfälischen Friedenskongresses befolgte Politik ins Auge.

Digitized by Google

läßt sich schwer entscheiden. Sicher ist aber, daß man hier den Ständen des Reiches gegenüber anfangs auf dem Standpunkte des Prager Friedens zu verharren gedachte. Und auch soviel scheint sicher, daß wenn es auch nicht gelingen sollte, das Reich gegen die Feinde zu einigen, man doch hoffte, jenes zum Frieden mit dem Kaiser zu bringen, ehe man mit diesen die wirklichen Friedensverhandlungen antrat, die der Kaiser alsdann im Namen des Reiches zu führen willens war.

Von den Kurfürsten verfolgte Maximilian von Bayern, wie der Verlauf des Kurfürstentages zu Nürnberg beweist, eine entschieden auf Frieden mit den Reichsständen gerichtete Politik unter Aufgabe der Einschränkungen des Prager Friedens; nach außen hin war er ein entschiedener Gegner einer Spanien freundlichen Politik und daher geneigt, auch mit Frankreich es möglichst bald zum Abschlusse zu bringen[1]). Ob in der Politik Bayerns schon damals der Gedanke fest stand, der der kaiserlichen entgegentrat, mit Frankreich Friede zu machen und dann die Schweden zu vertreiben, muß dahingestellt bleiben[2]). Kurfürst Johann Georg von Sachsen suchte seine Politik im wesentlichen auf Grund des Prager Friedens weiter auszugestalten; mit Eifer verfocht er namentlich den Anschluß der Stände an den Kaiser als die einzige Möglichkeit, zum Frieden zu kommen. In einzelnen Punkten, namentlich bei den Verhandlungen über die Amnestie erscheint sein Verhalten widerspruchsvoll. In der Politik Kurbrandenburgs trat während des Reichstags durch den Tod Georg Wilhelms eine wesentliche Verschiebung ein, freilich nicht in dem Sinne, daß der junge Kurfürst Friedrich Wilhelm sich in Gegensatz zu Österreich gesetzt habe, er war vielmehr alle aus dem Prager Frieden ihm erwachsenden Pflichten dem Kaiser gegenüber zu erfüllen bereit[3]). Aber in der Erkenntnis, daß Pommern auf kriegerischem Wege für ihn nicht mehr zu erlangen sei, entschloß er sich, seinen Frieden mit Schweden zu machen — also die Neutralität zu erreichen, die auch Herzog Georgs

---

[1]) Über die Frankreich gegenüber verfolgte Politik, deren Anfänge in diese Zeit reichen vgl. auch Egloffstein, Bayerns Friedenspolitik 1645—1647 in den einleitenden Bemerkungen.

[2]) Vgl. darüber Stieve, Maximilian I von Bayern (Abhandlungen, Vorträge und Reden S. 155—180; speziel S. 173 f.)

[3]) So Meinardus, Akten und Relationen I, Einleitung S. LXXIII ff. gegen Erdmannsdörfer, Deutsche Geschichte von 1648—1740 I, S. 94. Übrigens sagt E. an der von M. angezogenen Stelle nicht wie M. citiert, daß Friedrich Wilhelm die Fessel gesprengt habe, die ihm durch den Prager Frieden auferlegt war, sondern daß der Tod Schwarzenbergs diese Fessel sprengte.

Digitized by Google

Gedanke gewesen war. Von den beiden zum Reichstage beschriebenen geistlichen Kurfürsten erscheint die Politik von Kurmainz fast überall durch die kaiserliche bedingt, während auf Kurköln naturgemäß die von Bayern von Einfluß war.

Im Fürstenrate spüren wir nur geringe Regungen einer selbständigen Politik. Da die drei weltlichen Kurfürsten für ihre Nebenlande auch hier mit Sitz und Stimme vertreten waren, so spielten sie neben dem gleichfalls im Fürstenrat stimmenden Österreich dort auch eine bedeutende Rolle; unter den geistlichen Fürsten traten Salzburg, Würzburg und Bamberg häufiger hervor, jenes, wo es sich nicht um Rangstreitigkeiten handelte, meist mit Österreich zusammengehend, diese häufiger auch vermittelnd. Unter den evangelischen Ständen nahm Sachsen-Weimar durch seine Bemühungen um den Waffenstillstand eine besondere Stellung ein, zu etwas höherer Bedeutung erhoben sich auch Württemberg und Altenburg. Im allgemeinen aber zeigten die Evangelischen in ihrem Vorgehen weniger Zähigkeit, Geschlossenheit und Zielbewußtsein als die Katholiken; immer wieder kehren in Lampadius Relationen die Klagen über die Schwachmütigkeit, Mattherzigkeit und Unentschlossenheit seiner Glaubensgenossen.

Vielmehr Zuverlaß als auf sie war auf die Städte, die meist energisch und zäh an ihrer mehrfach in den Hauptfragen von den Ansichten der beiden anderen Reichsräte abweichenden Meinung festhielten[1]).

Die kaiserliche Proposition, die bei der Eröffnung des Reichstages am 3./13. September verlesen war, hatte bei dem ersten Punkte: wie das Reich völlig zu beruhigen sei, außer den üblichen Friedensversicherungen sich darauf beschränkt, kurz auf die letzten erfolglos verlaufenen Verhandlungen mit Frankreich und Schweden hinzuweisen und daraus die Folgerung zu ziehen, daß es den Feinden mit dem Frieden nicht ernst sei. Die Beratungen des Reichstages würden sich daher mit der Frage zu beschäftigen haben, wie trotzdem der Friede herbeizuführen sei. Es war nun augenscheinlich das Bestreben der kaiserlichen Politik[2]), diesen Punkt zunächst bei Seite zu schieben und zu sehen, wie weit der Reichstag für Bewilligung neuer Mittel zu haben sei und ferner, wie weit man mit einer Einigung der Stände auf der Grundlage des Prager Friedens gelangen könne, um so eine feste Basis für die Friedensver-

---

1) Deshalb steht es für Koch I, S. 233 fest, daß die Städte bestochen waren!

2) In diesem Sinne äußert sich auch der mecklenburgische Gesandte in einem Schreiben an Lampadius vom 5./15. August.

Digitized by Google

handlungen nach außen zu gewinnen, bei deren Scheitern aber die genügenden finanziellen und militärischen Mittel zur Fortführung des Krieges zu haben. Die braunschweigisch-lüneburgische Politik ging dagegen von vornherein darauf aus, die Friedensverhandlungen in den Vordergrund zu stellen und zwar in Verfolg der in Nürnberg vertretenen Grundsätze unter Zuziehung zunächst Schwedens. Das war ja der Standpunkt gewesen, den Lampadius in Nürnberg so konsequent eingenommen hatte — Frankreich trat für ihn zunächst in den Hintergrund. Nun aber, schon im Juli, erhielt er von Herzog Georg andere Weisung. Er habe in Erfahrung gebracht, daß die beiden fremden Kronen, wenn sie von dem Kurfürstenkolleg dazu aufgefordert würden, geneigt seien, ihre Gesandten zum Reichstage zu senden, Lampadius solle in diesem Sinne zu wirken suchen. Und daneben tauchte die Frage nach einem Waffenstillstande wieder ernsthafter auf. Wir sahen, wie in den kritischen Wochen, als die Alliierten von Thüringen ihren Rückzug auf Niederhessen antraten, durch die Weimarer Herzöge in diesem Sinne Verhandlungen mit den kämpfenden Parteien angeknüpft wurden; Baner und Longueville hatten sich ablehnend geäußert, die Braunschweiger durch längere Zeit die Verhandlungen im Gang erhalten, und dadurch Baners Mißtrauen erregt. Von kaiserlicher Seite war man den Vermittlern freundlich entgegengekommen und hatte sie schließlich nach Regensburg verwiesen, wo sie tatsächlich ihre Bemühungen noch während des Sommers fortsetzten. Der mehr und mehr zu Ungunsten der Alliierten sich gestaltende Feldzug und die damit für Braunschweig wachsende Gefahr führten dann hier wohl dem Gedanken an einen Waffenstillstand in umfassender Weise neue Nahrung zu. So wurde denn Lampadius aufgetragen, sich um dessen Zustandekommen zu bemühen; demgemäß hatte er gerade diesen Punkt in seinem von Nürnberg aus an die Stände nach Regensburg gerichteten Schreiben ganz besonders betont. Indessen der brandenburg-kulmbachsche Gesandte Caspar Feilitzsch, dem er den Entwurf vorher übersandt hatte, riet ihm[1]), den Waffenstillstand nur sehr vorsichtig zu erwähnen; denn am kaiserlichen Hofe berufe man sich auf ein Schreiben Baners, in dem er ausdrücklich erklärt habe, daß er zur Schließung eines Waffenstillstandes keine Vollmacht besitze. Man hatte ja allerdings mit Baner in Böhmen 1639 in der Hinsicht ziemlich üble Erfahrungen gemacht[2]). Lampadius ließ sich dadurch jedoch nicht

1) 2./12. September.
2) Vgl. Koch I, 177 f.

Digitized by Google

ganz davon abbringen, wenn er auch die Angelegenheit etwas weniger stark betonte, als es ursprünglich in seiner Absicht gelegen hatte. Daneben suchte er Feilitzsch zu bearbeiten, diesen Punkt vor allen anderen ins Auge zu fassen und die Stände zu seiner Behandlung anzutreiben. Denn gerade damals zog sich der Kriegsschauplatz bedenklich in die Nähe der braunschweigischen Lande — es war wichtig, daß ein Waffenstillstand zu stande kam, ehe man eine der kriegführenden Parteien selbst im Lande hatte. Nun wurde in der Tat schon in der sechsten Session des Fürstenrats diese Frage behandelt, aber das Ergebnis war, wie Feilitzsch vorausgesehen hatte: man erklärte, man müsse vor allem erst wissen, ob der Feind überhaupt Lust zu einem Waffenstillstande habe; der Einwurf, der von kaiserlicher Seite gemacht war, hatte also gewirkt. Der Zeitpunkt für die Betreibung eines Waffenstillstandes war in der Tat nicht günstig gewählt; die kaiserlichen und liguistischen Heere schienen überall im Vorteil, auch die spanische Partei am Hofe wirkte dagegen, und schließlich war auch unter den Ständen der Eifer dafür nicht allzugroß. Wem der Krieg nicht gerade auf dem Halse lag, der fürchtete durch einen Waffenstillstand nur schlimmer zu fahren durch etwa ihn treffende Einquartierung. Ja, wenn Braunschweig-Lüneburg, Hessen-Kassel und Pommern die Heere auf sich nehmen wollten, wäre man wohl geneigt dazu[1]) gewesen. Da man damit ja aber dem Antragsteller geradezu ins Gesicht geschlagen hätte, so schob man im Fürstenrat die Sache zu weiterer Behandlung an den Kurfürstenrat ab[2]), dessen Gutachten dann dahin ging, daß der Waffenstillstand eine militärische und daher vom Kaiser abhängende Sache und ihm also anheimzustellen sei. Den Herzögen wollte man deswegen nicht weiter antworten, sondern bis zur Ankunft der Gesandten warten. Damit war die Sache erledigt, denn des Kaisers bald darauf erfolgende Antwort, er werde die Sache des Waffenstillstands in Erwägung ziehen, hatte keine praktische Bedeutung. Noch ehe Lampadius nach Regensburg kam, hatte also die braunschweigische Politik ihre erste Niederlage erlitten. Herzog Georg gab danach denn auch die Hoffnung auf einen Waffenstillstand auf, zumal ihm inzwischen klar geworden sein mußte, daß Baner dafür nicht zu gewinnen sei; dafür tauchte dann wieder sein alter Lieblingsgedanke einer Neutralität der

---

1) Für die Entwicklung dieser Frage Relation von Lampadius vom 12./22. September, anonymes Schreiben aus Regensburg 16./26. September.

2) Londorp IV, 884 f. Das Gutachten der Kurfürsten vom 6. Oktober (neuen Stils) ebenda S. 923—25.

Digitized by Google

braunschweigischen Lande auf, den er auch auf die hessischen auszudehnen gedachte. Ob er es wirklich für möglich gehalten hat, eine solche jetzt noch durch die Drohung zu erreichen, daß er sonst auch fernerhin auf die Verbindung mit den Schweden nicht verzichten könne[1]), muß dahingestellt bleiben. Auch die Versuche, die Lampadius und die anderen braunschweigischen Gesandten später noch persönlich in Regensburg wegen des Waffenstillstandes machten, sind wohl nur noch als Rückzugsgefechte anzusehen und hatten auch keinen Erfolg. Anfang Februar schien es allerdings, als habe man infolge der durch Baners kühnen Zug veränderten Kriegslage auf kaiserlicher Seite Neigung zum Waffenstillstande, Trautmansdorf forderte damals (Relation des Lampadius vom 27. I./6. II.) die braunschweigischen Gesandten auf, an Baner zu schreiben. Diese lehnten aber ein solch selbständiges Vorgehen ab; auch diese Anregung blieb also ohne Folgen.

Die hinsichtlich der Waffenstillstandsfrage erlittene Niederlage mochte das Haus Braunschweig-Lüneburg immerhin verschmerzen, sie traf doch keinen der Hauptpunkte ihrer Politik. Zu ihnen aber gehörte die Frage nach der Einrichtung der Friedensverhandlungen. Die braunschweigisch-lüneburgische Politik ging hier von dem Gedanken aus, daß bei den Friedensverhandlungen für die evangelischen Stände etwas Ersprießliches nur herauskommen könne, wenn zu ihnen mindestens Schweden von vornherein herangezogen würde, und zwar dachte Lampadius sich dies ursprünglich in der Form einer Teilnahme schwedischer Bevollmächtigter an den Reichstagsverhandlungen selbst. Wenn dann seit dem Juli es der braunschweigischen Politik als Notwendigkeit erschien, auch Frankreich in gleicher Weise zu diesen Verhandlungen heranzuziehen, so wird man darin den Einfluß Hessens sehen dürfen. Den Gedanken einer Beteiligung am Reichstage selbst ließ man freilich schon in der Instruktion vom 17./27. Juli fallen, anscheinend auf Grund von Informationen bei beiden Mächten. Dagegen suchte man jetzt Einladungen für deren Gesandte nach einem in der Nähe von Regensburg gelegenen Orte — man dachte in erster Linie an Nürnberg — zu erlangen. Es kam Lampadius, der nunmehr diesen Gedanken mit Eifer verfocht, dabei vor allem darauf an, daß dadurch die Kleinmütigkeit seiner Glaubensgenossen beseitigt, die Verhandlungen selbst aber durch die Nähe des Ortes erleichtert und durch die Konzentrierung auf einen Punkt in demselben Sinne geleitet und vor allem während des Reichstages beendet würden.

---

[1]) Diese Gedanken äußert er im Schreiben an Lampadius vom 15./25. Oktober.

Digitized by Google

Denn er fürchtete, daß, falls dies nicht erreicht würde, absolutistische Neigungen des Kaisers den Ständen das jus pacis et belli aus den Händen winden würden[1]). Wir mögen uns allerdings, wenn wir die jahrelangen, mühevollen und langwierigen Verhandlungen des westfälischen Friedenskongresses überschauen, wundern, daß ein so einsichtsvoller Diplomat wie Lampadius hoffen konnte, daß das ganze Friedenswerk im Zusammenhang mit diesem Reichstage sich werde erledigen lassen; indessen diese Hoffnung haben mit ihm zahlreiche andere Diplomaten geteilt — niemand konnte selbst in jener an Zeremonien gewöhnten Zeit ahnen, welch dornenvoller Pfad allein durch die Irrwege der Präliminarien zurückzulegen war. Und doch mochten gerade hierfür die Verhandlungen des Regensburger Reichstages einen Vorgeschmack geben. Zunächst aber: alle Fragen, die der braunschweigisch-lüneburgischen Politik für die Friedensverhandlungen von Bedeutung waren, wurden von kaiserlicher Seite in direkt entgegengesetztem Sinne beantwortet. Schon das Hereinziehen Frankreichs wurde dort lästig empfunden. Die Hoffnung, mit Schweden auf billige Weise sich abfinden zu können, war noch keineswegs aufgegeben — wie hier aber auch die Entschädigungsfrage ausfallen mochte — es kamen dabei nur Reichsinteressen, aber nicht habsburgische in Frage, während bei Frankreich, so zurückhaltend dies bislang mit seinen Andeutungen gewesen war, von vornherein daran kein Zweifel sein konnte, daß deren Ansprüche den habsburgischen Interessen tief ins Fleisch schneiden mußten. War es nun aber nicht möglich, den Frieden mit Schweden ohne Frankreich zum Abschluß zu bringen, so wollte man doch auf keinem Fall mit beiden Mächten am gleichen Orte verhandeln, am liebsten hätte man zwei recht weit von einander gelegene Orte wie Lübeck und Köln gewählt. Man lehnte dadurch einmal die Behandlung der beiden Kronen als einer gemeinsam Krieg führenden Macht ab und suchte auch die gegenseitige Einwirkung auf die Verhandlungen nach Möglichkeit zu erschweren. Und endlich fürchtete man bei der Wahl eines in der Nähe von Regensburg liegenden Ortes in der Tat den Einfluß auf die Stände, von dem Lampadius sich so viel versprach[2]). Dieser hoffte zunächst, daß der Reichstag sich zu dem selbständigen Schritte entschließen würde, die Gesandten der beiden Mächte nach Nürnberg einzuladen; eifrig arbeitete er, während er selbst noch in dieser

[1]) Seine Anschauungen gibt namentlich die Relation vom 26. September/6. Oktober wieder.

[2]) Anonymes Schreiben aus Regensburg datiert 15. September 1640; anscheinend von einem städtischen Gesandten.

Digitized by Google

Stadt weilte, dafür. Unter einzelnen Evangelischen war auch Stimmung, wenigstens für Schweden, selbst die Kurfürstlichen schienen dem nicht abgeneigt; indessen sehr bald zeigte es sich doch, daß der Reichstag zu einem Vorgehen in dieser Richtung nicht zu bringen sei. In seiner lebhaften, temperamentvollen Weise war nun Lampadius gleich mit einem neuen Plane fertig[1]): Schweden jedenfalls, wenn möglich auch Frankreich sollten selbständig Gesandte nach Nürnberg schicken; Dänemark und Hessen müßten in diesem Sinne ihren Einfluß bei den beiden Mächten aufbieten; die Reichsstände würden es nicht ablehnen können, wenn die Kronen mit diesem Anerbieten kämen. Es war ein Vorschlag, der so sehr allem diplomatischen Brauch widersprach, daß er schon aus diesem Grunde hätte scheitern müssen, und wie hätten Schweden und Frankreich sich eine solche Blöße geben sollen, durch ein derartiges Anerbieten sich dem Verdachte auszusetzen, als bedürften sie des Friedens? Wenn Lampadius selbst nach seiner Art auf diesen Plan auch noch mehrfach zurückkam, so fand er damit doch keinen Anklang.

Gelang es ihm nun auch nicht, den Reichstag in die Bahnen seiner Politik mit fortzureißen, so war sein Vorgehen doch nicht ganz ohne Einfluß. Denn es war doch immerhin ein kleiner Erfolg, daß die Reichsräte dem Kaiser vorschlugen, für Frankreich und Schweden Pässe auszustellen, um mit ihnen noch während des Reichstages die Verhandlungen zu beginnen. Für Frankreich freilich, auf das man durch den Papst zu wirken hoffte, blieb man bei Köln, für Schweden dagegen nahm man zwar auch in erster Linie Hamburg oder Lübeck in Aussicht, war aber doch bereit, falls ihnen diese Städte nicht genehm wären, statt dessen auch Nürnberg oder eine andere nahe gelegene Stadt in Vorschlag zu bringen. Im Fürstenrat dachte man sogar an Regensburg selbst[2]), der Kurfürstenrat änderte dies aber. Auch eine der wichtigsten Formfragen wurde hier nach dem Wunsche Braunschweig-Lüneburgs entschieden. Es handelte sich darum, ob in den Paßbriefen der beiden Mächte die mit ihnen verbündeten Stände als noch nicht Versöhnte (nondum reconciliati) vom Kaiser bezeichnet werden sollten, wie dieser verlangte, während die Kronen sich entschieden weigerten, solche Pässe anzunehmen.

Die Stände befürworteten nun beim Kaiser die Fortlassung dieser Worte. Hier wich jedoch das Kurfürstenkolleg in seinem Gutachten vom 26. September/6. Oktober an den Kaiser um einen Schritt gegenüber

[1]) Relation vom 26. September/6. Oktober.

[2]) Die Sitzung im Fürstenrat am 16./26. September, in pleno 18./28. Sept. Londorp IV, 884—899.

Digitized by Google

den in pleno gefaßten Beschlüssen zurück, denn es befürwortete nur die beanstandeten Worte „soviel die Schwedischen anbelangt“ fortzulassen; man kam damit zweifellos den Anschauungen der kaiserlichen Politik entgegen, wenn man Schweden zuvorkommender behandelte als Frankreich. Der Kaiser war denn auch mit diesem Gutachten einverstanden und stellte dementsprechend die Pässe für die beiden Mächte aus[1]); freilich für Schweden mit der Beschränkung auf Hamburg oder Lübeck. Es scheint, daß man ein so rasches Entgegenkommen des Kaisers nicht erwartet hatte, denn die Friedenshoffnungen schnellten danach hoch empor — meinten doch selbst die kurmainzischen Gesandten Lampadius nach dessen Ankunft in Regensburg versichern zu können, daß man nicht vor dem Abschlusse des Friedens auseinandergehen würde[2]). Freilich konzentrierten sich die Hoffnungen und Bemühungen fast ausschließlich auf Schweden; bei dem geringen Interesse, das die kaiserliche Politik an dem Zustandekommen von Verhandlungen mit Frankreich hatte, wußte sie auch die Stände dahin zu beeinflussen, daß deren Schritte dieser Macht gegenüber fast rein formell ausfielen. Daraufhin war allerdings von Frankreich nicht viel zu erwarten[3]), wie man dort denn in der Tat zunächst alles von einer Formfrage — der Anwendung des Titels Majestät, den Kaiser und Stände dem Könige von Frankreich vorenthielten — abhängig machte. Auch Lampadius erkannte bald, daß betreffs der Verhandlungen mit Frankreich nicht viel zu hoffen sei; um so mehr schien es ihm notwendig, die mit Schweden rasch in Gang zu bringen. Vor allen Dingen mußte erreicht werden, daß die schwedischen Gesandten nach Nürnberg kamen. „Wenn die Krone Schweden ihre Gesandten nicht nach Nürnberg schickt und den Evangelischen auf dem Reichstage Assistenz leistet, so werden allem Ansehen nach die Evangelischen allhier einen schlechten Markt haben“, schrieb er am 21./31. Oktober Herzog Georg. Nun hatte zwar die kaiserliche Resolution auf das kurfürstliche Gutachten nur Hamburg oder Lübeck erwähnt; man erfuhr aber, daß dies hauptsächlich deshalb geschehen sei, weil der König von Dänemark, der die Vermittlung übernommen hatte, nur diese beiden

[1]) Eine Kopie des Geleitbriefes für Frankreich, aber schon vom 2. Oktober (neuen Stils) datiert, findet sich in den Akten. Er enthält die Worte „nobis nondum reconciliatis“.

[2]) Relation vom 21/31. Oktober. Daneben mehrfach Äußerungen in anonymen Briefen aus Regensburg.

[3]) Vergl. Koch I, 293 f. Gerade diese Frage bedürfte indessen eine eingehendere und weniger einseitige Behandlung, als ihr Koch zuteil werden läßt.

Digitized by Google

Orte genannt habe. Der kaiserliche Resident in Hamburg, Lützow, sei jedoch angewiesen, dem Könige von Dänemark anzudeuten, daß der Kaiser auch damit einverstanden sein würde, wenn die Schweden in Nürnberg erschienen. Es kam daher sehr viel darauf an, wie Dänemark sich in dieser Frage stellen und wie es auf Schweden einwirken würde[1]). Lampadius hatte immer gesucht, mit dem dänischen Gesandten enge Fühlung zu behalten, notwendig aber schien es, daß auch die Herzöge bei dem Könige selbst diese wichtige Angelegenheit befördern halfen. Diese hatten denn auch schon am 29. Oktober/8. November auf Christian IV. in dem Sinne zu wirken gesucht, daß die Verhandlungen mit den beiden Kronen nicht getrennt und womöglich in Nürnberg geführt würden. Des Königs Antwort darauf[2]) ist höchst merkwürdig. Es sei erfreulich, daß des fürstlichen Hauses Gedanken auf Herstellung des Friedens gerichtet seien. Ob es aber im Interesse des Hauses Braunschweig-Lüneburg und des ganzen Vaterlandes sei, alles nur auf einen Generalfrieden zu stellen, der ganz Europa umfasse, ja bis noch Ost- und Westindien sich erstrecken und daher so bald nicht zu stande kommen würde, sei doch zu erwägen. Zielten diese Worte nur gegen Frankreich — oder verbarg sich dahinter der Gedanke, daß man mit den Kronen zunächst nicht in Verhandlungen eintreten, diese nur auf die Stände des Reiches beschränken sollte? Christian IV. befand sich ja in der Tat in der eigentümlichen Lage, die Vermittlung in einer Angelegenheit führen zu sollen, die ihm selbst kaum erwünscht sein konnte. Schon war die Frage wegen des Sundzolles aufgetaucht, der Gegensatz zu Schweden wurde immer größer, und in diesem Augenblick dieser Macht zum Frieden mit dem Kaiser zu verhelfen, hieß eigentlich, sich selbst den Strick um den Hals legen. Seine Verhandlungen mit dem Kaiser und den Ständen des Reiches[3]) zeigen denn auch auffällig das Streben, die Angelegenheit zu verzögern. Denn das war doch wohl der Hauptgrund, wenn er erklärte, mit Übersendung der Geleitbriefe an Schweden bis zur Eröffnung des schwedischen Reichstages im Februar 1641 warten zu wollen, wenn er

---

[1]) Als Graf Kurtz bei der Audienz Lampadius gegenüber äußerte, es sei nicht zu raten, daß beide Kronen an einem Ort zusammen kämen, da sie nur des Reichstags gute Pläne („id est consilia hispanica et intentiones bellicas" bemerkt L. dazu) stören würden, riet L. sofort (Relation vom 26. Oktober/5. November/28. Oktober/7. November) durch Dänemark oder durch Schweden selbst für die gemeinsamen Verhandlungen in Nürnberg zu wirken, denn in Regensburg sei deswegen nichts zu erreichen.

[2]) 10./20. November. Glücksburg.

[3]) Die wichtigsten Schreiben Theatrum Europaeum IV, 304 ff.

Digitized by Google

freilich auch als gewichtigen Grund dafür ins Feld zu führen wußte, daß Oxenstierna Pensionär Frankreichs, alle Reichsräte aber von ihm abhängig, während die übrigen Stände Schwedens für den Frieden seien. Man darf füglich annehmen, daß der Dänenkönig die diplomatische Gewandtheit und den Einfluß Oxenstiernas nicht so tief eingeschätzt habe, daß er hätte glauben können, gegen dessen Willen so zum Ziele zu kommen. So war es natürlich auch gegen seine Interessen, die Verhandlungen nach Nürnberg zu verlegen, und der Herzöge von Braunschweig darauf gerichtetes Begehren lehnte er unter dem Hinweis ab, daß es nur Verzögerungen hervorrufen würde, da deshalb erst neue Verhandlungen mit Wien, Madrid, Rom, Paris angeknüpft werden müßten. Um aber jeden Anschein zu vermeiden, als stehe er diesen Verhandlungen kühl gegenüber, bat er kurze Zeit darauf Herzog Georg (25. November/5. Dezember), vermöge seiner nahen Beziehungen zu den Schweden dahin zu wirken, daß deren Abgesandte möglichst bald auf dem Reichsboden erschienen, eine Aufforderung, der die Herzöge durch ein Gesamtschreiben an die Königin von Schweden am 6./16. Dezember nachkamen. Es scheint nun, als ob König Christian nachträglich die Empfindung gehabt habe, in seinem Schreiben vom 10./20. November doch etwas zu weit gegangen zu sein, denn er kam Anfang des Jahres 1641[1]) noch einmal auf diese Frage zurück. Hier behauptete er, es sei genau seine Meinung, daß am besten die Friedensverhandlungen an einem Orte vorgenommen würden; er habe auch den Herzögen zuliebe in diesem Sinne gewirkt, es aber nicht durchsetzen können. Es sei auch unmöglich, daß solche Verhandlungen geführt würden, ohne daß die europäischen Verhältnisse mit hineingezogen würden, da die verbündeten Kronen sich gegenseitig verpflichtet hätten, daß bei den Traktaten ihrer Alliierten Streitigkeiten zugleich mit erwähnt würden. Auch hier gelang es also dem Hause Braunschweig-Lüneburg nicht, seinen Willen durchzusetzen; nach dem Vorschlage Christian IV. gingen die Schreiben an Schweden von den Reichsständen erst Ende Januar 1641 ab.

Inzwischen hatten aber in Regensburg die Verhandlungen einen Verlauf genommen, die Lampadius hinsichtlich Schwedens stutzig machten. Zunächst allerdings tauchten Gerüchte über geheime Bemühungen des kaiserlichen Kabinets auf, die darauf schließen ließen, daß es mit den Verhandlungen mit Schweden doch vielleicht nicht so ernst gemeint sei. Man wollte nämlich in Regensburg wissen[2]), daß Graf Kurtz im Ge-

[1]) 2./12. Januar 1641. Colding.

[2]) Lampadius Relation vom 25. November/5. Dezember.

Digitized by Google

heimen der offiziellen Politik des Kaisers entgegenwirke. Nicht allein daß er Dänemark dahin zu bestimmen suche, Nürnberg als Verhandlungsort mit den Schweden zu hintertreiben; man deutete seine häufige Korrespondenz mit dem dänischen Grafen Pentz auch dahin, daß er insgeheim gegen Schweden hetze. Lampadius war überzeugt, daß dies nicht nur müssiges Gerede sei, ihm schien es wohl glaublich[1]), daß die Spanier und die Kaiserlichen alle Hoffnung darauf setzten, Dänemark gegen Schweden aufzubringen. Er sah mit Besorgnis daraus nicht nur neue Verwicklungen für das Reich entstehen, sondern fürchtete vor allen Dingen, daß die Lage des Hauses Braunschweig-Lüneburg dadurch noch schwieriger werden würde. Denn da der König von Dänemark als Reichsstand zum niedersächsischen Kreise zählte, so war allerdings zu besorgen, daß dieser von den Wirren eines schwedisch-dänischen Krieges mit in erster Linie betroffen werden würde. Lampadius riet daher Herzog Georg dringend, nichts unversucht zu lassen, Frieden zwischen den beiden Mächten zu stiften. Inwieweit die Herzöge diesem Rate folgten, vermögen wir leider nicht zu bestimmen.

Noch mehr aber schienen sich die Wege der kaiserlichen Politik zu komplizieren, als man erfuhr, in welcher Weise man hier schon seit mehr als Jahresfrist mit Schweden verhandelt hatte[2]). Es handelt sich hier um den Versuch, Schweden durch Abtretung eines Teiles von Pommern vom Bündnisse mit Frankreich abzuziehen und zum Separatfrieden zu bringen; den schwachen Kurfürsten Georg Wilhelm für diesen Plan zu gewinnen, war der kaiserlichen Politik schon 1639 gelungen. Die mit Baner im Herbst desselben Jahres angeknüpften Verhandlungen waren nun zwar ergebnislos verlaufen; der Kaiser hatte aber inzwischen in Hamburg durch Lützow mit Salvius über diese Angelegenheit von neuem anknüpfen lassen. Bei dem Reichstage hatte der Kaiser, nachdem längere Zeit die Verhandlungen geruht hatten, diesen Punkt am 1./11. November wieder berührt und dabei die von der Krone Schweden geforderte Entschädigung erwähnt. Während nun die Reichsräte darüber berieten, ob diese Angelegenheit vor den Reichstag gehöre — Bayern und Köln waren ähnlich wie in Nürnberg sehr einverstanden damit — starb Georg

---

[1]) Relation vom 18./28. November.

[2]) Vergl. darüber Koch I, 177 f. und 241 f. Über die Verhandlungen mit Brandenburg im Jahre 1639 Meinardus I, Einleitung S. XLVI f. LXXIV f. Über die Behandlung der Angelegenheit auf dem Reichstage Erdmannsdörffer Urkunden und Akten I, 696 f.

Digitized by Google

Wilhelm. Man erfuhr nun[1]), daß der Kaiser an Schwarzenberg seinen Sekretär Ottmann gesandt habe, um die Zusicherung zu erhalten, daß Kurbrandenburg Pommern in des Kaisers Hand stelle; da diese Zusicherung, wenn auch unter bestimmten Bedingungen, ja schon im Jahre 1639 gegeben war, mag die Sendung mit den Zweck gehabt haben, sich jetzt auch des jungen Kurfürsten zu versichern. In Regensburg aber vermutete man sofort, daß der Kaiser diese Separatverhandlungen über den Kopf der Reichsstände hinwegführen wolle. Deswegen schien es nötig, auf Schweden einzuwirken, sich auf solche Separatverhandlungen nicht einzulassen; man hielt den Einfluß des Hauses Braunschweig-Lüneburg bei dieser Macht für groß genug, um in dieser Hinsicht gute Dienste bieten zu können. Erst bei dieser Gelegenheit wurden in weiteren Kreisen die mit Baner 1639 geführten Verhandlungen des kaiserlichen Hofes bekannt. Am 17./27. Dezember legte der Kaiser dem Reichstage selbst das von kaiserlicher Seite damals aufgestellte „s. g. unverfängliche Projekt der schwedischen Recompens" vor, nach dem den Schweden $2^1/_2$ Million Gulden von den evangelischen Ständen gezahlt und vorläufig als Pfand Rügen und Stralsund überliefert werden sollten. Neben diesem allen Ständen vom Kaiser übersandten Entwurfe verschaffte sich Lampadius aber auch noch weitere Aktenstücke über die damals geführten Verhandlungen[2]), aus denen hervorging, daß man von seiten Schwedens Vorpommern mit der Insel Rügen als Reichslehen und Aufnahme in den Reichsverband gefordert hatte, während das kaiserliche Projekt diesen Hauptpunkt auf das Ergebnis der Absendung an den Grafen Schwarzenberg hinausgestellt hatte. Lampadius erfüllte diese nachträglich erlangte Kenntnis mit der tiefsten Besorgnis[3]), er fürchtete, daß Schweden sich in der Tat verleiten lassen würde, ohne Rücksicht auf die evangelischen Stände des Reiches nur in Befriedigung seiner eignen Interessen in die Verhandlungen mit dem Kaiser zu willigen. Er bat seine Herzöge daher, ja mit aller Sorgfalt bei den Schweden zu wirken, daß diese sich in ihren Verhandlungen nicht von den Ständen des Reiches trennten. Wenn gerade um diese Zeit Herzog Georg mit allem Nachdruck die Verhandlungen mit Schweden in Hamburg wieder in Gang zu bringen suchte[4]), so

[1]) Lampadius Relation vom 16./26. Dezember. Über diese Sendung vergleiche Meinardus I, 22, 23. Es handelte sich bei dieser im September und Oktober stattfindenden Sendung in erster Linie um militärische Fragen.

[2]) Zwei Entwürfe von kaiserlicher und schwedischer Seite undatiert der Relation vom 20./30. Januar 1641 beigefügt. Der in Frage kommende Punkt 8.

[3]) Relation vom 20./30. Januar.

[4]) Darüber das Nähere im nächsten Kapitel.

Digitized by Google

dürfen wir dies jedenfalls mit auf Lampadius dringende Mahnungen schreiben.

Durch das Eingreifen des jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm wurde ja dann diese Sache wenigstens hinfällig, da er es durchsetzte, daß diese Angelegenheit auf dem Reichstage nicht weiter behandelt, sondern auf die allgemeinen Friedenstraktaten verschoben wurde[1]).

Ehe aber diese Entscheidung fiel, suchte Lampadius nach den verschiedensten Seiten hin dem Plane der kaiserlichen Politik entgegen zu arbeiten. Er war gerade in dieser Angelegenheit lediglich auf die Besprechungen mit seinen braunschweigischen und hessischen Mitgesandten angewiesen, denn die Unsicherheit, die durch Baners überraschenden Zug gegen Regensburg — der übrigens nicht, wie man vielfach behauptet hat, die Verhandlungen des Reichstages irgendwie nennenswert beeinflußt hat[2]) — im Verkehr hervorgerufen wurde, verzögerte namentlich auch die Korrespondenz während der ersten Wochen des neuen Jahres.

Während in der ersten feierlichen Audienz der braunschweig-lüneburgischen Gesandten vor den gesamten Reichsständen am 5./15. Januar die Friedensfrage mehr allgemein berührt war, ging man in den Verhandlungen mit den Reichsdeputirten am 4./14. und 8./18. Februar auf diesen Punkt näher ein. Die braunschweig-lüneburgischen Gesandten betonten namentlich an dem zweiten Verhandlungstage[3]) die Bemühungen ihrer Fürsten um die Zuziehung der fremden Kronen zu den Friedensverhandlungen. Notwendig sei, daß alle Stände zu diesen zugezogen und namentlich keine Partikulartraktaten vorgenommen würden. Der Gedanke, dies zu verhüten, stand bei Lampadius jetzt so im Vordergrunde, daß er nunmehr auch geneigt war, seinen Widerspruch gegen die Trennnng der Verhandlungen mit den beiden Kronen aufzugeben. Denn bei derselben Gelegenheit kamen die braunschweigischen Gesandten mit einem neuen Vorschlage. Sie wiesen nämlich darauf hin, daß für die Stände

---

[1]) Vgl. darüber die Relationen bei Erdmannsdörffer, Urkunden und Akten I, 705 f.; namentlich das Schreiben des Kurfürsten vom 10. März n. St. S. 712.

[2]) Diese Angabe stammt aus Theatrum Europaeum IV, S. 382 und findet sich auch noch in neueren Darstellungen (z. B. Winter, Geschichte des dreißigjährigen Krieges S. 555), während schon Koch I, 292 richtig bemerkt, daß die Verhandlungen keinen Abbruch erlitten. In den Relationen von Lampadius wird nur gelegentlich die Unruhe und Unsicherheit erwähnt, die Baners Zug verursache, ohne daß ihm größeres Gewicht beigelegt wird.

[3]) Lampadius Relation vom 10./20. Februar. Memorial und Protokoll vom 8./18. Februar. Das Memorial auch gedruckt Londorp V, 97 f.

Digitized by Google

Schwierigkeiten daraus entstehen würden, wenn sie nach den beiden Orten, wo mit Schweden und Frankreich verhandelt werden sollte, ihre Gesandten schicken müßten. Ihr Vorschlag ging daher dahin, zwei Deputationen aus allen Reichsräten zu wählen, und diese im Namen der gesamten Stände mit vorher in pleno festgesetzten Instruktionen und Vollmachten zu den Friedenstraktaten abzusenden. Wenn die Deputierten der Stände auf diesen Punkt auch zunächst nicht weiter eingingen, so ist der hier angeregte Gedanke doch auch nicht auf ganz unfruchtbaren Boden gefallen, er wurde späterhin vom Kurfürstenrat, wenn auch in etwas veränderter Form, wieder aufgenommen. Ein waches Auge hatte Lampadius dann namentlich auf die Entwicklung der kurbrandenburgischen Politik. Als er erfuhr, daß der böhmische Kanzler Graf Martinitz zum Kurfürsten nach Königsberg gesandt sei, riet er[1]) seinem Fürsten, den jungen Fürsten durch eine Gratulationsgesandtschaft zu ehren und ihn dabei „zu guten Plänen zu disponieren". Die Abberufung Götzens machte ihn bedenklich; gute Informationen würden für den Kurfürsten sehr ersprießlich sein. Mit den kurbrandenburgischen Gesandten suchte er in möglichst nahe Beziehungen zu treten; am 3./13. März — also einen Tag vor dem Tode Schwarzenbergs — glaubte er nach deren Mitteilungen berichten zu können, daß in der Politik Kurbrandenburgs wichtige Änderungen bevorständen. Daß er diese in Zusammenhang mit Schwarzenberg brachte, geht aus der gleichzeitigen Erwähnung einer gegen den Minister gerichteten Deputation der brandenburgischen Landschaft an den Kurfürsten hervor. Für Lampadius war dies nicht nur aus dem Gesichtspunkte der allgemeinen Politik von Bedeutung; er sah in Schwarzenberg auch den Hauptgegner Braunschweig-Lüneburgs -- nicht mit Unrecht, wie eine gelegentliche Bemerkung des Ministers beweist, in der er sich entschieden dagegen aussprach, daß Braunschweig-Lüneburg Sitz und Stimme im Reichstage gewährt werde[2]). Zweifellos hat Lampadius sowohl bei den kurbrandenburgischen Gesandten wie auch sonst unter der Hand seine Bemühungen wegen der Friedenstraktaten fortgesetzt, nach außen hin aber traten sie immer mehr zurück gegenüber den anderen großen Fragen, die den Reichstag beschäftigten. Es war ja nun auch, nachdem von dem Reichstage endlich die Schreiben an Schweden und noch später auch an

[1]) Relation vom 10./20. Februar. Über Martinitz Gesandschaft vgl. Meinardus Protokolle und Relationen I, 82 f. Der Kurfürst sollte sein Kriegsvolk unter Arnims Oberbefehl stellen.

[2]) Gelegentlich der Übersendung zweier Relationen aus Regensburg. Meinardus I, 144.

Digitized by Google

Frankreich abgegangen waren, die Reihe an diesen Mächten, sich darauf zu äußern, so konnte bei dem Reichstage offiziell über diese Angelegenheit vorläufig wenig mehr geschehen. Herzog Georg, der die Friedensverhandlungen in seinen wenigen Briefen zwar regelmäßig, aber selten eingehender berührt, ermahnte allerdings auch später noch, diese Angelegenheit nie aus den Augen zu lassen, nach Möglichkeit namentlich Partikulartraktaten zu hintertreiben. Noch am 27. Februar/9. März betonte er, daß die Friedenstraktaten nun unter Zuziehung der gesamten Stände des Reichs angetreten werden dürften.

Gewissermaßen das Gegenstück zu den Beratungen über die Friedensverhandlungen bildete der zweite Punkt der kaiserlichen Proposition: wie bis zu erfolgter Beruhigung des Reiches der Krieg inzwischen fortzuführen. Auf die rasche Erledigung gerade dieses Punktes mußte die kaiserliche Politik das Hauptgewicht legen, nicht nur, weil dadurch der Feldzugsplan für das nächste Jahr beeinflußt wurde, sondern auch weil damit die Eile erfordernde Frage wegen der Winterquartiere sich komplizierte. In der Proposition hatte man den Ständen dieses bittere Gericht mundgerecht zu machen gesucht durch die Betonung des „si vis pacem, para bellum“. Denn selbst wenn des Feindes friedliche Absichten lauter wären, würde er diese doch sofort ändern, wenn er das Reich zum Kriege nicht genügend gerüstet sehe. Der Kaiser hofft daher, es werden ihm die Stände „äußerster Möglichkeit nach unter die Arme greifen mit Beitragung ihrer noch übrigen Kräften Dero Hochgeehrten Oberhaupt und jeder damit sich selbsten nicht hülflos lassen“. Die Stände möchten daher nachsinnen, wie das Reichsheer nicht nur in gutem Stande erhalten, sondern auch verstärkt werden könne, welche Reichs- und Kreishülfen dazu nötig seien.

Dem Kaiser war nicht gleich gelungen, diesen Punkt zur Beratung zu bringen, erst im Oktober fand sich dazu die Gelegenheit. Den Anlaß dazu gab zunächst ein Schreiben des Erzherzogs Leopold Wilhelm vom 9./19. Oktober an den Kaiser, in dem er die Bitte aussprach, den Reichstag zur Bewilligung von Winterquartieren für die kaiserliche Armee zu vermögen. Der Feldzug sei für dies Jahr beendet, in Braunschweig-Lüneburg habe der Feind seine Winterquartiere. Was dieses Schreiben nur andeutete, wurde Lampadius von anderer Seite später bestätigt, daß man von seiten der Kaiserlichen die Absicht gehabt habe, in den braunschweigischen Landen die Winterquartiere zu suchen, wodurch dann allerdings die Anerbietungen des Erzherzogs, diese Lande zu schützen, eine eigentümliche Beleuchtung erhalten. Die Reichsräte

Digitized by Google

beschäftigten sich mit dieser Angelegenheit bis spät in den November hinein; schließlich kamen sie auch hier zu dem mattherzigen Beschlusse, die Verteilung der Winterquartiere als eine vom Milizwesen abhängende Sache dem Kaiser anheimzustellen. Lampadius[1]) war ja für diese Angelegenheit weder instruiert noch auch hatte er in Hinsicht auf die braunschweigischen Lande ein unmittelbares Interesse daran. Lebhaft aber empfand er auch hier wieder, daß es sich dabei um die Selbständigkeit der Stände handle, und in diesem Sinne suchte er privatim zu wirken. Gelegenheit dazu bot sich ihm genügend, auch wenn er sie nicht gesucht hätte, denn mehr als einmal wandten sich Abgesandte vom Städte- und Fürstenrat an ihn, um seine Meinung zu hören; eindringlich wies er sie darauf hin, daß sich die Stände das Recht über Krieg und Frieden, zu dem auch diese Frage gehöre, nicht aus den Händen winden lassen dürften. Wenn dann einzelne wie Altenburg und Weimar tatsächlich gegen die von der Majorität beliebte Behandlung und dabei überhaupt gegen die Gültigkeit eines Majoritätsbeschlusses in dieser Angelegenheit protestierten, so mögen wir gerade auch in diesem letzten Umstande den Einfluß des Lampadius erkennen, da er das Prinzip der unbedingten Majorität auf dem Reichstage von vornherein bekämpft hatte. Als dann von der Mehrheit der oben erwähnte Beschluß durchgesetzt wurde und der Kaiser nun mit Rücksicht auf Kurköln und Bayern dieses ganz und jenes, soweit es die Nähe des schwedischen Heeres zuließ, von Einquartierung verschonte und fast die ganze Last dem schwäbischen und fränkischen Kreise aufbürdete[2]), da war freilich die Bestürzung groß, und nicht nur evangelische Stände suchten in diesen Tagen Lampadius auf, um sich bei ihm Rat zu holen. Aber dieser konnte ihnen jetzt nur achselzuckend ihre eigene Unvernunft vorhalten, sich irgendwie öffentlich in die Angelegenheit einzumischen, lehnte er ab. Auch in die andere prinzipiell wie praktisch noch wichtigere Frage nach der Unterhaltung und der vom Kaiser gewünschten Vermehrung der kaiserlichen Armee konnte Lampadius nur privatim eingreifen, da ihm auch hierüber bis zur Ankunft seiner Mitgesandten Instruktion fehlte. Was dem Reiche hier vom Kaiser zugemutet wurde, war recht erheblich[3]); eine Verdoppelung

[1]) Mit dieser Angelegenheit beschäftigen sich hauptsächlich die Relationen 21./31. Oktober, 26. Oktober/5. November, 28. Oktober/7. November, 11./21. November, 18./28. November, 2./12. Dezember.

[2]) Diese Angaben in der Relation vom 18./28. November.

[3]) Vgl. Koch I, 229 verglichen mit Lampadius Relation vom 11./21. November. Koch läßt die Kosten für Anschaffungen von Pferden, 500 000 Taler, fort.

Digitized by Google

der Armee von 40 000 auf 80 000 Mann, deren monatliche Unterhaltungskosten, ohne Futterkosten für die Pferde, $1^1/_3$ Millionen Gulden betragen sollten. Lampadius hatte hier allerdings kaum nötig, die Stände zum Widerstande gegen diese Forderungen aufzustacheln, denn allgemein waren evangelische wie katholische Stände abgeneigt, so hohe Bewilligungen zuzugestehen. Man einigte sich zunächst dahin, eine Erhöhung überhaupt abzulehnen, für die Unterhaltung der unter Waffen befindlichen Armee eine Anzahl von Römermonaten zu bewilligen. Am meisten zurückhaltend zeigten sich hier die Städte, während in den beiden andern Reichsräten — im Fürstenrat allerdings gegen eine starke Minorität — 120 Römermonate zugestanden wurden, wollten sie nicht über 60 hinausgehen. Da wir aus Lampadius Relationen erfahren, daß gerade die Deputierten der Städte über diese Frage mehrfach mit ihm Unterredung geflogen haben, wäre es denkbar, daß seine Ansichten bei ihrer Abstimmung von Einfluß gewesen wären[1]). Als dann im Dezember die Instruktion in Lampadius Hände gelangte, die ihn anwies, für eine Kontribution überhaupt nur dann zu stimmen, wenn alle Friedensverhandlungen durch Schuld der Kronen sich zerschlagen hätten, ruhte diese Angelegenheit für längere Zeit, und Lampadius hatte keine Gelegenheit mehr, diese Ansicht wenigstens öffentlich zur Geltung zu bringen. Vielleicht ging ihm diese völlige ablehnende Haltung doch auch zu weit — in seinen Relationen findet sich keine weitere Erwähnung dieses Punktes.

Lassen es die Vorschläge des Kaisers betreffs der Verstärkung des Heeres doch zweifelhaft erscheinen, inwieweit seine Friedenspolitik namentlich hinsichtlich der fremden Kronen ernsthafte Ziele hatte, so kann man dagegen nicht daran zweifeln, daß ihm der Frieden mit den Reichsständen wirklich am Herzen lag. Hier hing nun alles von der Frage ab, wie Kaiser und Reichsstände sich zu den Beschlüssen des Prager Friedens stellen würden, denn die Aussöhnung mit den Ständen des Reiches beruhte auf der Auslegung und der Ausdehnung, die man dem Begriffe der Amnestie geben würde. Der berüchtigte Nebenrezeß des Prager Friedens hatte von der vollkommenen Amnestie, die das Hauptfriedensinstrument für alles garantierte, was von 1630 an geschehen, nicht nur die kaiserlichen Erblande im wesentlichen, sondern auch eine Reihe von Reichsständen in den vier Oberkreisen ausgeschlossen. Dieser für die Herstellung des Friedens bedenkliche Punkt, in den auch Kurfürst Johann

[1]) Für seine Behauptung, daß diese Abstimmung der Städte auf Bestechung durch Franzosen und Schweden, nicht auf Leistungsunfähigkeit zurückzuführen sei, bringt Koch (I, 233) keinerlei Beweise bei.

Digitized by Google

Georg nur nach schweren Kämpfen gewilligt hatte, war schon auf dem Nürnberger Kurfürstentage der Gegenstand eifriger Beratungen gewesen[1]). Bayern hatte dabei die Führung übernommen und zwar in dem Sinne, daß eine Generalamnestie dem Kaiser vorzuschlagen sei, allerdings unter Ausnahme der pfälzischen Angelegenheit und unter der Voraussetzung, daß sämtliche Stände des Reiches ihre Waffen mit den kaiserlichen vereinigten. Zu einer Einigung über diese wichtige Frage war man, namentlich auch infolge der schwankenden Haltung Kursachsens, nicht gelangt, hatte sich vielmehr mit dem allgemeinen Satze begnügt, die Unausgesöhnten dem Kaiser zur Versöhnung zu empfehlen, ferner für die unter harten Bedingungen in den Frieden aufgenommenen eine Milderung vorzuschlagen — es handelte sich in diesem Falle hauptsächlich um Württemberg. Von einem förmlichen Kollegialbeschluß und einem Gutachten an den Kaiser hatte man abgesehen, aber beschlossen, diesen Punkt vor allem auf dem Reichstage zur Beratung zu bringen.

Obwohl nun die kaiserliche Proposition über die Amnestie hinwegglitt, setzte man doch schon in den ersten Sitzungen Anfang Oktober diesen Punkt in allen Reichsräten auf die Tagesordnung. Im Kurfürstenrate[2]) vertrat Bayern und mit ihm Kurköln den schon in Nürnberg eingenommenen Standpunkt, die kursächsischen wie die kurbrandenburgischen Gesandten waren angewiesen, sich möglichst nach der kaiserlichen Politik zu richten, das gleiche Streben scheint auch Kurmainz gehabt zu haben. Man einigte sich hier sehr rasch dahin, den Prager Frieden als Grundlage anzusehen, und wenn es auch im Fürstenrat nicht ganz so glatt abging, man hier vielmehr an eine Universalamnestie dachte, so blieben solche Stimmen doch in der Minorität, während die Majorität sich dem Kurfürstenrat anschloß. Dem gegenüber hatte die abweichende Haltung des Städterats zu Gunsten der vollständigen Universalamnestie[3]) keine praktische Bedeutung. So kam am 2./12. Dezember das Gutachten des Reichstages zu stande. Man teilte hier die für eine Amnestie in Frage kommenden Stände in vier Gruppen: 1. simpliciter exclusi, d. h. solche, die stillschweigend oder ausdrücklich vom Prager Frieden ausgeschlossen,

[1]) Vgl. Brockhaus S. 113 ff., 241 ff.

[2]) Für dessen Beratungen in dieser Angelegenheit sind wir bis zum 1./11. Dezember, wo die brandenburgischen Relationen in den Urkunden und Akten einsetzen, auf einige wenige Notizen in Lampadius Relationen sowie bei Londorp, der auch hier wieder hauptsächlich die Protokolle des Fürstenrats gibt, angewiesen. Auch die Beratungen des Städterats können wir nur unvollständig, z. T. aus Londorp, z. T. aus Lampadius Relationen feststellen.

[3]) Lampadius Relation vom 21./31. Oktober.

Digitized by Google

2. repudiantes, d. h. solche, die den Frieden nicht hatten annehmen wollen wie Straßburg und Hessen-Kassel, 3. recividi, d. h. solche, die den Prager Frieden angenommen hatten, aber wieder abgefallen waren. Zu dieser Gruppe rechnete man hauptsächlich das Haus Braunschweig-Lüneburg. 4. recepti, sed gravati, d. h. solche, die unter Bedingungen in den Frieden aufgenommen, durch die sie sich beschwert fühlten. Hierher gehörte namentlich Württemberg. Da den zur zweiten und dritten Klasse Gehörenden vom Kaiser schon Geleitsbriefe ausgestellt waren, die vierte Gruppe solcher nicht weiter bedurfte, weil sie solche umfaßte, die Sitz und Stimme hatten, so ging das Ersuchen der Stände an den Kaiser dahin, auch den zur ersten Klasse Gehörenden, wenigstens den bedeutendsten wie Baden-Durlach und Nassau-Saarbrücken, Geleitsbriefe auszustellen. Mit den Abgeordneten der Klassen 1—3 soll durch die Kurfürsten sowie einen Ausschuß von Fürsten und Städten wegen der Aussöhnung beraten werden. Dabei ist als Grundsatz aufzustellen, daß die Amnestie nur unter der Bedingung zu erfolgen hat, daß die Ausgesöhnten sich von den Reichsfeinden trennen und auf der gehorsamen Stände Seite treten. Auch sollen die nach Recht abgeurteilten Sachen nicht nochmals in die Beratung hineingezogen werden. Die pfälzische Angelegenheit bleibt von der Amnestie ausgeschlossen. Die Beschwerden der vierten Gruppe sollen auf dem Reichstage untersucht und ihre Abstellung dem Kaiser empfohlen werden. Durch völlige Erledigung des Amnestiepunktes während des Reichstages, heißt es zum Schluß, möge der Kaiser den fremden Kronen den Hauptvorwand zum Kriege nehmen. Bayern hatte also in allen wesentlichen Punkten seine Meinung durchgesetzt, und der Kaiser machte sich denn auch in seiner Resolution vom 17./27. Dezember der Hauptsache nach die Grundsätze dieses Gutachtens zu eigen. Nur lehnte er die Untersuchung der Beschwerden der vierten Gruppe als schädlich ab, weil dadurch alle alten und z. T. schon vergessenen Dinge wieder aufgerührt würden, und setzte an deren Stelle eine gütliche Vermittlung durch die in dem Gutachten vorgeschlagene Kommission. Besonderes Gewicht legte die kaiserliche Resolution namentlich darauf, daß Zweck der Amnestie „die wirkliche Vereinigung der Stände mit dem Oberhaupt" sei und ihre Gewährung nur mit dieser Hand in Hand erfolgen solle. Man hatte von kaiserlicher Seite damit zwar den schroffen Standpunkt aufgegeben, einfach den Prager Frieden den Ständen aufzuzwingen. Aber daß dazu keine Möglichkeit mehr sei, hatte man in Wien nunmehr eingesehen, und unter diesen Umständen war, wenn es gelang, auf Grund der Resolution vom 17./27. Dezember zur

Digitized by Google

Unterwerfung der noch nicht Versöhnten zu kommen, doch das Hauptziel der kaiserlichen Politik erreicht: man hätte nicht nur die Hände frei bekommen zur Bekämpfung der Reichsfeinde, sondern durch den Anschluß der Versöhnten dazu noch eine wesentliche Verstärkung erhalten. Und da im übrigen der Prager Friede als Norm, namentlich auch hinsichtlich der schon abgeurteilten Sachen, anerkannt wurde, so mochte man auch nach dieser Seite seinen Standpunkt als genügend gewahrt ansehen. Gerade aber die drei Punkte, die dem Kaiser das Amnestiegutachten annehmbar machten, mußten die Angriffspunkte aller derer bilden, die nicht in unbedingter Unterwerfung unter des Kaisers Willen das Mittel zum Frieden und zur Wahrung der politischen und religiösen Rechte der Stände sahen. Lampadius persönliche Stellung zu dieser wichtigen Frage war nach seinen politischen wie religiösen Anschauungen von vorn herein klar: er hatte stets den Prager Frieden als die Quelle alles Unheils bekämpft, wie hätte er es jetzt gutheißen sollen, daß die Stände ihn nun als Grundlage anerkannten? Und war nach dem Wortlaute der Resolution nicht zu besorgen, daß man zum mindesten die Tillysche Forderung zu den nach Recht abgeurteilten Sachen rechnen würde? Und endlich — mehr und mehr hatte sich bei Lampadius die Überzeugung gefestigt, daß weder in politischer noch in religiöser Hinsicht ohne die fremden Kronen, zum mindesten Schweden, etwas Ersprießliches für die evangelischen Stände herauskommen könne — und nun hätte man die Amnestie unter Bedingungen annehmen sollen, die den Zwang in sich schlossen, gegen die bisherigen Verbündeten oder Freunde, wenn es der Kaiser forderte, zu kämpfen? Nach alledem mußte er das Zustandekommen dieser Resolution auf das schärfste bekämpfen. Zunächst freilich waren ihm auch hier durch den Mangel an Instruktion die Hände gebunden; wir verstehen es, wie ungeduldig gerade während der Beratungen über diesen Punkt der leidenschaftliche Mann über das Ausbleiben der Mitgesandten und der Instruktion war. So war er auch hier wieder auf private Wirksamkeit beschränkt, den Widerstand gegen die Geltung des Prager Friedens suchte er zu schärfen, er wies darauf hin[1]), daß in ihn schon durch die kaiserliche Wahlkapitulation von 1636 ein Loch geschlagen sei, indem diese das jus pacis et belli und modum belligerandi auf dem Reichstagsabschied von 1555 gestellt habe. Mit Besorgnis erfüllten ihn dann die von katholischer Seite gegen die Amnestie

[1]) Relation vom 14./24. Oktober. Man darf annehmen, daß er mit den in seinen Relationen entwickelten Gründen auch auf die Stände zu wirken gesucht habe.

Digitized by Google

gerichteten Bestrebungen; namentlich fürchtete er, daß die Schriften des Jesuiten Gorer,[1]) der vom religiösen Gesichtspunkte aus Amnestie und Religionsfrieden für unzulässig erklärte, größere Wirkung auf den Verlauf der Verhandlung haben würden. Er sandte sie seinem Herzog zu und riet ihm, sie zur Kenntnis der Schweden und Dänen zu bringen, um diese dadurch scharf zu machen. Wie weit Lampadius Wirksamkeit Einfluß auf die evangelischen Stände gehabt habe, läßt sich auch hier nur vermuten; daß die Haltung der Städte durch ihn zum mindesten gestärkt ist, möchte man aber jedenfalls annehmen. Und wenn wirklich, wie Schwarzenberg auf privatem Wege erfahren hatte, die kurbrandenburgischen Gesandten in dieser Zeit einmal entgegen ihrer Instruktion für unbeschränkte Universalamnestie gestimmt haben, so ist auch dieses Votum bei den nahen Beziehungen, die sie mit Lampadius unterhielten, sicher nicht ohne vorherige Besprechung mit ihm abgelegt.[2]) Die Sachlage änderte sich aber nun für Lampadius sofort, als Anfang Dezember mit Langenbeck und Bohn endlich auch die Instruktion eintraf, die die Gesandten anwies, nach Möglichkeit die Aufhebung des Prager Friedens und das Zustandekommen einer allgemeinen Amnestie zu betreiben.

In der feierlichen Audienz, die die drei Gesandten des Hauses Braunschweig-Lüneburg zu Beginn des Jahres 1641 (5./15. Januar) vor den versammelten Reichsräten hatten[3]), legten jene kurz die wesentlichsten Punkte der ihnen aufgetragenen Politik dar. Nächst der Betonung der Notwendigkeit gütlicher Traktaten wird als wichtigstes Mittel zur Herstellung des Friedens eine allgemeine und vor allen Dingen „unconditionierte" Amnestie gefordert und dabei auf ein Schreiben des Königs von Dänemark Bezug genommen[4]). Da aber schon lange vor Beginn des Krieges mancherlei Unerhörtes geschehen sei

[1]) Vgl. dazu Koch I, 301. Lampadius Relationen vom 11./21. November, vom 25. November / 5. Dezember. „Darin sein feine Macchiavellische und Campanellische Künste vorgestellt" äußert er in der ersten Relation über Gorers Entwürfe.

[2]) Daß seine Relationen darüber nichts enthalten, ist kein Beweis dagegen. Die Instruktion war unterwegs, Lampadius konnte nicht sicher wissen, was sie hinsichtlich der Amnestie enthalten würde, so würde sich eine gewisse Zurückhaltung in seinen Äußerungen aus dieser Zeit wohl erklären.

[3]) Lampadius Relation vom gleichen Tage. Eine genaue Beschreibung dieser Audienz auch bei Londorp V, 13 f.

[4]) Gemeint ist wohl dessen Schreiben vom 16./26. November 1640, in dem der König sein Bedauern darüber ausdrückt, daß es mit den Amnestieberatungen nicht vorwärts wolle, weil „etliche wenige, die bei des Reiches Übelstand nicht viel zu verlieren haben und denen an dessen Wohlfahrt und Ruhe nicht so hoch gelegen, mit ihren hitzigen Stimmen prävalieren wollen." Londorp IV, 1067 f.

Digitized by Google

und Mißtrauen im Reiche geherrscht haben, so genüge die Amnestie allein nicht, sondern es müßten auch die alten Beschwerden abgestellt werden. Die Privatanliegen, unter denen neben den alten auch „der Stadt Braunschweig fovierende neue Dissidentien" erschienen, wurden nur kurz erwähnt, die Absichten der Herzöge als auf Respektierung des kaiserlichen Ansehens und Wahrung der ständischen Freiheiten gerichtet charakterisiert und daran die Forderung von Sitz und Stimme geknüpft.

Die nächste Folge dieser Audienz war, daß schon wenige Tage darauf die Verhandlungen über die Amnestie von neuem auf die Tagesordnung gesetzt wurden und für die nächsten Wochen den Hauptberatungspunkt bildeten. Es begann nun ein zäher und erbitterter Kampf, in dem die von braunschweigischer und hessischer Seite ausgegebene Losung der bedingungslosen und allgemeinen Amnestie ihnen eine stets wachsende Partei zuführte und das von der Gegenpartei aufgeführte Gebäude zu stürzen drohte. Der Widerstand gegen die bayrisch-kaiserlichen Amnestiepläne, der sich bisher nur vereinzelt und schüchtern hervorgewagt hatte, bekam mehr Rückhalt; nicht nur im Fürstenrat traten Stände, wie Württemberg, Ansbach, Anhalt ganz entschieden für die braunschweigischen Forderungen ein, sondern zu allgemeiner Überraschung erklärten sich auch die kurbrandenburgischen Gesandten nicht nur für eine Amnestie „pure et absque ulla conditione" sondern auch für Aufhebung des Prager Friedens[1]). Noch mehr aber wuchs das Erstaunen, als in der 65. Sitzung des Fürstenrats am 22. Januar/1. Februar der kursächsische Gesandte für die Grafschaft Henneberg die Gelegenheit, sich gegen den Prager Frieden zu erklären, gewissermaßen vom Zaune brach. Er hatte nämlich darauf hingewiesen, daß eine Generalamnestie der Personen zweifellos auch die Rückgabe der Güter nach sich ziehe, wie das ja auch der Prager Friede klar ausdrücke. Jedoch wolle man damit nicht sagen „als wann man eben den Pragerischen Friedensschluß bei den Friedensverhandlungen und Traktaten pro immutabili norma et fundamento . . . „präsupponieret", es habe sich vielmehr gezeigt „daß durch solchen Prager Friedensschluß der Zweck des allgemeinen Friedens und Beruhigung des Heiligen Römischen Reiches nicht völlig erlangt werden mögen[2]).

[1]) Der Inhalt des Votums, das Lampadius in der Relation vom 20./30. Januar erwähnt — er nennt es ausgezeichnet abgefaßt, so daß es nicht besser sein könnte — ist aus der kurbrandenburgischen Relation vom 11./21. Januar (Urkunden und Akten I, 703) zu entnehmen.

[2]) Londorp V, 64. Merkwürdig, daß Koch diese Vota ganz übersehen haben muß, er hätte sonst kaum zu dem Urteil kommen können (I, 223) daß das ganze Deutschland [!] mit Ausnahme von Braunschweig und Hessen den Prager Frieden sanktioniert habe.

Digitized by Google

Hier schien also zum ersten Mal der braunschweigischen Politik ein Erfolg zu winken, und es hieß nun auch alles daran zu setzen, ihn sich nicht entwinden zu lassen. Denn auf der Gegenseite kam man nun auch mit neuen Waffen zu Tage, und die braunschweigischen Gesandten hatten alle Hände voll zu thun, ihren Freunden die nötigen Schutz- und Trutzwaffen aus ihrer Rüstkammer zu liefern. So suchten die Katholiken durch 15 Ausnahmen die Amnestie und namentlich die Frage wegen der nach Recht entschiedenen Sachen noch weiter zu verklausulieren, unter anderen wollte man die Stifter und Klöster, mit denen durch kaiserliches Erkenntnis von Rechts und Gerechtigkeit wegen Veränderungen vorgenommen, ebenso die Festungen, da über sie der Prager Friedensschluß entschieden habe, als nicht unter diesen Punkt gehörig ausnehmen. Lampadius ging mit den Abgesandten evangelischer Stände, die sich in dieser Angelegenheit an ihn um Rat wandten, diese Ausnahmen Punkt für Punkt durch, riet ihnen vor allen Dingen zu betonen, daß durch solche Bedingungen die Evangelischen allein gewissermaßen in Anklagezustand versetzt würden, da die Katholiken nach der Niederwerfung des Kurfürsten von der Pfalz bis 1631 ganz Deutschland, namentlich aber die evangelischen Stände mit Krieg überzogen und unterdrückt hätten. Allen solchen Praktiken könne man aber nur durch das unverbrüchliche Festhalten an der bedingungslosen, allgemeinen Amnestie begegnen, Mißtrauen und Zweifel würden sonst doch nur wieder durch ein Hinterpförtchen hineinschlüpfen. So setzten die evangelischen Stände ihren Kampf gegen alle Einschränkungen der Amnestie fort. Und schon schien es, als sollte es gelingen, auch in die geschlossene Phalanx der Gegner Bresche zu schlagen. Legte auch noch am 29. Januar/8. Februar die Mehrzahl der Prälaten ein entschiedenes Votum gegen die allgemeine Amnestie ab, so neigten von der geistlichen Bank doch Salzburg, Würzburg und Eichstätt der Gegenseite zu, selbst Bayern hielt man nicht mehr für sicher. Spott- und Schmähgedichte flogen herüber und hinüber. Von allen Seiten suchte man die braunschweigischen Gesandten auf[1]); der kurmainzische Kanzler Reigersperger erschien selbst bei ihnen (2./12. Februar), um ihnen mitzuteilen, daß alle Reichsräte beschlossen hätten, die weiteren Beratungen über die Amnestie bis nach erfolgter Verhandlung mit ihnen und den hessischen Abgesandten auszusetzen. Sogar Trautmansdorf ließ sie wegen dieser und anderer Fragen interpellieren — es waren Tage, in denen Lampadius der Hoffnung Raum gab, es

[1]) Lampadius Relation vom 3./13. Februar.

Digitized by Google

könne mit der Amnestie ein gutes Ende nehmen. Ganz freilich traute er dem merkwürdigen Wechsel doch nicht „manus meae oculatae sunt, credunt, quod vident“ äußerte er und war auch überzeugt, daß manche ihre Pläne und Vota nach der jeweiligen Lage änderten. Es sollte sich bald zeigen, daß er sich darin nicht geirrt hatte. Denn als es nun wirklich am 4./14. Februar zu den von den Ständen angeregten Verhandlungen kam, erklärte Reigersperger, daß man gerade wegen des wichtigsten Punktes noch keinen Beschluß gefaßt habe. Er wollte nun über die Verhandlungen mit den Kronen und die Trennung der braunschweigischen und hessischen Waffen von den Schweden sprechen, wobei es selbstverständlich einmal wieder auf die Ermahnung hinauslief, sich zu Kaiser und Reich zu halten. Auch bei erneuten Verhandlungen[1]) mit der Reichsdeputation am 8./18. Februar, wo die braunschweigisch-lüneburgischen und hessischen Gesandten als Hauptpunkte, die zur Beförderung des Friedens dienen könnten, die Beseitigung der gravamina und Generalamnestie forderten und begründeten, daß diese ohne alle Einschränkung sein müsse, wenn sie ihren Zweck erreichen solle, suchten sich die Deputierten um eine Besprechung dieser Frage zu drücken, indem sie erklärten, die Darlegungen der Gesandten seien zu allgemein — ein Eingehen darauf hieße nur die Zeit vergeuden. Indessen diese ließen sie so leicht nicht durchschlüpfen, erklärten vielmehr, ihre Darlegungen seien klar genug, um eine genaue Erörterung möglich zu machen. Als man sie dann, um wenigstens den Amnestiepunkt zu vermeiden, auf das von ihnen berührte Gebiet der gravamina locken wollte, lehnten die Gesandten auch dieses ab mit der Begründung, daß es zwecklos sei, in die Erörterung einer neuen Frage einzutreten, ehe die andere erledigt sei. Sie erreichten indessen nur, daß ihnen versprochen wurde, daß man ihnen das Amnestiegutachten der Stände vorlegen lassen wolle, ehe es dem Kaiser überreicht werde. Was hatte sich ereignet, diesen Wechsel hervorzurufen? Daß die augenblickliche Kriegslage auf die entgegenkommende Haltung mancher katholischen Stände von Einfluß gewesen, ist immerhin denkbar — indessen, diese hatte sich in den wenigen Tagen nicht so geändert, daß dadurch der Rückschlag erklärlich wäre: Baner stand immer noch an der Grenze Böhmens und der Oberpfalz. Möglich wäre, daß einzelne Gesandte über ihre Instruktion hinaus Entgegenkommen gezeigt, inzwischen aber Kontreordre von ihren Kabinetten erhalten hatten. Indessen Lampadius Eifer erlahmte deswegen nicht; in ein-

[1]) Memoriale vom 8./18. Februar, Relation vom 8./18. und 17./27. Februar.

Digitized by Google

gehenden Besprechungen suchte er die kursächsischen und kurbrandenburgischen Gesandten von der Notwendigkeit zu überzeugen, vor allem die Amnestie in dem geforderten Umfange zu erledigen, was diese auch anerkannten. Seiner Wirksamkeit dürfen wir es ferner zuschreiben, daß gerade um diese Zeit der dänische Gesandte für Holstein schriftlich, da er wegen Sessionsstreitigkeiten seinen Sitz nicht einnahm, sein Votum für die allgemeine, bedingungslose Amnestie abgab. Indessen im Fürstenrat neigte man doch mehr und mehr wieder dazu, zu den früheren Beschlüssen zurückzukehren. Manchen schienen die Verhandlungen mit den Braunschweigern und Hessen überhaupt schon zu weit gehend; in der 68. Sitzung am 26. Februar/8. März sprach sich namentlich der Vertreter der schwäbischen Grafen in einer längeren Rede, in der er den Gang der braunschweigisch-lüneburgischen Angelegenheit von 1639 an rekapitulierte, in diesem Sinne aus[1]). Auch die Antwort, die Reigersperger den braunschweigischen und hessischen Gesandten bei einer Audienz am 25. Februar/7. März erteilte, war recht unbefriedigend. Die Gesandten hatten nochmals um Beschleunigung des Amnestiepunktes ersucht, damit allen fremden Potentaten jeder Verdacht genommen und andere „besorgende und weitaussehende Ratschläge und foedera verhindert und eingestellet[2])“ würden. Daraufhin erklärte Reigersperger die Verzögerung der Amnestie rühre überhaupt nur daher, daß die Protestierenden es nicht bei den früheren Beschlüssen hätten bewenden lassen wollen, die befohlenermaßen schon hätten in den Reichsabschied gebracht werden müssen. Jetzt wolle man allerhand neue Sachen hineinziehen. Kaiser und katholische Stände wollten die Amnestie erst eintreten lassen, wenn die Einigkeit aller Reichsstände hergestellt sei, die Protestierenden verlangten sie sofort. Es wurde den Gesandten hier also mit ziemlich dürren Worten klar gemacht, daß ohne ihr Dazwischentreten alles schon in schönster Ordnung gewesen wäre. Im Kurfürstenrate konnte man daher mit einiger Bestimmtheit nur noch auf die kursächsischen und kurbrandenburgischen Stimmen rechnen; sicher war man allein des Städterats[3]), der trotz aller Versuche von Kurmainz und Bayern an seinem einmal abgegebenen Votum festhielt. Im Kurfürstenrat nämlich neigte man dazu, die schon

[1]) Londorp V, 146 f.

[2]) Die Gesandten haben also anscheinend durch den Hinweis auf den in diesen Tagen zu Ende gehenden französisch-schwedischen Bündnisvertrag zu wirken versucht. Der Vertrag wurde bekanntlich erst nach längeren Verhandlungen am 30. Juni 10. Juli erneuert.

[3]) Lampadius Relation vom 3./13. März.

Digitized by Google

abgeurteilten Sachen (res judicatas et transactas) von der Amnestie auszuschließen, wodurch viele Städte, namentlich Augsburg betroffen worden wären. Da der Widerstand der Städte nicht zu besiegen war, so entschlossen sich endlich die beiden anderen Reichsräte, auch ohne diese ihr Gutachten abzufassen und gemäß der Zusage den braunschweigischen und hessischen Abgeordneten mitzuteilen, was am 6./16. März geschah. Dies Gutachten[1]), das die Reichsdeputation übrigens im Namen sämtlicher Reichsräte abgab, hielt sich im wesentlichen im Rahmen der Dezemberbeschlüsse: die exclusi et nondum reconciliati sollten, wenn sie den Kaiser um Entschuldigung bäten, bedingungslos, die beiden anderen Klassen, so, als ob sie nie durch den Nebenreceß ausgeschlossen, in die Amnestie aufgenommen werden, wobei jedoch ausdrücklich wieder der Prager Friede als Norm hingestellt wurde, über die hinaus niemand Vorteile haben sollte. Die Ausnahmen wegen der kaiserlichen Erblande und der pfälzischen Angelegenheit wurden aufrecht erhalten. Gravamina, die nicht auf der Ausschließung von der Amnestie beruhten, sollten möglichst noch während des Reichstages besonders behandelt werden. Als tempus a quo wird in ecclesiasticis des 12. November 1627 (neuen Stils), in politicis 1630, als der König von Schweden den Reichsboden betreten, festgesetzt. Die Amnestie soll erst nach dem Reichsabschied und erfolgter Vereinigung sämtlicher Stände mit dem Reichsoberhaupt in Kraft treten. Die weiterhin eintretenden Wechselfälle des Krieges sollen an diesen Bestimmungen nichts ändern.

Dieser Vorschlag zeigte gegenüber dem Dezembergutachten wenigstens in der Richtung einen Fortschritt, daß eine bestimmtere Formulierung eingetreten war, wo man sich dort im allgemeinen gehalten hatte; von einer bedingungslosen Amnestie aber war man ebensoweit entfernt wie damals. Jedenfalls hielten es die Gesandten von Braunschweig und Hessen-Kassel nun auch für nötig, darauf in bestimmter Form zu erwidern. Sie überzeugten sich zunächst[2]), daß von einer einmütigen Beschlußfassung über dieses Gutachten weder im Kurfürsten- noch im Fürstenrate die Rede gewesen sei; dort waren Kursachsen und Kurbrandenburg zum mindesten gegen die Verquickung der Amnestie mit der Einigkeit aller Reichsstände. Die Städte aber verhielten sich ablehnend gegen jede Einschränkung. Das am 15./25. März übergebene Memorial stellt die Erwägung an die Spitze, daß man bei der Amnestie auch auf

[1]) Protokoll vom 6./16. März.
[2]) Relation vom 10./20. März.

Digitized by Google

die fremden Kronen Rücksicht nehmen müsse, diese Angelegenheit also nicht als eine rein interne zu betrachten sei. Jene erwarteten eine unbedingte Lösung dieser Frage für die ganze Kriegszeit; schon daraus folge, daß als terminus a quo das Jahr 1618 genommen werden müsse. Aber auch sonst würde die Trennung in kirchliche und politische Angelegenheiten Mißtrauen hervorrufen; zwischen 1627—1630 seien so manche Veränderungen vorgenommen, wo sich diese Unterschiede garnicht machen ließen, eine Trennung kaum möglich sei. Namentlich die Reichsstädte, in denen während dieser Zeit eine reformatio magistratuum erfolgt sei, würden dadurch schwer getroffen. Auch für das Haus Braunschweig-Lüneburg erhebe sich die Frage, ob Wolfenbüttel, das 1627 okkupiert sei, mit unter der Restitution begriffen sei; auf der andern Seite scheine es, als solle das fürstliche Haus verbunden sein, das kleine Stift Hildesheim wieder zurückzugeben. Nachdem das Memorial sodann die bei der Behandlung der gravamina entstehenden Schwierigkeiten hervorgehoben, kam es zu dem Schluß, daß alle und jede Veränderungen, die seit Beginn des Krieges in geistlichen und weltlichen Dingen mit Waffengewalt vorgenommen seien, sie seien nun Folgen des Krieges selbst oder alte Streitigkeiten, unter die Universalamnestie gehörten. Als gravamina blieben danach nur diejenigen Sachen, die auch zu Friedenszeiten ohne Zuziehung der Waffengewalt unstreitig ihre rechtliche Erledigung gefunden haben würden. Dann wird die Verschiebung des Inkrafttretens der Amnestie unter Hinweis auf die dagegen abgegebenen Stimmen wiederum mit Betonung der Rücksichtnahme auf die fremden Kronen bekämpft. Die Herstellung der Einigkeit zwischen Haupt und Gliedern liege ihren Fürsten nicht weniger als andern Ständen am Herzen; aber sie sei nicht möglich, wenn man den Frieden mit den fremden Kronen nicht ernstlich betreibe. Würden diese unbillige Forderungen erheben, so würden sich ihre Fürsten als getreue Stände des Reiches erweisen.

An diesem Memoriale ist nicht das das Wichtigste, daß man in die Amnestie in noch größerem Umfange die sogenannten gravamina hineinziehen wollte — entscheidend ist, daß man auch diese Frage jetzt in Zusammenhang, ja man darf sagen, in gewisse Abhängigkeit von den auswärtigen Mächten zu bringen suchte. Damit trat man in direkten Gegensatz zu der von dem Kaiser und der Majoritätspartei verfolgten Politik. Gerade auf die Erledigung der Amnestie setzte man ja dort die Hoffnung eines Zusammenschlusses aller Stände gegen des Reiches Feinde, hier aber wurde gefordert, daß auf deren Wünsche Rücksicht genommen

Digitized by Google

würde. Neue Kämpfe standen jedenfalls auf diesem Gebiete bevor, und daneben war inzwischen das uralte Gespenst der gravamina zwischen all den Amnestieverhandlungen immer häufiger aufgetaucht. Es heraufbeschworen zu haben, dürfen die braunschweigischen Gesandten für sich in Anspruch nehmen. Wichtiger freilich als die Erörterung der allgemeinen Beschwerden war für das Haus Braunschweig-Lüneburg die Erledigung ihrer Sonderbeschwerden. Wir sahen, wie die von dem Kurfürstenkolleg in Nürnberg eingeleitete Vermittlung durch die Vereinigung der Herzöge mit Schweden zwar nicht völlig abgebrochen, aber zunächst doch ins Stocken gekommen war. Herzog August suchte nun schon im August die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, indem er Herzog Georg aufforderte[1]), die Vermittlungsvorschläge betreffs Hildesheim zu Papier zu bringen, damit man für künftig gerüstet sei. Als dann die Abschickung Langenbecks und Bohns nach Regensburg vor der Tür stand, suchte Herzog Georg bei seinem Celler Bruder dahin zu wirken[2]), daß dieser nicht wieder wie in Nürnberg seinen Gesandten dahin instruiere, sich mit der Hildesheimer Angelegenheit nichts zu schaffen zu machen. Denn es war ihm klar, daß man überhaupt nur etwas erreichen könne, wenn das Gesamthaus geschlossen auftrete. Auch den König von Dänemark hoffte man von neuem für die Privatangelegenheiten des Hauses Braunschweig-Lüneburg zu interessiren; man betonte namentlich, daß die Schuld der Verzögerung an Kurköln liege, das mit seiner Gegenresolution warten lasse. Der König sagte denn auch — freilich in recht allgemein gehaltener Weise — direkt, wie durch seinen Gesandten in Regensburg seine Unterstützung zu[3]). In der Hauptinstruktion war dann gleichfalls die Regelung dieser Angelegenheit ins Auge gefaßt, bei der Hildesheimer Sache merkwürdigerweise aber nicht die Vermittlung des Kurfürstenkollegs, sondern außer der des Königs von Dänemark die des Bischofs von Würzburg und des Landgrafen von Hessen-Darmstadt beliebt, während man die Vermittlung des Kurfürstenkollegs nur bei den Verhandlungen über die Zulassung zu Sitz und Stimme in Anspruch nehmen wollte. Dagegen berührt Herzog Georg in seinen Briefen an Lampadius diese Angelegenheit merkwürdig selten; noch ehe dieser die Hauptinstruktion in Händen hatte, betonte er allerdings einmal[4]), daß jeder Verdacht,

[1]) 17./27. August.

[2]) Herzog Georg an Herzog Friedrich, 29. Oktober/8. November 1640.

[3]) Schreiben der Herzöge an den König vom 30. November/10. Dezember, 7./17. Dezember, des Königs an die Herzöge vom 10./20. November, 2./12. Januar 1641.

[4]) 21. November/1. Dezember 1640.

Digitized by Google

als ob es ihm mit den Verhandlungen wegen Hildesheim nicht ernst sei, entschieden zurückgewiesen, die Schuld auf Kurköln geschoben werden müsse. Aber auch die Verhandlungen wegen der Privatinteressen des fürstlichen Hauses reihten sich für ihn ein in die allgemeinen Friedenstraktaten.

Wie schon die Hauptinstruktion in dieser Hinsicht geäußert hatte, daß es für das fürstliche Haus „hochgefährlich und von keinem, der es mit diesem Kreis und durch denselbigen mit dem Reich gut meinet, Uns zuzumuten, daß Wir uns unzeitig in solche Traktaten allein vertiefen sollten, dadurch Wir von beeden kriegenden Teilen ohnabwendlich würden ufgefressen werden", so hielt Herzog Georg auch später an der Ansicht fest, daß Partikulartraktaten für das fürstliche Haus gefährlich seien[1]). Neben den alten Beschwerden kamen dann auch die Angriffe des Kommandanten von Wolfenbüttel gegen Steinbrück und andere ihm zur Last gelegte Gewaltsamkeiten, auf die auch die Hauptinstruktion hinwies, mehrfach zur Sprache. Sie wurden von Lampadius namentlich in dem Sinne ausgenutzt, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg kein Vertrauen zu der Friedensliebe der Gegenpartei haben könne, wenn dergleichen geschehe[2]). Lampadius verstieg sich sogar zu der Behauptung, nur die Belagerung von Höxter und die Angriffe des Kommandanten von Wolfenbüttel seien Schuld daran, daß die braunschweigischen Völker, die sich schon von den Schweden getrennt gehabt hätten, sich wieder mit ihnen hätten vereinigen müssen — ob diese geschickte Verdrehung des Sachverhalts ihm oder den ihm zugegangenen Nachrichten zur Last fällt, läßt sich nicht entscheiden. Im übrigen suchte gerade in dieser Angelegenheit Herzog August direkt auf den Kaiser zu wirken[3]). Hinsichtlich der Restitution Wolfenbüttels und der Hildesheimer Sache hatte Lampadius sich noch am 18./28. Juli ganz entschieden dafür ausgesprochen, daß man bei der einmal angenommenen Vermittlung des Kurfürstenkollegs bleibe. Auch in Regensburg erfuhr er, daß man die Hildesheimer Frage durch eine Kommission von zwei evangelischen und zwei katholischen Kurfürsten behandeln lassen wolle[4]). Graf Kurtz betonte dann in der Lampadius erteilten Konferenz die Geneigtheit des Kaisers, diese Sache an seinem Hofe oder auf dem Kurfürstenkollegialtag zur Erledigung zu bringen — er wundere sich, daß die Herzöge nicht verhandeln wollten.

[1]) Herzog Georg an Lampadius 8./18. Februar 1641.
[2]) Z. B. in der Audienz bei Kurmainz, 20./30. Oktober.
[3]) Das Nähere darüber Kapitel VII.
[4]) Relation vom 21./31. Oktober.

Digitized by Google

Lampadius hielt es daher für nötig, auf Übersendung von Instruktion und Vollmacht für Hildesheim zu dringen, denn er hatte lebhaft in Erinnerung, in welch unangenehme Lage ihn deren Fehlen in Nürnberg versetzt hatte. Er erreichte indessen nichts weiter, als daß den braunschweigischen Gesandten auch eine sehr allgemein gehaltene Vollmacht für Hildesheim mit ausgestellt wurde. Angenehm war es daneben für ihn nicht, nun auch wieder neue Vermittler vorzuschlagen; indessen er faßte die Instruktion so auf, daß diese noch neben dem Kurfürstenkolleg zugezogen werden sollten. Hier[1]) erhoben sich nun die ersten Schwierigkeiten, indem der würzburgische Gesandte sowohl wie der dänische erklärten, für eine Vermittlung in dieser Angelegenheit nicht instruiert zu sein; diesen brachte Lampadius aber doch wenigstens dazu, sich vorläufig an der Aufstellung der Vermittlungsvorschläge zu beteiligen. Die meist durch Kurmainz mit den braunschweigischen Gesandten in dieser Angelegenheit geführten Verhandlungen des Kurfürstenkollegs, die erst im Februar 1641 etwas mehr in Fluß kamen, drehten sich hauptsächlich um zwei Fragen: um die nötige Vollmacht und um die Vermittlungsvorschläge. Die kurkölnische Vollmacht, datiert vom 26. Mai 1640 (neuen Stils), übergab Kurmainz den braunschweigischen Gesandten am 26. Februar/8. März, erklärte die von diesen überreichte für gar zu allgemein, was diese aber bestritten und ihrerseits an der kurkölnischen auszusetzen hatten, daß sie von irrigen Gesichtspunkten ausgehe, gewissermaßen schon Entscheidungen fälle und daher für sie unannehmbar sei. Hier einigte man sich dahin, daß durch die Vermittler, wobei Kurköln sich mit der Zuziehung von Dänemark, Bamberg und Würzburg einverstanden erklärte, eine für beide Teile gültige Vollmacht aufgestellt wurde. Auch hinsichtlich der Vermittlungsvorschläge hielten es die braunschweigischen Gesandten für das richtigste, wenn sie durch die Vermittler aufgesetzt würden. Würde jede Partei sie aufstellen, so würden mehr die Rechte, die jeder zu haben glaube, als Vorschläge, auf Grund deren verhandelt werden könne, dabei zu Tage kommen. Die rechtlichen Deduktionen des fürstlichen Hauses seien übrigens im Druck erschienen; von diesen überreichten sie denn auch den Kurmainzischen ein Exemplar. Indessen, obwohl Lampadius behauptete, daß das Kurfürstenkolleg schon in Nürnberg sich bereit erklärt oder, wie er richtiger hinzusetzte, wenigstens es nicht direkt abgelehnt

---

[1]) Über die folgenden Verhandlungen die Relationen vom 24. Februar/6. März, 3./13. März, Protokolle der Verhandlungen mit Kurmainz, 25. Februar/7. März —1./11. März, 4./14.—6./16. März, 17./27. März.

Digitized by Google

habe, die Vermittlungsvorschläge aufzusetzen, so verharrte man dort bei der Weigerung. So blieb diese Sache zunächst wieder in den Formfragen stecken; man kann auch zweifelhaft sein, ob der Vorschlag wegen der media compositionis nicht in erster Linie ein Verlegenheitsausweg für die braunschweigischen Gesandten war, da sie von Hause keine Vorschläge erlangen konnten. Der Restitution Wolfenbüttels geschah in diesen Verhandlungen überhaupt keine Erwähnung.

Man gewinnt nach allem den Anschein, daß bei der augenblicklichen Lage es jedenfalls Herzog Georg angezeigt erschien, betreffs der Verhandlungen wegen Hildesheim nur zögernd vorzugehen, abzuwarten, welchen Ausgang es mit den allgemeinen Friedensverhandlungen nehmen würde.

Auch hinsichtlich der viel allgemeineren und noch mehr verwickelten Angelegenheit der Beschwerden der evangelischen Stände erscheinen die braunschweigischen Gesandten nicht als die treibenden, obwohl sie, wie bemerkt, diese Frage selbst angeschnitten hatten. Von Nürnberg aus[1]) hatte Lampadius noch während des Kurfürstentages davor gewarnt, in dieser Frage allein vorzugehen oder sich gar auf Einzelheiten einzulassen. Wenn nun auch die Hauptinstruktion vom 21./31. November die Erledigung der Reichsgravamina auf diesem Reichstage zu völliger Sicherheit jedes Standes und Herstellung des alten Gleichgewichts forderte und demgemäß die Gesandten diesen Punkt auch in der Audienz vor den gesamten Ständen am 5./15. Januar 1641 mit vorbrachten, so war es doch keineswegs von ihnen beabsichtigt, diese Frage in den Vordergrund zu stellen oder selbständig in ihr vorzugehen. Denn prinzipiell war dieser Punkt von der weitestgehenden Bedeutung. Weniger, was schließlich bei der Behandlung dieser Angelegenheit herauskommen würde, vielmehr das stand obenan, ob und wieweit eine Erörterung dieser Frage überhaupt zulässig sei. Denn nach der schroffen Auslegung des Prager Friedens waren durch diesen die gravamina erledigt; diese zum Gegenstande der Beratung machen, bedeutete zugleich eine Aufrollung der Frage nach der Gültigkeit dieses Friedensschlusses.

Deshalb war Lampadius auch so erfreut[2]) über das hennebergische Votum der kursächsischen Gesandten, das sich gegen den Prager Schluß als unbedingte Norm aussprach — er hoffte, daß dadurch der Behandlung der gravamina in günstiger Weise vorgearbeitet werden würde. Vor

---

1) In den Schreiben vom 21./31. März und 28. März/7. April 1640.

2) Relation vom 27. Januar/6. Februar 1641.

Digitized by Google

allem aber schien ihm etwas Ersprießliches hier nur dann möglich, wenn man alle Evangelischen zu gemeinsamen Vorgehen bringen könne; zu diesem Zwecke erbat[1]) sich Lampadius sogar ein Gesamtkreditiv für alle evangelischen Stände, das auch verhältnismäßig rasch eintraf. Aber doch war vorher schon der Stein ins Rollen gebracht. In den Verhandlungen am 4./14. Februar hatte die Reichsdeputation, wie wir sahen, die beiden von den braunschweigischen und hessischen Abgesandten vorgetragenen Punkte der Amnestie und der gravamina übergangen, sich dagegen eingehender mit der Konjunktion mit den Schweden beschäftigt. Daraufhin hatten unter andern die Gesandten der beiden Staaten am 8./18. Februar behauptet, nicht durch die Konjunktion seien die inneren Unruhen schwerer gemacht, sondern durch die alten gravamina, die zu beseitigen neben der Generalamnestie ein Hauptförderungsmittel für den Frieden sein würde. Um nun von der unbequemen Erörterung des Amnestiepunktes abzulenken, erwiderten die Reichsdeputierten, die Abgesandten möchten doch die gravamina nennen, durch die die beiden fürstlichen Häuser sich beschwert fühlten. Obwohl die Gesandten es nun abgelehnt hatten, sich vor Erledigung der Amnestie in diese neue Frage einzulassen, waren sie doch nochmals aufgefordert, ihre Spezialgravamina einzureichen. Die hier von der Gegenpartei befolgte Taktik sollte doch wohl zweierlei bezwecken: einmal die Braunschweiger und Hessen von der Amnestie ab- und auf ein anderes Gebiet hinzulenken; dann aber wollte man von vornherein die Gravaminafrage auf ein ganz enges Gebiet, die „Spezialgravamina" der beiden fürstlichen Häuser beschränken und dadurch der aus prinzipiellen Gründen so gefährlichen Erörterung der allgemeinen gravamina aus dem Wege gehen. Gerade aber dadurch sahen sich nun die Braunschweiger und Hessen auf den entgegengesetzten Weg gedrängt, nunmehr mit der Frage der allgemeinen Beschwerden der evangelischen Stände Ernst zu machen. Zunächst versuchten sie, Kursachsen und Kurbrandenburg in den Vordergrund zu schieben.[2]) Namentlich die Kursächsischen wiesen sie darauf hin, daß ihr Kurfürst beim Leipziger Konvent das Direktorium der Evangelischen geführt habe; daher möchten sie auch jetzt die gravamina aufsetzen. Indessen diese wie die Kurbrandenburger lehnten ab; Mangel an Vollmacht und Instruktion, Rücksicht auf den Kaiser und die katholischen Stände, denen man sich verdächtig machen würde, wenn man sich so gewissermaßen zur Partei mache, mußten als Gründe dienen. So entschlossen sich denn die

[1]) Relation vom 10./20. Februar.

[2]) Lampadius Relation vom 17./27. Februar.

Digitized by Google

braunschweigischen und hessischen Gesandten dazu, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, freilich behutsam und jedenfalls nur unter steter Beratung mit den evangelischen Ständen. Lampadius wurde die heikle Aufgabe zuteil, die gravamina aufzusetzen. Als Vorarbeit diente ihm dazu eine Deduktion aller dieser Beschwerden, die er 1634 bei seiner Anwesenheit in Frankfurt aufgesetzt und die Langenbeck mitgebracht hatte — ein Zeichen, daß man die Behandlung der gravamina von vorn herein dort ernsthaft ins Auge gefaßt hatte, dieser Passus der Instruktion also nicht nur eine jener allgemeinen Forderungen war, an deren Erledigung man nicht glaubte. Außerdem ließ Lampadius sich einen Auszug aus dieser Deduktion, der die Billigung des ober- und niedersächsischen Kreises gefunden hatte, aus der Heimat schicken. In allen folgenden Verhandlungen[1]) mit der Reichsdeputation sprachen sie dann stets nur von der notwendigen Erledigung der Reichsgravamina; wie sie in den Verhandlungen vom 6./16. März die gravamina in solche einteilten, die mit der Amnestie zusammenhingen, und solche, die für sich gesondert, aber möglichst noch während des Reichstages zu erledigen seien, ist schon oben erwähnt. In wenig mehr als drei Wochen war Lampadius mit der Abfassung der gravamina fertig; in der wichtigen Audienz vor der Reichsdeputation vom 15./25. März wurden sie überreicht. Die braunschweigischen und hessischen Gesandten erklärten dabei ausdrücklich, daß es wohl schwer fallen dürfte, während des Reichstages auch nur die hauptsächlichsten Beschwerden zu erledigen; die während des Krieges entstandenen ließen sich nicht immer unter die prinzipiellen bringen. Das würde dann also zu Partikularaktaten führen, bei denen nur Weitläufigkeiten und Mißtrauen herauskommen würden; gerade alle diese alten Dinge wieder aufzurühren, müsse man vermeiden. Daraus folgerten sie dann die Notwendigkeit, alle diese Angelegenheiten mit unter die Universalamnestie zu begreifen. Es läßt sich nun nicht verkennen, daß die Behandlung der Gravaminafrage von seiten der Braunschweiger und Hessen etwas Widerspruchsvolles hat. Man betont zwar von Anfang an Amnestie und Erledigung der gravamina nebeneinander, aber erst als man zu der Aufsetzung der gravamina gedrängt wird, kommt man mehr und mehr dahin, beides zu verquicken um endlich, indem man sie übergibt, einzugestehen, daß eine Erledigung auf dem Reichstage nicht denkbar sei, und den gordischen Knoten durchzuhauen, indem man einfach die ganze Beschwerdefrage auf den Amnestie-

[1]) 25. Februar / 7. März, 6./16. März.

Digitized by Google

punkt wälzte — ein radikaler Versuch, der von vornherein wenig aussichtsvoll erscheinen mußte bei dem Umfang und der Mannigfaltigkeit der Gegenstände, die alle Parteien unter die gravamina zusammengehäuft hatten. Es mag uns wundern, daß Lampadius, der mit dieser ganzen Materie von früher her vertraut war, nicht von vornherein andere Wege zu ihrer Behandlung eingeschlagen hat; wir haben aber zu bedenken, daß die Instruktion ihm befahl, diesen Punkt zur Sprache zu bringen. Die Behandlung der Amnestiefrage hat dann dazu geführt, daß Braunschweig und Hessen weiter gedrängt wurden, als sie mindestens in diesem Abschnitt der Beratung zu gehen gedacht hatten. Aus dieser Sackgasse suchten sie sich dann in dieser Weise herauszuhelfen.[1])

Die Überreichung der gravamina war die letzte größere Aktion, der Lampadius beiwohnte; schon am 17./27. März hatte er dem Herzog Georg mitgeteilt, daß er nach gemeinsamen Beschluß, sobald man die Resolution wegen der Amnestie erhalten habe, heimreisen solle, um dort gründlichen Bericht zu erstatten — am 23. März/2. April trat er die Heimreise über Ingolstadt, Donauwörth, Heilbronn an[2]). Dieser Entschluß war nicht aus politischen Gründen erfolgt, sondern um Lampadius endlich die Möglichkeit zu geben, in der Heimat in seinen Privatverhältnissen Ordnung zu schaffen. Schon im Juli (11./21.) 1640 hatte er um seine Abberufung gebeten „damit ich mein Privatwesen nicht gar zurücksetzen möge".[3]) Im August hatten die Herzöge sich endlich dazu entschlossen, inzwischen aber Lampadius sich anders besonnen und wegen der Wichtigkeit der Lage und weil er sah, daß man die gesamte Führung der Angelegenheiten dem untüchtigen Agenten Löwe überlassen wollte, sich bereit erklärt, nach Regensburg zu gehen — eine Bereitwilligkeit, für die ihm sein Herzog durch Übersendung einer Ehrenkette mit seinem Bildnisse dankte.[4]) Aber was sollte ihm die goldene Kette, wenn die Seinen zu Hause Not litten? Ein trübes Bild entwirft er davon am

[1]) Koch I, 300 ist der Überzeugung, daß es bei dieser Angelegenheit den Gesandten nur darum zu tun gewesen sei „Geschrei zu machen uud aufzuhetzen". Die Verhandlungen beweisen, daß das keineswegs der Fall war.

[2]) Langenbeck an die kalenbergische Regierung.

[3]) Ausführlicher äußert er sich am 18./28 Juli: „vielweniger habe ich mein Privatwesen und Kinderzucht nach Gebühr angeordnet. Meine privata stecken in keiner geringen Weitläufigkeit, meine Kinder sein unerzogen. Und sollte mir etwas Menschliches zustehen, würde ich mein liebes Weib und Kinder in Elend, Trübsal und Unrichtigkeit hinterlassen.."

[4]) Schreiben des Herzogs vom 7./17. November; Lampadius Dankschreiben 9./19. Dezember.

Digitized by Google

28. Oktober/7. November. Er hätte gehofft, nunmehr abberufen zu werden, ersehe aber, daß das nicht der Fall sei „und gehet mir solches desto wehmütiger zu Herzen, daß mein geliebtes Eheweib vom 12. d. M. andeutet, daß sie fast neben meinen lieben Kindern Not leide". Die fürstliche Zahlkammer entrichtet ihr seine Besoldung nicht, seine kleinen Güter werden von den Schweden mit unerschwinglichen Kontributionen belegt[1]) und ausgeplündert. Baners Leibarzt fordert von seinen Gütern jeden Tag drei Malter Hafer, wöchentlich zwei Schafe, ein Faß Bier und ein feistes Schwein. „Es ist mir unmöglich, mit gehöriger Alacrität, Circumspektion und Freimütigkeit dieses Orts zu negotiieren, wenn solchen unvermuteten Beschwerungen nicht forderlich remediret werden sollte." Wer mag es ihm verdenken, wenn er unter solchen Umständen Verlangen nach der Heimkehr trug? Trotzdem harrte er noch fünf Monate aus. Ob neue Klagen aus der Heimat inzwischen einliefen, wissen wir nicht; seine Besoldung war unterdessen geregelt, und auch die schwedische Einquartierung hatte ja längst ihr Ende genommen. Aber böse genug mochte es doch in seinem Heimwesen ausschauen. Leicht mag es ihm trotzdem nicht geworden sein, in diesem Augenblicke Regensburg zu verlassen. Nicht der Umstand allein wird ihm den Abschied erschwert haben, daß er wußte, mit welchem Vertrauen die evangelischen Stände in ihm ihren geistigen Mittelpunkt sahen und daß in dieser Hinsicht keiner seiner Mitgesandten ihn ersetzen konnte. Er mußte sich auch sagen, daß an positiven Erfolgen seine Tätigkeit recht arm war — vor allem auf keinem Gebiete ein Abschluß, nirgens etwas Sicheres: die Verhandlungen mit Schweden und Frankreich noch im weiten Felde und keinenfalls in der Nähe von Regensburg; von Waffenstillstand kaum noch die Rede; wegen der Amnestie mitten im Kampfe; die Privatanliegen des Hauses Braunschweig-Lüneburg nicht um einen Schritt gefördert — wegen der gravamina wurde die erste große Schlacht am Tage nach seiner Abreise geschlagen.

Freilich war es ja auch wichtig, daß ein mit den Verhältnissen in Regensburg Vertrauter daheim Einfluß auf die Politik gewann. Der Tod Herzog Georgs hat Lampadius allerdings die Möglichkeit abgeschnitten, diesem noch die Ziele seiner Politik darzulegen[2]); aber auch dem jungen Herzoge Christian Ludwig konnte er ein wertvoller Ratgeber werden.

[1]) Ein schönes Gegenstück zu den von Koch stets im Munde geführten Bestechungen durch die Schweden!

[2]) Da Lampadius am 23. März/2. April aus Regensburg abreiste, Herzog Georg am 2./12. April starb, erscheint es ausgeschlossen, daß Lampadius ihn noch gesprochen habe.

Digitized by Google

Kapitel VI.[1])

Innere Zustände und auswärtige Beziehungen während des Winters 1640|41.

Fast in denselben Tagen, wo Lampadius in Nürnberg aus der Ungewißheit erlöst wurde, ob er überhaupt die Möglichkeit erlangen würde, in Regensburg die Politik seines fürstlichen Hauses zu vertreten, hatte sich dieses auch von der nächsten Gefahr des feindlichen Einfalles befreit gesehen. Indessen waren auch weiterhin Umsicht und Wachsamkeit nötig, denn der Feind stand noch unmittelbar vor der Tür; er setzte sich am linken Weserufer noch mehr fest, namentlich gelang es ihm, das Haus Polle, nördlich von Holzminden an dem Strome gelegen, einzunehmen. Dem gegenüber war es wenigstens ein Erfolg, daß kurz vorher die hessische Garnison von Lippstadt sich der Stadt Soest bemächtigt hatte und so die Rückzugslinie der Kaiserlichen bedrohte; den braunschweigischen Landen aber war wenig damit gedient. Herzog Georgs erste Maßnahmen bezweckten nun, zunächst die größeren von den festen Plätzen der Leinelinie zu besetzen, vor allem Göttingen, Eimbeck, Hannover, dann die eigne und Herzog Friedrichs Residenz. In zweiter Linie kamen die kleineren Orte an der Leine wie Nordheim, Alfeld, Gronau, erst in letzter Hameln in Betracht — in diesem Sinne erteilte er Klitzing seine Befehle[2]). Sollten die herzoglichen Truppen nicht ausreichen, so möge er sich an Baner wenden. Man kann zweifelhaft sein, was Herzog Georg mit diesen Maßnahmen beabsichtigte. Daß sie nicht den Zweck hatten, das Land nunmehr gegen die Schweden zu schützen[3]), geht schon daraus hervor, daß Baner aufgefordert werden sollte, sich unter Umständen an der Besetzung zu beteiligen. Wahrscheinlicher ist, daß Herzog Georg,

[1]) Literatur und Akten wie zu Kap. IV. Von Akten außerdem auch St.-Arch. Hannover. Calenb.-Br. Arch. Des. 16 B und Des. 22.

[2]) 23. Septbr./3. Oktober.

[3]) Wie Decken IV, 77 annimmt.

Digitized by Google

als er diese Anweisungen erließ, die Situation noch nicht völlig übersah. Er hatte inzwischen sein Hauptquartier von Göttingen nach Eimbeck verlegt; dadurch mochte Klitzings Schreiben vom 21. September/1. Oktober verspätet in seine Hände gelangt sein — gerade dieser empfahl ja aber ein Zurückweichen auf die Leinelinie. Nachdem es inzwischen Baner gelungen war, dem Feinde den Übergang über die Weser bei Höxter zu wehren und die kleinen Abteilungen, die hinübergegangen waren, zurückzutreiben, riet Klitzing selbst von seinem früheren Plane ab.[1]) Jetzt sich auf die Leinelinie zurückziehen, sei aus doppeltem Grunde nicht ratsam, einmal, weil man die Weserlinie jetzt gut halten könne, selbstverständlich unter scharfer Wachsamkeit, sodann weil man dadurch die Verbündeten nur tiefer ins Land ziehen würde. Herzog Georg kam denn auch nicht weiter auf diesen Plan zurück. Während nun Baner mit seiner Armee Höxter gegenüber bei Corvey halten blieb, unternahm Klitzing stromabwärts Rekognoszierungsritte, die ihm bewiesen, mit welcher Nachlässigkeit des Herzogs Befehle, die Furten durch Schanzen zu decken, ausgeführt waren; auch die Befestigungen von Hameln befanden sich in einem Zustande arger Verwahrlosung;[2]) diesem Umstande und der Nachlässigkeit der wolfenbüttelschen Truppenführer schrieb er die Erfolge der Kaiserlichen an der Weser zu. Er selbst plante bei Hameln über die Weser zu gehen und von dort etwas gegen den Feind zu unternehmen — vielleicht dachte er dabei an eine Wiedereroberung des von den Kaiserlichen nur schwach besetzten Hauses Polle. Hier aber wurde ihm die überraschende Mitteilung, daß der Feind auf der ganzen Linie den Rückzug angetreten habe — auch Höxter hatte er aufgegeben, das dann von den Schweden sofort besetzt wurde,[3]) während deren Hauptarmee nordöstlich auf Lauenstein marschierte. Ob dieser Marsch mit Gerüchten,[4]) daß die kaiserliche Armee bei Bremen über die Weser gehen wolle, zusammenhängt, läßt sich nicht bestimmen. Eine Zeitlang blieb die kaiserliche Armee noch in ziemlicher Nähe in Westfalen stehen, so daß noch Ende November Baner die Ansicht aussprach, daß man dort nur auf das Zufrieren der Ströme warte, um dann den Angriff auf die braunschweigischen Lande zu wiederholen[5]). Indessen das war eine unnötige

[1]) September 26./Oktober 6.

[2]) Von Baner in einem Briefe an Herzog Georg vom 10./20. Oktober getadelt.

[3]) Klitzing an Herzog Georg 2./12. Oktober. Allerdings gaben sie es wohl bald wieder auf, da Baner kurze Zeit darauf Herzog Georg riet, es besetzen zu lassen.

[4]) Pufendorf XII, S. 403. Die Briefe Baners aus dieser Zeit ergeben darüber nichts.

[5]) Baner an Herzog Georg 12./22. November, an Klitzing 19./29. November.

Digitized by Google

Sorge; Erzherzog Leopold Wilhelm dachte nicht mehr an eine Fortsetzung des Feldzuges — wir sahen, wie er schon Mitte Oktober nach Regensburg wegen der Winterquartiere schrieb. Namentlich die Rücksicht auf Kurköln führte dann zu einer sehr weitgehenden Zersplitterung der Truppen[1]). Der Generalissimus selbst ging mit Piccolomini nach Franken, Hatzfeld ins Herzogtum Jülich, Geleen an den Rhein; in der Nähe der Weserlinie blieb allein Wahl im Bistum Münster.

Trotzdem trat für die braunschweigischen Lande keine Ruhe ein. War man des Feindes an der Grenze ledig, so hatte man es inzwischen fühlen müssen, daß man einen solchen auch mitten im Lande hatte. Der Kommandant von Wolfenbüttel, J. v. Rauschenberg, der sich mit Ausnahme kleinerer Streifzüge seit längerer Zeit nicht gerührt hatte, benutzte die Zeit, wo aller Augenmerk auf die Vorgänge an der Weser gerichtet war, und bemächtigte sich einiger fester Punkte südlich von Wolfenbüttel, namentlich der Festung Steinbrück (3./13. Oktober). Diese zurückzuerobern war nunmehr Herzog Georgs nächste Sorge. Die Überwachung der Weser überließ er der schwedischen Armee und den kleinen Garnisonen — Klitzing wurde zurückbeordert. Da Herzog Georg die Weserlinie nicht noch mehr schwächen wollte, zumal die Landgräfin von Hessen in diesen Tagen ihre Hülfstruppen unter Eberstein auch wieder an sich zog[2]), so bat er Baner, Oberst Ruth Befehl zu erteilen, ihn von Halberstadt aus mit etwa 1200 Mann, zur Hälfte zu Fuß, zu unterstützen. Diese Bitte wurde gewährt, und so war man Anfang Dezember wieder im Besitz von Steinbrück, Liebenburg, Schladen, Westerburg und Hessendamm[3]). Kamen auch an der Weser noch kleine Scharmützel vor — wie denn im Januar 1641 die kaiserliche Garnison in Lemgo Bodenwerder ausplünderte, was als Gegenzug eine glückliche Streife braunschweigischer Truppen über die Weser hervorrief — so trat doch nach dieser Richtung hin gegen Ende des Jahres Ruhe ein. Es gelang Herzog Georg auch[4]) trotz des Protestes Baners, der diesen Ort als schwedische Garnison in Anspruch nahm, Goslar, das sich immer als unsicher erwiesen hatte, mit einer Besatzung von vier Kompagnien zu belegen.

---

[1]) Theatrum Europaeum IV, 376.

[2]) Landgräfin an Herzog Georg 1./11. Oktober.

[3]) Herzog Georg an Lampadius 21./31. November. Daß Ruth dabei Hülfe leistete, sagt Pufendorf XII, S. 404.

[4]) Herzog Georg an Lampadius 6./16. Dezbr. Baners Protest 2./12. Dezbr.

Digitized by Google

Dagegen gab es während einiger Monate beständige Reibereien an der braunschweig-brandenburgischen Grenze. Brandenburgische Völker unter dem Obersten Volkmann hatten im November das Haus Hitzacker an der Elbe überfallen und ausgeplündert, waren aber von dem schwedischen Obersten Ruth zurückgeworfen, bei welcher Gelegenheit ihm die braunschweig-lüneburgischen Truppen — es werden solche des Herzogs August gewesen sein, dem Hitzacker gehörte — nicht genügenden Beistand leisteten, sich namentlich weigerten, die Brandenburger über die Elbe hinaus zu verfolgen.[1]) Die Schweden, diesmal unterstützt von lüneburgischen Truppen, unternahmen darauf einen Einfall in die Altmark, der sie bis Stendal führte.[2]) Es hatte dies einen Schriftwechsel zwischen Schwarzenberg und Herzog Georg zur Folge, in dem dieser sein Vorgehen mit dem vorausgegangenen Überfalle Hitzackers und mit einem Gerüchte entschuldigte, wonach brandenburgische Truppen im Begriff sein sollten, den Kommandanten von Wolfenbüttel zu unterstützen. Indessen zog sich nach mehrfachem Schriftwechsel auch diese Sache zu; Klitzing,[3]) der persönlich durch Vermögensfragen hier interessiert war, konnte Anfang März dem Herzog von einem sehr freundlich gehaltenen Schreiben Schwarzenbergs berichten und dem die Überzeugung hinzufügen, daß man von dieser Sache hier nichts mehr zu befürchten habe.

Erforderten solche kleine Reibereien an den Grenzen auch fortgesetzte Wachsamkeit, so vermochten sie doch das Land nicht ernstlich zu beunruhigen. Dieses selbst wurde von ganz anderen Sorgen bedrückt, zunächst durch Monate hindurch von der durch die Winterquartiere der verbündeten Armeen hervorgerufenen.

Daß er der schwedischen Armee in den braunschweigischen Landen werde Quartier geben müssen, war dem Herzog ja in den entscheidenden Septembertagen klar geworden; es kam ihm nun darauf an, diese Last nach Raum und Zeit nach Möglichkeit zu beschränken, und gröbere Ausschreitungen zu verhüten. Zur Festsetzung der nötigen Maßregeln sandte

---

[1]) Ruth beschwerte sich bei Baner darüber, und dieser ersuchte (2./12 Dezbr.) Herzog Georg, Befehl zu tun, daß künftig bessere Unterstützung stattfinde, da „die Brandenburgische nicht weniger als alle andere feindliche Soldateska . . . verfolget werden muß."

[2]) Bericht Schwarzenbergs an Kurfürst Friedrich Wilhelm 13./23. Dezember. Urk. und Akten I, 377. Der Schriftwechsel zwischen Schwarzenberg und Herzog Georg Decken IV, Nr. 376 und 377. Über Verhandlungen des Geheimen Rats in dieser Angelegenheit Meinardus, Protokolle I Nr. 150, 160, 183.

[3]) 27. Februar/9. März.

Digitized by Google

Herzog Georg auf Baners Aufforderung (23. September/3. Oktober) am 27. September/7. Oktober den Generalwachtmeister Pithan sowie die beiden Räte Schenk von Winterstedt und Ludwig Ziegenmayer in des Feldmarschalls Lager. Indessen was diese gemäß ihrer Instruktion[1]) vorzubringen hatten, bewegte sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Maßnahmen zur Verhütung von Unregelmäßigkeiten bei der Verproviantierung, Übergriffen bezüglich der Forderungen — Geld sollte unter keinen Umständen gegeben werden — eine Verteilung der Armee auf gewisse Quartiere war wegen der Kürze der Zeit und der Ungewißheit über die Stärke des Heeres noch nicht möglich gewesen. Jedenfalls aber suchte Herzog Georg die Schweden nicht nur von den festen Plätzen, sondern auch von allen größeren Orten fernzuhalten unter der Begründung, daß diese als Garnisonen der eigenen Truppen notwendig seien. Vielleicht wurde die Absendung der Kommissäre noch beschleunigt durch ein heftiges Schreiben Baners[2]), in dem er auf die Nachteile aufmerksam machte, die dem Lande daraus drohten, wenn die Quartiere nicht schleunigst verteilt würden, da alsdann der Soldat selbst suchen müsse, wo er etwas finde. Werde der Herzog seine Bitte nicht erfüllen, so sei er genötigt, die Quartiere selbst aufzuteilen, „welches schwerlich nach E. F. Gn. Gefallen zugehen möchte". Daß dieses keine leere Redensart sei, bewies er dadurch, daß er noch am gleichen Tage[3]) dem Generalquartiermeister den Befehl erteilte, alle Ortschaften bis Nienburg a. d. Weser aufzusetzen, damit diese unter die Armee ausgeteilt werden könnten, denn in den augenblicklichen Quartieren, die zum Teil auch von den Kaiserlichen arg mitgenommen waren, schien ein längerer Aufenthalt unmöglich. Auch die Mitteilung der Kommissäre scheint ihm in keiner Weise genügt zu haben,[4]) falls sie ihn damals überhaupt schon erreicht hatten — denn er sandte nun den Generalmajor Pfuel und den Obersten Douglas zu Herzog Georg, um durch diese seine Bitten um Einteilung der Quartiere noch dringlicher zu wiederholen und zugleich um die Stellung von 7—8000 Pferden für Remontierung seiner Reiterei zu bitten. Es war zweifellos ein Fehler, diese Gesandten auch nur durch Hinweis auf die abgeschickten Kommissäre abzufertigen — man hätte sie

[1]) Vom 26. Sept./6. Okt.

[2]) Baner an Herzog Georg 27. Sept./7. Okt.

[3]) Bericht Hermelings an Herzog Georg 28. Sept./8. Okt.

[4]) Baner tut ihrer in dem Schreiben vom 29. September/9. Oktober keinerlei Erwähnung, so daß man zweifelhaft sein kann, ob sie überhaupt schon bei ihm eingetroffen, was ja bei der steten Veränderung seines Quartiers möglich wäre.

Digitized by Google

nicht ziehen lassen dürfen, ohne bestimmte Verteilung der Quartiere mit ihnen festzusetzen. Auch die allerdings enorme Forderung an Pferden wies der Herzog mit der Begründung zurück, daß er selbst allein 2000 Pferde nötig habe, um seine eigene Kavallerie wieder in Stand zu setzen. Baners Mismut wuchs unter diesen Umständen täglich; Klitzing, der ihn in diesen Tagen um Überlassung von 600 Musketieren gebeten hatte, um eine damals geplante Streife jenseits der Weser zu unternehmen, schlug er dies rundweg ab[1]) unter Hinweis darauf, daß bei der geradezu jämmerlichen Verpflegung er seinen Soldaten keine Mühen zumuten könne. Selbständig begann er dann zunächst die Aemter an der Weser bis Hameln hin unter seine Truppen zu verteilen, so daß Klitzing mit seinen Mannschaften diese Gegend räumen mußte.

Als der Feldmarschall auch hier Mangel an Proviant und Fourage vorfand, gab er seinem wachsenden Unmut dem Herzog gegenüber wiederum lebhaften Ausdruck[2]); er glaubte damals noch, damit drohen zu dürfen, daß ihn dieser Mangel zwingen würde, „vor der Armee Conservation und Redintegration zu sorgen und aus solchen Anguistien zur verhoffentlichen Verbesserung von hinnen zu führen" — eine Drohung, die vielleicht nicht ganz ohne festen Hintergrund war und die in diesem Augenblicke, wo die feindlichen Truppen noch an der Weser standen, dem Herzog tatsächlich ernste Sorge machen mußte. Er bat[3]) denn auch den Feldmarschall, ihn nicht im Stich zu lassen, bewilligte eine weitere Ausdehnung der Quartiere; doch suchte er auch jetzt noch Ämter, Klöster und adlige Häuser davon frei zu halten. Noch ehe ihn diese Mitteilung traf, hatte Baner Maßregeln ergriffen[4]), seine Armee über ein weiteres Gebiet zu verteilen; nämlich stromabwärts bis Rinteln, dann aber östlich nach der Leine zu über die Ämter Elze, Eldagsen, Springe, während er selbst sein Hauptquartier etwa in die Mitte dieses Gebietes nach Lauenstein verlegen wollte. So breitete sich die schwedische Armee allmählich doch über das ganze Gebiet zwischen Weser und Leine aus. Da sich nun Herzog Georg selbst der Überzeugung nicht verschließen konnte, daß die unmittelbar an der Weser liegenden Ämter die Einquartierung allein nicht tragen könnten,

[1]) Baner an Klitzing 3./13. Oktober.

[2]) 3./13. Oktober. Damit zusammenzuhalten ist die Angabe im Theatrum Europaeum IV, 376, daß Baner habe nach Oldenburg gehen wollen, diesen Plan aber mit Rücksicht auf Dänemark aufgegeben habe.

[3]) 4./14. Oktober. Gebr. Decken IV, Nr. 368.

[4]) Hermeling an Herzog Georg 4./14. Oktober. Eine undatierte, aber der Lage in dem Aktenfaszikel nach in diese Zeit gehörige Verteilung der Kavallerie nach Baners Ordnung weist den 43 Eskadrons Quartiere bis nach Wunstorf hin an.

Digitized by Google

so kam er auf den Gedanken, Baner eine Teilung der Armee vorzuschlagen[1]) derart, daß die Hälfte der Infanterie und Kavallerie in die Gebiete von Magdeburg, Halberstadt, Anhalt, Mansfeld und die Altmark verlegt würde, während die andere an der Weser bleibe, ein Vorschlag, dessen Befolgung für die braunschweigischen Lande auch noch die Annehmlichkeit eines sicheren Schutzes der Ostgrenze gehabt hätte. Wenn dann der Feind die Weser freigebe, könnten auch die an dem Strome liegenden Teile der schwedischen Armee in das Bistum Paderborn, nach Lippe, Hoya und Diepholz verlegt werden. Diese Vorschläge, die nichts weniger als eine vollständige Zersplitterung seiner Armee von Baner verlangten, waren für diesen natürlich schon aus strategischen Gründen unannehmbar. Alles, was die Gesandten erreichten,[2]) war eine Erleichterung der Einquartierung im Amte Kalenberg, im übrigen vertröstete sie der Feldmarschall, der die Gesandten überhaupt ziemlich kurz abfertigte, auf die Nachrichten, die eine Rekognoszierungsabteilung ihm bringen würde. Ja, Herzog Georg mußte sogar dem Wunsche Baners nachgeben, um die erbetene Erleichterung für Kalenberg zu erlangen, schwedische Truppen auch östlich der Leine bis zur Aller hin einzuquartieren.[3]) So sah Herzog Georg das Unheil immer mehr dem Herzen der braunschweigischen, zunächst seiner eigenen Lande nahen. Und von allen Seiten liefen nun Klagen über Klagen ein. Die Bewohner des Amtes Erichsburg, die schon vor den kaiserlichen Truppen nach Eimbeck geflüchtet waren und dort Not litten, fürchteten nun beim Herannahen der schwedischen Armee völlige Vernichtung ihrer Ernte;[4]) auch aus dem Amte Lauenstein waren sämtliche Amtseingesessene mit Wagen und Pferden nach Hildesheim, Hannover und Hameln geflohen.[5]) Hier hatten dann zunächst die kaiserlichen Streifzüge arg gehaust; und als diese abgezogen, sah man sich bald genötigt, gegen die streifenden Parteien der Schweden energische Maßregeln zu ergreifen; der Amtmann von Blumenau erhielt schon am 29. September/9. Oktober den Befehl, das Aufgebot der Untertanen mit Waffen zum Schutz gegen die Schweden zu versehen. Aber trotz solcher Maßregeln drangen schwedische Ab-

[1]) Instruktion für die Gesandten 6./16. Oktober.

[2]) Bericht Ziegenmayers 7./17. Okt., Lauenstein.

[3]) Herzog Georg an die Gesandten bei Baner 8./18. Okt.

[4]) Schreiben der Erichsburger an ihren Amtmann 23. Sept./3. Okt.

[5]) Berichte des Amtmanns an die kalenbergische Regierung 25. Sept./5. Okt. und 28. Sept./8. Okt.

Digitized by Google

teilungen bis unter die Tore von Hannover vor, raubten dort allein an einem Tage über hundert Pferde.[1])

Besonders tatkräftigen Persönlichkeiten, wie dem Amtmann von Kalenberg, Heinrich Strickmann, gelang es auch wohl, die Landbevölkerung zu kräftigerem Widerstande zusammenzuhalten und einmal eine Rotte plündernder Schweden aufzuheben. Aber freilich aus politischen Rücksichten mußte er diese dann wieder auf freien Fuß setzen;[2]) das wirkte natürlich entmutigend auf die Bevölkerung, die so wie so nur mit Mühe zur Verteidigung für länger beisammen zu halten war. Auch hier bewies die Miliz ihre Unfähigkeit, selbst kleinere militärische Aufgaben durchzuführen. So sah denn auch dieser tüchtige Mann die Ausplünderung des ihm anvertrauten Amtes weiter fortschreiten. Es wird nicht mehr 14 Tage währen, schrieb er am 5./15. Oktober, so ist des Landmanns Habe aufgezehrt. „Ich kann nicht mehr schreiben, das Herze will mich gleichsam übergehen. — Ich sehe und spüre, daß bei diesem Dinge aller Rat erlischt und rechtliche Hülfe zu Ende läufet". Es war doch ein verzweifeltes Mittel, wenn Herzog Georg bei dieser Not schließlich keinen anderen Ausweg wußte,[3]) als daß die Landbevölkerung das Nötigste an Getreide und Futter in die nächsten festen Plätze und Städte bringe, um sich dorthin mit dem Vieh zu retten. Er hoffte freilich, daß diese äußerste Maßregel nicht mehr notwendig werden würde, denn inzwischen hatte er weiter auf Baner einzuwirken gesucht. Zunächst freilich dauerte das gespannte Verhältnis zwischen dem Feldmarschall und dem Herzoge fort. Baner beklagte sich nicht allein darüber, daß die Abgesandten des Herzogs so schleunig von ihm gegangen seien, daß man keine näheren Verabredungen mit ihnen habe treffen können,[4]) er erklärte auch bald darauf,[5]) daß für die schwedischen Quartiere „eine erkleckliche Extension und Zulage" notwendig sei, wie denn seine Truppen um diese Zeit schon bis Seesen, Gandersheim und Harzburg streiften[6]). Herzog Georg lehnte zwar die von Baner geforderte Erweiterung der Quartiere als unmöglich ab,[7]) aber würden die Schweden sie nicht vielleicht erzwingen?

---

[1]) Die kalenbergischen Landstände an Herzog Georg Okt. 3/13.

[2]) Befehl der kalenb. Regierung an Strickmann 4./14. Oktober. Über die Tätigkeit dieses wackeren Mannes geben zahlreiche Berichte von ihm Aufschluß.

[3]) Herzog Georg an die Herzöge Friedrich und August 20./30. Oktober.

[4]) Baner an Herzog Georg 10./20. Oktober. Gedr. Decken IV, Nr. 370.

[5]) Derselbe an denselben, 17./27. Oktober. Bückeburg.

[6]) Herzog August an Herzog Georg 17./27. Oktober.

[7]) Instruktion Herzog Georgs, 20./30. Oktober.

Digitized by Google

Und inzwischen machte ihm auch die französisch-weimarische Armee, vor der verschont zu bleiben er ursprünglich gehofft hatte, nicht weniger zu schaffen. Diese hatte sich nämlich im südlichen Teile der braunschweigischen Lande an der Leine in den Fürstentümern Göttingen-Grubenhagen bis nach Salzderhelden hin eingenistet und war trotz Herzog Georgs Beschwerden[1]) und Sendungen von dort nicht wieder fortzubringen. Selbst die Aufforderung des Herzogs Georg an den Herzog von Longueville, der damals kurz vor seiner Rückreise nach Frankreich noch in Kassel weilte, hatte keinen anderen Erfolg, als daß dieser ein Patent erließ,[2]) in dem er die Bewohner der von den französisch-weimarischen Truppen besetzten Gebiete aufforderte, in ihre Wohnungen zurückzukehren unter der Zusicherung, daß die Truppen nur das für den Lebensunterhalt Notwendige fordern sollten; ein papiernes Versprechen, auf das auch nicht das Geringste zu geben war.

Die wachsende Not seines Landes brachte Herzog Georg endlich auf den Gedanken, eine persönliche Aussprache mit den beiden Heerführern herbeizuführen — vielleicht, daß dadurch eher etwas zu erreichen war als durch Briefe und Gesandtschaften. Er übermittelte daher Baner Ende Oktober eine Einladung für ihn und seine Gemahlin nach Hildesheim, die von dem Feldmarschall gern angenommen wurde[3]) und deren Folgen sich unmittelbar in einer größeren Liebenswürdigkeit zeigten, mit der Baner die lüneburgischen Gesandten behandelte. Der Tod des Grafen Wolrad v. Waldeck, durch den Baner in Trauer versetzt wurde, verzögerte dann diesen Besuch, so daß er erst am 30. Oktober/9. November[4]) in Hildesheim eintraf, wo sich auch Guébriant und Choisy, Christian von Hessen, der Graf von Schaumburg und Gesandte der Landgräfin von Hessen-Kassel eingefunden hatten.

Diese Hildesheimer Tage, die bis zum 5./15. November dauerten, hat die geschichtliche Betrachtung bis in das vorige Jahrhundert hinein mit dem Schauer des Geheimnisvollen umwoben, nicht weniger wegen

---

[1]) Herzog Georg an Guébriant 7./17. Okt. Mit diesem Schreiben wurde Pape abgesandt; die Nachrichten, die er von Göttingen sandte, waren wenig tröstlich. Die Truppen betrügen sich übermäßig unverschämt; ein Oberst verlange wöchentlich 250 Thl. für seine Küche; ein Hauptmann wolle 16 Pferde mit allem Zubehör ausgerüstet haben. Das einzige, was zu erreichen sei, meinte Pape, wäre, daß sie das Plündern aufgäben und sich wie Freunde betrügen, aus den Quartieren würde man sie aber wohl nicht wieder herausbringen.

[2]) Herzog Georg an Longueville 14./24. Oktbr., das Patent vom 19./29. Oktbr.

[3]) Baner an Herzog Georg 20./30. Oktober.

[4]) Dieses Datum nach dem Schreiben Herzog Georgs vom 29. Oktbr./8. Nov.

Digitized by Google

der Pläne, die dort geschmiedet als wegen der Folgen, die man den Gelagen dieser Tage zuschrieb. Von diesen letzteren bleibt[1]) nun allerdings nichts weiter übrig, als daß die Herren in diesen Tagen nach dem Brauche jener Zeit scharf gezecht haben und naturgemäß an den Folgen zu leiden hatten, so daß Baner den letzten Tag vor seiner Abreise das Bett überhaupt nicht verließ und beim Abschied kaum ein paar Worte herauszubringen vermochte.[2]) Das andere große Geheimnis, das diese Tage in sich bergen sollen, ist der Beschluß des Überfalls des Regensburger Reichstages durch Baner und Guébriant. Auch hierfür, obwohl es von einzelnen Darstellern dieser Zeit[3]) zur Tatsache erhoben wird, sind wir lediglich auf Vermutungen angewiesen; weder die zeitgenössischen Berichte[4]) wissen etwas davon, noch hat sich in den bisher aufgefundenen Akten ein sicherer Anhalt dafür ergeben. Indessen scheint diese Vermutung aus inneren Gründen zunächst größere Wahrscheinlichkeit für sich zu haben, denn die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um den Aufbruch der Armee. Ueber diese nun erfahren wir aus der Relation der braunschweigischen Räte, daß am 2./12. November Schenk von Winterstedt allein mit dem Grafen von Schaumburg bei Baner zu Gaste war; wo zwar auch „uf die dritte Hand scharf gezechet worden", man aber doch auch versuchte „der Feldherrn Gemüt zu fernerer guter Handlung zu präparieren". Da man dabei aber nicht genügend vorwärts kam, entschloß sich Herzog Georg selbst, den Feldmarschall in seinem Gemache „gleichsam zu überfallen, da dann ein Punkt nach dem andern in Präsenz beider hohen Häupter[5]) discursive erwähnt und kurze und durchdringende rationes angeführt". Das habe dann dazu geführt, daß Baner in Gegenwart der Herzogin und seiner eigenen Gemahlin „mit erschrecklichen Schwüren und Versprechen" sich verpflichtet habe, den Aufbruch der Armee aus den fürstlichen Landen alsbald zu befördern. Am folgenden Tage sollen dann dem Verlauten nach die Abgesandten der

[1]) Das Vergiftungsgerücht kennen von zeitgenössischen Quellen das Theatrum Europaeum und Le Laboureur nicht, Pufendorf drückt sich so aus, daß man es für wahr halten soll. Von späteren Schriftstellern glaubt Spittler noch völlig daran, und selbst v. d. Decken IV, 85 läßt die Möglichkeit in der Anmerkung wieder zum Hinterpförtchen hineinschlüpfen.

[2]) Relation der braunschweigischen Räte über die Verhandlungen 1640 Oktober 30./November 9.—November 5./15. v. d. Decken kennt diesen Bericht nicht.

[3]) Koch I, 246, 258.

[4]) Pufendorf und Le Laboureur könnten vermöge ihrer Quellen davon unterrichtet gewesen sein.

[5]) Gemeint sind wohl Christian von Hessen und Otto von Schaumburg.

Digitized by Google

Kronen einen schriftlichen Rezeß über den weiteren Operationsplan aufgesetzt haben. Das war alles, was die Räte über diese wichtigen Verhandlungen, von denen man sie selbst fern hielt, in Erfahrung bringen konnten; Versuche der Celler Deputierten, von Georg mehr darüber zu erfahren, mißglückten. Auch diese große Heimlichkeit macht es wahrscheinlich, daß hier in der Tat ein Plan von großer Wichtigkeit entworfen wurde. Dafür, daß er dem Kopfe Georgs entsprungen sei,[1]) haben wir aber nicht den geringsten Anhalt, und ebenso muß es zweifelhaft erscheinen, ob es sich in diesem Plane wirklich um die Ueberrumpelung Regensburgs handelte. Wenn Baner am 12./22. November von Bückeburg aus schrieb, er bedauere, gemäß der Hildesheimer Abmachungen den Marsch „an den bewußten Ort" noch nicht haben antreten zu können, und wenn Herzog Georg Lampadius am 6./16. Dezember den Stand der Dinge darlegt und dabei erklärt, wohin der Zug der vereinigten Armeen gehe, wisse er nicht und wolle es nicht wissen, so deuten allerdings beide Äußerungen darauf hin, daß Herzog Georg in die Pläne Baners eingeweiht war. Damit ist aber noch nicht bewiesen, daß diese im November schon auf Regensburg gerichtet waren. Das Gelingen des gegen diesen Ort gerichteten Anschlages beruhte auf der Möglichkeit, die zugefrorene Donau zu überschreiten — es gehörte dazu andauernder starker Frost — wer konnte damit im November rechnen? Baners Marschdispositionen weisen auch von vornherein nicht bestimmt auf ein solches Ziel hin: Pfuel wird nach Meißen geschickt, und muß von dort später erst wieder herangezogen werden — der Marsch der Hauptarmee geht zunächst nach Erfurt, von dort über Neustadt a./Orla — Schleiz südwestlich, und nun erst stößt er über Wunsiedel durch das Fichtelgebirge gegen die Oberpfalz vor. Nach alledem erscheint es durchaus wahrscheinlich, daß in Hildesheim zwar ein Unternehmen größeren Stils gegen Süden hin verabredet wurde, als dessen Ziel man aber im Hinblick auf die früheren und späteren Kriegsoperationen der Schweden mit einiger Wahrscheinlichkeit Böhmen annehmen darf. Erst durch den scharfen

[1]) Koch, der der Ansicht ist (I, 203 f.), daß eine Andeutung, daß der Kaiser wegen gefährlicher Anschläge Nürnberg nicht als Ort des Reichstages gewollt habe, sich auf Herzog Georg beziehe, glaubt in ihm auch den Urheber des Regensburger Planes erblicken zu dürfen „teils weil dieser Plan die Entfernung der Schweden aus seinem Lande verbürgte und teils, weil er die Aussicht zu einer gänzlichen Veränderung der bestehenden Ordnung und zum Siege des Protestantismus bot, wodurch ihm die geistlichen Güter, nach deren Besitz er vergeblich strebte, von selbst zufallen mußten" I, 258.

Digitized by Google

Frost mochte Baner dann auf den Gedanken kommen, Regensburg zu überfallen.[1]) Wie dem nun sei, so ist es jedenfalls das Verdienst Herzog Georgs, durch sein persönliches und energisches Eingreifen seine Lande von der Last der Winterquartiere befreit zu haben. Denn die Verhandlungen der braunschweigischen Räte während der ersten Tage der Hildesheimer Zusammenkunft waren ziemlich ergebnislos verlaufen[2]) — die Verlegung schwedischer Truppen nach Westfalen war als unmöglich zurückgewiesen, weil dort alles „öde und wüste" sei; auch nach Meißen zu gehen sei schwierig, weil dort nur für wenig Wochen Brot vorhanden, alles Korn nach Dresden, Leipzig, Freiberg und Chemnitz gebracht sei — im Thüringischen sei ebenfalls nichts, man habe Sorge, wie man Erfurt genügend verproviantieren solle. Nur das sehr unbestimmte Versprechen Baners hatte man erhalten: „Wenn dennoch J. F. Gn. Dero Lande mit ihren Truppen selbst gegen alle Fälle zu maintenieren getrauen, kann die Hauptarmee ins hosticum gehen und ihre Weide, so schlecht sie auch sein wird, mit Mühe und Arbeit suchen". Erst durch Herzog Georgs Eingreifen wurde dann die Entscheidung herbeigeführt. Der Aufbruch der schwedischen Armee verzögerte sich zwar noch einige Wochen; am 23. November/3. Dezember setzte sie sich endlich in Bewegung, um in südöstlicher Richtung über das Eichsfeld Erfurt zu erreichen. Die französisch-weimarische Armee, auf deren beschleunigten Aufbruch Klitzing bei einer Zusammenkunft in Nordheim mit Guébriant vergeblich einzuwirken versuchte, folgte erst etwa vierzehn Tage später.

So waren kurz vor dem Jahresschluß die braunschweigischen Lande von dieser schweren Last befreit; aber auch schon die wenigen Monate der Einquartierung hatten dem Lande unsäglichen Schaden zugefügt. Am meisten gelitten hatten Herzog Georgs eigene Gebiete; auch die Herzog Augusts waren noch ziemlich in Mitleidenschaft gezogen, während der lüneburgische Teil nur noch in den südlichsten Ämtern betroffen war. Den gesamten Schaden, den die Fürstentümer Herzog Georgs während der Monate September bis November durch die alliierten Armeen erlitten hatten, berechnet eine bis ins einzelne gehende Zusammenstellung

[1]) Pufendorfs Angabe (XIII, S. 434) „Principio anni quadrigesimi primi Banerium, ut Ratisponam versus iter intenderet, spes subigebat hostem ibi deprehendendi copiis nondum contractis, atque imperatorem. — Et saeviens tunc gelu facilem Danubii transitum pollicebatur", läßt jedenfalls die Möglichkeit obiger Darstellung zu.

[2]) Braunschweig-lüneburgisches Memorial an Baner 31. Okt./10. Nov.; Resolution Baners vom gleichen Tage.

Digitized by Google

auf rund 660000 Taler, wovon auf die kalenbergischen Ämter allein 567000 Taler entfallen. Am schwersten gelitten hatten die Ämter, wo Baners Hauptquartier sich längere Zeit befunden hatte — Lauenstein allein berechnete seinen Schaden auf 178236 Taler.[1]) Vergleicht man damit Zahlen, die uns über die Kosten der Einquartierung braunschweigisch-lüneburgischer Völker zu Gebote stehen,[2]) so sieht man, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Soldateska weit über die Grenzen des Notwendigen hinaus im Lande der Verbündeten geschaltet hatte. So mochte die Schilderung einigermaßen berechtigt sein, die die Räte der kalenbergischen Regierung Lampadius am 10./20. Januar entwarfen. Der Zustand des Fürstentums Kalenberg sei derart, daß es kaum zu beschreiben, besonders jenseits der Leine im Göttingischen sei alles derart zugerichtet, daß fast keine Mittel mehr vorhanden seien; die Alliierten hätten sich gut gepflegt und sich in bessere Verfassung gesetzt als jemals seit der ersten Konjunktion.

Ein Argument, das Herzog Georg mehrfach brieflich und zweifellos auch mündlich in Hildesheim Baner gegenüber geltend gemacht hatte, um ihn zum Abzuge zu bewegen, war der Hinweis darauf, daß durch den längeren Aufenthalt der Armeen das Land zu sehr geschwächt würde, um den Plan der Belagerung Wolfenbüttels durchzuführen. Der Gedanke, sich dieses wichtigen Platzes mit Waffengewalt wieder zu bemächtigen, war ja nicht neu; wir sahen,[3]) wie in dem Peiner Rezeß vom 21. April/1. Mai Bestimmungen darüber aufgenommen waren. Indessen die Vollziehung dieses Rezesses verzögerte sich von Monat zu Monat. Die Schuld lag an Herzog Friedrich, der anscheinend die Überzeugung hatte, daß es sich hier um Angelegenheiten handle, mit denen seine Linie

---

[1]) Es findet das seine Erklärung z. T. in den außerordentlichen Forderungen, die Baner für seine Küche stellte. So berichtet der Amtmann Reiche aus Münden (3./13. August), daß der Feldmarschall für seine Küche täglich 300[!] Pfund Brot und mehrere Fässer Bier verlangt. Nach den Angaben Hermelings (10./20. Oktober aus Lauenstein) wurden für Baners Küche wöchentlich u. a. 140 Taler für Wein, Gewürz und Konfekt, 10 Rinder, 47 Schafe, 6 Schweine, 7 Schock Eier, 150 Pfund Butter (außerdem noch 10 Pfund frische Butter auf die Tafel), 55 Stück Geflügel verlangt; für 200 Pferde Hafer.

[2]) Das Leibregiment Herzog Georgs verzehrte in Großhilligsfeld in vier Tagen 293 Taler; Blumenau, wo vom 5. Oktober bis 26. November [alten Stils] das Leibregiment Baners zu Pferde und zwei Leibkompagnien lagen, berechnete seinen Schaden auf 91013 Taler!

[3]) Vgl. Kap. III, S. 58.

Digitized by Google

nichts zu schaffen habe[1]) — das Gemeingefühl war ja bei ihm überhaupt am geringsten. Inzwischen empfand man die fremde Garnison in Wolfenbüttel immer lästiger; die Aussicht, die Festung durch gütliche Verhandlungen zu erhalten, rückte in immer weitere Ferne. Und schon begnügte sich der Kommandant nicht mehr mit den schon hoch genug bemessenen Kontributionen — mit dem Spätsommer beunruhigte er die Umgegend durch häufige Streifereien, die ja in der Überrumpelung Steinbrücks gipfelten. Unter diesen Umständen bekamen die Verhandlungen des Gesamthauses neues Leben; am 9./19. Oktober wurde dann zu Hildesheim der Wolfenbütteler Rezeß aufgesetzt, der noch während des Monats, wenngleich bei Herzog Friedrich nicht ohne Schwierigkeiten, von allen drei Linien ratifiziert wurde. Dieser Rezeß beschäftigt sich kurz auch mit der auf dem Reichstage zu befolgenden Politik und hat in der Hinsicht wohl Langenbeck mit die Unterlage für seine Novemberinstruktion geliefert, der Hauptsache nach aber stellt er eine Wiederholung des Peiner Nebenrezesses vom 21. April/1. Mai 1640 dar.[2]) Die drei Linien des Hauses Braunschweig-Lüneburg versprachen sich in diesem Rezeß gegenseitige Unterstützung zur Befreiung aller in die Hände der Feinde geratenen Örter, namentlich aber zur Eroberung Wolfenbüttels. Kein Friede oder „praejudicierlicher Anstand" soll eingegangen werden, bei dem nicht das fürstliche Haus alle ihm gebührenden Plätze zurückerhalten hat. Gütliche Vorstellungen bei Kaiser und Reich oder an anderen Höfen sind immer nur im Namen des Gesamthauses anzustellen — eine Vorschrift, die im Hinblick auf die Bemühungen Herzog Augusts beim Kaiser nicht überflüssig war, wenn der Rezeß sie auch hauptsächlich auf Verhandlungen wegen Hildesheim bezog. Bei diesen sollte namentlich auch stets die Restituierung Wolfenbüttels im Auge behalten werden. Des weiteren sah der Rezeß Beratungen über die Mittel vor, wie man sich wieder in Besitz der Festung setzen könne — wobei auch die Hülfe des ganzen niedersächsischen Kreises ins Auge gefaßt wurde — auch wie in diesem Falle Kaiser und

[1]) Hierüber mehrfach Briefe zwischen den Fürsten und Regierungen vom Mai bis September 1640. Cal. Br. Arch. Akta Herzog Georgs betreffs Wolfenbüttler Rezeß. und Cell. Br. Arch. Des. 11, Nr. 147. Noch in einem Schreiben vom 30. Oktober/9. November erklärt Herzog Friedrich, daß er den Rezeß nur unter der ausdrücklichen Bedingung vollziehe, daß er sich dadurch zu nichts verbinden wolle, was nicht in seinen und seiner Landstände Kräften stehe.

[2]) Das tritt bei Decken IV, S. 82 nicht genügend hervor. Da er den Nebenrezeß IV, 10 zum großen Teil zum Abdruck gebracht hat, gibt er nun nur die neuen Zusätze, ohne zu erwähnen, daß dieser Nebenrezeß erst jetzt gleichfalls mit perfekt wurde.

Digitized by Google

Reich gegenüber das eingeschlagene Verfahren zu rechtfertigen sei. Bestimmungen über Gemeinsamkeit der Aktion in militärischer, technischer und finanzieller Hinsicht, über Aufrechterhaltung der Ordnung und des Verkehrs nehmen dann einen ziemlich breiten Raum in der Urkunde ein. Über die Übergabe eines festen Platzes soll stets unter Zuziehung von Räten des Herzogs, dem er zusteht, verhandelt, die nach Abzug des Feindes zu bildende Garnison aber in des Hauses Gesamtpflicht genommen werden. Im übrigen aber hat über den eroberten Ort allein der rechtmäßige Herr zu verfügen; sollten von einer anderen Macht Ansprüche darauf erhoben werden, so sollen diese gemeinsam abgewiesen werden. Dieser letzte Satz erklärt sich durch die im Rezeß an anderer Stelle nötigenfalls in Aussicht genommene Unterstützung von Hessen oder Schweden.

Herzog Georg war nun der Ansicht,[1]) daß man die Belagerung von Wolfenbüttel auch sogleich tatkräftig ins Werk setzen solle; nicht nur militärische Gründe waren für ihn bestimmend, sondern zweifellos auch die politische Erwägung, daß man dadurch Herzog August am leichtesten von seinen Sonderbestrebungen abbringe. Indessen gerade aus diesen Gründen konnte sich Herzog August noch nicht zu energischem Vorgehen entschließen. Er machte sich damals noch Hoffnungen, daß seine Schreiben an den Kaiser genügen würden, wenigstens die Ausschreitungen des Kommandanten von Wolfenbüttel zu beseitigen, um so mehr, als ihn dieser selbst hatte glauben machen wollen, daß der Kurfürst von Sachsen ihn zu seinem Vorgehen aufgefordert habe.[2]) Er ließ daher noch am 24. Oktober/3. November durch seine Räte der kalenbergischen Regierung mitteilen, er sei mit den Vorschlägen wegen Behinderung der Ausfälle aus Wolfenbüttel nicht einverstanden, glaube vielmehr, daß das Land dadurch völlig ruiniert werden würde. Herzog Georg ging trotzdem selbständig vor, wir wissen, wie mit Hülfe des Obersten Ruth im November die von Rauschenberg besetzten Plätze in der Umgebung Wolfenbüttels zurückerobert wurden; erst dadurch war die Möglichkeit einer Zernierung der Festung gegeben. Auch Herzog August ließ nunmehr seinen Widerstand fahren,[3]) sei es, daß der Erfolg auf ihn seine Wirkung ausübte,

[1]) Schreiben an die Gesandten bei Baner 9./19. Oktober.

[2]) Relation von Lampadius an Herzog Georg Oktober 26/November 5. Lampadius mußte auf Herzog Augusts Bitten den kursächsischen Gesandten deswegen zur Rede stellen, der die Behauptung aber als unglaubwürdig bezeichnete. Ueber Herzog Augusts Zögern vgl. auch Theatrum Europaeum IV, 597.

[3]) Das zeigt sein Schreiben an Herzog Georg vom 18./28. November gedr. bei Decken IV, Nr. 372.

Digitized by Google

sei es, daß ihm die kühle Mitteilung in dem kaiserlichen Antwortschreiben vom 24. Oktober/3. November, der Kaiser habe dem Kommandanten von Wolfenbüttel befohlen, die Festung jetztgestalten Zeiten und Läufen nach „doch ohne Devastation des Landes, mit aller Notdurft zu versehen", doch nicht befriedigte.

Da Wolfenbüttel ein nach niederländischem System stark befestigter Platz war, so war er nur im Wege regelrechter Belagerung zu nehmen.[1]) Zunächst kam es darauf an, der Garnison der Festung die Möglichkeit weiterer Ausfälle und Streifzüge zu nehmen. Dies sollte durch rings um Wolfenbüttel in geringer Entfernung gelegte Verschanzungen, die von je 500 Infanteristen und ebensoviel Reitern besetzt wurden, erreicht werden; 17 Kompagnien zu Roß und 16 zu Fuß wurden zu diesem Zwecke verwandt;[2]) trotzdem gelang es dem Kommandanten noch im März, die Zernierungslinie gelegentlich zu durchbrechen. Man hatte auf braunschweigischer Seite wohl auch zu viel neugeworbenes Volk; Klitzing, der im Auftrage Herzog Georgs die Belagerung leitete, hatte darüber zu klagen. Auch fehlte es von vornherein an der nötigen Einigkeit;[3]) die Besetzung der wichtigen ins Halberstädtische führenden Straße (Hessendamm) verlangte Herzog August für sich. Klitzing aber, der dem Obersten Koch, der diese Stelle besetzen sollte, nicht viel zutraute, war anfangs dagegen. Dann wollte er schließlich doch um des lieben Friedens willen nachgeben, wurde jedoch von Herzog Georg daran gehindert; obwohl Herzog August recht energisch das ihm vermöge des Rezesses als Landesherrn zustehende Recht, diesen Platz mit seinen Truppen besetzen zu lassen, betont hatte.

Das eigentliche Belagerungswerk bestand darin, nach dem Vorgange Pappenheims, der auf diese Weise 1627 die Festung zur Uebergabe gezwungen hatte, den Ort so hoch unter Wasser zu setzen, daß Mühlen und Magazine dadurch vernichtet, die Bewohner selbst in Lebensgefahr gebracht wurden.

Zu diesem Zwecke legte man nördlich von Wolfenbüttel ein großes Stauwerk an, durch das die Gewässer der Oker zum Schwellen gebracht wurden. Man gab sich nun der Hoffnung hin, durch die bessere Anlage

---

[1]) Ueber die Belagerung Wolfenbüttels vgl. Theatrum Europaeum IV, 598 ff. Elster, Geschichte der stehenden Truppen I, 63 ff.

[2]) Elster a. a. O. Sichart, Geschichte der Kgl. Hannov. Armee I, 109 f. berechnet die Stärke des Belagerungskorps auf 2304 Mann zu Fuß, 3140 zu Roß.

[3]) Darüber mehrfache Korrespondenzen zwischen Herzog August, Herzog Georg und Klitzing Januar und Februar 1641. Kalenb. Br. Arch. Des. 16 A Nr. 459.

Digitized by Google

des Dammes das Wasser noch um Manneshöhe[1]) über die von Pappenheim erzielte Höhe hinaustreiben zu können. Auch schien dieses Jahr dazu besonders günstig, da im Harz sehr viel Schnee gefallen war und man mit dessen Schmelze starkes Hochwasser erwarten durfte.[2]) Deshalb trieb auch Herzog August, der nunmehr ganz bei der Sache war, zur Beschleunigung des Werkes, als der Frühling herannahte. Denn obwohl man seit Februar am Werke war, so schritt es doch nur langsam fort; es fehlte an den nötigen Arbeitskräften, und die dazu befohlenen Bauern arbeiteten widerwillig.

Herzog Georg verfolgte dieses Werk mit lebhaftem Interesse; mit Sorge erfüllte ihn die Versammlung der kaiserlichen Truppen in Westfalen während des Februar, denn er traute ihnen Absichten gegen Wolfenbüttel zu, zumal man aus aufgefangenen Schreiben des Kommandanten wußte, daß er dringend um Entsatz gebeten hatte.[3]) Georg ersuchte in diesem Falle die Landgräfin von Hessen um Unterstützung. Noch seine letzten Anordnungen im März beschäftigten sich mit der Förderung der Belagerungswerke, denen seine Energie wohl zu einem besseren Erfolge verholfen hätte, als der Ausgang der ganzen Belagerung ihn sechs Monate später erwies.

Hatte Herzog Georg seine Pläne hier im allgemeinen ohne größeren Widerstand durchgesetzt, so ist nach anderer Richtung hin die Tätigkeit seiner letzten Lebensmonate ein beständiges Kämpfen gegen die seiner Politik widerstrebenden Richtungen im fürstlichen Hause.

Es war einmal die Militärfrage, die nicht zur Ruhe kommen wollte. Es handelte sich nicht allein um die Mängel, die hinsichtlich der Organisation und Qualität der Truppen wie des Offizierkorps sich in dem Feldzuge des Jahres 1640 gezeigt hatten, die fortgesetzt Herzog Georg und Klitzing Sorge bereiteten, auch finanzielle Schwierigkeiten betreffs der Unterhaltung der Armee machten sich immer von neuem geltend. Das eine Mal beklagte sich Herzog August, daß ihm von den beiden anderen Herzogtümern die zuständigen Quoten für die Neugeworbenen nicht gedeckt würden, ein anders Mal wieder erklärte Herzog Friedrich, daß er mit der

---

[1]) So Klitzings Äußerung im Schreiben an Herzog Georg 26. Febr./8. März 1641. Im Theatrum Europaeum sind übertrieben 14 Fuß angegeben.

[2]) Herzog Georg an Klitzing 28. Februar/10. März, Herzog August an Herzog Georg 4./14. März.

[3]) Landgräfin Amalia an Herzog Georg 20./30. Januar; Herzog Georg an die Landgräfin 3./13. Februar.

Digitized by Google

Verpflegung der alten in Konjunktion gestandenen Soldateska nichts zu tun haben wolle.[1])

Namentlich die Landstände des Lüneburger Fürstentums verhielten sich ablehnend gegenüber allen Militärforderungen; die härtesten Kämpfe hatte es schon im Mai und Juni gekostet, ihnen die Bewilligung für die nötigen Neuwerbungen abzuringen,[2]) auch bei der oben angeführten Weigerung Herzog Friedrichs berief sich dieser auf die ablehnende Haltung seiner Stände. Und als nun Herzog Georg im November[3]) mit Rücksicht darauf, daß seine Lande den Hauptteil der Einquartierung getragen hatten, den Vorschlag machte, die davon belasteten Gebiete von der Militärkontribution auszuschließen, dafür von den andern das Duplum einzuziehen, und um eine Abschlagszahlung von 8000 Thl. bat, da wies ihn zwar Herzog August darauf hin[4]), daß ihm bei früheren Plünderungen auch keine Unterstützung zu teil geworden sei, versprach aber doch, des Herzogs Bitte zu erfüllen. Herzog Friedrich dagegen erklärte, daß seine Landschaft mit Rücksicht auf die schlechten Finanzen die vom Herzog Georg verlangte Abschlagszahlung abgelehnt hätte. Eine zweite erneute Bitte Herzog Georgs blieb überhaupt ohne Antwort, so daß dieser nun auch die Geduld verlor und seinem Bruder erklärte,[5]) wenn dieser nicht auf seine Bitte eingehen wolle, so sehe er sich genötigt, selbst Assignationen ergehen zu lassen und die Völker an des Herzogs Räte und Landschaft zu verweisen. Georg sah ein, daß es auf diese Weise nicht weiter gehe, er bat daher, Besprechungen des Gesamthauses in dieser Angelegenheit zu veranstalten.

Selbst dazu hatten die beiden Herzöge zunächst wenig Neigung — Herzog August scheute die Kosten, denn er fürchtete, daß es langwierige Verhandlungen werden würden. Indessen kam es dann doch in der Zeit vom 12./22. Dezember bis 24. Dezember/3. Januar in Hildesheim zu sehr gründlichen Besprechungen,[6]) an denen die wolfenbüttelschen Räte allerdings erst während der letzten Woche teilnahmen. Neben der auswärtigen Politik wurde vor allen Dingen die Militärfrage gründlich er-

[1]) Herzog August an Herzog Georg 31. August/10. September. Herzog Friedrich an denselben 21./31. Oktober.

[2]) Grotes Tagebuch. Vaterl. Archiv 1834, S. 333 f.

[3]) Herzog Georg an die Herzöge Friedrich und August 12./22. November, gedr. bei Decken IV, Nr. 371.

[4]) 18./28. November gedr. bei Decken IV, Nr. 372.

[5]) November 30./Dezember 10. gedr. bei Decken IV, Nr. 374.

[6]) Darüber liegt der Bericht des Celler Rates Wiesenhauer vor.

Digitized by Google

örtert. Herzog Georg ließ hier noch einmal die gegenwärtige Lage durch seine Räte genau erörtern,[1]) indem er zunächst die den beiden andern Herzögen schon schriftlich dargelegten Verhältnisse wiederholte, auf die Unvollständigkeit sämtlicher Truppenkörper hinwies, die schleunige Ergänzungen unbedingt notwendig machte. Dann deutete er die Wahrscheinlichkeit eines Angriffes der Kaiserlichen von Westfalen her an, gegen den er allein auf eine Unterstützung von 4000 Mann von seiten der Landgräfin rechnen könne. Ferner erfordere die Blockade von Wolfenbüttel mehr Truppen, wenn sie überhaupt wirksam sein solle. Nach seiner Berechnung seien dazu 8000 Mann zu Fuß nötig, die aber nicht sämtlich aus regulären Truppen zu bestehen brauchten; die Kavallerie aber müsse man unter allen Umständen bis auf 5000 Mann vermehren. Es war gewiß von Herzog Georg gewagt, in diesem Augenblicke noch an eine Erhöhung der Truppenstärke zu denken, aber seine Forderungen waren keineswegs übertrieben, selbst wenn des Herzogs kühne Pläne eines Eingreifens in den Kampf am Niederrhein keinen Anklang fanden. Man hätte aber doch wenigstens die Grenzen schützen und die Belagerung Wolfenbüttels' aus eigenen Kräften zu Ende führen können. Aber man hatte in Celle und Braunschweig dafür kein Verständnis. Die zwölftägigen Hildesheimer Konferenzen führten trotz leidenschaftlicher Debatten überhaupt zu keinem Ergebnis, obwohl Herzog Georg, um nach der finanziellen Seite die Schwierigkeiten etwas aus dem Wege zu räumen, darauf hinweisen ließ, daß man durch die Abwesenheit der mit den Schweden in Konjunktion befindlichen Truppen während des Feldzuges in Thüringen monatlich 20190 Taler gespart habe — also fast $^1/_3$ der für Militärzwecke angesetzten Summe — eine Ersparnis, die aber wohl lediglich auf dem Papiere stand.

Da hier eine Entscheidung nicht erzielt wurde, vertagte man die Sache bis zum Anfang des nächsten Jahres nach Peine. Die dort durch mehrere Wochen hindurch von Ende Januar an von den Räten des Gesamthauses gepflogenen Beratungen führten zu wichtigen und folgenschweren Entschlüssen auf den verschiedensten Gebieten der inneren und äußeren Politik. Nahm die Regelung der militärischen Angelegenheit vielleicht auch nicht den breitesten Raum ein, so sind doch hier mit die härtesten Kämpfe geführt worden. Herzog Friedrich hatte seinen Räten in dieser Hinsicht zwar die Instruktion mitgegeben,[2]) daß des fürstlichen Hauses Armatur möglichst in ihrem Stande zu erhalten und der Abgang

[1]) Decken IV, S. 89 f.

[2]) Instruktion für Kötteritz, Asselmann, Wiesenhauer 3./13. Januar 1641.

Digitized by Google

zu ersetzen sei. Indessen statt der von Georg gewünschten Erhöhungen stimmten die Räte von Wolfenbüttel und Celle für eine Verminderung der Truppen; es sollten 4 Kompagnien zu Roß und 10 zu Fuß und mehrere Stäbe erspart werden, die Militärmacht des Gesamthauses danach aus 3 Regimentern zu Pferde zu je 12 Kompagnien, wozu dann noch zwei Leibkompagnien kamen, und aus 6 Regimentern Fußvolk zu je 12 Kompagnien bestehen. Man hätte danach rund 4000 Mann[1]) Kavallerie und 10000 Mann Fußvolk gehabt. Die monatlichen Kosten wurden auf 66205 Taler berechnet, man hätte also gegenüber dem Anschlage vom Dezember 1639 eine monatliche Ersparnis von 3274 Talern gemacht.

Indessen diese von den Räten getroffenen Abmachungen erschienen bei der augenblicklichen Lage selbst Herzog Friedrich bedenklich,[2]) und es scheint, daß man diese Reduktion zwar auf dem Papiere bestehen ließ, sie aber zunächst nicht ausführte.[3]) Immerhin war es charakteristisch, daß die Räte bei der gegenwärtigen unsicheren Lage, wo man in einer wichtigen kriegerischen Aktion begriffen war, zu solchen Beschlüssen hatten kommen können, trotzdem man die entgegengesetzten Ansichten des Generalissimus der Armee kannte — was war zu erwarten, wenn dessen Autorität nicht mehr in die Wage fiel? Trat auch das Schlimmste nicht ein, so hatte doch Herzog Georg hier zum ersten Mal in einer rein militärischen Frage eine Niederlage erlitten. Und auch in den Fragen der äußeren Politik hatte er harte Kämpfe zu bestehen. Alle Maßnahmen Herzog Georgs, seitdem er die Verbindung mit den Schweden im Mai 1640 eingegangen war, lassen erkennen, daß er dabei den Schutz seines Landes nach außen und die völlige Herrschaft im Innern unverrückt im Auge behielt. Daraus erklären sich seine gesamten militärischen Maßnahmen; aus diesem Grunde betrieb er eifrig die Blockade von Wolfenbüttel, und von diesen Gesichtspunkte aus betrachtete er auch fortgesetzte diplomatische Verhandlungen mit Salvius in Hamburg als unbedingt notwendig. Dazu kommt dann ein Zweites. Seit bei Herzog Georg die Hoffnung schwand, durch eine Neutralität seinem Lande den Frieden geben zu können, war er mehr und mehr zu der Ueberzeugung

[1]) Decken schreibt 4500; die Verhandlungsprotokolle geben aber die Zahl 4000; das stimmt auch rechnerisch: 36 Kompagnien à 105 = 3990. Auch schreibt die kalenbergische Regierung am 17./27. Januar an Lampadius, man denke 12—14000 Mann auf den Beinen halten zu können.

[2]) Instruktion vom 1./11. Februar.

[3]) Elster, S. 64.

Digitized by Google

gelangt, daß ein für die braunschweigischen Lande günstiger Friede nur durch allgemeine Friedensverhandlungen auch mit den auswärtigen Kronen zugleich zu erlangen und daß die braunschweigische Politik daher die Verbindung mit diesen beiden Mächten, in erster Linie aber mit Schweden möglichst festzuhalten habe. Deswegen mußte Lampadius in Regensburg immer von neuem die Forderung der Zuziehung der fremden Kronen zu den Verhandlungen stellen, und deswegen war Herzog Georg so entschieden gegen Partikulartraktaten.

Aus diesem Grunde aber lag es ihm auch so sehr am Herzen, daß die im September abgebrochenen Hamburger Verhandlungen wieder aufgenommen wurden. Herzog Georg hatte diese ja auch inmitten der kriegerischen Ereignisse nie ganz aus den Augen verloren, aber er hatte doch nicht genügend Muße gehabt, sich ihnen in dem Maße zu widmen, wie es bei dem geringen diplomatischen Geschick der braunschweigischen Gesandten nötig gewesen wäre. Indessen ließ er sich durch das rein negative Ergebnis dieser Verhandlungen[1]) nicht abschrecken; schon Anfang November betonte er die Notwendigkeit einer neuen Abschickung nach Hamburg. Ihm selbst lag dabei zunächst am Herzen, die Zeit der schwedischen Einquartierung dazu zu benutzen, um durch Hinweis auf die den fürstlichen Landen erwachsenen Kosten die Rückgabe der in schwedischen Händen befindlichen festen Plätze zu erlangen. Auch wußte er wohl, daß er die beiden andern Herzöge am ehesten zu der Sendung vermögen könne, wenn er diesen Punkt in den Vordergrund schiebe. In diesem Sinne war denn auch die Instruktion gehalten, die er am 25. Oktober/4. November im Namen des Gesamthauses aufsetzen ließ. Es war ein weiteres Entgegenkommen gegen die beiden anderen Herzöge, wenn in dieser Instruktion ausdrücklich betont wurde, daß man sich von den übrigen Mitständen des Reichs — beschränkend wurde allerdings hinzugefügt, soweit sie sich gegen das fürstliche Haus nicht feindlich bezeigten — nicht trennen, auch von dem Reichstage nicht fernbleiben könne; Salvius hatte ja bei den früheren Verhandlungen die Teilnahme am Reichstage als ein Verdachtsmoment den braunschweigischen Gesandten gegenüber ausgespielt. Trotz dieses Entgegenkommens vermochte Herzog Georg jedoch die Gesandtschaft nach Hamburg nicht in Gang zu bringen. Herzog August, der schon im Sommer die Ansicht vertreten hatte, daß man durch Drebber die Verhandlungen führen lassen könne, weil er vor allem selbst damit möglichst wenig zn tun haben wollte, zeigte auch jetzt

[1]) Vgl. Kapitel III am Schluß.

Digitized by Google

dieselbe Abneigung. Herzog Georg nahm daher gern die Gelegenheit wahr, anläßlich der Absendung des Gesamtschreibens an die Königin von Schweden an Salvius, diesen einmal wieder an die steckengebliebenen Verhandlungen zu erinnern.[1]) Auch die Hildesheimer Dezemberzusammenkunft suchte Herzog Georg für seine Absichten auszunutzen, und er glaubte auch ein Mittel in der Hand zu haben, die beiden anderen Linien der Absendung geneigter zu machen: der Herzog von Longueville hatte vor seiner Abreise nach Frankreich Deputierten des Herzogs gegenüber geäußert, man solle es nur jetzt mit Schweden in Hamburg versuchen, sie würden bereit sein, auf die Wünsche des fürstlichen Hauses einzugehen. Die wolfenbüttelschen Gesandten blieben aber auch jetzt dabei, daß man Drebber wohl allein die Verhandlungen übertragen könne. Dem gegenüber wiesen Herzog Georgs Räte darauf hin, daß Drebber wohl nicht über alle Punkte genügend unterrichtet sei, auch wäre man seiner doch nicht so sicher, hielte es nicht für unmöglich, daß er mehr das Interesse der Krone Schweden als das des fürstlichen Hauses wahrnehmen würde.

Die Celler Räte konnten denn auch die Bereitwilligkeit ihres Fürsten zur Absendung nach Hamburg mitteilen. Aber schon im Januar neigte der Herzog wieder mehr der Ansicht des Wolfenbüttlers zu. Denn für die Beratungen in Peine war gerade dieser Punkt neben den Militärangelegenheiten zu eingehender Besprechung ins Auge gefaßt. Nur widerwillig ging Herzog Friedrich darauf ein; die Instruktion vom 3./13. Januar stellte den Grundsatz auf, da alles darauf ankomme, den Frieden zu erlangen, so sei es richtiger, zu warten, wie es in Regensburg auslaufe, und sich inzwischen mit den fremden Kronen „nicht weiter zu vertiefen". Wenn aber Herzog Georg auf der Absendung nach Hamburg bestehe, so scheine es richtiger, dies möglichst im geheimen und nicht durch eine große Gesandtschaft zu tun. Bei den Verhandlungen mit Schweden sei dann vor allem auf Rückgabe der Plätze zu dringen, und so lange diese nicht erfolgt, sei kein weiteres Zugeständnis zu machen, sondern alles auf wohlwollende Versicherungen zu beschränken. Da auch Herzog August von seiner früheren Ansicht nicht abgehen wollte, so hatten die kalenberger Räte einen harten Stand. Man warf bei den Verhandlungen hauptsächlich zwei Fragen auf: Was soll man tun, wenn der Kaiser dem fürstlichen Hause Frieden anbietet, nicht aber zugleich den Alliierten? Wie hat man sich zu verhalten, wenn den Kronen von Kaiser und Reich billige Bedingungen gestellt werden, diese sie aber nicht

[1]) Herzog Georg an Salvius 10./20. Dezember.

Digitized by Google

annehmen? Die erste Frage, die auf Separatverhandlungen hinzielte, wurde nun unter dem Einflusse Herzog Georgs in dem Sinne beantwortet, daß man in diesem Falle den Schweden treu bleiben müsse, während sich hinsichtlich der zweiten die Mehrheit dafür aussprach, alsdann „zum Reiche zu treten". Herzog Georg, der wohl erkannte, daß die beiden anderen Herzöge zwar die Verhandlungen mit Schweden nicht ganz abbrechen wollten, weil man ja nicht wissen konnte, wie das Verhältnis zu Kaiser und Reich sich entwickeln würde, doch aber diese Angelegenheit auf ihn abzuwälzen trachteten, verwahrte sich energisch gegen diese Zumutung.[1]) Er erreichte denn auch, daß jeder einen Rat zu der Gesandtschaft abzuordnen versprach; Herzog August verfiel dabei jedoch auf den Ausweg, eine sog. Vorschickung vorzuschlagen, durch die man erst einmal in Erfahrung bringen sollte, ob es den Kronen ernst sei mit den Verhandlungen. Für diese Vorschickung hätte natürlich wieder ein Rat genügt — es war ihm immer noch zuwider, durch Teilnahme seiner Räte sich zu sehr mit dieser Angelegenheit zu befassen.[2])

Herzog Georg, dem aus diesen Verhandlungen mehr und mehr die Abneigung seiner Verwandten gegen die Abschickung nach Hamburg klar wurde, in einem höheren Grade als er vermutet hatte, hielt es nun für seine Pflicht, ein genaues Gutachten seiner Räte über diese wichtige Frage einzuholen. Diese wagten jedoch nicht, ein entschiedenes Urteil abzugeben, sie kamen vielmehr überein, dem Herzoge die Gründe für und wider darzulegen und ihm die Entscheidung anheimzustellen. Das am 27. Januar/6. Februar aufgesetzte Gutachten[3]) führt zunächst alle Gründe an, die dafür sprechen könnten, die Hamburger Traktaten abzubrechen unter der Voraussetzung, daß man vom Kaiser volle Befriedigung seiner Forderungen erhalten könne. Die Räte gaben hier wohl im wesentlichen die von den Celler und Wolfenbüttler Räten im Laufe der Debatten vorgebrachten Gründe wieder, als deren Kernpunkte die Pflicht des Gehorsams gegen Kaiser und Reichsinstitutionen, die größere Sicherheit eines durch Reichsbeschluß besiegelten Vergleiches gegenüber den dem Kriegsglück und den Launen unterworfenen Versprechungen der Kronen erscheinen. Eingehender wurden nun zweitens die Gründe dargelegt für die Fortsetzung der Hamburger Traktaten in dem Falle, daß man von seiten des Kaisers die Kronen nicht mit in die Friedensver-

[1]) Herzog Georg an Herzog Friedrich 21./31. Januar; an Herzog August 26. Januar/5. Februar.

[2]) Herzog August an Herzog Georg 23. Januar/2. Februar.

[3]) Gedr. Decken IV, Nr. 379.

Digitized by Google

handlungen einbeziehen wolle. Hier wird einmal die Vorsicht ins Feld geführt, die wegen der spanischen und jesuitischen Einflüsse am kaiserlichen Hofe den Zusicherungen von dieser Seite gegenüber geboten sei. Völlige Trennung von den Kronen würde zweifellos dem Lande von neuem die Kriegslast bringen; gegen Treubruch von dieser Seite sei man freilich unbedingt nie geschützt, aber gute Verhandlungen würden doch die beste Sicherung dagegen sein. Zu verhandeln ist gleichzeitig in Regensburg und Hamburg, um die Friedenstraktaten in die Wege zu leiten, die durch eine Trennung von den Kronen nur erschwert werden würden. Damit gaben die Räte in allen Hauptpunkten die Gedanken Herzog Georgs wieder, und wenn sie auch zum Schluß bemerkten: „Es sind diese letzteren rationes sehr schwer und nicht ohne Gefahr", so konnte es doch nicht zweifelhaft sein, wie Herzog Georg sich entscheiden würde: am 3./13. Februar wies er seine Räte an, im Sinne der zuletzt angeführten Gründe zu handeln und für den Fall, daß mit dem fürstlichen Hause nicht auch zugleich den Kronen billige Friedensbedingungen vorgeschlagen würden, zu erklären, „daß Wir und Unser fürstliches Haus, wenn den Kronen nicht zugleich billige Friedenskonditiones vorgeschlagen werden, keine Sicherheit haben und erlangen würden, daß Wir nicht anders dann uf die negativam stimmen können und daß die Hauptschickung uf Hamburg ohnverlänget fortzustellen".

Auch Herzog Friedrich hatte sich inzwischen Rat zu holen gesucht[1]) und zwar bei einem Ausschusse der Landschaft, den s. g. vereinigten Landräten; diese hatten es aber abgelehnt, sich darüber zu äußern. Herzog Friedrich wies daher am 1./11. Februar seine Räte von neuem an, den Gesichtspunkt geltend zu machen, daß wenn der Vertrag mit den Schweden nicht zum Abschluß komme, man es dem Hause Braunschweig-Lüneburg nicht verdenken könne, sich in Regensburg Sicherheit zu verschaffen. Schweden gegenüber aber müsse man unbedingt auf den gerechten Forderungen des Hauses bestehen. So war man von einer Einigung noch weit entfernt, und gerade in diesen Tagen traf bei Herzog Georg die Relation des Lampadius ein, in der er von den Verhandlungen Baners mit den Kaiserlichen im Jahre 1639 berichtete und die betreffenden Projekte überschickte.[2]) Um so notwendiger aber erschien es ihm, die Verhandlungen in Hamburg schleunigst in Gang zu bringen, um wieder

[1]) Grotes Tagebuch. Vaterländisches Archiv 1834. S. 377 f.

[2]) Vgl. S. 160 f. Die kalenbergische Regierung macht am 5./15. Februar ihren Räten in Peine Mitteilung davon.

Digitized by Google

mehr Einfluß auf die schwedische Diplomatie zu gewinnen. Er drängte daher unablässig auf eine rasche Entscheidung;[1]) aber in Peine konnte man sich noch nicht einmal über die Frage nach der Art der Gesandtschaft — ob Präliminar- oder Hauptschickung — einigen, besonders die Wolfenbüttler zeigten sich in dieser Hinsicht ungemein zähe. Namentlich wurde von derselben Seite immer wieder ausdrücklich betont, daß man nur solange zu Verhandlungen mit Schweden sich verbunden halte, als dieses billige Bedingungen des Kaisers nicht zurückweise. Auch wollte man die weiteren Verhandlungen mit Schweden von der vorherigen Erfüllung der Forderungen des fürstlichen Hauses abhängig machen. So zogen sich die Besprechungen bis in den März hinein, und es war kaum abzusehen, wie man zu einem Ende kommen sollte. Da half dem Herzog Georg der Feind selbst — wir sahen, wie ihm persönlich die bedrohlichen Zusammenziehungen kaiserlicher und liguistischer Truppen in Westfalen Sorge bereiteten; sie machten denn auch seine Verwandten der Abschickung nach Hamburg geneigter. Man hatte dabei übrigens von vornherein stets auch neben Schweden Verhandlungen mit Frankreich im Auge. Schon in der Instruktion vom 25. Oktober/4. November hatte Herzog Georg eine Anknüpfung des nach Hamburg zu sendenden Abgeordneten mit dem französischen Ministerresidenten Conte d'Avaux vorgesehen. Auch damit wurden nur ältere Verbindungen wieder angeknüpft; namentlich im August scheint lebhafter auch mit Frankreich verhandelt zu sein. Von seiten dieser Macht gedachte man anscheinend Braunschweig-Lüneburg in ähnlicher Weise wie Hessen durch regelmäßige Subsidien fester an sich zu ketten. Zu dem Zwecke hatte d'Avaux einen Hauptrezeß aufgesetzt,[2]) nach dem eine wirkliche Konjunktion zwischen beiden Mächten stattfinden, Frankreich an Braunschweig-Lüneburg einmal 200000 Taler und, solange die Vereinigung dauert, jährlich 300000 Taler zahlen wollte. Wir wissen nicht genau, in welche Zeit die Abfassung dieses Projektes fällt, aber schon im Dezember hörte der kurbrandenburgische Gesandte Samuel von Winterfeld in Hamburg, daß Frankreich mit Braunschweig-Lüneburg eine Allianz schließen wolle;[3]) es waren also jedenfalls schon damals Verhandlungen im Gange, über die wir nicht unterrichtet sind. Vielleicht aber dürfen wir das erwähnte

---

[1]) Schreiben an seine Räte in Peine vom 13./23., 16./26. Februar, 20. Februar, 2. März, 5./15. März.

[2]) Projekt 1641, undatiert.

[3]) Meinardus, Protokolle und Relationen I, 43 f. 3./13. Dezember.

Digitized by Google

Projekt in diese Zeit um die Wende des Jahres setzen.[1]) Daneben finden wir außer dem Entwurf des Hauptrezesses noch das Projekt eines Nebenrezesses, das von der Voraussetzung ausgeht, daß die wirkliche Vereinigung der Waffen stattgefunden habe. Der König von Frankreich verspricht darin den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg Unterstützung in der Hildesheimer Angelegenheit, Vermittlung bei den Schweden betreffs der Wiedereinräumung der Plätze, Aufnahme der Herzöge und ihrer Diener in Frankreich und Gewährung von Unterhalt für den Fall, daß sie von Land und Leuten vertrieben würden. Dagegen sollen die Herzöge die geistlichen Güter, die sie mit den Waffen erobern, in ihren Stiftungen ungeändert lassen, es sei denn, daß sie zu den Kriegskosten etliche geistliche Güter hätten verwenden müssen. Auch erklärt sich der König einverstanden mit der Regelung der gravamina durch die Reichsstände. Wahrscheinlich hatten auch Longuevilles Besprechungen mit Herzog Georg vor seiner Abreise Einfluß auf die französischen Traktaten, denn dieser hatte versprochen, auf die Schweden einzuwirken, daß sie die braunschweigischen Forderungen bewilligten, auch wollte er sich beim König von Frankreich für Braunschweig verwenden. Herzog Georg äußerte daher schon bei den Hildesheimer Dezemberkonferenzen, daß er Verhandlungen mit Frankreich für nötig halte. Bei der Peiner Tagung spielten denn auch die Verhandlungen mit dieser Macht eine wichtige Rolle. Herzog Friedrich war zwar der Ansicht,[2]) daß man bei dieser Angelegenheit sehr vorsichtig verfahren müsse, einmal, damit man Schweden nicht beleidige, wenn man früher zum Abschluß mit Frankreich komme als dieses, sodann weil man sich sichern müsse, nicht durch kriegerische Gelüste dieser Macht in eine schwierige Lage gebracht zu werden, falls Schweden Frieden schließen wolle. Aber er hatte doch auch nichts dagegen, daß man möglichst noch vor Abschluß der Allianz von Frankreich „eine Ergetzlichkeit" annehme zur Aufrechterhaltung der Militärmacht des Hauses. Als Zweck der Allianz müsse jedenfalls Wiederherstellung des Friedens im Reiche hingestellt werden. Diese Äußerungen verraten eine höchst naive Anschauung von den Zielen und der Gewandtheit der französischen Diplomatie und wollen auch nicht recht zu der Schweden gegenüber verfolgten Politik des Celler Herzogs stimmen — die Aussicht auf Subsidien machte aber hier die Bedenklichkeit geringer. Im allgemeinen ging dann in Peine die Ansicht dahin, daß man mit den

[1]) Dem Aktenfaszikel nach könnte es jedenfalls in diese Zeit gehören; es findet sich Celler Brief Archiv Des. 11 Nr. 145.

[2]) Instruktion vom 3./13. Januar.

Digitized by Google

Franzosen zu derselben Zeit und in gleicher Weise wie mit den Schweden in Hamburg verhandeln solle. Es erhob sich nur die Frage, was für den Fall geschehen solle, daß die Schweden sich hinsichtlich der braunschweigischen Forderungen hartnäckig zeigten und dadurch die Verhandlungen zum Scheitern brächten. Die Celler und Wolfenbüttler Räte entschieden sich dahin, daß man in diesem Falle auch mit Frankreich nicht weiter sich einlassen solle. Herzog Georg dagegen vertrat die Ansicht, daß man nicht nur in dem angegebenen Falle, sondern selbst dann, wenn Schweden sich von Frankreich trenne, freie Hand behalten müsse, mit dieser Macht weiter zu verhandeln. Ob er damit durchdrang, läßt der weitere Verlauf der Peiner Tagung nicht erkennen; zunächst war diese Frage ja auch nicht aktuell. Jedenfalls aber hatte er hier der Hauptsache nach doch schließlich seinen Willen durchgesetzt; die Abschickung fand dann wohl Ende März oder Anfang April statt; die kaum begonnenen Verhandlungen mit Salvius wurden dann zunächst durch Herzog Georgs Tod unterbrochen. Als sie darauf in der zweiten Hälfte des April wieder aufgenommen wurden, zeigte sich Salvius in der für das Haus Braunschweig-Lüneburg entscheidenden Frage durchaus ablehnend;[1]) er erklärte, solange Wolfenbüttel noch in kaiserlichen Händen sei, könne auch Schweden nicht auf seine Stützpunkte in den fürstlichen Landen verzichten. Man ist fast geneigt, es für Ironie zu halten, wenn er nebenbei bemerkte, da Schweden und Braunschweig-Lüneburg Verbündete seien, sei es doch eigentlich ganz gleich, ob das fürstliche Haus oder Schweden sie in Besitz habe. Schließlich steckte sich Salvius dahinter, daß er in dieser wichtigen Angelegenheit sich erst mit der Generalität ins Einvernehmen setzen müsse; so daß die braunschweigischen Gesandten in der Erkenntnis, daß vorläufig nichts zu erlangen sei, Mitte Mai zurückkehrten.

Herzog Georg hat wohl kaum noch von dem Beginn der Verhandlungen etwas erfahren; auch waren es andere Dinge, die seine Aufmerksamkeit während dieser Zeit beanspruchten. Neben der Betreibung der Blockade von Wolfenbüttel wandte er namentlich auf die Entwicklung der auswärtigen Kriegslage sein Augenmerk. Nicht nur, daß er, wie wir sahen, ein wachsames Auge auf die Vorgänge in Westfalen hatte, in höherem Maße noch mußte ihm die Entwicklung des Banerschen Zuges wichtig sein. Es schien eine Zeitlang ungewiß, wohin er gehen würde, plötzlich Anfang Januar

[1]) Über die Verhandlungen Relationen von Kötteritz 8./18. April, 18./28. April, von Stuck 24. April/4. Mai. Schreiben von Salvius an Herzog Friedrich, dazu auch Pufendorf XIII, S. 455.

Digitized by Google

1641 wandte er sich südwestlich über Hof gegen Regensburg. Schon um diese Zeit begann er von neuem Gesuche um Unterstützung an Braunschweig und Hessen zu richten[1]), doch wurden diese im Januar[2]) im Hinblick auf die Lage des Landes, die Gefahr von Westfalen her, die Schwäche ihrer Militärmacht abgelehnt. Das „caeterum censeo" von der Rückgabe der besetzten Orte fehlte auch diesem Schreiben nicht. Baners Husarenritt gegen Regensburg war inzwischen infolge der seine Erwartung übertreffenden Besatzung der Stadt sowie wegen des dann plötzlich eintretenden Tauwetters mißglückt. Er trat nunmehr den Rückzug auf den Böhmerwald an, dabei geriet Oberst Schlange, der jenen decken sollte, mit seinen Truppen in des Feindes Hand, für Baner ein empfindlicher Verlust. Von kaiserlicher Seite wurde nun der Feldzugsplan einer Offensive gegen das schwedische Heer entworfen, das von Süden und Osten her gepackt nach Norden zurückgedrängt werden sollte.[3]) Gelang dieser Plan, so mußte er den Kriegsschauplatz in braunschweigische Lande bringen. Schon ehe diese Wendung eintrat, hatte Herzog Georg seine Pläne für den Feldzug des kommenden Jahres entworfen.[4]) In Erinnerung der durch unzeitiges Zögern mißglückten Unternehmungen des vergangenen Jahres plante er eine umfassende Offensive; die kaiserlich-liguistischen Truppen in Westfalen und am Niederrhein sollten, ehe sie sich aus den weit zerstreuten Winterquartieren gesammelt hätten, überfallen und vernichtet werden, so daß der Nordwesten dadurch vom Feinde gesäubert würde. Wie er hierbei Hand in Hand mit Schweden und Hessen gehen wollte, so sollte anderseits Frankreich von Westen her eingreifen. Es war, als flackre noch einmal der alte kriegerische Geist in dem Herzog auf. So weitaussehende Pläne hatte die braunschweigisch-lüneburgische Politik lange nicht mehr erlebt. Sie wurden denn auch von den beiden anderen Herzögen entschieden abgelehnt, wie deren Einfluß sicher auch das oben erwähnte Schreiben an Baner zuzuschreiben ist. Herzog Georg dachte ganz anders. Als er Baners Unternehmen verunglücken sah und sich darüber klar wurde, daß dessen Rückzug durch Böhmen nach Zwickau einer eiligen Flucht immer ähnlicher wurde, beorderte er Klitzing von Wolfenbüttel Mitte März zu sich nach Hildesheim,[5]) um mit ihm die

[1]) Baner an Herzog Georg 22. Dezember 1640 / 1. Januar 1641, Neustadt a. Orla; Dezember 29. / Januar 8, Hof.

[2]) Konzept nur mit dem Monatsdatum Januar 1641.

[3]) So etwa Droysen, preuß. Politik III$_1$ S. 163 f. Koch I, 265 nimmt einen mehr abwartenden Operationsplan der kaiserlichen Armee an.

[4]) Vergl. Decken IV, 91 ff.

[5]) Decken IV, 109 ff.

Digitized by Google

Lage zu beraten. Hier wurde nun beschlossen, Baner energisch und schleunig zu unterstützen und zwar, indem man mit den Hessen vereint den von Westfalen nach Süden ziehenden kaiserlich-liguistischen Truppen folge und dadurch Baner Luft mache. Herzog August wollte sich an diesem Unternehmen zwar nicht selbst beteiligen, es aber doch dadurch ermöglichen, daß er seinerseits mehr Truppen zur Blockade von Wolfenbüttel stellte und dadurch Herzog Georgs Truppen für dessen Pläne frei machte; Herzog Friedrich aber sprach sich ganz entschieden gegen alle derartigen Offensivpläne aus.

Auch den jungen Kurfürsten von Brandenburg hatte Herzog Georg in seine Pläne mit einbezogen; er machte ernstlich den Versuch, ihn von des Kaisers Seite abzuziehen,[1]) freilich ohne jeden Erfolg; hier begann man in die Bahnen der Neutralitätspolitik einzulenken, die durchzusetzen Herzog Georg nicht geglückt war. So war der Herzog, obwohl körperlich schon lange leidend, bis zuletzt von politischen und militärischen Plänen erfüllt; man spürt am wenigsten in diesen letzten Monaten ein Schwanken oder eine Ängstlichkeit, es war, als habe Georg nunmehr wieder ein festes Ziel vor Augen: Frieden seinem Lande, Frieden dem Reiche, aber beides nur zu erreichen im Zusammengehen mit Schweden und Frankreich[2]). Es darf bezweifelt werden, ob es ihm gelungen wäre, die Politik des Gesamthauses in diese Richtung hinein zu ziehen; zu groß waren die Gegenströmungen am Hof wie unter den Ständen. Schon bei den ersten Entwürfen für die einzuschlagende Politik sah Herzog Georg sich überall einem mehr oder weniger starken Widerstande gegenüber. Es ist ihm erspart geblieben, diese Kämpfe im eignen Hause noch weiterzuführen; am 2./12. April raffte der Tod den im sechzigsten Lebensjahre stehenden Fürsten mitten aus seinen Plänen und Entwürfen hinweg. Mit ihm ging der einzige Fürst des Hauses Braunschweig-Lüneburg dahin, der in diesem langen Kriege Freunden wie Feinden Achtung abgenötigt hatte. Ein unruhiger und lebhafter Geist, in dessen Natur etwas vom Condottiere steckte, hatte er erst allmählich gelernt, seine militärischen Neigungen und Fähigkeiten mit den landesfürstlichen Pflichten in Einklang zu bringen. Dann aber waren ihm diese auch zum ausschlaggebenden Faktor seiner Politik geworden; es heißt einen falschen

[1]) Droysen a. a. O. Decken IV, 95 f.

[2]) Es ist lediglich eine törichte Behauptung, wenn Barthold Geschichte des deutschen Krieges II, 307 schreibt, nachdem der Kaiser die allgemeine Amnestie abgelehnt, „bangte Georg in gänzlicher Ungewißheit der Verhältnisse nach Baners vereiteltem Feldzuge der Zukunft entgegen".

Digitized by Google

Maßstab anlegen, ihm deren oft viel verschlungene Pfade als Unredlichkeit oder Eigennutz auszulegen. Auch muß immer wieder betont werden, daß, seitdem sein Hauptplan einer bewaffneten Neutralität an dem Widerstande von fast allen Beteiligten gescheitert war, seine Politik etwas Unsicheres, Tastendes bekam, was sie erst zuletzt wieder abstreifte. Daß seine Ueberlegenheit von seinen fürstlichen Verwandten nicht nur auf militärischem Gebiet empfunden wurde, zeigt sich am besten darin, daß er es trotz ihrer Abneigung schließlich doch immer wieder dahin brachte, sie in das System seiner Politik mit hineinzuziehen — erst während der letzten Monate seines Lebens mußte er empfinden, daß der Widerstand anfing ihm über den Kopf zu wachsen.

Digitized by Google

Kapitel VII.

Wandlungen der braunschweigisch-lüneburgischen Politik nach dem Tode Herzog Georgs (April bis September 1641).

Zunächst schien es nach dem Tode Herzog Georgs, als ob die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg in dem von dem Verstorbenen betretenen Geleise ruhig weitergehen wolle. Wenige Tage nach dem Tode[1]) versicherte die kalenbergische Regierung in ihrem und dem Namen des noch auf Reisen abwesenden jungen Fürsten Christian Ludwig, daß man von der betretenen Bahn nicht abweichen werde; dieselbe Überzeugung nahm der hessische Gesandte Gunterode, der in Hildesheim noch Besprechungen mit Herzog Georg wegen der militärischen Lage hatte abhalten wollen, von dort mit fort.[2]) Mitte Mai glaubte d'Avaux Guébriant aus Hamburg mitteilen zu können, daß die Braunschweiger entschlossen seien, den Weg, den sie gewählt, beizubehalten. In der Tat dachte man in Hildesheim ernstlich daran, den Feldzugsplan Herzog Georgs wieder aufzunehmen. Noch ehe Christian Ludwig eingetroffen war — seine Ankunft erfolgte erst Mitte Mai — entsandte die kalenbergische Regierung eine Deputation an Baner, der inzwischen schon schwer leidend auf Merseburg zurückgewichen war und von dort direkt und durch Klitzing auf Kriegsbereitschaft und nötigenfalls Unterstützung bei den Braunschweiger Herzögen hinarbeitete.[3]) Diese Gesandten sollten[4]) Baner mitteilen, daß das fürstliche Haus die Aktion gegen Wolfenbüttel fortsetzen, außerdem mit der Landgräfin zusammen ein Korps bilden wolle, um Hatzfeld, der

[1]) Die kalenbergische Regierung an Baner 7./17. April.

[2]) Schreiben Gunterodes und Krosigks an Guébriant 9./19. April. Gedruckt bei Le Laboureur S. 329 f. Sie hätten das Haus Braunschweig-Lüneburg gefunden „en une parfaite resolution, volonté et unanimité de conseil, de poursuivre les genereuses intentions de Son Altesse defonte le feu Duc de Lunebourg". Das Schreiben d'Avaux an Guébriant 1./11. Mai S. 335 f.

[3]) Baner an Herzog Friedrich 13./23. April, an Klitzing 17./27. April.

[4]) Instruktion vom 12./22. April.

Digitized by Google

in Westfalen 10000 Mann zusammengezogen habe, von der Vereinigung mit dem Erzherzoge und Piccolomini abzuhalten. An eine Unterstützung Baners dachte man dagegen nicht,[1]) erwartete von ihm vielmehr, daß er das rechte Saaleufer halten und den fürstlichen Landen den Rücken decken würde. Auch mit der französisch-weimarischen Armee sollten sie in Verbindung treten; falls Guébriant erklären würde, daß er sich von den Schweden trennen müsse, um nicht zu weit vom Rhein abzukommen, sollten sie ihm versichern, daß man von seiten Braunschweigs ihnen „gern den Paß über die Elbe auch gegen die Saale soviel an Uns sichern und nach aller Möglichkeit ihnen an die Hand gehen wolle". Wenn die Armeen sich gänzlich trennen wollten, solle man die weimarischen Truppen zu einer Diversion gegen den Rhein gemeinschaftlich mit Braunschweig zu bestimmen suchen. Man wollte also die Offensivpläne Herzog Georgs durchführen in der Überzeugung, Baner dadurch Luft zu machen, die Weserlinie zu schützen und den Fortgang der Belagerung von Wolfenbüttel zu sichern.

Auch die Verhandlungen mit Salvius und d'Avaux in Hamburg wurden wieder angeknüpft, freilich zu einer Zeit, als die Kriegslage sich wesentlich verändert hatte und die Offensivpläne längst fallen gelassen waren. Das schwedisch-französische Heer[2]) hatte die Saalelinie doch nicht halten können, war Mitte Mai in nordwestlicher Richtung auf Halberstadt zurückgegangen, wo Baner am 10./20. Mai starb. So standen die Alliierten wieder hart an der Grenze der braunschweigischen Lande, während auch das kaiserliche Heer unter Piccolomini nach Überschreitung der Saale bei Bernburg seinen Marsch in nordwestlicher Richtung antrat, so daß es nicht zweifelhaft sein konnte, daß ein Entsatz Wolfenbüttels geplant war. Während diese Kriegslage die Braunschweiger dazu zwang, um den weiteren Verlauf der Blockade von Wolfenbüttel zu sichern, mit den Alliierten wieder in nähere Verbindung zu treten, suchten sie auf die schwedische Generalität, in deren Händen nach Baners Tode die Leitung der Armee lag, Pfuel, Wrangel und Wirtenberg standen an ihrer Spitze, dahin zu wirken, daß sie zu Gunsten Braunschweigs in Hamburg sich ins Mittel legte. Die Generalität, die ihrerseits bei Salvius Beschwerden namentlich finanzieller Art vorzubringen hatte, erklärte sich tatsächlich

[1]) Noch deutlicher als aus der Instruktion geht das aus dem Protokoll einer Unterredung Gunterodes mit Choisy hervor 15./25. April. „Das könnte ich ihm aber wohl versichern, daß beide fürstlichen Häuser ein groß Bedenken haben würden, sich auf die Weise, wie vorm Jahr geschehen, mit dem Herrn Feldmarschall wieder zu konjungieren und dadurch den Verlust Ihrer Völker und status proprii zu befördern."

[2]) Vgl. Dudik, Schweden in Böhmen und Mähren 1640—1650 S. 21.

Digitized by Google

dazu bereit,[1]) in Hamburg die Rückgabe der noch in schwedischen Händen befindlichen festen Plätze zu befürworten. Sie deputierte zu diesem Zwecke den Obersten von Seckendorf, der Mitte Juni mit den braunschweigischen Gesandten — Bodo von Hodenberg für Kalenberg-Grubenhagen, Kötteritz für Lüneburg-Celle, während Herzog August seinen Willen durchgesetzt hatte, keinen seiner Räte zu schicken — in Hamburg eintraf.[2]) Die braunschweigischen Gesandten hatten den Auftrag, darauf hinzuweisen, daß die schwedische Armee wiederum Unterstützung vom Hause Braunschweig-Lüneburg verlange, daß dieses aber zuvor auf Rückgabe der festen Plätze dringen müsse. Auch sollten sie sich keinenfalls mit allgemeinen Versprechungen abspeisen lassen, sondern einen bestimmten Termin der Rückgabe bedingen, und zwar habe sich diese auch auf Stadt und Stift Minden mit zu beziehen. Hätten sie bei Salvius Erfolg, so sollten sie bei d'Avaux einmal wieder wegen der Subsidien anklopfen und daran erinnern, daß eine Diversion am Rhein not tue. Zeige sich Salvius hartnäckig, so sollten sie d'Avaux um Vermittlung bitten. Salvius befand sich in einer peinlichen Lage. Ein bald nach dem Tode Herzog Georgs abgefandtes Gutachten der schwedischen Reichsräte[3]) verhielt sich gegen ein Bündnis mit Braunschweig-Lüneburg sehr kühl. Der Zustand dieses Hauses erwecke wenig Vertrauen „Herzog Friedrich ist sowohl des Alters halber als auch von Natur furchtsam, dependieret von seinen Ministris, welche der Cron Schweden nicht sehr gewogen sind. Herzog Augustus lebt vor sich, ist von wandelbarem Gemüte und bisweilen ohne Ursache veränderlich, bestehet auch öfters sehr hartnäckig auf seiner Meinung. Von Herzog Georgs Sohne verspricht das Alter, von der Witwe aber das Geschlecht wenig fruchtbares." Des weiteren führt das Gutachten aus, daß man die Hauptorte an der Elbe und Weser, Blekede, Minden, Nienburg, solange der Krieg währe, nicht entbehren könne. Vor allem müsse man wissen, wes man sich von dem fürstlichen Hause nach Herzog Georgs Tode zu versehen habe. Man habe bisher schon erlebt, daß Braunschweig immer nur an seine Privatinteressen denke; wolle es zum Kaiser abfallen, so würde auch die Rückgabe der Plätze sie daran nicht hindern. Könne man das Haus Braunschweig-Lüneburg aber durch Abtretung der minder

[1]) Erklärung vom 18./28. Mai, Halberstadt, gedr. Decken IV, Nr. 389.

[2]) Über die Hamburger Verhandlungen neben den Akten auch Pufendorf XIII, S. 455 f. Doch sind hier die Daten stellenweise verwirrt. Instruktion für die braunschweigischen Gesandten vom 7./17. Juni.

[3]) Pufendorf a. a. O. Der Abdruck bei Lünig, Staatskonsilien II, 358, scheint nur eine deutsche Übersetzung von Pufendorf zu sein. Das Citat im Text nach Lünig.

Digitized by Google

wichtigen Posten bei Gutem erhalten, so möge das geschehen; auch die Kontributionen könnten allenfalls erlassen werden.

Nun hatte bisher Salvius die Taktik befolgt, sobald die Rede auf die Herausgabe der Plätze kam, sich nicht als zuständig zu erklären und die Angelegenheit der Entscheidung durch die Generalität zu- und damit auf die lange Bank zu schieben — nun forderte ihn diese selbst auf, diese wichtige Frage zu Gunsten Braunschweig-Lüneburgs zu entscheiden. Unterstützt von Seckendorf, der dem Berichte nach[1]) „kein Blatt vorn Mund genommen, sondern scharf genug seine Sache proponieret", traten die braunschweigischen Gesandten in den Unterredungen mit Salvius am 16./26. Juni sehr entschieden auf und verlangten die Rückgabe der Posten innerhalb einer bestimmten Frist. Salvius suchte den Verhandlungen eine andere Wendung zu geben, indem er von der gegenseitigen Auswechslung des im vergangenen Jahre verabredeten Allianzvertrages sprach, allein die Gesandten, diesmal gewandter, erklärten, daß das erst eine spätere Sorge sei, zunächst müßten die Plätze wieder in den Händen ihrer Herzöge sein. Nun mußte wieder der noch nicht erfolgte Abschluß des Bündnisses mit Frankreich herhalten, und obwohl die Gesandten darauf hinwiesen, daß dieses garnichts mit ihren Forderungen zu tun habe, blieb er doch dabei, daß vor deren Abschluß keine Zusicherungen erfolgen könnten.

Salvius hatte anscheinend geglaubt, wieder so leichten Kaufes davonzukommen wie im vergangenen Jahre; als er aber die braunschweigischen Gesandten zäher fand, holte er aus seinem Vorrate andere Gründe hervor: der Tod Herzog Georgs, die unsicheren Verhältnisse im fürstlichen Hause, die verdächtige Haltung Herzog Augusts — namentlich die letzteren Gründe wurden von ihm ins Feld geführt, während ihrerseits die Gesandten erklärten, gerade die Verweigerung seiner festen Plätze könne das fürstliche Haus auf die Gegenseite treiben; zögere man noch länger, so ständen sie für nichts gut. Auch d'Avaux ließ durchblicken,[2]) daß man die politische Stellung der Braunschweiger für unsicher halte, vertröstete im übrigen auf den spätestens in drei Wochen erfolgenden Abschluß des französisch-schwedischen Bündnisses. So liefen die Unterhandlungen bald aufs tote Geleis — Salvius erbat sich wenigstens 20 Tage[3]) Wartezeit, und die Gesandten würden ohne jegliches Ergebnis Hamburg verlassen haben, wenn nicht Seckendorf sich ins Mittel gelegt

[1]) Relation Kötteritz und Hodenbergs 24. Juni / 4. Juli.

[2]) Relation der Gesandten vom 24. Juni/4. Juli über Audienz am 19./29. Juni.

[3]) Nicht sechs Wochen, wie Pufendorf S. 455 behauptet.

Digitized by Google

hätte. Nichts konnte dem schwedischen Heere in diesem Augenblicke unerwünschter sein als ein Bruch mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg; bereits rückte Erzherzog Leopold Wilhelm von Süden her mit 12000 Mann Piccolomini zur Hilfe heran; von beiden Seiten her zogen sich die Truppen immer enger um Wolfenbüttel zusammen — eine Entscheidung stand nahe bevor. Und dabei wußte man, daß eine lebhafte Korrespondenz von Herzog August mit Piccolomini und dem Erzherzog im Gange war. Schlugen sich die Braunschweiger jetzt auf kaiserliche Seite, so war die Lage der Alliierten sehr bedenklich. Aus diesen Gründen bewog Seckendorf Salvius, den Braunschweigern etwas mehr entgegenzukommen. Minden und Blekede sollten danach den Schweden bis zum Frieden, dieses wenigstens bis zur Gewinnung eines anderen festen Platzes an der Elbe bleiben, Nienburg geschleift, Wolfsburg und Wolpe aber den Herzögen gleich zurückgegeben werden. Diese Vorschläge gingen über das hinaus, was Salvius gemäß des Gutachtens des Reichsrats zugestehen konnte; trotz alles Drängens selbst von seiten d'Avaux sagte er nur die Rückgabe der beiden kleinen Posten zu. Als die Gesandten im Juli Hamburg verließen, mußten sie sich sagen, daß auch diesmal herzlich wenig erreicht sei; aber es schien doch wenigstens ein Anfang dazu gemacht, daß das fürstliche Haus wieder zu dem Seinen kam — vielleicht war es möglich, Salvius nach dieser Richtung hin weiter zu drängen. In diesem Sinne mahnten die Herzöge nach Ablauf der erbetenen Frist Salvius an die Erfüllung seines Versprechens.[1]) Dieser hatte inzwischen die Ratifikation des im verflossenen Jahre aufgesetzten Bündnisvertrages aus Schweden erhalten und versuchte noch einmal seine alte Taktik, das Haus Braunschweig-Lüneburg auf diesen festzunageln,[2]) ohne zunächst etwas herauszugeben. Indessen hier war man längst mißtrauisch geworden, obwohl der schwedische Staatssekretär Laurentius Grubbe, der sich zu dem schwedischen Heere begab, Herzog Friedrich versicherte,[3]) Torstenson, der schon unterwegs sei, werde die wirkliche Restitution vollziehen — ein Versprechen, das auch Salvius Drebber gegenüber wiederholte.[4]) Aber das verfing jetzt nicht mehr, man wollte erst Tatsachen sehen, ehe man die Allianz vollzog.[5]) Jetzt aber glaubte Salvius ein solches Entgegenkommen nicht mehr nötig zu

[1]) 15./25. Juli, nicht 24. Juli, wie Pufendorf S. 457 schreibt.
[2]) Salvius an die drei Herzöge 24. Juli / 3. August.
[3]) Herzog Friedrich an Christian Ludwig 19./29. Juli.
[4]) Drebber an die drei Herzöge 28. August / 7. September.
[5]) Herzog Friedrich an Christian Ludwig 28. Juli / 7. August.

Digitized by Google

haben; das für die Verbündeten glückliche Treffen bei Wolfenbüttel gab die Hoffnung auf ein Gelingen der Belagerung dieser Festung. Die Wagschale würde sich damit — das durfte man erwarten — auch bei Herzog August wieder zu Gunsten der Schweden neigen. Vor allem — man war momentan Herr der Situation, so erklärte denn Salvius, indem er einen Brief der Königin von Schweden übersandte, der den Vollzug des Bündnisvertrages ihrerseits mitteilte, er erwarte die braunschweigischen Gesandten zu neuen Verhandlungen. Salvius hatte sich diesmal gründlich getäuscht; Herzog August hatte mehr und mehr die Führung der Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg übernommen. Überraschend wurde Mitte September die Belagerung von Wolfenbüttel aufgehoben; von dem Bündnisvertrage mit Schweden zog sich Herzog August Ende September offiziell zurück;[1]) am 26. September/6. Oktober teilten die Herzöge Salvius mit, daß sie mit dem Kaiser Friedensverhandlungen anzuknüpfen gedächten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Rückgabe der so oft verlangten Posten an dieser Wandlung in der Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg jetzt noch etwas geändert haben würde; in sofern haben die schwedischen Reichsräte recht gehabt, wenn sie im schwedischen Interesse vor der Rückgabe dieser militärisch wichtigen Punkte gewarnt hatten.

Das Haus Braunschweig-Lüneburg hat von vornherein bei diesen diplomatischen Verhandlungen mit Salvius keine glückliche Hand gehabt; es hat ihm namentlich an einer rücksichtslosen Ausnutzung der Augenblicke gefehlt, in denen Schweden sich in einer Zwangslage befand. Jedesmal, auch noch zuletzt wieder, war es Salvius gelungen, die Verhandlungen hinzuziehen, bis die kriegerischen Ereignisse ein Nachgeben für Schweden nicht mehr notwendig erscheinen ließen — nach dieser Richtung hin also darf man die braunschweigische Politik Schweden gegenüber als eine der versäumten Möglichkeiten bezeichnen.

Dem Kaiser gegenüber hatte das Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg lange Zeit hindurch dieselbe Taktik unter wechselnden Verhältnissen beibehalten[2]): alle Schritte, die man tat, wurden als allein zum Schutze

[1]) So ist es doch wohl aufzufassen, wenn Herzog Friedrich am 17./27. September an Kötteritz und Langenbeck schreibt, Herzog August habe schon zum zweiten Mal seine Hand und Siegel „von dem Begriff der bewußten Allianz" zurückgefordert.

[2]) Die hier gegebene Zusammenfassung soll die Entwickelung nur kurz skizzieren; eine genauere Darstellung, namentlich der späteren Verhandlungen im Sommer 1641, ist hier ebensowenig wie bei der Darstellung der Kriegslage (Belagerung von Wolfenbüttel) beabsichtigt. Beide gehören einleitend in die Darstellung des Goslarer Friedens, den ich gesondert zu behandeln gedenke.

Digitized by Google

der eigenen Lande unternommen hingestellt, jede feindliche Absicht gegen Kaiser und Reich geleugnet. Man wird diese Politik nicht schlechthin unehrlich schelten dürfen, denn es war tatsächlich in den Jahren 1639 und 1640 das Streben, dem Lande die Last der Kriege fernzuhalten, die die Maßnahmen Herzog Georgs, der ja hier immer als der führende erscheint, leiteten. Im einzelnen freilich mußte man, um die Mittel und Wege, durch die man diesen Zweck zu erreichen strebte, dem Kaiser gegenüber in der Form des „Defensionswerkes" erscheinen zu lassen, denn doch oft zu einem Vertuschungs- und Bemäntlungssystem greifen. So bei Baners Elbübergang im Jahre 1639, so bei der Anteilnahme an dem Feldzuge des Jahres 1640. Wenn demgegenüber der Wiener Hof die Braunschweiger zu wiederholten Malen zum Anschluß an das Reich aufgefordert hatte unter der Zusicherung, die fürstlichen Lande gegen die Reichsfeinde zu schützen, so konnten die Braunschweiger Herzöge mit Recht darauf hinweisen, daß das nach den Erlebnissen vergangener Jahre anscheinend nicht in der Macht des Kaisers liege. Den tieferen Grund, die Ueberzeugung, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg seine dynastischen und religiösen Interessen besser durch Schweden als durch den Kaiser gewahrt sehe, die wenigstens in Herzog Georgs Seele lebte, konnte man dem Kaiser gegenüber nicht mit der Schärfe zum Ausdruck bringen. Hier zeigt sich eben schon der Riß in der Potitik des Gesamthauses. Herzog Georg hatte sich gegen seine innere Ueberzeugung zu einem Nachgeben in der Hildesheimer Angelegenheit lediglich im Interesse der Wolfenbüttler Linie drängen lassen. Aber er hat sich nie mit dem Gedanken aussöhnen können; je mehr es klar wurde, daß man auf kaiserlicher Seite Kurköln nicht nur das kleine Stift, sondern auch das große zugedacht hatte, um so mehr mußte Herzog Georg wieder auf Schweden sich stützen. Oeffentlich aber war dem Kaiser gegenüber im Sinne der stets betonten Friedenspolitik der einmal eingenommene Standpunkt nicht gut wieder zu verlassen, wenn man sich nicht ins Unrecht setzen wollte. So schied die Hildesheimer Frage im wesentlichen als ein dem Kaiser gegenüber öffentlich zu verwertender Grund aus, und es blieben die Klagen wegen Wolfenbüttels. Die Frage nach der Wiedererlangung dieser Festung nun bildet den springenden Punkt in der braunschweigisch-kaiserlichen Politik. Es war einer der vorzüglichsten Schachzüge des Wiener Hofes, von vornherein Wolfenbüttel gegen Hildesheim zu setzen; er beweist, daß man dort Persönlichkeiten und Verhältnisse an den Braunschweiger Höfen genau kannte. Vom Standpunkte einer einheitlichen Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg wog der Verlust des Hildesheimer Besitzes zweifellos

Digitized by Google

ungleich schwerer als die zeitweilige Besetzung Wolfenbüttels durch den Feind, so viel Unzuträglichkeiten und Lasten sie auch mit sich bringen mochte. Der Friede mußte diesen Platz zweifellos wieder in die Hände seines Fürsten bringen, Hildesheims begab man sich für immer; daß die beiden Streitobjekte auch sonst nicht gleichwertig waren, kommt dabei erst in zweiter Linie in Betracht. Man konnte am Wiener Hofe also nur dann hoffen, mit dieser Politik zum Ziele zu kommen, wenn man den Gegensatz zwischen den Linien des Hauses Braunschweig kannte. In der Tat hat sich diese Berechnung als richtig erwiesen. Am wenigsten Sorge brauchte man sich um den Celler Hof zu machen. Man wußte, daß Herzog Friedrich zwar seiner Stellung als leitender Fürst des Gesamthauses sehr wenig gewachsen, sein Wille nicht ausschlaggebend für dessen Politik sei, aber man hatte Beweise genug dafür, daß er den Anschluß an den Kaiser sicherer und vorteilhafter gefunden hätte. Der Hildesheimer Frage stand Herzog Friedrich ganz kühl gegenüber; für Wolfenbüttel hatte er schon aus dynastischen Gründen ein wärmeres Interesse. Sind wir auch über angebliche geheime Unterhandlungen Herzog Friedrichs mit dem Kaiser gegen Ausgang des Jahres 1640 nicht genügend unterrichtet,[1]) so tritt doch stets bei ihm das Bestreben hervor, den Anschluß an den Kaiser nicht ganz zu verlieren. Wie er im Juni 1640 betont hatte, man müsse alles dafür tun, sich die Gunst des Kaisers und der Reichsfürsten zu erhalten,[2]) so erklärte er noch energischer zur Zeit der Peiner Beratungen im Februar seinem Bruder Georg,[3]) daß wenn die Schweden nicht auf billige Friedensbedingungen eingingen, er es vor Gott und seinen Nachkommen nicht verantworten könne, „wenn man zur Fortsetzung und Fomentierung solcher Intentionen cooperieren helfen wollte, sondern es würden die schweren Pflichten, damit Wir dem Heiligen Römischen Reiche verbunden, alle andere considerationes überwiegen". Wie weit unter den Räten Herzog Friedrichs die antischwedische Gesinnung verbreitet war, läßt sich nicht bestimmen, daß sie Anhänger hatte, geht aber aus verschiedenen Aeußerungen hervor und wäre auch ohne das wahrscheinlich. Ganz entschieden für einen Anschluß an den Kaiser aber waren die Lüneburger Stände, ein Umstand, den der Wiener Hof sich ja mehrfach zu Nutze gemacht hat.

[1]) Decken IV, 87.

[2]) Instruktion für Th. Grote zu den Konferenzen des Gesamthauses in Hildesheim 5./15. Juni.

[3]) Herzog Friedrich an Herzog Georg 22. Januar / 1. Februar 1641 und ähnlich in einem Schreiben vom gleichen Tage an die Herzöge Georg und August

Digitized by Google

Konnte man demnach in Wien auch nicht erwarten, daß Herzog Friedrich die Politik des Gesamthauses in eine kaiserfreundliche Bahn lenken würde, so konnte er doch, wenn die Wage im Gleichgewicht schwebte, den Ausschlag geben.

Die kaiserliche Politik rechnete daher in erster Linie auf Herzog August. Nicht nur, daß man seine Friedensliebe kannte, man wußte auch, wie bitter er es empfand, daß er nicht Herr im eignen Hause sei und anstatt in der angestammten Residenz seines Hauses in Braunschweig Hof halten mußte, mit dessen Bürgerschaft er in stetem Zwist lebte. Indem man nun Wolfenbüttel gegen Hildesheim setzte, trieb man einen Keil in die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg, brachte Herzog August in Gegensatz zu Herzog Georg. Indem man weiter die Rückgabe Wolfenbüttels von der Abkehr von den Schweden abhängig machte, suchte man jenen auf die kaiserliche Seite hinüberzulocken. Zunächst freilich schien es, als ob die Politik des Wiener Hofes sich hier verrechnet hätte; Herzog August überließ seinem Vetter willig die Führung der Politik, stimmte allen Maßregeln zur Erhaltung der Militärmacht bei und trat sogar mehrfach Herzog Friedrich gegenüber für Georgs Politik ein. Indessen liegt die Schuld daran nicht zum wenigsten am Wiener Hofe selbst — man hatte hier den großen Fehler gemacht, die Stadt Braunschweig gegen ihren Herzog auszuspielen, ihr Versprechungen hinsichtlich der so heiß von ihr begehrten Reichsstandschaft zu machen. Dadurch aber war Herzog August mißtrauisch gegen die Absichten des Wiener Hofes geworden. Jedoch schon während des Feldzuges kehrte er wieder zu seiner Friedenspolitik innerlich zurück. Wie er mit Eifer auf die Vermittelungsversuche der Weimarer Herzöge einging und hier auch die Politik des Gesamthauses zu seinem Standpunkte zeitweilig hinüberzog, so begann er auch Anknüpfungen mit dem Kommandanten von Wolfenbüttel, Freiherrn von Rauschenberg, die wir als Ausgangspunkt seiner Sonderpolitik betrachten können. Rauschenberg hatte seinerseits zwar schon früher versucht, sich Herzog August zu nähern,[1]) damals jedoch noch ohne Erfolg. Im August[2]) 1640 aber entschuldigte sich Herzog August bei ihm wegen seiner militärischen Rüstungen und erklärte, daß er die Truppen nur für den Kaiser geworben habe, mit Herzog Georgs Politik unzufrieden sei und „dafern sich selbiger keines andern resolviren sollte, er sich von demselben zu separieren gemeint". Es war ein Fehler, daß Rauschenberg hier nicht genügend zwischen den Zeilen zu lesen verstand.

[1]) Rauschenberg an Herzog August 29. April / 9. Mai 1640.

[2]) Bericht Rauschenbergs an den Kaiser d. d. 8. August [n. St.?].

Digitized by Google

Gewiß hatte er recht, wenn er die Bekämpfung Herzog Augusts hinsichtlich seiner Rüstungen nicht für wahr hielt — der Herzog rüstete, um die Weserlinie gegen die kaiserliche Armee zu schützen. Aber er irrte, wenn er auch die weiteren Äußerungen Augusts für Simulation erklärte. Hatte doch Herzog August seinen Vetter Georg gerade auch in dieser Zeit (Schreiben vom 16./26. August) davor gewarnt, sich nicht mehr als nötig mit den Schweden einzulassen, damit man sich nicht „die Gnadenthor zuschließen lasse".

Herzog August wollte dem Kommandanten durch das Schreiben eben klar machen, daß er aus der bisherigen Politik gern heraus wolle, wenn ihn auch die augenblickliche Kriegslage zu Rüstungen zwinge. Diese Anschauung Rauschenbergs hat dann einen zweiten Fehler auf kaiserlicher Seite verursacht, von dem wir freilich nicht sagen können, ob er auf das Konto des Wiener Hofes oder allein auf das des Kommandanten zu setzen ist. Schwerlich wäre dieser zum Angriff auf die braunschweigischen Lande übergegangen,[1]) wenn er den Worten Herzog Augusts Glauben geschenkt hätte. Diese Handlungsweise erwies sich aber als ein grober Mißgriff, da er noch einmal den Riß in der Politik des Gesamthauses für den Augenblick heilte. Es war ein sicher wohl berechneter Schachzug Herzog Georgs, daß er gerade in diesem Augenblicke die Pläne zur Belagerung Wolfenbüttels mit allem Nachdruck ins Werk setzte, um so Herzog August vor Sonderbestrebungen zu bewahren, die seine Politik durchkreuzten. Indessen, so richtig dieser Zug gedacht war, so hatte er doch nicht genügend mit der immer größer werdenden Friedenssehnsucht Herzog Augusts gerechnet. Wenn dieser auch auf die ihm anfänglich widerstrebende Belagerung Wolfenbüttels einging, so suchte er doch zu gleicher Zeit auf anderem Wege zum Ziele zu kommen. Die äußere Veranlassung dazu gab ihm das Schreiben Rauschenbergs an den Kaiser, das in seine Hände gefallen war. Er wandte sich nun in zwei Schreiben vom 28. September/8. Oktober und vom 6./16. Oktober[2]) direkt an den Kaiser. Er versicherte, daß alles, was er Rauschenberg geschrieben, auf Wahrheit beruhe — seine Völker habe er schon während des Feldzuges in Hessen abberufen, die Neugeworbenen nur im eigenen Lande verwandt. Aber freilich sei er genötigt sein Land zu verteidigen, da ihm so mancherlei Unbill zugefügt sei. Und nun folgte eine Aufzählung aller Beschwerden von der widerrechtlichen Vorenthaltung Wolfenbüttels bis

[1]) Vergl. S. 188.

[2]) Londorp IV, 969 ff.

Digitized by Google

zu dem Einfall der Kaiserlichen in sein Land, der Einnahme von Holzminden, Fürstenberg und Bevern. Die übertriebenen Forderungen des Kommandanten von Wolfenbüttel, der dem Herzog nicht einmal seine Kammereinkünfte lasse und sich auch sonst die größten Uebergriffe gestatte, wurden besonders scharf hervorgehoben. Seine Handlungen, so schrieb er am Schlusse seines zweiten Schreibens, hätten nie die schuldige Devotion und Treue gegen den Kaiser verletzt. Habe man ihm aber etwas vorzuwerfen, so müsse man den Weg Rechtens beschreiten, ihn aber nicht mit Feuer, Raub und Krieg überfallen. Der Kaiser möge daher diese Unzuträglichkeiten schleunigst abstellen, sonst sehe der Herzog sich genötigt, die Mittel zur Errettung von Land und Leuten zu gebrauchen, die ihm von Gottes und Rechts wegen zuständen.

Am Wiener Hofe, wo man zu jener Zeit gerade den Braunschweiger Herzögen für ihre Gesandten freies Geleit zum Regensburger Reichstage gewährt hatte, hielt man es nun aber doch nicht für opportun, sich mit Herzog August in diesem Augenblick in Sonderverhandlungen einzulassen. Denn man hatte noch nicht die Hoffnung aufgegeben, das Gesamthaus von der Gegenseite abzuziehen. So war denn auch das kaiserliche Antwortschreiben an Herzog August vom 24. Oktober/3. November[1]) ganz allgemein gehalten; die Betrübnis über die Vereinigung mit den Schweden und die Hoffnung, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg nun, da seinen Gesandten freies Geleit nach Regensburg gewährt sei, von der Begünstigung der Fremdherrschaft im Reiche ablassen und als treuer deutscher Reichsstand an der Herstellung des Friedens mitarbeiten würde, waren die Punkte, um die es sich drehte. Nur ganz zum Schluß wurde der Klagen des Herzogs August kurz gedacht und angedeutet, daß man mit der Verwüstung des Landes durch den Kommandanten von Wolfenbüttel nicht einverstanden sei. Wenn man so Herzog August offiziell nur als einen Teil des Gesamthauses behandelte, so fielen doch in Regensburg unter der Hand Aeußerungen[2]), die darauf schließen ließen, daß man zwischen ihm und Herzog Georg am kaiserlichen Hofe wohl zu unterscheiden wisse. Für Herzog August aber war die kühle Haltung des Kaisers gegenüber seinen Beschwerden jedenfalls mit ausschlaggebend, daß er nunmehr auch in die Belagerung Wolfenbüttels einwilligte und

[1]) Londorp IV, 967 f.

[2]) Nach dem Bericht des Lampadius vom 18./28. November hatte Stahremberg dem jungen Schwarzenberg gegenüber geäußert, es sei die Absicht, die braunschweigischen Lande wegen ihrer Verbindung mit den Schweden empfindlich zu schädigen; Herzog August daure ihn, der komme unschuldig dazu.

Digitized by Google

sich daran beteiligte, zumal er vor seinem Gewissen diesen Schritt damit rechtfertigen konnte, daß er in Erfüllung einer landesfürstlichen Pflicht handle, durch die er seine Devotion gegen den Kaiser nicht zu verletzen glaubte, um so weniger, da die Besatzung Wolfenbüttels liguistisch war. Daß er trotz seiner zeitweise eifrigen Teilnahme an der Belagerung im Innern seiner Friedenspolitik treu blieb, zeigt sich am deutlichsten darin, daß er die Fortsetzung der Verhandlungen mit Schweden in Hamburg möglichst zu hintertreiben suchte und schließlich, als das nicht mehr möglich war, sich an der Absendung nicht beteiligte.

Inzwischen begannen aber auch die Wirkungen der von dem Hause Braunschweig-Lüneburg auf dem Regensburger Reichstage verfolgten Politik sich geltend zu machen. In ihr kamen, wie wir sahen, im wesentlichen die Gedanken Herzog Georgs zum Ausdruck, die fast in allen Punkten im Gegensatz zu dem standen, was man von kaiserlicher Seite erzielen wollte: die allgemeine, unbedingte Amnestie, die Zuziehung der fremden Kronen zu den Verhandlungen, die ablehnende Haltung in der Militärfrage, das Hineinwerfen der gravamina als Beratungsgegenstand — man kann verstehen, daß die kaiserliche Regierung wenig erfreut über die Tätigkeit der braunschweigischen Gesandten war. Aeußerlich zeigte sie das freilich nicht, sie suchte aber noch einmal auf die Herzöge zu wirken, denn man traute es Lampadius wohl zu, daß er weiter gehen würde, als es etwa seine Fürsten guthießen. Auf kaiserliche Einwirkung ist daher wohl des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen Vorgehen zurückzuführen. Dieser hatte ja oft genug direkt und indirekt auf die braunschweigische Politik Einfluß zu gewinnen gesucht, bald im Tone treumeinender Ermahnung, bald voll leidenschaftlicher Erregung, immer aber in dem Sinne, daß es für einen ehrlichen und aufrichtigen Reichsfürsten nur einen Weg gebe: Seite an Seite mit dem Kaiser die bösen Reichsfeinde zu vertreiben. So versuchte er denn in einem ausführlichen Schreiben vom 18./28. Februar 1641 noch einmal, die Braunschweiger in die Bahnen der ihm allein richtig erscheinenden Politik zu leiten[1]). Der Kurfürst glaubt zunächst eine Uebereinstimmung der von den braunschweigischen Gesandten kundgegebenen Grundsätze ihrer Fürsten mit seinen Anschauungen darin zu finden, daß jeder Stand des Reiches in seinem

1) Londorp V, 130 ff. Der Auszug bei Koch I, 296 f. ist sehr einseitig und unvollständig. Nach ihm ist das Schreiben, das er als eine „leuchtende Probe von Joh. Georgs rechtschaffener Gesinnung, von seiner Mäßigung und seinem Patriotismus" bezeichnet, hervorgegangen aus des Kurfürsten Entrüstung „über den schlechten Geist, der sich fortwährend in allen Handlungen der Lüneburger kund gab".

Digitized by Google

Glauben und in seiner Wohlfahrt geschützt werde; er meint seinerseits diese Gesinnung durch die Verhandlungen des Prager Friedens bewiesen zu haben, wenn er auch zugestehen muß, dies nicht in vollem Umfange erreicht zu haben. Wenn das fürstliche Haus Braunschweig-Lüneburg diese Ansichten teile, worauf die Propositionen ihrer Gesandten schließen ließen, so sei es unerklärlich, wie Lampadius die Vereinigung der Herzöge mit dem Kaiser von Verhandlungen mit den Schweden abhängig machen könne. Denn wenn man deren unbillige Forderungen erfüllen wolle, müßte man die Gleichberechtigung von Evangelischen und Katholiken im Reich verletzen. Pflicht jedes Reichsstandes sei es vielmehr, sich mit dem Kaiser gegen die Schweden zu verbünden. Die Herzöge sollten auch bedenken, daß sie die Amnestie dadurch verzögern würden, da die katholischen Mitkurfürsten, namentlich Bayern, deren Gewährung von der vorherigen Vereinigung der gesamten Stände des Reiches abhängig machten, ein Verlangen, daß er als billig anerkennen müsse. Die Generalamnestie finde er im Hinblick auf die, die seit dem Prager Frieden von den Kronen geschädigt seien, zwar nicht billig, wolle aber doch weder von ihr noch von der Beratung der gravamina abraten, obwohl seiner Überzeugung nach diese besser durch gütlichen Vergleich und Vermittlung des Kaisers entschieden würden.

Den Worten der braunschweigischen Proposition, daß der Krieg kein Mittel sei, den Frieden herbeizuführen, sucht er dann den Sinn unterzulegen, daß man die Beilegung der gravamina nicht mit Gewalt der Waffen erzwingen dürfe. Diese dem klaren Sinn widersprechende gekünstelte Auslegung, der er seine Billigung ausspricht, macht der Kurfürst dann zum Ausgangspunkt einer Schilderung der goldenen Zeit nach dem Religionsfrieden, als noch nicht Leute sich gefunden hatten, die sich einbildeten, sie könnten mit gutem Gewissen nicht unter einem katholischen Kaiser und neben anderen Katholiken leben, und die daher darauf ausgegangen seien, das Reich „in eine ganze neue Form zu gießen". Auch jetzt gäbe es solche Leute, die für ihre Zwecke die auswärtigen Kronen zu benutzen trachteten.

Endlich sucht der Kurfürst die Beschwerde, die Lampadius vorgebracht, zu entkräften, als ob der Kaiser den Krieg 1622 widerrechtlich begonnen, da er die Reichsstände nicht befragt habe, eine Beschwerde, die von dem Gesandten auch auf die Bestimmung der Wahlkapitulation ausgedehnt sei, daß der Kaiser bei Kriegserklärungen nur an die Bewilligung des Kurfürstenkollegs gebunden sei. Er läßt durchblicken, daß er dies nur für eine Ansicht des Lampadius halte, und weist darauf hin, daß unter

Digitized by Google

allen Umständen der Kaiser befugt gewesen sei, ohne weiteres die Waffen zu ergreifen, wenn ein Stand des Reiches dies gegen ihn zuvor getan habe. Es kann kein Zweifel sein, daß Johann Georg einen Gegensatz zwischen der Meinung der Braunschweiger Herzöge und der von ihren Gesandten in Regensburg vertretenen Politik entweder wirklich annahm oder zu konstruieren versuchte — vielleicht bezweckte er nicht zum wenigsten dadurch, Lampadius zu verdächtigen und so dessen Tätigkeit zu unterbinden.

Kann man bei dem Schreiben des Kurfürsten von Sachsen zweifelhaft sein, ob es eigner Initiative oder kaiserlichem Einflusse zuzuschreiben ist, so geht aus einem Briefe des Kurfürsten von Brandenburg[1]) an die drei Herzöge selbst hervor, daß er einer Bitte des Kaisers entsprach, wenn er sie aufforderte, ihre Handlungen so einzurichten, daß des Kaisers friedliebende Intentionen nicht gehindert würden. Auch durch dieses Medium suchte man also auf Braunschweig-Lüneburg einzuwirken. Indessen, solange Herzog Georg lebte, wußte er die Politik des Gesamthauses nach seinen Intentionen namentlich in allen Hauptfragen zu lenken, wenn gleich unter harten Kämpfen. Darüber, daß er das Haupt des Widerstandes gegen die kaiserlichen Wünsche sei, herrschte nirgens ein Zweifel; kaum hatte er daher die Augen geschlossen, als man von neuem Hoffnung schöpfte, nun endlich die Braunschweiger von den Reichsfeinden trennen zu können — wenige Tage nach Georgs Tode glaubte der Kurfürst von Sachsen Piccolomini versichern zu dürfen[2]), daß man nunmehr eine Vereinigung der Braunschweiger mit den Schweden nicht mehr zu besorgen habe. Man glaubte jetzt nur mit den Herzögen Friedrich und August ernstlich rechnen zu brauchen; daß der jugendliche Christian Ludwig, dessen geringe militärische Neigungen und politische Indolenz vielleicht doch schon bekannt genug waren, irgendwie versuchen sollte, eine selbständige Politik im Sinne seines Vaters zu führen, nahm man jedenfalls nicht an. Es galt nun das Eisen zu schmieden, solange es heiß war. Vor allem entfaltete Johann Georg eine lebhafte Tätigkeit in diesem Sinne. Namentlich lag ihm daran, eine neue Vereinigung Braunschweigs mit Schweden zu hindern, dringend mahnte er die Herzöge Friedrich und August davon ab[3]), zugleich bewog er auch den Feldmarschall Arnim,

[1]) März 23./April 2. Auch erwähnt bei Meinardus, Protokolle und Relationen I, 84. Das Schreiben ist sehr farblos gehalten und beweist, daß man lediglich aus Höflichkeit einer Form genügen wollte.

[2]) 13./23. April gedr. Decken IV, Nr. 385.

[3]) April 9./19.

Digitized by Google

der sich damals zur Vorbereitung des Feldzuges in Dresden befand, sich an Herzog August in dieser Angelegenheit zu wenden. Auch von kaiserlicher Seite setzte man von neuem mit seinen Bemühungen ein, ein kaiserliches Monitorium ging an die kalenbergischen Landstände ab[1]), das diese vor einer Vereinigung mit den Schweden warnte und sie ermahnte, dahin zu wirken, daß die Waffen des fürstlichen Hauses mit den kaiserlichen vereinigt würden. In Regensburg ließ man durchblicken, man könne auch vor der Regelung der Hildesheimer Sache Herzog August Wolfenbüttel vielleicht in der Weise einräumen, daß ein Teil der bisherigen Besatzung vorläufig darin bleibe; ja man ging soweit zu erklären, der Kaiser verlange keinen einzigen Mann zur Konjunktion vom Hause Braunschweig-Lüneburg, nur solle es sich vom Reichsfeinde trennen. Auch durch Rauschenberg suchte der Kaiser auf Herzog August zu wirken[2]), und in demselben Sinne knüpfte der Herzog von Sachsen-Lauenburg geheime Verhandlungen mit ihm an. Herzog Augusts Politik verrät nun in der nächsten Zeit eine gewisse Unsicherheit. Man merkt, daß er abschwenken möchte, aber die Kriegslage hält ihn vorläufig davon ab. So erklärt er Arnim gegenüber und ähnlich auch in einem Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen[3]), indem er die bisherige Politik des Hauses als durch die Maßregeln von kaiserlicher Seite ihm aufgezwungen zu rechtfertigen sucht, die dazu ergriffenen Mittel hätten zu solchen „Extremitäten" geführt, daß er jeden nur erdenklichen Ausweg dem vorziehen würde. Andererseits zeigt er sich der kaiserlichen Politik gegenüber noch mißtrauisch. Solche Mittel, meint er, könnten nicht zum Ziel führen, die auf eine Separation abgesehen seien, man würde dann das fürstliche Haus vielleicht unter dem Vorwande, daß es im Interesse des Reiches nötig sei, entwaffnen und, nachdem man es von allem Beistande getrennt, dessen Lande zum Kriegsschauplatz machen und die gerechten Forderungen doch nicht erfüllen. Rückgabe Wolfenbüttels, Fernhaltung der Armeen von den fürstlichen Landen seien die Mittel, wodurch man verhindern könne, daß der Herzog wider Willen zu anderweiter Konjunktion

---

[1]) Von Langenbeck in seinen Relationen vom 28. April/8. Mai und 5./15. Mai erwähnt. Danach auch der Inhalt.

In der Relation vom 28. April/8. Mai auch die Erwähnung der Versuche von kaiserlicher Seite.

[2]) Vgl. Koch I, 269.

[3]) Jenes vom 20./30. April, dieses vom 24. April/4. Mai. Koch a. a. O. erwähnt ein Schreiben des Herzogs vom 20. April an den Herzog von Lauenburg, das dann wohl inhaltlich mit diesen beiden übereingestimmt haben dürfte.

Digitized by Google

gezwungen würde. Ob Arnim, der in diesen Tagen in Dresden starb, das Schreiben noch erhalten, kann zweifelhaft sein, der Kurfürst von Sachsen aber suchte sofort[1]) beim Kaiser dahin zu wirken, daß der Hauptstreitpunkt aus der Welt geschafft werde. Er meinte, man möge doch dem Herzog hinsichtlich Wolfenbüttels etwas entgegenkommen, denn er sah voraus, daß man sich von seiten Braunschweigs sonst doch wieder der schwedischen Hülfe bedienen würde. Auch in der Richtung könne man wohl dem Hause Braunschweig-Lüneburg nachgeben, daß dieses seine Völker nur zur Besetzung seiner festen Plätze verwende. Der Kurfürst faßte die Sache jedenfalls von der richtigen Seite an, aber am Wiener Hofe konnte man sich nun doch nicht zu solchem Entgegenkommen ohne sichere Garantien entschließen um so weniger, als man in der Politik Herzog Augusts die Stetigkeit vermißte. Denn wenn man zunächst auch aus der Ablehnung der Braunschweiger Baner gegenüber, ihn mit Truppen zu unterstützen, Hoffnungen geschöpft hatte, so erfuhr man doch bald, daß die Verbindungen mit der schwedischen Generalität nach Baners Tode von neuem angeknüpft wurden. Hier zeigte sich der Fehler in des Kurfürsten von Sachsen Berechnung. Er hatte geglaubt, die Politik der Kalenberger Linie nach dem Tode Herzog Georgs als belanglos betrachten zu können. Tatsächlich aber hatte diese in der nächsten Zeit noch das Heft in den Händen — ein voreiliger Einfall kaiserlicher Truppen in braunschweigische Lande bei Schöppenstedt tat dann das Seinige, der Richtung der Politik nach Schweden zu einen neuen Anstoß zu geben. Es war eine der ersten Regierungshandlungen Christian Ludwigs — die wir selbstverständlich auf das Konto seiner Räte zu setzen haben — daß er Schenk v. Winterstedt den Auftrag erteilte[2]), zum Zwecke der Verhandlungen mit der Generalität nach Halberstadt sich zu begeben. Über die Meinung der beiden andern Herzöge solle er sich in Braunschweig informieren, möchten sie nun aber mit ihm darin übereinstimmen oder nicht, daß gegen die Gewalttaten der kaiserlichen Armee das einzige Mittel die Vereinigung mit der schwedischen und weimarischen Armee sei, so solle Schenk auf jeden Fall seine Reise nach Halberstadt fortsetzen „und die Konjunktion mit guter Dexterität befördern". Tatsächlich setzte die Kalenberger Linie ihren Willen durch, doch mag man in dem Auftrage, der den Gesandten zu gleicher Zeit gegeben wurde, unter der Hand zu versuchen, ob man die deutschen Offiziere nicht von

[1]) d. d. 10. Mai, ob altes oder neues Datum, ist ungewiß.
[2]) Instruktion vom 15./25. Mai.

Digitized by Google

den Schweden im Sinne einer Beförderung der Friedenstraktaten trennen könne, ein Einwirken der wolfenbüttler Linie sehen. Auch bei den zuerst in Hildesheim vom 14./24.—19./29. Mai von der Celler und Kalenberger Linie, dann vor allen drei Linien in Braunschweig bis zum 29. Mai/8. Juni geführten, über alle Gebiete innerer und äußerer Politik sich erstreckenden Beratungen[1]), in denen zum ersten Mal der Einfluß von Lampadius greifbar wieder hervortritt, behielt die kalenbergische Richtung die Oberhand, Trennung von Schweden unter den gegenwärtigen Verhältnissen wurde verworfen; auch die Wolfenbüttler mußten zugeben, daß man die Belagerung Wolfenbüttels fortführen müsse, wenngleich sie bemerkten, daß „auf das jetzige Defensionswerk ein so groß Fundament nicht zu setzen". Daß Herzog August auch die Verhandlungen mit Salvius in Hamburg nicht zu hindern vermochte, so ablehnend er sich selbst dagegen verhielt, sahen wir schon. Inzwischen fing er auch nach einer andern Richtung hin wieder an, seine Sonderpolitik zu treiben. Veranlassung gab ein von Bernburg aus an die Herzöge gerichtetes Schreiben Piccolominis vom 10./20. Mai[2]), in dem er diese aufforderte, sich nicht mit den Feinden des Reiches zu vereinigen, sondern die kaiserlichen Waffen zu unterstützen. Herzog August antwortete in dem Sinne, daß er Sicherung gegen die kaiserliche Armee und Rückgabe Wolfenbüttels als Bedingungen stellte; er bewog auch die andern Herzöge in gleicher Weise zu schreiben. Damit begann die Korrespondenz zwischen Herzog August und Piccolomini, von Juni an dann auch mit Erzherzog Leopold Wilhelm, die, zeitweilig ohne Mitwissen seiner Verwandten geführt, unverrückt das eine Ziel im Auge behielt: von den Schweden loszukommen, durch Frieden mit dem Kaiser wieder in Besitz seiner Festung zu gelangen. Zunächst freilich vermochte er nicht zu hindern, daß die Vereinigung der braunschweigischen Waffen mit dem schwedisch-französischen Heere im Juni eintrat. Aber es beweist die Festigkeit seiner Entschlüsse, daß er trotz aller Erfolge, die die Verbündeten vor Wolfenbüttel hatten, trotz der Fortschritte, die die Belagerung machte, sein Ziel nicht aus dem Auge verlor. Besprechungen des Gesamthauses in Braunschweig Mitte Juni scheinen dann die Celler Linie seinen Plänen geneigter gemacht zu haben; den zähesten Widerstand setzte ihm die Kalenberger Linie entgegen; noch

[1]) Die Protokolle darüber Staats Archiv Hannover. Celle, Des. 68, Nr. 4, Band III.

[2]) Über die Verhandlungen mit Piccolomini und Erzherzog Leopold Wilhelm. St. Arch. Hannover Calenb. Des. 16. XXV 18 a. Vgl. außerdem Pufendorf XIII, S. 440. Die Darstellung bei Koch I, 275 f. ist tendenziös.

Digitized by Google

Mitte Juni erklärte Christian Ludwig, er glaube nicht, daß die Schickung an Piccolomini viel Nutzen haben werde — es kam Ende des Monats dann zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der kalenbergischen und wolfenbüttelschen Regierung. Unter diesen Umständen rückten die Verhandlungen Herzog Augusts mit Piccolomini und dem Erzherzog nicht recht vorwärts, obwohl auch der Kurfürst von Sachsen, dessen Schreiben vom 18./28. Februar die Herzöge erst am 28. Mai/7. Juni noch ganz im Sinne der von Lampadius in Regensburg vertretenen Politik beantwortet hatten, gegen Ende Juni noch einmal wieder eingriff. Das siegreiche Treffen der verbündeten Braunschweiger, Hessen, Schweden und Franzosen vor Wolfenbüttel am 19./29. Juni schien dann das ganze Werk in Frage zu stellen, wenigstens war Christian Ludwig danach weniger denn je geneigt, sich auf Verhandlungen mit den Kaiserlichen einzulassen. Aber Herzog August war nunmehr entschlossen, selbst auf die Gefahr einer Trennung von den beiden andern Linien vorzugehen. Einmal glaubte er trotz des Sieges nicht an einen Erfolg der Belagerung von Wolfenbüttel, dann aber geht aus allen Äußerungen hervor, daß er wirklich der Überzeugung war, nur durch den Frieden mit dem Kaiser seinem Lande die Ruhe bringen zu können. So setzte er seine Bemühungen fort; er entschuldigte sich bei Erzherzog Leopold Wilhelm förmlich wegen des Sieges, dann setzte er Anfang September die Aufhebung der Belagerung von Wolfenbüttel durch. Es folgten persönliche Besprechungen mit dem Erzherzog und endlich dann Ende September das Schreiben an den Kaiser, in dem er „deutsch und offenherzig" seinen Willen bekundete, sich nicht länger von des Kaisers Regierung zu separieren, selbst wenn seine Vettern anderer Meinung bleiben sollten. Auf diese hatten inzwischen zweierlei Umstände eingewirkt, um sie den Plänen Herzog Augusts gefügiger zu machen: das erneute Elend schwedisch-französischer Einquartierung im Lager zu Sarstedt[1]) und der weitere Verlauf des Regensburger Reichstages. Mitte September erklärten sich auch Herzog Friedrich und Christian Ludwig zu Verhandlungen mit dem Erzherzog, der vom Kaiser schon längst die Vollmacht dazu erhalten hatte, bereit, nötigenfalls, wenn Herzog August sich von ihnen trennen wolle, auch ohne diesen.

Zum Verständnis dieser Entwicklung haben wir schließlich noch einen Blick auf die weiteren Verhandlungen des Reichstages zu werfen.

[1]) Schon am 1./11. August schreibt Christian Ludwig an Langenbeck, die alliierten Armeen setzten sich unnötiger Weise vor Wolfenbüttel fest; er möge dahin wirken, daß das Land Neutralität erhalte. Das Schreiben hat seinen Adressaten wohl nicht mehr erreicht.

Digitized by Google

Nach Lampadius Fortgang von Regensburg übernahm der Gesandte der Celler Linie, Heinrich Langenbeck[1]) dort die Leitung. Vor sieben Jahren einunddreißigjährig in den Dienst des Hauses Braunschweig-Lüneburg eingetreten, war er mit Ausnahme einer kurzen Zeit, in der seine Tätigkeit Herzog August dem Jüngeren gehört hatte, Mitglied der Celler Regierung. Anfangs nur im inneren Dienste verwandt, scheint er zum ersten Mal während des Nürnberger Kurfürstentages mit einer größeren diplomatischen Mission betraut zu sein; hier wie auch anfangs in Regensburg trat er Lampadius gegenüber in den Hintergrund. Auch er war strenggläubiger Protestant. Er besaß politisch genügende Schulung und Selbständigkeit des Urteils, die er auch gegen die Ansichten seines Fürsten und seiner Kollegen zu vertreten wußte.[2]) Reichte sein Blick, jedenfalls in dieser Zeit, nicht so weit wie der des Lampadius, fehlte ihm dessen bis zur Leidenschaftlichkeit sich steigernde impulsive Natur, so besaß er doch ein gesundes Urteil gegenüber dem Notwendigen und Erreichbaren. Seine ungemein sorgfältigen Relationen zeugen von genauer und umsichtiger Tätigkeit. Auf dem Regensburger Reichstage suchte er die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg im wesentlichen auf der von Lampadius eingeschlagenen Bahn festzuhalten und in dieser Richtung auch auf die Handlungen seiner Regierung einzuwirken.

Im Vordergrunde des Interesses standen gerade zu der Zeit, als Lampadius Regensburg verließ, die gravamina.[3]) Dieser Beratungsgegenstand war, wie wir wissen, von den braunschweigischen Gesandten gemäß ihrer Instruktion zunächst in sehr allgemeiner Form bei der feierlichen Audienz vor den gesamten Ständen im Januar vorgebracht, dann hatte man von der Gegenseite, um die Braunschweiger von dem unbequemen Amnestie-

---

[1]) Vgl. den Artikel von Köcher in der Allgem. Deutsch. Biographie XVII, 662 f. Über seine bisherige Laufbahn geben die auch von Köcher benutzten Akten des Kgl. St. Arch. Hannover Celler Brief Arch. Des. 44 Auskunft.

[2]) Die allerdings auf seine Tätigkeit während des westfälischen Friedenskongresses sich beziehenden Urteile bei Spittler, Geschichte des Fürstentums Hannover II, 141 und bei Havemann II, 743 werden ihm nicht gerecht. Köchers Charakteristik bezieht sich wesentlich auf die spätere Zeit seiner Tätigkeit als leitenden Staatsmannes.

[3]) Vgl. Koch I, 299 ff., 310 ff. Für die Stellung Kurbrandenburgs Urk. u. Akt. I. Es kommen in Frage namentlich die Relationen vom 30. März/10. April (S. 728 ff.), vom 6./16. Mai (S. 744), vom 10./20. Juni (S. 752), vom 24. Juni/4. Juli (S. 754), vom 8./18. Juli (S. 755). Die Ansichten der Kurfürsten in dieser Frage geben hauptsächlich die Schreiben an seine Gesandten vom 4./14. April (S. 737), vom 23. Mai/2. Juni (S. 745 ff.).

Digitized by Google

punkte abzulenken, die Gesandten zu näherem Eingehen auf diesen Gegenstand aufgefordert, und diese hatten, nachdem sie anfangs Kursachsen in dieser Angelegenheit vorzugehen aufgefordert hatten, sich schließlich dazu bereit erklärt, die gravamina aufzusetzen. Die Überreichung des von Lampadius verfaßten Aufsatzes war unmittelbar vor dessen Abreise erfolgt. Man hatte diesen Aufsatz absichtlich möglichst allgemein gehalten, namentlich um sich dadurch nicht irgendwie in Gegensatz zu den evangelischen Mitständen zu setzen, denn es blieb der während aller Verhandlungen auch von Langenbeck festgehaltene Grundsatz, daß man in dieser wichtigen Frage nur Hand in Hand mit den gesamten Evangelischen vorgehen dürfe. Hinsichtlich der religiösen Beschwerden wurde als Hauptstein des Anstoßes natürlich wieder der geistliche Vorbehalt hingestellt; unerhört sei es von Anbeginn der Welt,[1]) daß das Bekenntnis der evangelischen Wahrheit Grund sein solle, seine Herrschaft einzubüßen. Sonst kehrten neben den besonderen braunschweigischen Beschwerden hier die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ständig auftretenden Beschwerden der Evangelischen in wesentlichem wieder.

Die Braunschweiger hatten zunächst wenig Vertrauen auf die Behandlung der gravamina von seiten der Stände — aber gleich die ersten Beratungen darüber im Kurfürstenrate wurden zu einer Aktion großen Stils durch die Haltung Kurbrandenburgs. Die Gesandten dieser Macht erklärten hier (86. Sitzung am 24. März/3. April) zwar, zu einer Aufstellung der gravamina nicht bevollmächtigt zu sein, gaben nun aber der Verhandlung die entscheidende Wendung auf den Prager Frieden hin. Sie betonten nämlich, daß dieser gewissermaßen das Generalgravamen sei, von dem alles Üble, alle Zwistigkeit herstamme, und der daher zu beseitigen sei; über ihn müsse man also zuerst sprechen. Das war ein unerwartet guter Anfang — welche Bedeutung hätte er gewinnen können, wenn die evangelischen Stände des Reichstages sich einmütig auf diesen Standpunkt gestellt hätten! Aber diesem Anfang entsprach leider nicht die weitere Entwicklung. Zunächst traten sogar die kurbrandenburgischen Gesandten, als Kurköln und Bayern, auch die Kursächsischen sich entschieden gegen die Aufhebung des Prager Friedens erklärten, einen wenig rühmlichen Rückzug an, indem sie nunmehr behaupteten, sie hätten es nicht so gemeint, daß der Prager Frieden aufgehoben werden solle, nur hielten sie es für nötig, daß man die Beratung der gravamina

[1]) Diese lediglich als Floskel anzusehende Redewendung gibt Koch (I, 300) zu einem scharfen Tadel über das Unpassende Veranlassung, Erschaffung der Welt und Augsburgische Konfession neben einander zu stellen!

Digitized by Google

damit beginne. Erst als die Briefe ihres jungen Kurfürsten deutlich aussprachen, daß er, wenn auch nicht völlige Aufhebung des Prager Friedens, so doch zum mindesten eine gründliche Revision für nötig erachte, gewannen sie eine festere Haltung wieder — doch die günstige Gelegenheit war inzwischen vorüber. Entscheidend war, daß die kursächsischen Gesandten eine völlige Schwenkung vorgenommen hatten. Ihr Kurfürst hatte ihnen das für Henneberg im Fürstenrat gegen den Prager Frieden abgelegte Votum sehr übel genommen — er sah sich durch seine Gesandten gewissermaßen hinsichtlich der von ihm bisher so sorgsam behüteten Grundsätze desavouiert. Sie erhielten daher die strenge Weisung, nicht mehr gegen den Prager Frieden zu votieren; so mußten sie denn auf die Gegenseite treten. Die Wirkung dieses Wechsels war geradezu niederschlagend; wie selbst die kurbrandenburgischen Gesandten zunächst zusammenknickten, wurde eben erwähnt. Tiefer und nachhaltiger aber war der Eindruck auf die übrigen evangelischen Stände — immer wieder klagt Langenbeck in seinen Relationen über deren Verzagtheit und Mutlosigkeit, so daß sie sogar den Spott der Katholischen über die „Blöd- und Zaghaftigkeit" (Rel. vom 26. Mai/5. Juni) hervorriefen, während diese, unterstützt durch einen der angesehensten evangelischen Reichsstände, sicher und zielbewußt auftraten. Da ihr Bestreben von vornherein darauf hinausging, die Beratung der gravamina möglichst zu verhindern, namentlich aber alle Angriffe gegen den Prager Frieden zurückzuweisen, so mußten die Braunschweiger bei der kläglichen Haltung der evangelischen Stände alles versuchen, auf diese einzuwirken[1]), falls nicht die ganze Angelegenheit im Sande verlaufen sollte. Erschwert wurde ihnen das nach dem Bekanntwerden des Schreibens Johann Georgs an die drei Braunschweiger Herzöge vom 18./28. Februar. Wie es den Gegnern des fürstlichen Hauses neue Angriffspunkte gab, so wurde dadurch namentlich auch die Stellung der braunschweigischen Gesandten erschwert, wenn auch der Mann, gegen den das Schreiben sich hauptsächlich richtete, nicht mehr in Regensburg weilte. Mehr als einmal mußte Langenbeck es empfinden, wie dieses Schreiben auch auf die evangelischen Stände einwirkte nnd seine Bemühungen erschwerte. Deshalb drang er auch immer wieder auf eine energische und gründliche Beantwortung und gab selbst Fingerzeige dazu (Rel. 14./24. April), die, wie die Antwort be-

[1]) Fast in jeder Relation Langenbecks in der Zeit vom 24. März/3. April bis zum 14./24. Juli wird die Frage der gravamina berührt, stellenweise sehr eingehend behandelt. Danach im wesentlichen die folgende Darstellung.

Digitized by Google

weist, nicht unberücksichtigt geblieben sind. Noch Ende Juli schreibt Langenbeck, daß sich die Evangelischen mit der Antwort des Kurfürsten an das fürstliche Haus herumschleppten, und bedauert, daß diese sich zum Frohlocken der Gegner so erbärmlich zeigten. Und voll bitteren Unmuts über die Schwierigkeiten, die seiner Tätigkeit dadurch erwuchsen, fügte er hinzu, man solle dem Kurfürsten schreiben, „er möge sich der angemaßten Vormund- und Meisterschaft hinfüro enthalten, sein eigen Land regieren und sich ferner nicht prostituieren". Trotz dieser Schwierigkeiten sind die Braunschweiger nicht müde geworden, die Evangelischen in dieser Angelegenheit vorwärts zu treiben. Da die evangelischen Mitglieder des Kurfürstenrats es abgelehnt hatten, ihrerseits die gravamina der Evangelischen aufzusetzen, so kamen Fürsten- und Städterat allein in Frage. Mit jenem die engste Fühlung zu behalten, schien den braunschweigischen Gesandten vor allem notwendig. Sie beklagten sich daher bei den Altenburgern[1]), daß sie zu den Beratungen der evangelischen Mitglieder des Fürstenrats nicht genügend zugezogen würden. Wenn diese nun auch, da Braunschweig nicht zu Sitz und Stimme zugelassen sei, Bedenken trugen, dessen Gesandte geradezu an ihren Beratungen teilnehmen zu lassen, so erreichten diese doch durch ihre Beschwerde, daß man ihnen durch Deputierte regelmäßig Mitteilung von den Verhandlungen des evangelischen Teils des Fürstenrats zukommen ließ. So sicherten sie sich den Einfluß auf die Abfassung der gravamina, und selbst ohne Initiative, ließ man sich dort gern von den braunschweigischen und hessischen Gesandten leiten, legte geradezu deren Entwürfe zu Grunde. Auch der Städterat, der immer noch das standhafteste Verhalten zeigte, wenn zeitweilig Langenbeck auch bei ihm ein Nachlassen der alten Festigkeit spürte, wandte sich mit seinem Entwurf der gravamina zu wiederholten Malen an Langenbeck. Gab es dem Fürstenrate gegenüber immer nur anzutreiben, so mußte Langenbeck hier auch gelegentlich bei zu weit gehenden Behauptungen hemmend eingreifen — so, wenn dort der Satz aufgestellt wurde, für die geistlichen Besitzungen gäbe es überhaupt keine rechtlichen Bestimmungen. Langenbeck wies sie dem gegenüber darauf hin zu betonen, daß der Augsburger Religionsfriede das jus reformationis ganz allgemein zur Grundlage mache — wodurch dann die Rechtsgültigkeit des reservatum ecclesiasticum bestritten wurde. Es ist der Tätigkeit Langenbecks nicht zum wenigsten mit zuzu-

---

1) 3./13. April. Schon am 6./16. April fanden dann ausführliche Beratungen mit dem evangelischen Deputierten statt.

Digitized by Google

schreiben, wenn die katholischen Stände von ihrer ursprünglichen Absicht, die gravamina als durch den Prager Frieden erledigt hinzustellen, abgehen mußten und auch von dem dann beliebten Standpunkte, sie wenigstens von der Erörterung während des Reichstages auszuschließen, abgedrängt und genötigt wurden, sich zur Entgegennahme der gravamina der evangelischen Stände, zur Beratung darüber und zur Abfassung von Gegenaufsätzen zu bequemen[1]). Auffallend gering ist im Verhältnis zu dieser mehr privaten Tätigkeit der braunschweigischen Gesandten die offizielle bei den Verhandlungen mit den Reichsdeputierten. Nur dreimal — am 2./12. April, 28. Mai/7. Juni, und am 6./16. Juni kamen dabei die gravamina und jedesmal mehr nebensächlich zur Sprache. Wenn auch an dem letzten dieser Tage die braunschweigischen Gesandten darauf drangen, daß die gravamina noch während des Reichstages erledigt werden müßten, so glaubten sie doch daran tatsächlich selbst schon nicht mehr. Seit der Münchener Reise des Kaisers[2]) nahm man allgemein an, daß dem Reichstage kein allzulanges Leben mehr beschieden sein würde, zumal auch der Kaiser dringend zur Beschleunigung der Arbeiten, deren es noch die Fülle gab, mahnte. In der Tat verlief die Beratung der gravamina vom Juli ab mehr und mehr im Sande. Eine eigentliche Niederlage hatte die Politik der Braunschweiger damit nicht erlitten. Wie nicht sie es gewesen waren, die diesen Punkt, wenngleich sie deren Urheber waren, in den Vordergrund gedrängt hatten, so brauchten sie sich es auch nicht zu sehr zu Herzen zu nehmen, daß diese Frage auf dem Reichstage nicht erledigt wurde. Wichtig aber war doch, daß sie durch ihre Tätigkeit erreicht hatten, daß die gravamina nicht einfach als durch den Prager Frieden erledigt hingestellt wurden — gerade an diesem Punkte ist durch Kurbrandenburgs öffentliche und Braunschweig-Lüneburgs private Tätigkeit in den Prager Frieden, wie ihn seine Anhänger auffaßten, Bresche geschossen worden. Was die Braunschweiger außerdem mit der Beratung dieses Gegenstandes bezweckten: die evangelischen Stände zu einem engeren Zusammenschluß

[1]) Da unter den gravaminibus der Katholiken auch die Vorenthaltung von Minden und Hildesheim ausdrücklich namhaft gemacht wurde, bat Langenbeck (Rel. vom 2./12. Juni) deshalb um Instruktion, erhielt aber deswegen keine Anweisungen mehr.

[2]) Über diese, die am 1./11. Mai erfolgte, schreibt Langenbeck schon am 5./15. Mai, er glaube, es müsse dadurch dem ganzen Reichstage sein Schluß, Ziel und Maße gegeben werden. Am 15./25. Mai kehrte der Kaiser nach Regensburg zurück. (Rel. von Langenbeck vom 19./29. Mai.)

Digitized by Google

und zu mannhafteren Auftreten gegenüber der katholischen Mehrheit zu bringen, ist ihnen dagegen nur unvollkommen gelungen[1]).

Weniger zufrieden dürfte man auf der Gegenseite mit dem Verlauf dieser Verhandlungen gewesen sein. Nicht nur, daß man von der bislang festgehaltenen Position sich hatte wegdrängen lassen, kam dabei in Frage; es mußte für das kaiserliche Kabinett höchst unwillkommen sein, durch die Erörterung der gravamina die Gegensätze wieder berührt zu sehen, die dem Bestreben, die Stände des Reiches gegen den äußeren Feind zu einigen, nur entgegenwirken konnten. So war es jedenfalls ein taktischer Fehler von Kurmainz gewesen, als es die braunschweigischen Gesandten zur Nennung ihrer gravamina aufforderte; man hatte geglaubt, diese Frage lediglich auf die Privatbeschwerden der Braunschweiger beschränken zu können, und sah sich dann auf ein Gebiet gedrängt, das man hatte umgehen wollen. Und gerade jetzt zu Beginn des Sommers erforderten die Kriegspläne des Wiener Hofes eine erneute Beratung des zweiten Punktes der kaiserlichen Proposition; man hoffte von dem Reichstage noch neue große Bewilligungen für kriegerische Zwecke herauszupressen. Für die Gesandten Braunschweig-Lüneburgs war hier ganz besondere Aufmerksamkeit geboten; bei der Lage des Kriegsschauplatzes, der Entwicklung der Verhältnisse in der Heimat mußte sich für sie diese allgemeine Frage mit den Privatinteressen ihrer Fürsten auf das engste verknüpfen.

Die Behandlung der Hildesheimer Frage blieb im wesentlichen in dem toten Geleise stecken; eine neue Schwierigkeit entstand noch dadurch, daß man von seiten Braunschweigs jetzt auch Vollmachten von dem Domkapitel und den kölnischen Collegiatstiften verlangte. Vergeblich erklärten die Kurmainzischen,[2]) daß das durchaus gegen den Brauch verstoße; ein regierender Bischof, dem die landesfürstliche Hoheit zustehe, bedürfe bei solchen Verhandlungen die Vollmacht des Kathedralstiftes nicht. Sie ließen durchblicken, daß sie darin nur wieder ein neues Mittel sähen, die Sache hinzuzögern. Trotzdem verharrte die Kalenberger Regierung bei ihrem Standpunkte.[3]) Gerade wegen dieses Miß-

[1]) Der Behauptung Kochs (I, 305), daß das Hereinziehen der Religionsbeschwerden eine vom französischen Kabinett angesponnene Intrigue gewesen sei, fehlt jede Unterlage.

[2]) Relation Langenbecks vom 26. Mai/5. Juni.

[3]) Christian Ludwig an Langenbeck 1641 Juni 21./Juli 1. Die auf Hildesheim bezüglichen Stellen sind freilich im Konzept durchstrichen, geben aber jedenfalls die Ansicht der Kalenberger Regierung wieder.

Digitized by Google

trauens wünschte Langenbeck lebhaft, daß die Verhandlungen in Gang kämen; namentlich nach Herzog Georgs Tode schien es ihm dringend notwendig, daß bald wegen Hildesheim Gesandte nach Regensburg geschickt würden, damit man die Einmütigkeit des Hauses Braunschweig-Lüneburg sehe und die Tätigkeit der neuen Kalenberger Regierung wahrnehme. Auch Herzog Friedrich suchte er davon zu überzeugen, daß seine Teilnahmlosigkeit in dieser Frage gegen das Interesse des Gesamthauses sei, und es mag dieser Anregung zuzuschreiben sein, wenn Herzog Friedrich sich Christian Ludwig gegenüber wenigstens zur Unterstützung in der Hildesheimer Angelegenheit erbot.[1]) Weiter war er aber auch nicht zu bringen, Vollmacht und Instruktion in dieser Sache mit zu unterschreiben, halte er für bedenklich, da er sich dadurch zum consors litis machen würde. Über Beratungen und Entwürfe zu einer solchen Instruktion kam man auch zwischen den beiden anderen Linien nicht hinaus. So war man am Schluß des Reichstages in dieser Angelegenheit nicht viel weiter als zum Beginn des Kurfürstentages zu Nürnberg.

Mehr als die Hildesheimer Sache trat überhaupt die Wolfenbüttler Frage in den Sommermonaten in den Vordergrund, da dieser Gegenstand bei der herrschenden Kriegslage mehr aktuelles Interesse hatte, wie denn überhaupt die Privatinteressen des Hauses Braunschweig-Lüneburg in engste Beziehung zu der Entwicklung der politischen und militärischen Verhältnisse im Reich gesetzt wurden. Schon Mitte April[2]) suchten die kurmainzischen Deputierten es den braunschweigischen Gesandten nahe zu legen, bei ihren Fürsten dahin zu wirken, daß man Baner zurückweise, falls er wieder seinen Marsch auf deren Lande richte. Dahingegen glaubten sie ihnen versichern zu dürfen, daß in diesem Falle die fürstlichen Lande von der kaiserlichen Armee verschont werden würden. Die braunschweigischen Gesandten beantworteten diese Aufforderung mit dem Ersuchen, auf schleunige Restitution von Wolfenbüttel zu dringen. Es kam ja dem Wiener Hof jetzt alles darauf an, eine neue Vereinigung der Braunschweiger mit den Schweden zu hintertreiben; daß von Baner Versuche in der Richtung gemacht wurden, wußte man und behauptete auch aus den Akten Baners, die man bei dessen Rückzug in die Hände bekommen hatte, beweisen zu können, daß man sich von seiten Braunschweigs dagegen nicht ablehnend verhalten habe. Man rechnete aber vor allen Dingen mit dem Tode des Herzogs Georg. „Man hat allhier

[1]) Schreiben vom 16./26. Juni 1641.

[2]) Protokoll der Verhandlungen zwischen den kurmainzischen und braunschw. Gesandten 2./12. April.

Digitized by Google

sehr darüber gloriiert, schreibt Langenbeck am 21. April/1. Mai an seinen Herzog, und gute Hoffnung geschöpfet, daß große alterationes darauf erfolgen werden." Man hoffe, Baner desto besser nachzusetzen und das fürstliche Haus, ehe es genügend gerüstet, von ihm zu trennen oder „per fistulas dulce canentes, sincerationes aut denique minas sich selbst zu separieren und quovis pacto zu accomodieren zu zwingen". Man lasse von der Gegenseite durchblicken, daß alle Verhandlungen mit den braunschweigischen Gesandten nur den einen Zweck gehabt hätten, ihre Fürsten von den Schweden abzuziehen und sie zur Vereinigung mit Kaiser und Reich zu bringen; sähe man sich darin getäuscht, so würde man sie abbrechen. Langenbeck erkannte sehr wohl, daß man auf diese Weise glaubte, einen Druck auf sie ausüben zu können, um bei ihren Prinzipalen eine kaiserfreundliche Politik zu befürworten. Er teilte aber durchaus den Standpunkt Herzog Georgs, hielt das Eingehen von Separatverhandlungen ohne oder gar im Gegensatz zu Schweden für gefährlich und riet daher dringend zu einmütigen und tapferen Entschlüssen des fürstlichen Hauses. Man scheute auf der Gegenseite auch nicht vor persönlichen Drohungen zurück. Indem man durch die Württemberger den braunschweigischen Gesandten vorstellen ließ, welch gute Aussicht man habe, diesmal mit Baner ganz fertig zu werden, wenn er nicht wieder durch Braunschweig und Hessen unterstützt würde, drohte man, wenn dies aber doch geschehe, so würden die Diener des fürstlichen Hauses, die dazu rieten, es zu verantworten haben und vom Kaiser später übel dafür angesehen werden. Man wisse sehr wohl, daß die Herzöge Friedrich und Augustus „Ihre Kais. Maj. allerunterthänigst affectionieret". Langenbeck ließ sich jedoch dadurch von dem, was er für richtig hielt, nicht abbringen, wich jeder bestimmten Äußerung über die Politik des fürstlichen Hauses aus, erklärte, es würde sich diese wohl aus der allgemeinen Kriegslage ergeben müssen. Noch gab man jedoch am Wiener Hofe den Gedanken nicht auf, durch die braunschweigischen Gesandten auf die Politik ihrer Herzöge in dem von ihnen gewünschten Sinne einzuwirken; selbst die hessen-kasselschen Gesandten, von denen man sonst im allgemeinen weniger wissen wollte, wurden damals bearbeitet. In dieser Zeit[1]) fielen die früher erwähnten Äußerungen, daß der Kaiser eventuell geneigt sei, dem fürstlichen Hause Neutralität zu gewähren, dem Herzog August vorläufig auch ohne Regelung der Hildesheimer Angelegenheit Wolfenbüttel unter Belassung eines Teiles der

[1]) Relation Langenbecks vom 28. April/8. Mai.

Digitized by Google

bisherigen Garnison einzuräumen. Langenbeck sah auch darin nur das Bestreben des Wiener Hofes, das fürstliche Haus zu isolieren und in sich zu spalten; er riet, sich nicht nach solchen Versprechungen, sondern allein nach der Entwicklung der Dinge auf dem Kriegsschauplatz zu richten. Auch als zuerst die Kunde von dem Auftrage Piccolominis für Verhandlungen mit dem fürstlichen Hause nach Regensburg gelangte, warnte Langenbeck davor, sich darauf zu sehr zu verlassen; das einzige, was man dadurch vielleicht erlangen könne, sei Sicherung in militärischer Hinsicht, auf die eigentlichen Hauptbeschwerden des fürstlichen Hauses aber werde er wohl kaum instruiert sein. Bei Langenbecks Überzeugung, daß das fürstliche Haus seine Entschlüsse in erster Linie von der Entwicklung der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze abhängig machen müsse, schien ihm das Ansinnen der Kalenberger Regierung, in Regensburg Schritte zu tun, daß die braunschweigischen Lande von dem Kriege verschont blieben, wenig zweckmäßig[1]; es fand sich aber doch bei den nächsten Verhandlungen[2] mit den Kurmainzischen Gelegenheit, diese Bitte zu erfüllen. Als diese nämlich die Frage zur Sprache brachten, wie die Herzöge sich bei dem Feldzuge verhalten würden, erklärten die Gesandten, sie hätten darüber noch keine Nachricht, wiesen aber darauf hin, daß der Feldzugsplan der Kaiserlichen notwendigerweise ihre Herzöge den Schweden in die Arme treiben müsse, da Baner ihnen überlegen sei. Während Kurmainz nun riet, Baner feindlich entgegenzutreten, erklärten die braunschweigischen Gesandten dies für unmöglich und schlugen vor, daß die Kurmainzischen bei den Kaiserlichen dahin wirken sollten, daß Piccolominis Armee seitwärts der fürstlichen Lande ziehe. Zu gleicher Zeit verteidigten sie das gute Recht des fürstlichen Hauses, Wolfenbüttel zu belagern. Darüber, daß solche theoretischen Erörterungen der Kriegslage auf den Gang der Kriegsereignisse wenig Einfluß haben würden, war sich übrigens Langenbeck völlig klar. Mit Besorgnis aber erfüllte es ihn, als er mehr und mehr erkannte, daß die Politik Herzog Augusts sich von der der andern Linien trenne. Das Schreiben Kursachsens an den Kaiser von Mitte Mai lenkte seine Aufmerksamkeit zuerst nach dieser Richtung. Hatte er hier zunächst noch gehofft[3], daß Herzog August nicht ohne Vorwissen der andern Linien gehandelt haben würde, so wurde er in hohem Grade bedenklich, als er dahinterkam, daß sein Mitgesandter für die Wolfen-

[1] Kalenb. Regierung an Langenbeck 26. April/6. Mai. Antwort Langenbecks 12./22. Mai.

[2] 8./18. Mai.

[3] Relation vom 26. Mai/5. Juni.

Digitized by Google

büttler Linie, Kanzler Bohn, hinter seinem Rücken Verhandlungen mit dem Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg angeknüpft hatte. Als ihn Langenbeck deswegen stellte[1]), leugnete er, daß diesen Verhandlungen irgend eine Bedeutung beiwohne, er habe nur sondieren wollen; Briefe Bohns an Herzog August und Entwürfe, die in seine Hände gelangten, bewiesen aber das Gegenteil. Daraus ging hervor, daß Franz Albrecht sich zum Vermittler zwischen Trautmansdorf und Herzog August gemacht hatte. Man hatte sich dabei schon über die Hauptpunkte geeinigt: Sicherung der fürstlichen Lande gegen feindliche Einfälle, keine Nötigung zur Waffenvereinigung mit den Kaiserlichen, Beseitigung der Tillischen Forderung, Verweisung der Hildesheimer Sache auf den Weg des Rechts und der Güte, Auslieferung Wolfenbüttels an Herzog August ohne weitere Verzögerung, sobald das kleine Stift Hildesheim zurückgegeben sei. In einem weitergehenden Entwurfe hatte Bohn auch einen vorläufigen Waffenstillstand vorgeschlagen, und dies wurde nun von kaiserlicher Seite so aufgefaßt, als ob damit ein Separatwaffenstillstand des Hauses Braunschweig-Lüneburg gemeint sei — worauf sie natürlich sehr gern eingegangen wären, da er ihnen für den Augenblick das bot, was sie bezweckten: die Trennung der Braunschweiger von den Schweden, ohne daß sie selbst doch für die Zukunft sich gebunden hätten. Langenbeck riet auch hier wieder dringend, solchen Separatverhandlungen und Sondergelüsten im fürstlichen Hause entschieden entgegenzuwirken. Daß die cellische Linie in der Tat so lange den Versuchungen nach dieser Richtung hin widerstanden hat, ist zweifellos Langenbecks unausgesetzten Warnungen zuzuschreiben.

Inzwischen hatte sich auch der Reichstag offiziell mit dem Schreiben Herzog Augusts an den Kurfürsten von Sachsen beschäftigt. Der Kaiser hatte vom Kurfürstenkollegium ein Gutachten über die Vorschläge des Kurfürsten von Sachsen eingefordert; dieses erfolgte am 30. Mai/9. Juni.[2]) Bevor Verhandlungen mit den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg anzuknüpfen, ist von ihnen eine kategorische Erklärung zu fordern, ob sie sich vom Feinde trennen und eine Verbindung mit dem Kaiser und den gehorsamen Ständen des Reiches einzugehen gemeint seien. Denn es sei wohl zu merken, daß den Herzögen bei der Sache nicht wohl sei und

[1]) Relation Langenbecks vom 2./12. Juni. Brief Bohns an Herzog August 28. Mai/7. Juni; dazu ein undatiertes, aber in diese Zeit gehörendes Promemoria Bohns an Franz Albrecht.

[2]) d. d. 9. Juni [n. st.] St. Arch. Hannover, Hildesh. VII$_1$ Nr. 43. Vgl. auch Koch I, 388. Dazu auch Langenbecks Relation vom 8./18. Juni.

Digitized by Google

sie fürchteten, durch die Schweden keine genügende Versicherung ihrer Lande zu erhalten; man müsse daher diese Gelegenheit ausnutzen. Man dürfe ferner die Traktaten nicht mit Herzog August allein, sondern mit dem Gesamthause führen, zumal man wisse, daß des fürstlichen Hauses Völker durch den verstorbenen Herzog Georg, nicht aber durch Herzog August, „der sich diesfalls öfters entschuldigt" geführt worden seien. Nur wenn die beiden anderen Herzöge sich weigerten, könne man auch mit Herzog August allein verhandeln. Die Auslieferung Wolfenbüttels könne nur gegen Rückgabe des kleinen Stifts Hildesheim erfolgen; die Verhandlungen würden am besten durch den Erzherzog geführt. Der Kurfürstenrat war also jedenfalls der Ansicht, daß das Vorgehen Herzog Augusts auf eine derartige Lage der braunschweigischen Lande schließen lasse, daß ein allzugroßes Entgegenkommen nicht nötig sei,[1]) und man erkannte auch wohl, daß Separatverhandlungen mit Herzog August nicht zum Ziele führen würden. Langenbeck gewann aber auch aus diesem Gutachten nur wieder die Überzeugung, daß man auf kaiserlicher Seite gar nicht ernsthaft an Verhandlungen denke, sondern daß man das fürstliche Haus nur so lange mit Hoffnungen hinhalten wolle, bis der Erzherzog mit seinem Heere auf dem Kriegsschauplatze angelangt sei, so daß er alsdann seine Absichten mit Gewalt durchsetzen könne. Diese Ansicht traf ja freilich die Wahrheit nicht ganz, da es zweifellos dem Kaiser Ernst war mit den Verhandlungen mit Braunschweig-Lüneburg, enthielt aber doch den richtigen Gedanken, daß das fürstliche Haus gut tue, seine Entscheidungen zu treffen, ehe des Feindes Macht ihm das Messer an die Kehle setze, daß man zum mindesten auf alle Fälle gut gerüstet sein müsse. Denn daß man auf kaiserlicher Seite gewaltige Anstrengungen für diesen Feldzug machen wolle, das bewiesen die neuen Beratungen über den Kriegspunkt. Schon Mitte Juni wurde davon gesprochen, daß der Kaiser den 700fachen Römermonat fordern wolle — und daß man dabei nicht allzuhoch gegriffen hatte, bewies das Gutachten des Kaiserlichen Kriegsrats vom 25. Juni/5. Juli, wonach die Kriegsmacht auf wenigstens 81000 Mann zu setzen sei. Die Verhandlungen darüber haben sich bis tief in den September hineingezogen; die Abneigung aller Stände gegen so hohe Bewilligungen war so groß, daß die Kaiserlichen von ihren Forderungen sehr heruntergehen mußten; auf den schroffsten Standpunkt stellten sich auch hier wieder die Städte, die wie im Vorjahre bei 60 Römermonaten stehen blieben, während die

[1]) Langenbeck berichtet dies ausdrücklich. Relation vom 9./19. Juni.

Digitized by Google

beiden anderen Reichsräte die für 1640 bewilligten 120 Römermonate auch dieses Jahr für genügend hielten. Langenbeck suchte auf die evangelischen Stände dahin zu wirken, daß sie nichts bewilligen sollten, ehe man ihnen nicht Rechenschaft darüber gebe, gegen wen der Krieg geführt werde. Denn sie dürften doch nicht dazu beitragen, daß des Reiches Mittel zum Schaden der evangelischen Sache verwendet würden. Freilich waren seine Bemühungen auch hier ohne Erfolg — im Kurfürstenrat konnte man allein auf Kurbrandenburg rechnen[1]) — im Fürstenrate waren Ende Juli kaum noch zehn evangelische Stimmen, von denen einige wie die von Kursachsen abhängigen und Hessen-Darmstadt auch der kaiserlichen Seite zufielen, so daß die wenigen übrig bleibenden gegenüber den 40 katholischen Stimmen gar nicht in Betracht kamen. Unter den Städten hielten sich damals nur noch Nürnberg, Frankfurt und Ulm etwas tapferer. Langenbeck meinte, indem er diese Verhältnisse dem jungen Herzog Christian Ludwig darlegte, das eben sei die Folge des dreiundzwanzigjährigen Krieges, daß niemand im Reichstage selbst zu mucksen wage, sondern das vom Kaiser Befohlene tue. Langenbeck glaubte es aus diesem Grunde ablehnen zu müssen, nach des Herzogs Wunsche jetzt (Ende Juli) noch eine Aktion in dem Sinne einzuleiten, daß die Evangelischen keine Gelder für die kaiserlich-liguistische Armee bewilligen sollten, da diese gegen das Haus Braunschweig-Lüneburg kämpfte; er hatte das Vergebliche seiner privaten Bemühungen längst erkannt. Dagegen hatte er das Augenmerk Christian Ludwigs schon früher[2]) auf einen anderen Punkt gelenkt. Er hatte in Erfahrung gebracht, das Trautmansdorf dem Kanzler Bohn gegenüber geäußert habe, der Kaiser stelle als Bedingung der Verhandlungen, daß die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg nach Abschluß der Traktaten die Beschlüsse des Reichstages namentlich auch hinsichtlich des Kontributionspunktes annähmen. Langenbeck wies durchaus zutreffend darauf hin, daß, falls das fürstliche Haus in Verhandlungen mit dem Kaiser eintrete, diese nur eine Neutralität oder Exemption zum Gegenstande haben könnten. Die Beteiligung an der Bestreitung der Kosten für das kaiserliche Heer hebe aber diese Neutralität tatsächlich und jedenfalls in den Augen der Schweden auf. Langenbeck berührte damit den Punkt, um den sich späterhin die Verhandlungen immer wieder gedreht haben; der Wiener Hof wollte nicht Neutralität, sondern Anschluß des Hauses

[1]) Langenbeck schildert diese Zustände in der Relation vom 15./25. Juli.
[2]) Relation vom 10./20. Juni.

Digitized by Google

Braunschweig-Lüneburg;[1]) es scheint daß Kanzler Bohns wenig geschickt geführte Verhandlungen mit Trautmansdorf diesen in dem Glauben bestärkten, daß dies zu erreichen sei, indem man von vornherein den Bogen etwas straff spanne. Um so größer war die Enttäuschung, als nun im Juni die Nachrichten von der neuen Vereinigung der braunschweigischen Waffen mit denen der Alliirten nach Regensburg drangen. Es gab eine heftige Szene zwischen Trautmansdorf und Schlick;[2]) dieser machte jenem den Vorwurf, er habe dem fürstlichen Hause nicht frühzeitig genug hinreichende Satisfaktionsvorschläge gemacht. Doch äußerte der kurmainzische Gesandte Langenbeck gegenüber, man hoffe durch Kursachsen und den Erzherzog noch alles wieder zum Guten zu wenden, was Langenbeck bezweifelte, da man jetzt mitten in der Aktion sei. Seinen Fürsten riet er dringend, der kaiserlichen Armee das Land nicht zu öffnen, nur noch etwas Ausdauer sei nötig, mißlinge den Kaiserlichen dieser Feldzug, so würden sie in große Verwirrung und Bestürzung geraten, denn es herrsche ein unsagbarer Mangel an Geld und militärischen Hülfsmitteln. Auf kaiserlicher Seite wich diese Zuversicht denn auch sehr bald einer zunehmenden Erbitterung — man hatte auf die Verhandlungen mit Herzog August doch fester gebaut — es zeigte sich nun, daß der Kurfürstenrat in seinem Gutachten richtig geurteilt hatte, daß nicht bei jenem die Entscheidung in militärischen Angelegenheiten liege. In Regensburg verbreitete man, Piccolomini solle mit aller Macht gegen die fürstlichen Lande gehen und eventuell ein Haupttreffen wagen — Langenbeck irrte sich diesmal, wenn er glaubte, dies Gerücht werde absichtlich nur verbreitet um abzuschrecken.[3]) Denn bald danach trafen in Regensburg die ersten Mitteilungen von dem Treffen bei Wolfenbüttel ein,[4]) die auf kaiserlicher Seite große Bestürzung hervorriefen und die Erbitterung gegen die Braunschweiger erhöhten — man glaubte sich auch von Herzog August getäuscht. Bei dieser Sachlage hielt es der Kaiser für nötig, ein Gutachten der Reichsräte[5]) darüber einzuholen, was nunmehr mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg zu tun sei, da es allen Versuchen, es zu gütlichen Verhandlungen zu bewegen, zum Trotz sich doch wieder mit dem Feinde vereinigt habe. Ob daraufhin von seiten

[1]) Man deutete dies Langenbeck direkt an. Relation vom 23. Juni/3. Juli.

[2]) Relation vom 9./19. Juni. Langenbeck erfuhr durch den kurmainzischen Kanzler davon.

[3]) Relation Langenbecks vom 16./26. Juni.

[4]) Relation vom 23. Juni/3. Juli.

[5]) d. d. 4. Juli. [N. st.]

Digitized by Google

der Reichsräte ein Gutachten erfolgte, lassen unsere Quellen nicht erkennen; es wurde ja sehr bald durch die weitere Entwicklung der Verhältnisse gegenstandslos; der Entschuldigungsbrief Herzog Augusts[1]) gab neue Hoffnung, und bald erkannte man, daß dessen Einfluß auf die Entscheidungen des Gesamthauses im Wachsen war.

So erklärt sichs auch wohl, daß die Tätigkeit der braunschweigischen Gesandten in Regensburg durch die Vorgänge vor Wolfenbüttel nicht in der Weise lahm gelegt wurde wie im Jahre zuvor durch die Vereinigung mit den Schweden während des Kurfürstentages zu Nürnberg. Zurückhaltender war man freilich eine Zeit gegen sie; Langenbeck machte es größere Schwierigkeiten, fortlaufende Nachrichten über die Verhandlungen zu erhalten, aber nach keiner Richtung hin erlitt ihre Tätigkeit eine völlige Unterbrechung. Ein Rückzugsgefecht war es freilich nur, das sie in der Angelegenheit der Verhandlungen mit den fremden Kronen führen konnten. Längst war kein Gedanke mehr daran, daß diese noch während des Reichstages beginnen würden — im Gegenteil, es drohten neue Weiterungen durch das Anfang Mai gestellte Verlangen Schwedens, Münster und Osnabrück als Verhandlungsorte zu bestimmen, zumal es sich herausstellte, daß Schweden hier ohne vorheriges Einverständnis mit Frankreich vorgegangen sei. Denn von dieser Macht lief noch später ein Schreiben ein, wonach sie sich mit Köln als Beratungsort einverstanden erklärte.[2]) Indessen man gab auch hier auf kaiserlicher Seite schließlich nach. Die braunschweigischen Gesandten ließen nunmehr auch ihre weitergehenden Pläne fallen und empfahlen in einem Memorial am 16. Juni/6. Juli den Ständen, beim Kaiser dahin zu wirken, daß Münster und Osnabrück als Verhandlungsorte gewählt würden. Eine etwas mehr persönliche Note suchten sie der Erörterung dieses Punktes zu geben, indem sie an ihren im Februar getanen Vorschlag erinnerten, daß Deputierte aus allen drei Reichsräten zu diesen Traktaten hinzugezogen würden. Sie erlangten auch, das alle drei Reichsräte sich auf diesen Standpunkt stellten;[3]) wie ja denn auch der Reichsabschied die freilich sehr unbestimmte Bemerkung enthielt, daß zu den Verhandlungen in Osnabrück und Münster auch die Reichsstände die Ihrigen abordnen könnten. Von da bis zu dem begehrten Rechte, als verhandelnde Partei an den Friedenstraktaten teilzunehmen, war, wie deren Präliminarien beweisen, noch ein weiter Weg. Befanden sich in diesem Falle die

[1]) Vgl. Seite 233.

[2]) Von Langenbeck in der Relation vom 21./31. Juli erwähnt.

[3]) Relation Langenbecks vom 18. Juni/8. Juli.

Digitized by Google

braunschweigischen Gesandten im Einvernehmen mit der Mehrheit der Stände, so kämpften sie hinsichtlich des Amnestiepunktes bei der Lässigkeit der meisten Evangelischen gegen eine stets wachsende Übermacht. Aber gerade in diesem Punkte haben sie den Kampf bis zuletzt auf das zäheste geführt. Es blieb ihnen ja auch von alle dem, was sie ihrer Instruktion gemäß — formell waren sie bis Mitte Juli auf die Novemberinstruktion angewiesen, da auch nach dem Tode Herzog Georgs zunächst keine neue erfolgte[1]) — durchsetzen sollten, eigentlich nur noch dieser eine Punkt übrig. Aber freilich, die unbedingte, weder der Zeit noch den Personen nach beschränkte Amnestie, wie sie von ihnen begehrt wurde, mußte auf so manches andere Gebiet, namentlich die Privatanliegen des fürstlichen Hauses und die allgemeinen gravamina eine solche Rückwirkung üben, daß das Mißlingen ihrer Vorschläge in anderen Punkten durch die Erreichung jener einigermaßen gut gemacht worden wäre.

Als die braunschweigischen Gesandten im März wieder daran erinnerten, den Amnestiepunkt nochmals in Beratung zu nehmen, war die Geneigtheit weder im Kurfürsten- noch im Fürstenrate dazu vorhanden — man wollte sich allenfalls dazu herbeilassen, bei der Beratung über die gravamina diesen Punkt gewissermaßen durch ein Seitenpförtchen nochmals wieder hineinschlüpfen zu lassen[2]), indem die Evangelischen die Beschränkung der Amnestie unter ihre gravamina aufnähmen; allein da die Behandlung dieses Punktes über allgemeine Erörterungen, über Aufsätze und Gegenaufsätze nicht hinauskam, so war der Sache wenig damit gedient.

Merklich ungünstiger stand es jetzt überhaupt um die Aussichten der Braunschweiger, seit Kursachsen seinen Gesandten wegen des hennebergischen Votums desavouiert hatte und sich nun auch in dem vom Kaiser besonders betonten Punkte auf dessen Seite stellte, daß die Amnestie nur dann und nur für die Wirkung haben sollte, die sich mit den kaiserlichen Waffen zur Bekämpfung der Reichsfeinde vereinigten. Gerade dieser Punkt aber war für die Politik Braunschweigs wie Hessens der lästigste. Deswegen sind ihre Gesandten auch bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder auf ihre Forderung wegen der allgemeinen und unbeschränkten Amnestie zurückgekommen. Sie erreichten wenigstens,

[1]) Die nicht sehr zahlreichen Schreiben Herzog Friedrichs und Herzog Christian Ludwigs während dieser Monate weichen inhaltlich nicht von der Instruktion im November ab.

[2]) Relation Langenbecks vom 31. März/10. April.

Digitized by Google

daß in den Reichsräten diese Angelegenheit nochmals zur Sprache gebracht wurde[1]) und man ihnen die Versicherung gab, daß das Bedenken der Reichsräte, nachdem es dem Kaiser übergeben worden, ihnen mitgeteilt werden sollte. Indessen bei diesen Zusagen allgemeiner Art blieb es auch; eine wirkliche Neuberatung des Amnestiepunktes setzten sie nicht durch, obwohl sie am 15./25. April nochmals dringend darum ersuchten. Erst sechs Wochen später — am 28. Mai/7. Juni eröffneten ihnen die Deputierten, daß man nicht einsehen könne, welchen Zweck eine nochmalige Beratung über den Amnestiepunkt haben könnte; zu gleicher Zeit überreichten sie ihnen das Amnestiebedenken der Stände an den Kaiser. Dieses riet dem Kaiser die Generalamnestie in folgender Form[2]): hinsichtlich der restituierten Stände solle es bei den Verträgen sein Bewenden haben; die noch nicht ganz ausgesöhnten Stände sollen auf ihre Bitten vom Kaiser Vergebung und Restitution erhalten. Die zwar restituierten, aber bei dieser Gelegenheit beschwerten Stände sind ohne alle Rücksicht auf den Prager Nebenrezeß zu restituieren. Ausgeschlossen werden die kaiserlichen Erblande; die Pfälzer Sache soll durch besondere Verhandlungen erledigt werden. Die in die Amnestie Aufgenommenen sollen alles, was sie erobert, dem Prager Frieden gemäß wieder in den Stand setzen, wie es vor dem Kriege gewesen ist; wie denn dieser Friede im allgemeinen bestätigt werden soll. Die Zeit, von der die Amnestie gerechnet werden soll, ist hinsichtlich der Personen und Güter der Zeitpunkt der Landung Gustav Adolfs, hinsichtlich der geistlichen Güter aber der 12. November 1627. Alle diese Bestimmungen aber sollen nicht eher verbindlich sein, als bis die wirkliche Vereinigung sämtlicher Stände des Reiches geschehen ist. Dieses Bedenken, das dann später fast unverändert in den Reichsabschied (§ 4—9) aufgenommen wurde, ging zwar über die kaiserliche Dezemberresolution in ein paar Punkten hinaus — aber gegenüber den Vorschlägen des Hauses Braunschweig-Lüneburg zeigte es auch nicht das geringste Entgegenkommen. Die braunschweigischen Gesandten sprachen denn auch in dem Memoriale vom 16./26. Juni[3]) ihr Verwundern darüber aus, daß man diesen Punkt nicht nochmals zur Beratung gestellt, mindestens ihnen das Bedenken nicht vor der endgültigen Beschlußfassung mitgeteilt habe. Sie müßten bezweifeln, daß durch die beschränkte Amnestie der Zweck der Beruhigung des Reiches erreicht und den Kronen der Vorwand,

[1]) Vgl. z. B. Sitzung 85 des Fürstenrats. Mai 13./23. bei Londorp V, 253 ff.
[2]) Häberlin, neue teutsche Reichsgeschichte XXVII, 515 f.
[3]) Londorp V, 351 ff.

Digitized by Google

den Krieg fortzusetzen, genommen werde. Denn es sei bekannt, daß die Absichten der Kronen dahin gingen, daß im Reiche alles in den Stand vor dem Beginn des Krieges gesetzt werde; in dem Amnestiebedenken aber werde der Pragerschluß überall als Norm gesetzt, den jene gerade als Stein des Anstoßes betrachteten. Ihrer Instruktion gemäß müßten sie daher auf eine allgemeine Amnestie und die Aufnahme der pfälzischen Angelegenheit in dieselbe dringen. Für diese zeigten die braunschweigischen Gesandten überhaupt ein lebhafteres Interesse, mit dem pfälzischen Gesandten, der im Mai in Regensburg eintraf, traten sie in regen Verkehr; als im Juli der englische Gesandte gleichfalls dorthin kam[1]), knüpften sie auch mit diesem Beziehungen an, wobei es sich hauptsächlich auch um die Pfälzer Sache handelte — Bemühungen, die vom Pfalzgrafen Karl Ludwig späterhin dankend anerkannt wurden[2]). Eine Antwort auf das Memorial vom 16./26. Juni erhielten die Braunschweiger nicht — man sah sich am wenigsten in diesem Augenblicke, wo die braunschweigischen Waffen von neuem mit den schwedischen zusammen fochten, veranlaßt, auf diese Wünsche einzugehen. Da inzwischen auch die Beratung der gravamina keinen Erfolg hatte, anderseits Langenbeck wiederholt namentlich von Christian Ludwig angewiesen wurde[3]), die Amnestie nicht außer Acht zu lassen, daneben aber auch die Handlungsweise des Hauses Braunschweig-Lüneburg vor Wolfenbüttel als Akt der Notwehr zu rechtfertigen, so entschlossen sich die braunschweigischen Gesandten gemeinsam mit den hessischen noch einmal am 12./22. August, den Ständen die Gesichtspunkte der Politik ihrer Fürsten darzulegen. Unsere Fürsten, heißt es darin[4]), sind betrübt, daß alle ihre Erinnerungen betreffs einer allgemeinen, unbeschränkten Amnestie nicht erwogen und beobachtet sind. Alle Stände sind darin einig, daß ein durchgehender, allgemeiner Friede zu des Reiches Beruhigung nötig ist. Durch eine solche beschränkte Amnestie aber, wo der eine hier, der andere da eximiert und auf Partikularaktaten verwiesen wird, ist das Ziel nicht zu erreichen, da durch solche Exemptionen nur Mißtrauen er-

[1]) Relation Langenbecks vom 14./24. Juli.

[2]) Karl Ludwig an Herzog Friedrich von Braunschw.-Lüneb. 24. Sept./4. Okt. 1641.

[3]) Langenbeck erwähnt am 21./31. Juli ein Schreiben Christian Ludwigs und Übersendung einer Instruktion, die sich beide in den Akten nicht gefunden haben, doch geht der Hauptinhalt aus Langenbecks Schreiben hervor. Ob das Gesamtschreiben der drei Herzöge vom 29. Juli/8. August noch vor der Abfassung des letzten Memoriales in die Hände Langenbecks gelangt ist, ist zweifelhaft, der Zeit nach (14 Tage) wäre es möglich.

[4]) Londorp V, 568—573. Das Memorial beruht nach den Angaben Langenbecks in Hildesheim (August 28./Sept. 7.) auf der letzten Instruktion.

Digitized by Google

regt wird. Die generalis oblivio ist auch sonst schon bei den schwersten Unruhen des Reiches geübt, auch die fremden Kronen dringen darauf, so daß bei den Universalfriedenstraktaten die allgemeine, bedingungslose Amnestie doch wird gewährt werden müssen. Es ist also zu erwägen, ob diese wirklich so schädlich oder gefährlich ist, daß man deswegen den Krieg lieber noch fortsetzt. Fast scheint es freilich nach dem Verlauf der Verhandlungen, als ob den Evangelischen alle Schuld allein zugewälzt werden solle; man braucht aber nur auf die von ihnen 1620—1631 erlittenen Drangsale hinzuweisen, um diese Behauptung zu entkräften. Die Wiederholung des Prager Friedens in dem Amnestiebedenken wird von den Kronen zweifellos als Kriegserklärung von seiten der Stände aufgefaßt werden; es ist aber auch zu besorgen, daß, wenn dieser Friedensschluß als Norm und pragmatische Sanktion im Reich hingestellt und nicht vielmehr ganz beseitigt oder wenigstens bedeutend gemildert wird, dauerndes Mißtrauen zwischen Haupt und Gliedern die Folge sein wird. Eine allgemeine, bedingungslose Amnestie kann hier allein helfen; sollten aber andere Rücksichten der Beruhigung des Reiches vorgezogen werden, so können unsere Fürsten das nicht billigen noch auch ihre Einwilligung dazu geben. Ebenso sind sie der Ansicht, daß durch Partikulartraktaten und durch Abhandlung der seit Beginn des Krieges angesammelten gravamina nur Verzögerung und Mißtrauen hervorgerufen werde. Dagegen empfehlen sie die Erledigung der eingereichten allgemeinen Beschwerden, wobei sie nicht gemeint sind, auf dem Äußersten zu bestehen oder, wie ihnen vorgeworfen wird, den Frieden dadurch zu verzögern. Damit geht das Memorial zu allgemeinen Friedensbeteuerungen und dann zu einer Rechtfertigung der Handlungsweise des Hauses Braunschweig-Lüneburg hinsichtlich Wolfenbüttels über. Alle älteren wie neueren Beschwerden namentlich betreffs des Kommandanten werden noch einmal zusammengefaßt. Die Belagerung Wolfenbüttels war also Notwendigkeit und gutes Recht des fürstlichen Hauses, zur Vereinigung mit den Schweden ist man aber erst durch den Plan Piccolominis und des Erzherzogs, die Blockade aufzuheben, gezwungen worden. Auf das Anerbieten gütlicher Verhandlungen ist man eingegangen, hat aber wahrnehmen müssen, daß die kaiserliche Armee trotzdem ihre Feindseligkeiten fortgesetzt hat. Solange Wolfenbüttel dem fürstlichen Hause nicht restituiert ist, kann dieses zu Verhandlungen kein Vertrauen haben. Die Herzöge hoffen, daß die Stände des Reiches mit solchen an ihnen verübten Feindseligkeiten nicht einverstanden sind, sondern alles zu deren Beseitigung tun werden. Vor allem aber mögen diese dahin wirken, daß der Quell

Digitized by Google

all solcher Mißhelligkeiten durch eine allgemeine, bedingungslose Amnestie, Abstellung der allgemeinen Beschwerden und der besonderen des fürstlichen Hauses, namentlich durch Restitution Wolfenbüttels, ferner durch Beseitigung oder Milderung des Prager Friedens, durch billige und ehrenvolle Bedingungen für die fremden Kronen beseitigt und die allgemeine Beruhigung dadurch herbeigeführt werde. Dann bedarf es keiner geschärften Avokatorien, die nur Verbitterung und schroffere Gegenmaßregeln herbeiführen.

Die braunschweigischen Gesandten waren sich wohl bewußt, daß sie mit diesen in entschiedenem Tone vorgebrachten Erörterungen in allen Punkten die kaiserliche Politik angriffen und daß man dies dort übel aufnehmen würde, zumal die Ausführungen betreffs der Feindseligkeiten gegen das Haus Braunschweig-Lüneburg in der Aufforderung an die Stände gipfelte, sich gegen die Handlungsweise der kaiserlichen Politik zu erklären. Inwieweit sie sich davon einen praktischen Erfolg versprachen, läßt sich nicht genau sagen, die mündlichen Ausführungen der Gesandten in Hildesheim nach ihrer Rückkehr lassen indessen vermuten, daß sie den Amnestiepunkt doch noch wieder zur Beratung zu bringen hofften, den sie deswegen immer von neuem betonten. Im übrigen haben sie sich wohl ziemlich genau an ihre Instruktion gehalten. Die Form ist wohl etwas schärfer als in früheren Memorialen, was sich aber schon aus der Nichtbeachtung des letzten im Juni verfaßten erklärt — die Gesandten sagten sich eben, daß sie nur durch sehr energisches Auftreten wirken könnten. Jedenfalls aber waren sie auf das tiefste bestürzt, als am folgenden Tage in der Morgenfrühe[1]) die beiden kaiserlichen Räte Söldner und Schröter bei ihnen erschienen und ihnen einen kaiserlichen Bescheid überreichten des Inhalts,[2]) der Kaiser habe aus den Verhandlungen und namentlich aus der gestrigen Proposition ersehen „daß ermelte ihre Principalen wie auch die Abgeordneten ganz und zumal ein anderes bezeigeten und in sich führten als was zu Beruhigung des geliebten Vaterlandes und Aussöhnung ihrer Personen bei dem Allerhöchsten Oberhaupt dienen und collimiren kann". Daher hebe der Kaiser das für die braunschweigischen und hessen-kasselschen ausgestellte freie Geleit hiermit auf, derart, daß seine Gültigkeit in vierzehn Tagen, innerhalb welcher Zeit sie die Heimat erreichen könnten, erlöschen solle. Einen

[1]) Kurbrandenb. Relation vom 20./30. August. Urk. u. Akt. I, 758 f.

[2]) Londorp V, 624.

Digitized by Google

Augenblick dachten die Gesandten daran,[1]) gegen diesen Schritt des Kaisers Protest bei den Reichsständen einzulegen, sie standen aber davon ab, da sie sich selbst sagen mußten, daß sie dadurch nur einen Beschluß des Reichstages herbeiführen würden, der das Vorgehen des Kaisers gutheiße, wodurch sie aber die Stellung ihrer fürstlichen Häuser nur verschlechtern würden. Sie begnügten sich daher damit, sich dem Kaiser gegenüber noch am gleichen Tage über sein Vorgehen zu beschweren,[2]) wobei sie darauf hinwiesen, daß dadurch ihre Prinzipale in ihren gutgemeinten Absichten irre gemacht und wider ihren Willen „zu anderen besorgenden extremis veranlasset" werden könnten. Wenn man aus ihrer Proposition etwas Mißfälliges herausgelesen habe, so wäre es das Richtige gewesen, in gütlicher Weise deswegen Erinnerung zu tun. Der kaiserliche Rat Söldner,[3]) dem die Gesandten dieses Schreiben überreichten, suchte aus dessen letztem Satze ein Eingeständnis herauszulesen, daß man zu weit gegangen sei, was die Gesandten aber entschieden zurückwiesen. Den drei Reichsräten wurde dieser Protest auch überreicht — es hatte dies den einzigen Erfolg, daß man dem Kaiser eine Verlängerung der Frist um eine Woche vorschlug, worauf dieser denn auch einging,[4]) indem er zugleich die Hoffnung aussprach, die fürstlichen Häuser würden die durch Erzherzog Leopold Wilhelm angebotenen Friedensverhandlungen antreten. Es ist zweifellos nicht übertrieben von Langenbeck, wenn er die große Bestürzung und Mutlosigkeit schildert, die dieser Vorgang unter den evangelischen Ständen hervorrief, denn sie verloren dadurch Mittelpunkt und Stütze — was sie nur leider zu spät erkannten. Am 17./27. August verließen die Gesandten der beiden Mächte, die dreiviertel Jahr Schulter an Schulter gekämpft hatten, Regensburg „nicht ohne sonderbare Wehmut und Betrübnis der evangelischen Bürgerschaft, die sie auch bis vor die Stadt in ziemlicher Menge begleitet".[5])

Daß der Kaiser zu diesem Vorgehen das formelle Recht hatte und nicht etwa, wie die Gesandten behauptet haben, damit gegen die Reichskonstitutionen verstieß, ist zweifellos. Denn aus kaiserlicher Gnade hatte er auf Bitten des Kurfürstenkollegs das freie Geleit gewährt, so konnte

---

[1]) Protokoll der mündlichen Relation der Gesandten in Hildesheim. 28. August/7. September.

[2]) Londorp V, 624 f.

[3]) Relation über diese Verhandlungen vom 17./27. nnd 18./28. August.

[4]) Londorp V, 625.

[5]) Nach der oben angeführten kurbrandenburgischen Relation.

Digitized by Google

er es auch aus eigner Machtvollkommenheit wieder aufheben. Die Rechtlosigkeit der Reichsstände gegenüber dem Kaiser liegt nicht hierin, sondern in dem Umstande, daß er die Zulassung zu Sitz und Stimme hatte verhindern können. Werfen wir die Frage auf, was den Kaiser zu diesem immerhin ungewöhnlichen Vorgehen bewogen habe, so ist von vornherein klar, daß die in seinem Aufkündigungsschreiben angegebenen allgemeingehaltenen Gründe nicht zur Erklärung genügen. Die Gesandten haben selbst auf das eingehendste dargelegt, welches ihrer Ansicht nach die Gründe seien, und sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß einmal die inzwischen wieder eingetretene Vereinigung mit den Schweden die Hauptveranlassung gewesen sei; als Gründe allgemeiner Art führen sie daneben den Umstand an, daß man dem Hause Braunschweig-Lüneburg hauptsächlich deshalb die Pässe bewilligt habe, weil man der Ansicht gewesen sei, es würde in Regensburg vornehmlich wegen seiner Privatinteressen verhandeln. Man sei unangenehm überrascht gewesen, daß die Gesandten immer in erster Linie die allgemeinen Angelegenheiten zur Sprache gebracht hätten. Auch die Stellung, die sie bei den evangelischen Ständen eingenommen, sei dem Kaiser unbequem gewesen. Dazu sei dann die Vertretung der pfälzischen Interessen[1]) auch der Verkehr mit dem englischen Gesandten gekommen, der dem Kaiser verdächtig erschienen sei. Die Bitte an die Stände, nicht zu Ungunsten des fürstlichen Hauses zu kontribuieren und die Feindseligkeiten der Kaiserlichen gegen dieses zu hindern, habe man als Versuch betrachtet, die Stände gegen den Kaiser aufzuwiegeln. Dem Kaiser und den Katholiken, und das sei der Hauptgrund, stecke der Prager Frieden so tief im Herzen, daß sie davon nicht im geringsten weichen wollten, wie denn der Kaiser zu dem englischen Gesandten gesagt habe, er wolle lieber das Äußerste anwenden, als davon das Geringste nachgeben. Zweifellos hatten die Gesandten Recht, daß alle die von ihnen angeführten Gründe zu dem Entschlusse des Kaisers mitgewirkt hatten, aber wir werden doch noch einen Schritt weiter gehen dürfen. Gewiß sah man in den braunschweigischen Gesandten — in erster Linie nach Lampadius Fortgang natürlich in Langenbeck — ein Haupthindernis für den raschen Fortgang der Verhandlungen; man erkannte, daß sie das Rückgrat des Widerstandes gegen die kaiserlichen Pläne waren. Freilich konnte dieser Widerstand nach dem

[1]) Diese würde es auch erklären, daß die Ausweisung auf Ersuchen von Mainz, Bayern und Köln erfolgt sein soll, wie Koch I, 320 auf Grund der Akten des Reichsarchivs angibt.

Digitized by Google

Abschwenken Kursachsens nicht mehr ernstlich gefährlich werden; immerhin verzögerte es die Verhandlungen in einer für die Entwicklung der Kriegslage nicht unbedenklichen Weise. Trotzdem hätte man sich auf kaiserlicher Seite wohl kaum zu diesem Schritte entschlossen, wenn man sich nicht gesagt hätte, daß man ihn ganz unbedenklich tun könne. Nicht wegen der Vereinigung der braunschweigischen Waffen mit den schwedischen hat man den Gesandten die Pässe aufgekündigt — dann hätte man es sechs Wochen früher getan — sondern weil man inzwischen zu der Überzeugung gekommen war, daß man ohne die Anwesenheit der Gesandten in Regensburg leichter zum Ziel kommen würde. Mochte die letzte Proposition auch auf Grund einer Gesamtinstruktion des fürstlichen Hauses erfolgt sein, nach Herzog Augusts seit dem Wolfenbüttler Treffen getanen Schritten wußte man, daß dessen Einfluß im Wachsen war und daß die von den Gesandten in Regensburg vertretene Politik nicht die seine war. Wenn es wahr ist, was Langenbeck behauptet, daß man ihre Briefe erbrochen, so mochte man aus diesen auch die Überzeugung gewonnen haben, daß Langenbeck mehr auf die Celler und Kalenberger Regierung einwirke als diese auf ihn. Entfernte man daher die Gesandten aus Regensburg, so gewann man nach zwei Richtungen: der Einfluß auf die evangelischen Stände fiel fort, und man brachte vielleicht auch die beiden anderen Herzöge, wenigstens doch den alten Friedrich der Politik Herzog Augusts näher. Zweifellos hat auch der Abbruch der Verhandlungen mit den braunschweigischen Gesandten mit den Anstoß dazu gegeben, daß die Kalenberger Linie ihren Widerstand gegen die Separatverhandlungen mit dem Erzherzog aufgab; die Celler Linie war dieses Widerstandes schon lange nicht mehr froh.

So schien das Ergebnis der durch anderthalb Jahr unterhaltenen Gesandtschaft in Nürnberg und Regensburg für das fürstliche Haus zunächst auch rein negativ, denn schließlich war doch nichts von dem, was man auf sein Programm gesetzt hatte, erreicht. Dagegen darf der moralische Wert dieser Aktion wesentlich höher angeschlagen werden. Es wollte doch etwas sagen, daß aus der Schar gesinnungsschwacher und furchtsamer evangelischer Reichsstände wie sie uns namentlich im Fürstenrate entgegentreten, zwei sich erhoben, die unerschrocken und konsequent ein Ziel im Auge behielten, das ihnen die Sicherung des evangelischen Glaubens, die Selbständigkeit des Reichsfürstenstandes und die Erreichung des Friedens im Gegensatze zu den Ideen der kaiserlichen Politik zu garantieren schien. Haben sie auch im einzelnen ihre Intentionen nicht zu verwirklichen vermocht, so haben sie doch zweifellos mit

Digitized by Google

dazu beigetragen, daß die kaiserliche Politik von dem schroffen Standpunkte in der Frage der Gültigkeit des Prager Friedens und der allgemeinen Friedenstraktaten um einige Linien fortgedrängt wurde.

Weniger konsequent, weniger einheitlich, als uns die Politik des Hauses Braunschweig-Lüneburg auf den beiden Versammlungen zu Nürnberg und Regenburg entgegentritt, erscheint sie uns, wenn wir sie nach ihrer Gesamtheit während dieser zwanzig Monate betrachten. Sie stellt sich uns auf den ersten Anblick als eine Politik des Schwankens und der Widersprüche, des Hinkens nach zwei Seiten dar: Friedenspolitik will man in Nürnberg und Regensburg treiben, zu gleicher Zeit aber führt man Verhandlungen mit Schweden und schließlich auch mit Frankreich über Bündnis und Subvention. Man verlangt Schonung der eigenen Lande durch die Kaiserlichen und bekämpft diese im Bunde mit Schweden und Franzosen. Diese Politik ist zu verstehen nur, wenn man zwei Punkte im Auge behält: Herzog Georg wollte den braunschweigischen Landen den Frieden verschaffen und war selbst bereit, dafür das Opfer des Verzichts auf das kleine Stift Hildesheim zu bringen. Er hatte gehofft, dies Ziel durch eine bewaffnete Neutralität zu erreichen; als seine dahinzielenden Pläne scheiterten, suchte er praktisch diesen Gedanken festzuhalten, indem er nach Möglichkeit eine Einmischung in den Krieg vermied. Es drängte sich ihm aber allmählich immer mehr die Überzeugung auf, das diese Haltung nicht zum Ziele führe, sondern daß Anschluß an eine der kriegführenden Parteien erforderlich sei. Sein Land zu schützen versprachen beide; die Reichspolitik seit dem Prager Frieden, die Rücksicht auf das große Stift Hildesheim führten ihn den Schweden in die Arme. Ob eine von vornherein energisch in diesem Sinne betriebene Politik den braunschweigischen Landen das Kriegselend erspart haben würde, hätte nur das Kriegsglück entscheiden können. Zunächst schrieb Herzog Georg den Mißerfolg des Sommers 1640 dem Zögern zu und war während der letzten Monate seines Lebens damit beschäftigt, sein Haus weiter in der Richtung nach Schweden hinzulenken, immer in der Überzeugung, dadurch seinem Lande zu dienen. Von diesem Gedanken aus paßt auch die in Nürnberg und Regensburg verfolgte Politik in das Gesamtsystem hinein: Frieden, aber nicht gegen Schweden und nicht unter Preisgabe der Rechte des Hauses. Hat Herzog Georgs Politik in dieser Zeit also auch Wandlungen durchgemacht, so doch mehr den Mitteln als dem Ziele nach.

Nun aber tritt seinen Bestrebungen von Anfang an die andere Richtung im Hause Braunschweig-Lüneburg entgegen, vertreten durch

Digitized by Google

die Herzöge Friedrich und August und zwar bald mehr durch den einen, bald mehr durch den andern. Beide wollen dasselbe wie Herzog Georg, den Frieden für ihr Land, aber sie glauben ihn allein durch Anschluß an den Kaiser zu erreichen. Zunächst gelingt es zwar dem Herzog Georg, die Politik des Gesamthauses in seine Richtung zu drängen, aber die Rücksicht auf die Gegenströmungen wirkt verstärkend auf sein eignes anfänglich zögerndes Vorgehen — diese legen sich hemmend auf seine letzten Entschlüsse, und sie gewinnen endlich nach seinem Tode die Überhand. Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der Räte für die Politik; namentlich Lampadius, zuletzt auch Langenbeck haben deren Stetigkeit in Nürnberg und Regensburg selbst dann noch gewahrt, als daheim die Gegensätze schon offen zu Tage traten.

Schließlich ist das Ergebnis die Rückkehr zu früheren Ideen gewesen; auch Herzog August hat den Anschluß an den Kaiser gegen die Schweden nicht vollzogen: man kam auf die alten Neutralitätsgedanken Herzog Georgs zurück. Denn nicht um Verbindung mit den kaiserlichen Waffen ist man von braunschweigischer Seite die Goslarer Friedensverhandlungen eingegangen, sondern um Neutralität zu erlangen. Nur daß man freilich in einem und zwar dem wichtigsten Gedanken von Herzog Georgs Plane abwich, dem der durch starke Militärmacht geschützten Neutralität: nach des Herzogs Tode begann tatsächlich sehr bald die schon im Februar beschlossene Abrüstung. Man beging damit den Fehler, den man nicht wie der Kurfürst von Brandenburg bis zum westfälischen Frieden noch wieder korrigieren wollte oder konnte. Dadurch sind dann auch die Goslarer Friedensverhandlungen von Anfang an beeinflußt worden.

Digitized by Google

Register.

Amalia Elisabeth, Landgräfin von Hessen-Kassel 9. 10. 13. 43. 47. 49. 50. 52. 53. 56. 57. 58. 60. 65. 71. 76. 77. 84. 85. 87. 89. 93. 100. 102. 107. 130. 134. 142. 202. 216.

Amnestie.

— Beratungen in Nürnberg 126.

— Behandlung der Frage auf dem Reichstage zu Regensburg 147. 149. 167—177. 182. 183. 184. 227. 228. 248—252.

Arnim, Feldmarschall 229. 230. 231.

August der Ältere, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 6. 31. 32.

August der Jüngere, Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel 6—10. 16. 31. 32. 35. 36. 37. 46. 51. 52. 53. 54. 58. 62. 70. 86. 89. 92. 111. 117. 119. 136. 137. 138. 143. 145. 178. 179. 189. 197. 199. 200—203. 206. 207. 208. 214. 218—221. 224—227. 229. 230. 232. 233. 234. 241—244. 246. 247. 255. 257.

Avaux, Conte d', französischer Bevollmächtigter in Hamburg 210. 216—219.

Baner, Johann von, schwedischer Feldmarschall 8. 9. 11. 13. 40—43. 47—56. 58—61. 63—67. 70. 73—85. 87—103. 105—119. 130. 135. 138. 153. 155. 161. 186—198. 212. 213. 214. 216. 217 (Tod). 222. 231. 240. 241. 242.

Behr, braunschweigischer Kriegsrat, Gesandter in Nürnberg 14. 124.

Bernhard, Herzog von Sachsen-Weimar 12. 13. 41.

Bohn, braunschweigisch-wolfenbüttelscher Kanzler 145.

— Gesandter in Nürnberg 14. 16. 19. 32. 38. 124.

— Gesandter in Regensburg 142. 148. 149. 171. 178. 243. 245. 246.

Braun, schwedischer Oberst 112. 114. 117. 118.

Braunschweig (Stadt) 7. 8. 224.

Bremen, Erzbischof Friedrich 34. 48. 55.

Christian IV., König von Dänemark 3. 8. 27. 29. 30. 32—38. 121. 122. 123. 125. 130. 131. 132. 134. 137. 158—161. 171. 178.

Christian, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 44.

Christian, Bischof von Halberstadt 2. 3.

Christian Ludwig, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 185. 216. 218. 229. 231. 233. 239. 240. 245. 248. 250.

Christian, Landgraf von Hessen-Kassel 100. 194. 195.

Cludius, braunschweigischer Rat 77.

Drebber, Johann von, harburgischer Kanzler 41. 42. 70. 71. 72. 206. 207. 220.

Eberstein, Graf von, hessen-kasselscher General 108.

Ernst, Herzog von Sachsen-Weimar 91. 92.

Feilitzsch, kulmbachischer Kanzler 19. 75. 134. 135. 153. 154.

Ferdinand II., deutscher Kaiser 6. 8. 12. 30. 31. 150.

Ferdinand III., deutscher Kaiser 12. 22. 23. 24. 31. 35. 38. 39. 41. 43. 69. 100. 121. 122. 123. 125. 127. 128. 129. 131. 136—142. 145. 149. 150. 154. 156—159. 161. 162. 165. 167—170. 175. 176. 179. 201. 221—233. 238. 241—248. 252. 253. 254.

Franz Albrecht, Herzog von Sachsen-Lauenburg 243.

Friedenstraktaten.

— Stellung Braunschweigs 11. 16. 17. 18. 21. 25—29. 125. 145—148. 153. 155. 163. 179. 183. 206. 251.

— Verhandlungen in Nürnberg 25—28. 126.

— Verhandlungen in Regensburg 149. 151. 152. 153. 155—165. 183. 247. 251.

Digitized by Google

Friedrich, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 6. 9. 10. 16. 46. 50. 51. 53. 54. 55. 58. 60. 68. 70. 76. 86. 89. 92. 111. 138. 143. 144. 145. 198. 199. 202—205. 207. 209. 211. 218. 220. 223. 224. 229. 233. 240. 241. 248. 255. 257.
Friedrich Ulrich, Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel 2. 3. 6. 30.
Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg 8. 151. 162. 163. 214. 229. 234. 236. 257.
Friesen, kursächsischer Gesandter 23. 29. 37. 133. 134.
Gebhard, kaiserlicher Reichshofrat 20. 24.
Geleen, kaiserlicher General 108. 110. 138. 188.
Georg, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 2. 3. 5—11. 14. 16. 25—28. 30. 31. 33—36. 38. 39. 41. 42. 43. 45. 46. 48. 50—68. 70. 71. 76. 77. 79. 81. 82. 84—93. 95—99. 101—105. 107. 109—119. 121—124. 128. 130. 131. 135. 136. 138. 140. 148. 151. 153. 154. 158. 160. 161. 162. 165. 178. 181. 184—197. 200—213. 214 (Tod und Charakteristik). 215—219. 222—227. 229. 231. 240. 241. 244. 248. 256. 257.
Georg, Landgraf von Hessen-Darmstadt 105.
Georg Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg 5. 9. 14. 133. 151. 161. 162.
Gravamina 211. 228.
— Verhandlungen in Regensburg 147. 174. 176. 177. 178. 181—184. 227. 234—239. 248. 250. 251.
Grubbe, Laurentius, schwedischer Staatssekretär 220.
Guébriant, französischer Marschall 75. 82. 87. 88. 103. 106. 113. 194. 216. 217.
Gunterode, hessischer Rat 76. 88. 101. 216. 217.
Hatzfeld, kaiserlicher Feldherr 40. 41. 42. 45. 79. 87. 96. 108. 110. 138. 139. 188. 216.
Haubitz, kaiserlicher Bevollmächtigter in Nürnberg 19. 20. 32. 33. 34.
Hermann, Landgraf von Hessen-Kassel 104.
Hermeling, Erwin von, braunschweigischer Rat 76. 82. 88. 89. 90. 94. 106. 190. 191. 198.
Hildesheim, Bistum 1. 3. 6. 7. 8. 47. 50. 71. 148. 178. 179. 221—224. 230. 256.
— Verhandlungen in Nürnberg 29—39. 124—127.
Hildesheim (Bistum), Verhandlungen in Regensburg 148. 177—181. 238—241. 243. 244.
Hodenberg, Bodo von, braunschweigischer Rat 50. 55. 59. 61. 62. 66. 218.
Johann Georg, Kurfürst von Sachsen 5. 43. 51. 122. 123. 130. 133. 151. 167. 168. 227—231. 236. 237. 242. 243. 248.
Kipius, braunschweigischer Rat 50. 53. 60. 63. 66.
Klitzing, braunschweigischer Generalleutnant 46. 50. 53, 61—67. 75. 76. 79. 80. 81. 83. 87. 88. 90. 94. 99. 103. 104. 107—117. 136. 186—189. 191. 201. 202. 213.
Königsmarck, schwedischer Feldherr 33. 41. 42. 43. 49.
Kötteritz, braunschweigischer Rat 100. 101. 218. 219. 221.
Krebs, kurmainzischer Gesandter in Nürnberg 23. 36.
Kurtz, Graf, kaiserlicher Geheimer Rat 45. 135. 136. 143. 159. 160. 179.
Lampadius, Jakob, braunschweigischer Rat 14. 15 (Persönlichkeit). 137. 185. 232. 234. 257.
— Gesandter in Nürnberg 14. 16. 19—20. 33—39. 77. 120. 121. 124—128. 133. 134. 135. 137. 138. 139. 141. 186.
— Gesandter in Regensburg 142. 143. 144. 148. 149. 152—167. 170—174. 178—185. 196. 198. 206. 209. 226—229. 233. 235. 254.
Landstände, braunschweigische 10. 34. 46. 47. 58. 72. 92. 104. 111. 193. 199. 203. 209. 214. 223. 230.
Langenbeck, Heinrich, braunschweigischer Rat 145. 146. 199. 234 (Persönlichkeit). 257.
— Gesandter in Nürnberg 14. 16. 19. 33. 36.
— Gesandter in Regensburg 142. 148. 171. 178. 183. 221. 233—238. 240—247. 250. 253. 254. 255.
Lenthe, E. von, braunschweigischer Rat 77.
Leopold Wilhelm, Erzherzog, kaiserlicher Generalissimus 49. 67. 68. 74. 91. 92. 107. 123. 125. 139. 165. 188. 217. 220. 232. 233. 253. 255.
Loeben, von, kurbrandenburgischer Gesandter in Nürnberg 20.
Loewe, Johann, braunschweigischer Agent am kaiserlichen Hofe 129. 134. 137.
Longueville, Herzog, französischer Feldherr 47. 49. 50. 52. 54. 56. 57. 62. 65. 73—78. 80. 82. 87—90. 92—95. 98. 99. 102. 103. 105. 106. 194. 207. 211.

Digitized by Google

Lützow, kaiserlicher Resident in Hamburg 159. 161.
Maximilian, Kurfürst von Bayern 13. 20. 151.
Meier, braunschweigischer Oberst 62. 78. 84.
Melander, hessen-kasselscher General 74. 76. 78. 81. 83. 87. 88.
Minden (Bistum und Stadt) 3. 6. 238.
Mortaigne, schwedischer Oberst 50. 53. 59. 110.
Neutralität.
— Braunschweig-Lüneburgs 48. 233. 245. 257.
— Pläne Herzog Georgs 8. 42. 51. 68. 69. 151. 154. 205. 215. 257.
— Plan des Lampadius 15.
— Bestrebungen des niedersächsischen Kreises 8.
— Bestrebungen Kurbrandenburgs 8. 151. 214.
Niedersächsischer Kreis.
— Stände 2. 3. 6. 8. 55. 123. 199.
Nürnberg, Kurfürstentag 10. 11. 12—39. 120—126.
Oberg, Hilmar von, braunschweigischer Rat 50. 55. 59. 61. 62. 66.
Otto Otto, braunschweigischer Generalauditeur 76. 82. 88. 88. 90. 94. 106.
Otto, Graf von Schaumburg 194. 195.
Oxenstierna, Gabriel 50. 53. 59.
Pape, braunschweigischer Kriegsrat 77. 94. 101. 113. 194.
Peine.
— Rezeß von 1636 7. 45. 46.
— „ „ 1637/38 45.
— „ „ 1640 58. 198. 199.
— Verhandlungen 1640/41 204—207. 210. 211. 212.
Pentz, Graf, dänischer Minister 136. 161.
Pfuel, schwedischer General 190. 196. 217.
Piccolomini, kaiserlicher Feldherr 40. 42. 49. 69. 73. 74. 77. 79—82. 91. 92. 103. 104. 138. 188. 217. 220. 229. 232. 233. 242. 246. 251.
Pithan, braunschweigischer General 85. 113. 114. 190.
Prager Friede 6. 12. 13. 27. 38. 150. 151. 228. 236. 254.
— Stellung der braunschweigischen Fürsten 7. 17. 30. 71. 126. 131, 147. 252. 256.
— Behandlung während des Reichstages zu Regensburg 151. 167—170. 172. 178. 176. 181. 235. 236. 238. 249—252. 254. 256.
Rauschenberg, Johann von, Kommandant von Wolfenbüttel 51. 67. 107. 136. 146. 179. 188. 189. 199. 200. 201. 202. 224. 225. 226. 230.
Regensburg.
— Reichstag 12. 24. 25. 71. 107. 119. 124—185. 233—256.
— Überfall durch Bauer 155. 163. 195. 196. 197. 212. 213.
Reichskontribution 148. 152. 153. 165. 166. 167. 227. 239. 244. 245.
Reigersperger, kurmainzischer Kanzler 173. 175. 246.
Richel, bayrischer Kanzler 26.
Rose, schwedischer Oberst 75. 79.
Ruth, schwedischer Oberst 110. 188. 189. 200.
Salvius, Adler, schwedischer Bevollmächtigter in Hamburg 9. 59. 70. 71. 72. 161. 207. 212. 217—221. 232.
Satisfaktion
— für Schweden 12. 18. 27. 148. 160. 161. 162. 209.
— Verhandlungen in Nürnberg 25. 26.
— Verhandlungen in Regensburg 148. 156. 162. 163.
— für Frankreich 148.
— Verhandlungen in Nürnberg 25.
— Verhandlungen in Regensburg 148. 156. 252.
Scheffer, hessen-kasselscher Rat 101. 148 (Gesandter in Regensburg).
Schenk von Winterstedt, braunschweigischer Rat 47. 50. 56. 60. 63. 65. 66. 67. 94. 190. 195. 231.
Schlüter, braunschweigischer Oberst 78. 84. 116. 117.
Schönberg, braunschweigischer Oberstwachtmeister 62. 98.
Schwarzenberg, kurbrandenburgischer Minister 133. 162. 163. 164. 171. 189.
Seckendorf, schwedischer Oberst 218. 219. 220.
Stahremberg, kaiserlicher Hofmarschall 143. 144. 226.
Strickmann, Heinrich, Amtmann in Kalenberg 193.
Stuck, braunschweigischer Rat 53. 71. 72.
Tillische Forderung an das Haus Braunschweig-Wolfenbüttel 3. 29. 30. 243.
Torstenson, schwedischer Feldmarschall 220.
Trautmansdorf, Graf, kaiserlicher Minister 13. 135. 155. 173. 243. 245. 246.
Vultejus, Johann, hessen-kasselscher Rat, Gesandter in Regensburg 148.

Digitized by Google

Waffenstillstand, Beratungen auf dem Regensburger Reichstage 139. 147. 153. 154. 155.
Wahl, kaiserlicher Feldmarschall 85. 86. 96. 108. 110. 139. 188.
Wilhelm, Landgraf von Hessen-Kassel 12.
Wilhelm, Herzog von Sachsen-Weimar 91.
Wolfenbüttel (Festung) 3. 8. 10. 41. 44. 47. 48. 50. 51. 66. 71. 212. 222. 223. 224. 230. 232.
Wolfenbüttel, Verhandlungen in Nürnberg 29—39.
— Verhandlungen in Regensburg 131. 148. 177. 179. 181. 240. 241. 243. 244. 251. 252.
— Belagerung 200. 201. 202. 204. 205. 212. 216. 217. 220. 221. 225. 227. 232. 233. 242. 251.
— Treffen 221. 233. 246. 247. 255.
Wrangel, schwedischer Generalmajor 96. 97. 101. 217.
Ziegenmayer, braunschweigischer Rat 190. 192.

Digitized by Google